



Stiftung  
niedersächsische  
Gedenkstätten

# Jahresbericht 2017

Schwerpunktthema: Kindheit im Nationalsozialismus

# Gedenken Bewahren Forschen Vermitteln

Die Stiftung soll dazu beitragen, dass das Wissen über das historische Geschehen in den Jahren 1933 bis 1945, insbesondere über die Geschichte von Verfolgung und Widerstand auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen, im Bewusstsein der Menschen wach gehalten und weiter getragen wird.

Gesetz über die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, § 2, Abs. 1

Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten erhält und gestaltet die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel als Orte der Erinnerung an die Leiden der Opfer des Nationalsozialismus und der Opfer der Justizverbrechen sowie als Orte des Lernens für künftige Generationen.

Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten fördert Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in nichtstaatlicher Trägerschaft durch Zuwendungen, Beratung und wissenschaftliche Dienstleistungen.

Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten unterstützt die auf das historische Geschehen in den Jahren 1933 bis 1945 und dessen Folgen bezogene Forschung. Sie unterhält zu diesem Zweck eine zentrale Dokumentationsstelle zur NS-Zeit in Niedersachsen.

Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten verwirklicht ihren Stiftungszweck darüber hinaus durch

- Zeitzeugengespräche, Film- und Theateraufführungen und Lesungen;
- Sonderausstellungen, wissenschaftliche Tagungen und Netzwerktreffen;
- Projekte im Bereich Forschung, Vermittlung und Bildung;
- Fortbildungen für Gedenkstättenmitarbeiter, Lehrkräfte und Multiplikatoren;
- Publikationen und Informationsmaterialien.

# Inhalt

EDITORIAL .....	3	Bildung und Begegnung .....	98
SCHWERPUNKTTHEMA		Dialog der Generationen .....	99
KINDHEIT IM NATIONALSOZIALISMUS.....	5	Fortbildungen für Multiplikator_innen .....	102
Kindheit unterm Hakenkreuz.....	6	Aus- und Weiterbildung für Kolleg_innen im	
Antisemitismus und Eliteerziehung in den		Besucherdienst .....	104
nationalpolitischen Erziehungsanstalten .....	12	Lernen in der Schule und Lernen in einer Gedenkstätte .....	106
Die Verfolgung Jugendlicher im Nationalsozialismus .....	18	Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) in der	
Die Entrechtung und Tötung von Kindern und Jugendlichen		Gedenkstätte Bergen-Belsen .....	109
mit Behinderungen, Erkrankungen und unerwünschtem		Arbeiten mit Gruppen auf dem Gelände der Gedenkstätte ...	110
Verhalten .....	24	GEDENKSTÄTTE IN DER JVA WOLFENBÜTTEL.....	113
Germanisierung geraubter polnischer Kinder im NS .....	30	Grundsteinlegung des neuen Dokumentationszentrums .....	114
„Ausländerkinder-Pflegestätten“ – Der Mord an		Allgemeine Informationen.....	116
Neugeborenen ausländischer Zwangsarbeiterinnen		Familienangehörige.....	116
im nationalsozialistischen Deutschland .....	34	Gedenkgottesdienst .....	117
Kinder als Häftlinge im KZ Bergen-Belsen .....	38	Lebensgeschichtliche Interviews .....	117
„Vier Kieselsteine“ – ein Bildungsmaterialpaket		Praktikum in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel.....	118
für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der		Bildungsarbeit.....	118
schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit .....	44	Kooperationsbildungsprogramm MAN Truck & Bus AG	
STIFTUNG.....	51	Salzgitter, JVA und Gedenkstätte.....	119
Bericht des Geschäftsführers .....	52	Bildungsinstitut des Niedersächsischen Justizvollzugs.....	120
Publikationen der Stiftung.....	57	Zusammenarbeit mit den Wolfenbütteler Gesamtschulen	
Veröffentlichungen und Vorträge sowie Lehraufträge von		und weiteren Schulen der Region .....	120
Beschäftigten der Stiftung und Mitarbeit in Gremien .....	57	Fotoprojekt .....	120
Projekt KogA: Institutionelle Diskriminierung von Sinti und		Statistik .....	121
Roma durch staatliche Institutionen. Verwaltungshandeln		Neugestaltung Teilprojekt III.....	122
zwischen Handlungszwängen und Ermessensspielräumen ...	64	Kunst am Bau .....	122
Interdisziplinäre Tagung „Lernen mit Sachquellen in		Interinstitutionelle Planungsgruppe .....	122
Gedenkstätten und Museen“ .....	68	Die neue Dauerausstellung .....	122
Die neugestaltete Website und die digitale Präsenz		Öffentlichkeitsarbeit.....	125
der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten .....	70	Arbeitskreis Justizgedenkstätten .....	126
Vermittlung, Bildung und Pädagogik in der Arbeit		Neues Projekt: Der Paragraf 175 des Strafgesetzbuches	
der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten .....	72	in der Bundesrepublik: Verurteilungen und Strafvollzug	
GEDENKSTÄTTE BERGEN-BELSEN .....	75	am Beispiel des Gefängnisses Wolfenbüttel .....	128
Allgemeiner Bereich .....	76	Als Volontär in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel...130	
Wanderausstellung „Roter Winkel. Politische Häftlinge		GEDENKSTÄTTENFÖRDERUNG NIEDERSACHSEN.....	133
im KZ Bergen-Belsen“ .....	78	Allgemeiner Bericht .....	134
Ausstellung „Zwischen Ungewissheit und Zuversicht.		Tagung „Opfer des Nationalsozialismus –	
Kunst, Kultur und Alltag polnischer Displaced Persons in		Friedhöfe und Grabstätten“ .....	136
Deutschland 1945–1955“ .....	80	Dokumentation und Forschung .....	138
Oskar Ansell und „Felices Bücherkoffer“ .....	81	Bildungsarbeit .....	140
Bergen-Belsen International Summer School:		Förderung der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur	
Memory in the Digital Age .....	82	durch finanzielle Zuwendungen .....	142
Partnerschaft für Demokratie in Bergen –		GEFÖRDERTE GEDENKSTÄTTEN.....	147
Ein Kooperationsprojekt der Gedenkstätte Bergen-Belsen		Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht .....	148
und der Stadt Bergen .....	84	Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte.....	152
Kalendarium .....	86	Gedenkstätte Esterwegen .....	156
Forschung und Dokumentation .....	94	Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V. ....	160
Archiv und Sammlung .....	94	KZ-Gedenkstätte Moringen .....	164
Erwerb des Nachlasses von Rabbiner Salomo Baumgarten ...	96	Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel .....	168
Namensverzeichnis der Häftlinge des		Impressum.....	172
Konzentrationslagers Bergen-Belsen .....	97		





Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten den Jahresbericht 2017 der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in der Hand. Detailliert können Sie sich über die Weiterentwicklung der Arbeit in den von der Stiftung getragenen und geförderten Gedenkstätten im vergangenen Jahr informieren. Deutlich wird die große Bandbreite von Inhalten und Methoden, die in den Gedenkstätten – ausgehend von sehr unterschiedlichen Ortsgeschichten – vermittelt werden. Und es wird deutlich, dass Vermittlungskonzepte sich ständig auf neue Erkenntnisse, neue Fragestellungen, neue politische Rahmenbedingungen und insbesondere auf neue Zielgruppen einstellen müssen. Ziel bleibt es, die Opfer der NS-Verbrechen zu würdigen, historische Urteilsfähigkeit zu schärfen und den Besucher\_innen – ohne erhobenen Zeigefinger und jenseits falscher historischer Analogien – zu vermitteln, welchen Wert demokratische Rechte und die Würde des Menschen für ein friedliches, selbstbestimmtes und solidarisches Miteinander haben.

Dass nicht alle in Deutschland diese Werte zu schätzen wissen, haben die Hetze gegen Zuwanderer und die Erfolge

rechtspopulistischer Parteien sowie antisraelische und antisemitische Demonstrationen im vergangenen Jahr mehr als deutlich gemacht. Nicht nur das politische Klima ist rauer geworden, sondern auch der Gegenwind, den die Gedenkstätten spüren. Darüber berichte ich auf Seite 54 ff.

Gegen den erinnerungskulturellen Klimawandel helfen keine letztlich hilflosen „Nie-wieder“-Appelle oder reflexhafte Forderungen nach Pflichtbesuchen in Gedenkstätten. Nötig ist eine intensive, kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte, die auf Wissen und Urteilsfähigkeit beruht. Deshalb haben wir unserem Jahresbericht auch in diesem Jahr wieder ein inhaltliches historisches Schwerpunktthema vorangestellt. Gewissermaßen im Vorgriff auf die Ausstellung „Kinder im KZ Bergen-Belsen“, die im April 2018 in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eröffnet wird, ist es das Thema „Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus“. Damit möchten wir das Ausstellungsthema in die Gesellschaftsgeschichte von Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus einbetten. Explizit soll es hier nicht nur um Aspekte der Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung

von Kindern und Jugendlichen gehen, sondern auch um Integrationsangebote, die dem Nachwuchs der propagierten „Volksgemeinschaft“ gemacht wurden. Damit können Einblicke in die Funktionsweise der NS-Diktatur vermittelt werden – und in die Motivationsstruktur von Tätern, Mittätern und Zuschauern.

Ziel war es auch diesmal, den Jahresbericht pünktlich zu den Veranstaltungen anlässlich der Jahrestage der Lagerbefreiungen im April zu veröffentlichen. Viele Beiträge sind deshalb unter einem gewissen Zeitdruck entstanden. Umso mehr möchte ich mich bei allen Autorinnen und Autoren innerhalb und außerhalb der Stiftung herzlich für die Mitarbeit an unserem Jahresbericht bedanken.

Jens-Christian Wagner  
Geschäftsführer der Stiftung  
niedersächsische Gedenkstätten



# Schwerpunktthema Kindheit im Nationalsozialismus

# Kindheit unterm Hakenkreuz

Alfons Kenkmann



6 Welche Erfahrung die „Stimmen in der Geschichte“ in der Zeit 1933 bis 1945 machten, hing von einer Vielzahl von Einflüssen ab: Den Kleinen in der sächsischen Schweiz und in Oberbayern boten sich gänzlich andere Erfahrungswelten als den Gleichaltrigen in Großstädten wie in Berlin oder industriell geprägten Regionen wie dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet; ein Aufwachsen im protestantisch geprägten Leipzig unterschied sich schon vor 1933 von dem katholisch geprägten Münster; eine jüdische Kindheit im osteuropäischen Shtetl hatte wenig mit den Erfahrungsräumen von Kindern in säkular geprägten Familien in Paris gemeinsam. Kindsein im kommunistischen Haushalt eines Hamburger Hafendarbeiters unterschied sich grundlegend vom Aufwachsen in einer kleinstädtischen Angestelltenfamilie in Celle. Schon im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts verlief Kindheit entsprechend dem Eingebundensein in den unterschiedlichen lebensweltlichen Milieus in spezifischen Bahnen und Zukünften.

## Neue Erziehungsinstanzen und Erziehungsziele

Mit der Machtübernahme trieben die NS-Akteure den Ausbau der Hitlerjugend (HJ) zügig voran. Schon Ende 1933 waren 28 Prozent der 14-18-jährigen in ihr organisiert, Ende 1934 bereits 42,9 Prozent (ca. 1.260.000) und 1935 – nach ihrer gesetzlichen Festsetzung zur alleinigen Staatsjugendorganisation – schon 49 Prozent (ca. 2.040.000). Der Anteil der im Jungvolk der Hitlerjugend erfassten Kinder, bezogen auf die Gesamtzahl der 10-14-jährigen im Deutschen Reich, hatte sich von stattlichen 32 Prozent Ende 1933 schon 1934 auf 48,8 Prozent erhöht. Die HJ-Mitgliedslisten an höheren Schulen fielen deutlich opulenter aus als an den Volks- und Berufsschulen. Die Schule erzeugte maßgeblichen Druck im Hinblick auf eine HJ-Mitgliedschaft der Schüler, nicht zuletzt durch die Lehrer, die bereits 1933 in großer Zahl der NSDAP beigetreten waren. Je mehr die Mitgliedschaft in der Hitlerjugend zur Normalität wurde, desto isolierter waren die Eltern, die in öffentlichen Behörden oder Institutionen tätig waren und ihren Kindern die Beitrittszustimmung verweigerten. Lehrer,

Schulleitung und HJ-Dienststellen drohten ihnen mit dem Verlust der Arbeitsstelle, um sie zum Beitritt ihrer Söhne zum Jungvolk zu bewegen. Wenn sie den Jugendlichen die Mitgliedschaft in der HJ verweigerten, mussten sie es begründen. Diesem Druck hielten am wenigsten die Schüler und Schülerinnen stand, die mit Schulleistung und Wohlverhalten eine berufliche Perspektive zu sichern oder zu erlangen glaubten. Diejenigen, die Schule als Pflichtübung absolvierten – diese Mentalität war besonders unter Volks- und vor allem Berufsschülern verbreitet – widerstanden dementsprechend eher dem Druck von Lehrerschaft und Schulleitung.

Die nationalsozialistische Machtergreifung wurde milieuspezifisch äußerst unterschiedlich wahrgenommen. Kinder von NSDAP-Wählern erfuhren die Politik der „Großen“ durchaus als Erfolg, da ihre Revierkämpfe mit den Kinder- und Jugendbanden an der Peripherie der Arbeiterviertel nun als politische Auseinandersetzungen überhöht werden konnten. Hier kommt eine Grundkonstante nationalsozialistischer Politik zum Vorschein: Auf der einen Seite die politische Opposition als kriminell zu diffamieren,



auf der anderen Seite abweichendes Verhalten als politische Handlung zu definieren. So ist es auch unschwer zu erklären, dass sich die Hitlerjugend 1933/34 als eine Art SA für die Kleinen verstand, die mit eigenen Prügelkellern die Verfolgungspraktiken der Großen auf dem Feld der Bekämpfung jugendlicher Gegnergruppen nachzuahmen versuchte.

Mit der Machtergreifung wandelte sich die „Kampf“-HJ zur Staatsjugendorganisation. Nun setzte die spezifische „Jugend“- und „Kulturarbeit“ der Hitlerjugend ein. Es ging von Beginn an um „eine spezielle ‚Seelenformung‘ und eine darauf ausgerichtete ‚soldatische Erziehung‘, bei der nicht mehr ein Selbstwerden des Individuums im Mittelpunkt stand, sondern nach dem HJ-Leitspruch ‚Du bist nichts, dein Volk ist alles‘ die bedingungslose Bereitschaft zur Unterwerfung unter den Führer“ (Jürgen Reulecke). Mit der militärischen Expansion und im weiteren Verlauf des Weltkrieges verdichtete sich dann die Intention auf die Heranführung bedingungslos gehorchender und vom rassistischen Auftrag überzeugter Hitlerjungen für den finalen Einsatz in der Waffen-SS und Wehrmacht. An die Jungen und Mädchen

gebracht wurden die nationalsozialistischen Erziehungsziele über sehr unterschiedliche Formate: über Hitlerjugenddienststunden, Teilnahme an HJ-Appellen und „HJ-Lagern“, „Wochen der Hitlerjugend“, „Leistungsschauen der Hitlerjugend“, sowie die Offerte von „Jugendfilmstunden“ als auch thematische Wanderausstellungen der Reichsjugendführung und HJ-Gebietsleitungen sowie dem seit 1935 alljährlich stattfindenden „Adolf-Hitler-Marsch“ nach Nürnberg. Die Schule hatte als Sozialisationsinstanz im ideologischen Gewand deutlich an Gewicht verloren – auch so erklärt sich die erst ab 1938 verwirklichte Umsetzung nationalsozialistisch durchdrungener Lehrpläne und Schulbuchreihen im Fach Geschichte.

Die Erfolge der nationalsozialistischen Impulse

Die Erfolgjahre des NS-Regimes ab Mitte der 1930er Jahre brachten für das Gros der Kinder und Jugendlichen erfahrungsgeschichtlich weit größere lebensweltliche Veränderungen als die politikgeschichtliche Zäsur 1933 und die Zeit der Verstetigung der NS-Diktatur in den

ersten drei Jahren der NS-Diktatur. Die Jugendarbeitslosigkeit war beseitigt, wenn auch nur durch die verlagernden Maßnahmen Landjahr und Landdienst, Reichsarbeitsdienst und Wehrmacht. Hierdurch erschlossen sich den Jugendlichen Erfahrungshorizonte, die ihnen bisher verwehrt geblieben waren.

In dieser Phase griffen auch die Angebote der Hitlerjugend und boten besonders auch den Arbeiterkindern und -jugendlichen Möglichkeiten, sich den elterlichen Autoritäten zu entziehen. Hundertfach finden sich in lebensgeschichtlichen Interviews Hinweise auf Brüche in der familialen Tradition, über die Wut und Verzweiflung traditionell sozialdemokratisch geprägter Eltern ob der Begeisterung ihrer Kinder für den Führer.

Besonders bei den weiblichen Jugendlichen griffen die Angebote der Hitler-

Grundschüler mit ihrer Lehrerin in Berlin, um 1939. Der Hitlergruß war in deutschen Schulen ab 1933 vorgeschrieben. • ullstein bild

Doppelseite aus einer Lesebibel für die 1. Klasse, 1942. Die linke Seite bezieht sich auf den rechtsextremen Hitler-Ludendorff-Putsch am 9. November 1923. Bei einer Schießerei vor der Feldherrnhalle in München wurden mehrere Putschisten getötet. Die Nationalsozialisten verherrlichten sie später als „Blutzeugen der Bewegung“. • Schulmuseum Lohr am Main



8 jugend. Im Bund deutscher Mädel (BDM), der ab 1936 die weiblichen Kinder (10- bis 14jährige) im Jungmädelsbund und die 14-18jährigen weiblichen Jugendlichen im Bund deutscher Mädel erfasste, griffen die nationalsozialistischen Offerten zwischen Verlockung und Zwang: Seine sportlichen und anderen außerhäuslichen Freizeitaktivitäten wurde in ländlichen Milieus geradezu als eruptiver Ausbruch der Moderne vor Ort empfunden. In der kollektiven Erinnerung gelten die kurzen Hosen und schulterfreien Ärmel der BDM-Sportbekleidung bis heute als Synonym für den Traditionsbruch, der sich ab Mitte der 1930er Jahre im Dorf vollzog. Für weibliche Kinder und Jugendliche, die zuvor noch völlig im Bann von Elternhaus und Kirche gestanden hatten, schuf die Zugehörigkeit zum BDM ungeachtet des nationalsozialistischen Frauenbildes die Option des Ausbruchs aus dem Korsett der traditionellen Umgebung und des sozialen Milieus. Der Zwang zum Mitmachen in der HJ geriet daher stark in den Hintergrund. Was sich für einen engagierten Jungvolkführer positiv auswirken konnte, hatte jedoch für jene, die sich der HJ und späteren Staatsjugend aus welchen

Gründen auch immer zu verweigern versuchten, fatale negative Folgen.

#### Tristesse und Ausnahmezustand

Ab Mitte des Zweiten Weltkriegs war der Dienst im Jungvolk der Hitlerjugend kaum noch attraktiv. Die Infrastruktur der Staatsjugendorganisation (HJ-Heime, Jugend-Herbergen etc.) war zum großen Teil durch die Luftangriffe der Alliierten zerstört. Hinzu kam, dass die für die Akzeptanz von Herrschaft wichtige Symmetrie von Schutz und Gehorsam in ein asymmetrisches Verhältnis verkehrt worden war. Das blieb unter dem Eindruck der Luftangriffe an der Heimatfront auch den Kindern und Jugendlichen nicht verborgen. Die nationalsozialistische Kriegspolitik selbst legte den Grundstein für den Misserfolg der Hitlerjugend vor allem in Teilen des Arbeitermilieus im letzten Drittel der NS-Herrschaft. Da die älteren Mittel- und Oberschüler zu den Flak- und Luftwaffenhelfereinheiten einberufen wurden, mussten mit nur begrenzten Führungsqualitäten ausgestattete jüngere Schüler als Ersatz für die Indoktrination der Pimpfe ausreichen. Den Arbeiterjugendlichen blieben diese Positionen

schon wegen ihrer Verpflichtung zu Wechselschichten und längeren Wochenarbeitszeiten versagt. Der HJ-Alltag unter den Bedingungen der zunehmend als katastrophal auszumachenden Heimatfront entlarvte damit die Volksgemeinschaftsideologie als Phrase und führte zur Abwendung von der Staatsjugendorganisation. Dies führte zu einem größeren Zulauf zu nonkonformen Jugendgruppen wie den Edelweiss- und Kittelbachpiraten in der Rhein-Ruhr-Region oder den Meuten in Leipzig. In Essen-Segeroth nahmen die Reibereien mit der Hitlerjugend solche Ausmaße an, dass die Eltern sich weigerten, ihre Kinder weiterhin in der vorgeschriebenen Jungvolkuniform zum Dienst zu schicken, da sie ständig auf dem Weg dorthin verprügelt wurden. Mit ihrem Zusammensein in gemischtgeschlechtlichen Cliquen an den Abenden und an den Wochenenden versuchten die Jugendlichen, den allgegenwärtigen Todeserfahrungen ein Stück Lebenslust abzurufen und auf individuelle Zukunftsträume in einer Gesellschaft in der Katastrophe zu beharren. Ein schwieriges Vorhaben in einer Zeit fortwährender Luftalarme und Luftangriffe, die die jungen Miterlebenden in



einem Spannungsfeld von Alpträumen und Apathie changieren ließen und die üblichen Muster von Zeiterfahrung als Moment alltäglicher Sinnstiftung in Auflösung brachten. Zutreffend berichtete der Generalstaatsanwalt Hamm im Januar 1944, dass „die fast regelmäßigen, oft sehr intensiven Unterbrechungen einer rationalen Nachtruhe ... für junge Menschen in Jahren des körperlichen Wachstums ein vorzeitiges Zehren von dem noch sorgsamer Schonung bedürftigen Nervenkapital“ bedeuteten.

#### Exklusion aus der Volksgemeinschaft

Kinder kommunistischer Eltern machten eine für sie existentielle andere Erfahrung als Kinder von Eltern mit NSDAP-Mitgliedschaft: Ihrer Eltern aufgrund angestrebter Hochverratsprozesse mit anschließender Verurteilung beraubt, wurden sie in vielen Fällen in Erziehungsheimen überstellt. Unterschiedlicher konnten die Verteilung der Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen im „Dritten Reich“ kaum ausfallen. Viel schlimmer traf es noch die rassenhygienisch und -anthropologisch ausgegrenzten Kinder und Jugendlichen.

Aus einer kruden Rassenlehre leiteten die NS- Weltanschauungskrieger das Recht ab, im Rahmen einer „Rassenhygiene“ von ihnen als „Minderwertige“ Abqualifizierte auszurotten. Diejenigen, die aufgrund ihres körperlichen oder geistigen Zustandes nicht oder nicht mehr in der Lage waren, „der Volksgemeinschaft zu dienen“, sondern nur noch – wie es im NS-Jargon hieß – als „unnütze Esser der Volksgemeinschaft zur Last fielen“, galt es zu beseitigen. Die daraus abgeleiteten Maßnahmen zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ waren Massenmord, keine mit dem Begriff „Euthanasie“ suggerierte Sterbehilfe, die das Einverständnis der Betroffenen oder seiner nächsten Verwandten vorausgesetzt hätte. Hier von waren auch Kinder und Jugendliche betroffen. Schon zuvor waren aufgrund einer im August 1939 eingeführten Meldepflicht für behinderte Neugeborene diese Babys in sogenannten „Kinderfachabteilungen“ im Rahmen einer „Kindereuthanasie“ in den Tod geschickt worden.

Insgesamt fielen seit Anfang 1940 der als „Aktion T 4“ unter strengster Geheimhaltung durchgeführten Massentötung 70.273 Menschen zum Opfer – unter Ihnen hunderte von Kindern und

Jugendlichen. Im August 1941 erteilte Hitler die mündliche Unterweisung zur offiziellen Beendigung dieser Aktion, da die Vorgänge in den Vernichtungsanstalten in der Öffentlichkeit bekannt geworden waren und öffentliche Proteste der Kirchen, einzelner Anstaltsleiter und Familienangehörigen nach sich gezogen hatten.

Die Ermordung von Behinderten fand damit aber nicht ihr Ende, sondern wurde lediglich verlagert. Die „Kindereuthanasie“ wurde weitergeführt und in den Heil-

Schießübung eines Hitler-Jungen in einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola) in Wien-Breitenfeld, 1941. Militärische Übungen gehörten zum Ausbildungsprogramm in der Hitlerjugend und in den Parteischulen. \* bpk

Appell im „Polenjugendverwahrlager“ Litzmannstadt (Łódź), Dezember 1942. In dem Lager im annektierten Westpolen waren zwischen 1942 und 1945 über 10.000 polnische Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren inhaftiert. Sie waren als Angehörige von Widerstandskämpfern, wegen „Verwahrlosung“ oder Diebstahls von Lebensmitteln verhaftet worden. In Moringen und bei Ravensbrück (Uckermark) gab es Jugend-Konzentrationslager. \* U.S. Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.

Abtransport von Kindern aus dem Pflegeheim Antonius in Fulda, 21. Juli 1937. 43 behinderte Kinder wurden in ein Heim in Treysa (Hessen) verlegt. Etwa die Hälfte von ihnen wurde später in der „Euthanasie“-Anstalt Hadamar ermordet. Die anderen Kinder überlebten Dank der Rettungsaktion einer Krankenschwester. \* Antonius gGmbH, Fulda



10 und Pflegeanstalten Kinder und Jugendliche weiterhin getötet, nun aber vornehmlich durch Überdosen von Medikamenten und systematische Unterernährung. Mit den „Euthanasie“-Verbrechen war nicht nur eine weitere Stufe der Eskalation der Gewalt erreicht, sondern eine Grenze überschritten worden: Der nationalsozialistische Staat hatte die Ermordung tausender seiner Bürger initiiert und umgesetzt, „ein in der Geschichte außerhalb von Bürgerkriegen bis dahin präzedenzloser Vorgang“ (Ulrich Herbert).

Jüdische Kinder im Deutschen Reich erfuhren am eigenen Leibe die Stationen ihrer Ausgrenzung und die wirtschaftliche Ausplünderung der Eltern. Mit Glück überlebten einige von ihnen durch Ausreise und Flucht; andere wurden wie die Kinder von Sinti und Roma in den Vernichtungslagern außerhalb des Altreichgebietes ermordet. Sie erlitten damit das gleiche Schicksal, das jungen Juden in Osteuropa widerfuhr.

#### Kinder und der Holocaust

Etwa ein Viertel aller ermordeten Juden Europas waren Kinder. Da Kinder keine Arbeitskräfte waren, die die Deutschen

ausbeuten konnten, waren sie vorrangige Opfer des Holocaust. In allen deutsch besetzten Ländern entkamen sie der Ermordung in deutlich geringerem Maße als Erwachsene. Durchschnittlich überlebten in Europa etwa 33 Prozent der erwachsenen jüdischen Menschen, während je nach Land nur 6 bis 11 Prozent der jüdischen Kinder mit dem Leben davonkamen. In Polen hatten Kinder besonders schlechte Überlebenschancen. Von fast einer Million jüdischer Kinder im Alter bis zu 14 Jahren lebten am Kriegsende noch etwa 5000, das war ein halbes Prozent.

Das Leben jüdischer Kinder in der Zeit der Verfolgung war geprägt von Gewalt und Tod, körperlichen und seelischen Strapazen. Die Verfolgung, die Angst um das eigene Leben und das der Familie, die Angst vor Entdeckung und die Sorge um das Schicksal der Familie beherrschten den Alltag. Die Jungen und Mädchen kannten auch Angst, Verzweiflung und Resignation, die Isolation im Versteck, das Miterleben von Massenerschießungen, die eigene Todesangst, wenn sie, anders als die 12jährige Judith Wischnjatskaja, zu entkommen vermochten:

„31. Juli 1942 – Lieber Vater! Vor dem Tod nehme ich Abschied von Dir. Wir

möchten so gerne leben, doch man lässt uns nicht, wir werden umkommen. Ich habe solche Angst vor diesem Tod, denn die kleinen Kinder werden lebend in die Grube geworfen. Auf Wiedersehen für immer. Ich küsse dich inniglich. – Deine J.“<sup>1</sup> Hier kommt der unfassbare Leidenshorizont eines jüdischen Mädchens unmittelbar vor dessen Ermordung zum Ausdruck. Die wenigen jüdischen Kinder in den von den Deutschen annektierten und besetzten Gebieten überlebten nur mit individuellem Glück. Über Leben und Tod entschieden letztendlich nur Momente des Zufalls.

#### Folgen der NS-Erziehung

Die Indoktrination über die nationalsozialistischen Erziehungsinstanzen war für die NS-Akteure ein Erfolg. An der West- wie an der Ostfront machten die militärischen Verbände der Alliierten die Erfahrung des fanatisierten Einsatzes von während des Dritten Reichs sozialisierten Kindern: Seien es die extrem brutal geführten Einsätze der „12. Panzerdivision

<sup>1</sup> Stiftung für die ermordeten Juden Europas (Hg.): Materialien zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Berlin 2005, S. 78–95, S. 84.

Hitlerjugend“ in der Normandie u.a mit der Liquidation von kanadischen Kriegsgefangenen, sei es der hartnäckige Widerstand von mittlerweile eingezogenen Hitlerjungen gegen die sowjetrussische militärische Übermacht im Großraum Berlin 1945, sei es der traumatisierende Einsatz von ehemaligen BDM-Angehörigen als Wehrmachtshelferinnen bei der Truppe oder als Krankenschwester in mobilen und stationären Lazaretten. Auch in die Kriegsendverbrechen waren nicht wenige Hitlerjungen aktiv verstrickt. Bei den Todesmärschen von KZ-Häftlingen aus geräumten Konzentrationslagern stellten sie neben den SS-Männern mit den Volkssturmmangehörigen und Wehrmachtsinvaliden die Bewachungskräfte, die für eine Fülle von Mordtaten in den letzten Kriegsmonaten verantwortlich waren.

Die Hybris der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“, der von ihr ausgelöste „Weltenbrand“ 1939 bis 1945 hatte katastrophale Folgen für die in dieser Zeit Heranwachsenden. Im Nachkriegseuropa wuchsen 12 Millionen Kinder ohne Vater auf, in Deutschland waren es ungefähr 2,5 Millionen – das dürfte jedes vierte Kind gewesen sein. Das im Jahre 1902 von der schwedischen Pädagogin Ellen Kelly ausgerufene „Jahrhundert des Kindes“ war schon in der ersten Hälfte seiner Existenz zum Jahrhundert massenhafter Toter und Morde unter seinen Adressaten geworden. Diejenigen, die als Kinder und Jugendliche seelisch angeschlagen überlebten, verdrängten entweder ihre Traumata oder erhielten keinen Platz für deren Bewältigung. Nicht wenige derjenigen aber, die sämtliche Stufen der NS-Sozialisation durchlaufen hatten, fanden im Wirtschaftswunderdeutschland als Erwachsene erneut eine Bestätigung ihrer anerzogenen Hybris.

#### Literatur

Großmann, G. Ulrich (Hg.): Aufbruch der Jugend. Deutsche Jugendbewegung zwischen Selbstbestimmung und Verführung. Ausstellungskatalog des Germanischen Nationalmuseums, Nürnberg 2013.

Kenkmann, Alfons: Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform, 2. Auflage, Essen 2002.

Köster, Markus: Jugend, Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft im Wandel. Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Paderborn 1999.

Müller, Saskia/Ortmeyer, Benjamin: Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945. Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB. Weinheim und Basel 2016.

Postert, André: Hitlerjunge Schall. Die Tagebücher eines jungen Nationalsozialisten. München 2016.

Stambolis, Barbara/Köster, Markus (Hg.): Jugend im Fokus von Film und Fotografie. Zur visuellen Geschichte von Jugendkulturen im 20. Jahrhundert, Göttingen 2016.

Tych, Feliks/Kenkmann, Alfons/Kohlhaas, Elisabeth/Eberhardt, Andreas: Kinder über den Holocaust. Frühe Zeugnisse 1944-1948, Berlin, 3. Auflage 2009.

Weil, Francesca/Postert, André/Kenkmann, Alfons (Hg.): Kindheiten im Zweiten Weltkrieg, Halle 2018.



SS-Angehörige führen nach der Niederschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstands jüdische Kinder und Frauen ab, 16. Mai 1943. • bpk

Aus dem KZ Mauthausen befreites Mädchen, Prag, Sommer 1945. Auf der Jacke trägt das Mädchen einen roten Winkel mit dem Buchstaben F, dem Kennzeichen für politische Häftlinge aus Frankreich. Nähere Angaben zur Herkunft des Mädchens liegen bisher nicht vor. • Museum Sokolov

# Antisemitismus und Eliteerziehung in den nationalpolitischen Erziehungsanstalten

Helen Roche



12 Bei den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten – unter dem offiziellen Akronym NPEA, meist aber als „Napola“ abgekürzt – handelte es sich um die bekannteste Art der Eliteschule des nationalsozialistischen Regimes. Der Preußische Kulturminister und spätere Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, hatte sie 1933 als ein Geburtstagsgeschenk für Hitler gegründet. Die Napolas sollten nicht nur militärisches Führungspersonal oder zukünftige Parteispitzen ausbilden (letzteres war Aufgabe der „Adolf-Hitler-Schulen“), sondern eine nationalsozialistische Elite für alle Lebensbereiche, angefangen im Alter von zehn Jahren, erschaffen. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs waren bereits über 40 Schulen gegründet worden, anvisiert waren vermutlich mehr als 100.<sup>1</sup>

Alle Jungen, die eine Napola besuchen wollten, mussten zum einen den obligatorischen „Rassekriterien“ entsprechen, zum anderen herausragende schulische und körperliche Leistungen vorweisen. Charakterzüge wie „Drauf-

gängertum“ und Tapferkeit waren ebenso entscheidend. Die wochenlange Aufnahmeprüfung begutachtete alle diese Eigenschaften. Anders als die Adolf-Hitler-Schulen folgten die Napolas weitgehend dem Lehrplan der Deutschen Oberschulen und verwendeten die gleichen Lehrbücher wie andere weiterführende Schulen im Dritten Reich. Jedoch wurde sehr viel mehr Wert auf Sport und vormilitärische Ausbildung gelegt. Darüber hinaus erinnerte das Internatsleben an die Traditionen des Königlich Preußischen Kadettenkorps, das Rust unter anderem als Vorbild für seine Institution genutzt hatte. So wurden die ersten drei Napolas tatsächlich an den Standorten ehemaliger Preußischer Kadettenanstalten gegründet (Plön, Potsdam, Köslin). Andere deutliche Vorbilder für die NPEA waren die englischen „public schools“ sowie die Erziehungspraktiken des antiken Sparta.<sup>2</sup>

Die einzige Nationalpolitische Erziehungsanstalt, die in Niedersachsen gegründet wurde, war die ehemalige Klosterschule in Ilfeld, die 1934 in eine

Napola umgewandelt wurde. Allerdings hatte Rust weitere Anstalten in seiner Heimatstadt Hannover, auf dem Bückeburg (bei Hameln) und am Steinhuder Meer geplant.<sup>3</sup> Als 1944 die Verwaltung des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora die Gebäude der NPEA Ilfeld für sich in Anspruch nahm, wurde die Schule nach Ballenstedt verlegt; ein ehemaliger Anstaltsleiter, der 1945 noch einmal dorthin zurückkehrte, behauptete sogar gesehen zu haben, wie V2-Raketen von den Sportplätzen der Schule abgefeuert wurden.

Obwohl es zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Hinweise auf antisemitische Handlungen seitens Ilfelder Schüler gibt, zeigt die ehemalige Klosterschule, zusammen mit den übrigen Schulen des Napola-Systems, die Fähigkeit der NS-Volksgemeinschaft, durch Inklusion eine Elite auszuwählen und auszubilden: Man betrieb „Auslese“ statt „Ausmerze“. Auf der anderen Seite trugen die Napolas aber auch zur Exklusion derjenigen bei,

1 Vgl. außerdem meine bald erscheinende Monographie: Helen Roche, *The Third Reich's Elite Schools: A History of the Napolas* (i.E. bei Oxford University Press).

2 Vgl. Helen Roche, *Sparta's German Children. The Ideal of Ancient Sparta in the Royal Prussian Cadet-Corps, 1818–1920, and in National Socialist Elite Schools (the Napolas), 1933–1945*, Swansea 2013.

3 Siehe ferner Helen Roche, „Wanderer, kommst du nach Pforta...“: The Tension between Classical tradition and the Demands of a Nazi Elite-school Education at Schulpforta and Ilfeld, 1934–1945, in: *European Review of History / revue européenne d'histoire*, Jg. 29, Heft 4 (2013), S. 581–609.



die das NS-Regime, sowohl ideologisch als auch praktisch, als „rassisch unrein“ verurteilte. So hatte ein Junge mit überwiegend jüdischer Abstammung keine Aussicht darauf, an einer Napola angenommen zu werden (zumindest sind bisher noch keine Fälle nach dem „Hitlerjunge Salomon“-Muster bekannt), und der Großteil der Schülerschaft scheint die antisemitische Ideologie zu dieser Zeit unhinterfragt angenommen zu haben.<sup>4</sup> In den Lehrbüchern war der antijüdische Grundton jedenfalls deutlich, und auch von den Erziehern wurde erwartet, dass sie die nationalsozialistische Weltanschauung teilten, selbst wenn in der Umsetzung nicht alle gleich fanatisch waren.

Darüber hinaus waren die Napola-Spitzen zweifellos an der Verfolgung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung beteiligt; teilweise profitierten einige Schulen sogar unmittelbar von den antisemitischen Maßnahmen des Regimes. Die NPEA Emsland in Haselünne etwa (eine Tochteranstalt von Ilfeld) konnte das nahegelegene Haus einer

jüdischen Familie erwerben, um daraus eine komfortable Wohnung für den Anstaltsleiter zu machen, und beabsichtigte ferner, auch den ehemaligen jüdischen Friedhof zu einem Spielplatz für die kleineren Jungmannen umzufunktionieren – alles unter Mitwisserschaft der lokalen Behörden.<sup>5</sup> Abgesehen davon zeigte der Anstaltsleiter, Dirk de Haan, auch ein reges Interesse an den Möbeln niederländischer Juden, die 1943 konfisziert worden waren. Er wollte damit die eher spartanische Ausstattung der ehemaligen Mädchenschule des Ursulinenklosters ergänzen, die die NPEA 1941 beschlagnahmt hatte. De Haans Wunschzettel für das jüdische Eigentum umfasste Teppiche für die Besuchs- und Gästezimmer sowie für die Zimmer der Hausmutter und den Gemeinschaftsraum der Küchenmädchen, einige Tische und Schreibtische, Sessel für das Empfangszimmer und das Zimmer des Anstaltsleiters, sowie Bilder für die Stuben und Gemeinschaftsräume der Jungmannen.<sup>6</sup> Auch wenn diesen Wünschen offenbar

nicht entsprochen wurde, zeigt die Korrespondenz zwischen de Haan und dem örtlichen Landrat doch deutlich, dass die Schule nicht abgeneigt war, von den unrechtmäßig aus dem Holocaust gewonnenen Gütern zu profitieren.<sup>7</sup>

Wir wissen aber auch von antisemitischen Einstellungen und Handlungen seitens der Schüler selbst, wie aus diversen Napola-Mitteilungen hervorgeht, vor allem im Zusammenhang mit Schulausflügen innerhalb Deutschlands oder in die besetzten Ostgebiete. Hier möchte ich mich auf einen aussagekräftigen Fall aus der NPEA Berlin-Spandau konzentrieren, der möglicherweise als repräsentatives Beispiel für ähnliche antisemitische Handlungen von Schülern an anderen Napolas gelten kann.

7 StAOS, Dep 75b Nr. 82: Brief vom 18.6.1943 von dem Landrat, Kreiswirtschaftsamt, Meppen – Betr: Judenmöbel.

Ilfeld um 1900 – Klosterschule (spätere Napola) im Vordergrund • Wikimedia Commons / Library of Congress

Ilfelder Jungmannen. Von der niedersächsischen Klosterschule zur Nationalpolitischen Erziehungsanstalt, in: Niedersächsischer Sonntag, 13. Februar 1938. • Sammlung Hans Rettkowski

4 Vgl. z.B. K. Reetz, Kampf dem Judentum, in: Die Brücke. Nachrichten von der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Köslin, Jg. 6, Heft 7–8 (1934), S. 126–8.

5 Staatsarchiv Osnabrück (StAOS), Rep 430 Dez 209 Akz 61/1987 Nr. 57; Dep 75b Nr. 78.

6 StAOS, Dep 75b Nr. 82: Brief vom 14.6.1943 von de Haan – Betr: Judenmöbel aus Holland.

14 Ein Artikel in der August-Ausgabe der „Blätter der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Berlin-Spandau“ von 1935 gibt deutliche Hinweise darauf, dass antisemitische Handlungen vorsätzlich von Napola-Schülern geplant und ausgeführt wurden.<sup>8</sup> Eine Gruppe von 45 Jungen befand sich auf einem Ausflug zum neuen Napola-Seeheim im Ort Wyk auf der zweitgrößten Nordseeinsel Föhr. Hier mussten sie schockiert feststellen, dass die lokale Bevölkerung in ihrer politischen Einstellung – insbesondere, was die „Judenfrage“ anging – derart „flau“ war, dass es überall auf der Insel „Vertreter des ‚auserwählten‘ Volkes“ gab – offenkundig sogar zwei jüdische Kinderheime:

„Wenn sich die Juden wenigstens bescheiden benommen hätten!

Wir haben sie auf der Kurpromenade [gesehen], sie saßen in der Lesehalle, wälzten sich im Sande herum und gaben uns herrliche Gelegenheit, Typen zu studieren. Sie blieben aber nicht unter sich, sondern machten sich fröhlich maulschelnd an unsere Volksgenossen heran.

Sie saßen mit Ariern zusammen in Strandburgen und gingen mit Volksgenossen spazieren und in öffentliche Veranstaltungen. Wenn wir dachten, daß sich diese ‚Volksgenossen‘ schämen würden, irrten wir uns. Im Gegenteil, jene schienen sich sehr wohl in ihrer Begleitung zu fühlen.“

Der Autor des Berichts, Jungmann Trübenbach (Unterprima), beschreibt weiter, wie diese Verhältnisse die Napola-Schüler dazu veranlassten, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen: „Wird denn garnichts gegen diese Judenplage, vor der sich jeder anständige Volksgenosse ekeln muß, unternommen? Überall im deutschen Reiche ja, in Wyk nichts. Diese Bevölkerung aufzurütteln und an ihre Pflicht zu erinnern, war unsere Aufgabe, die wir uns selbst stellten...“

Nachdem einige der örtlichen „Volksgenossen“ einer Gruppe jüdischer Kinder ausnahmsweise erlaubten, den Zug eines Kinderfestes anzuführen, unternahmen die Spandauer den ersten Schritt ihrer geplanten antisemitischen Propagandakampagne. Sie besorgten sich Papier und Farbe, womit die Zeichentalente unter den Jungen jüdische Karikaturen malten, während einer der

Erzieher dazu passende, wirkungsvolle Parolen, wie „Juden! Deutschlands Geduld ist zu Ende!!!“ oder „1864 wolltet ihr keine Dänenknechte sein? Wollt ihr heute Judenknecchte werden???“ verfasste. Sie kochten Leim aus Kartoffelmehl und in der Nacht schwärmte eine Reihe von Schülern aus, um die Plakate an strategischen Stellen überall in der Stadt zu verteilen. Den aufgebrachten Anfragen des Polizeibeamten beim Seeheim, wo die Spandauer untergebracht waren, wurde am nächsten Morgen nur mit unschuldigen und erstaunten Gesichtern begegnet: „Plakate kleben? Wir? Unmöglich! Wir schlafen doch nachts!“ Währenddessen klebten die Jungen in den folgenden Nächten nicht nur Plakate an die wichtigsten Gebäude im Ort, sondern malten auch Parolen wie „Juden unerwünscht!“ auf die Bürgersteige. Einem Mann, von dem sie vermuteten, er habe eines ihrer Plakate abgenommen, schmierten sie sogar „Roter Judenkneccht!“ an die Hauswand.

Zum eigentlichen Höhepunkt ihrer Propagandamaßnahmen kam es aber an einem Sonntag: Eine Flugschau war angesetzt, zu der viele bedeutende Persönlichkeiten erwartet wurden. Die Jungen

<sup>8</sup> Trübenbach, Unsere politische Tätigkeit in Wyk a. Föhr, in: Blätter der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Berlin-Spandau, Jg. 1935, Heft 3, S. 11f.



malten drei Tage lang an 50 Plakaten; währenddessen hielten die Hundertschaftsführer zu Themen wie „politischer Katholizismus“, oder „Judentum und Freimaurerei“, vor der Partei und der SA Reden, die bald ein großes Publikum aus interessierten Einheimischen anzogen:

„Das Interesse für die Judenfrage war geweckt. Wir fanden nicht nur freiwillige Helfer für unsere Klebearbeiten und dankbare Zuhörer in den Versammlungen, sondern die Leute beschäftigten sich selbst mit diesen Fragen. Der Umsatz des ‚Stürmer‘ und des ‚Schwarzen Korps‘ stieg so, daß die Händler nicht genug heranschaffen konnten. Außerdem nahm die Badeverwaltung Stellung dazu, und seit dieser Zeit wurde kein ‚Nichtarier‘ zu öffentlichen Veranstaltungen der Stadt zugelassen.“

Die dortigen Parteigenossen bedauerten es sehr, daß wir abreisen mußten, und versprachen uns, unser begonnenes Werk fortzusetzen.

Das Ergebnis unserer fünfwöchentlichen Tätigkeit bewies uns, daß ein kleiner Kreis Menschen, wenn er zur rechten Zeit mit den rechten Mitteln arbeitet, großen Erfolg hat und viel Anhänger bekommt. Das Interesse auf dem Gebiete

der Judenfrage war vorhanden, und die Wyker wollten in unserem Sinne weiterarbeiten. Damit war unsere Aufgabe gelöst; denn mehr beabsichtigten wir nicht.“

Zu guter Letzt hatten die zwei meist geschätzten Poster der Propagandakampagne sogar die zweifelhafte Ehre, in den Spandauer Blättern abgedruckt zu werden.

Das vermutlich augenfälligste Merkmal dieses Berichts ist, wie empört und vollkommen unreflektiert von einer strikten Grenze zwischen legitimen Volksgenossen und jüdischen „Nichtariern“ ausgegangen wurde – eine Abgrenzung, die zu Beginn des Aufenthalts im Seeheim bei der lokalen Bevölkerung offenbar noch nicht sonderlich verbreitet gewesen war. Dass Juden in Wyk ein weitgehend normales Leben führen konnten, kam für Trübenbach einem Skandal gleich. Die Spandauer bemühten sich sichtlich darum, den guten Beziehungen zwischen der nicht-jüdischen Bevölkerung und ihren jüdischen Nachbarn ein Ende zu setzen. Die Durchführung dieser „politische[n] Tätigkeit“, an der sich Trübenbach so sehr erfreute, kann im Nachhinein nur als grausamer Beweis für die antisemitische Indoktrination

der Spandauer NPEA-Schüler betrachtet werden. 15

Dass die Veränderung, die die Spandauer auslösten, tatsächlich so dramatisch war, wie Trübenbach behauptete, zeigt sich zumindest teilweise in den Quellen zu Wyks jüdischer Bevölkerung, die Dirk Warkus-Thomsen in seinem Beitrag über das Schicksal der beiden städtischen jüdischen Kinderheime auswertet.<sup>9</sup> Wyk war zuvor lange Zeit, bereits seit dem Kaiserreich, einer der judenfreundlichsten Badeorte Deutschlands gewesen; die Stadt stellte sogar noch während des Dritten Reichs einen sicheren Zufluchtsort für Juden dar. Durch den radikal antisemitischen Aktivismus unter den örtlichen SA- und Partei-Mitgliedern sowie der Angst, als „Judenbad“ deklariert zu werden – d.h. Kundenschaft einzubüßen –, hatten ehemals

<sup>9</sup> Dirk Warkus-Thomsen, „Jüdische Kinder gehören in jüdische Heime.“ Von einem jüdischen Kinderheim und einer „Judenaustreibung“ in Wyk auf Föhr, in: Gerhard Paul, Miriam Gillis-Carlbach (Hg.), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona 1918–1998, Neumünster 1998, S. 387–96.

„Jude in Krakau“. Abbildung aus Boneß, Juden in Polen: im Vorzimmer Asiens (Augenblicksbilder aus dem Sosnowicer Judenviertel), aus: Die Brücke. Nachrichten von der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Köslin, Jg. 11, Heft 3 (1938), S. 47. • Roche, Privatarchiv



16 pro-jüdisch eingestellte Badeorte wie Norderney sich bereits ein "judenfreies" Image verschafft.<sup>10</sup> Die langsame, aber sichere Vertreibung der Juden aus Wyk – sogar der Kinder aus den Heimen – und von der gesamten Insel Föhr begann jedoch erst *nach* dem „Einsatz“ der Spandauer.<sup>11</sup>

Hier zeigt sich also ein konkretes Beispiel dafür, wie antisemitische Indoktrination in einer NPEA tatsächlich funktionierte.<sup>12</sup> Akte körperlicher Gewalt, wie sie zu dieser Zeit häufig von übereifrigen Parteiaktivisten verübt wurden, auch von Mitgliedern der Hitlerjugend, scheinen unter den Spandau-Schülern nicht aufgetreten zu sein. Dennoch hat das Napola-System intensiv dazu beigetragen, die virulente antisemitische Rassenideologie, Markenzeichen des NS-Regimes, zu verbreiten, waren diese Schulen doch explizit dazu eingerichtet worden,

10 Frank Bajohr, „Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2003, S. 19, 117–19.

11 Warkus-Thomsen (wie Anm. 9), S. 391f.

12 Für eine detaillierte Untersuchung zum Antisemitismus in den NPEA und zum späteren Umgang ehemaliger Schüler hiermit vgl. meinen Beitrag „Der Versuch einer Antwort, warum ich von Auschwitz nichts wusste: The evolution of Napola-pupils' responses to the Holocaust“; Veröffentlichung in Vorbereitung.

um die zukünftigen Führungseliten des Dritten Reiches auf allen Ebenen auszubilden. Dafür war es unerlässlich, an der Doktrin des „bösen Juden“ festzuhalten. Und es ist eindeutig, dass zumindest an manchen der Napolas außerschulische Aktivitäten und Ausflüge antisemitische Züge aufwiesen – ob nun einfach dafür vorgesehen, Hass und Verachtung für die „jüdische Lebensweise“ zu schüren, oder aber mit der festen Absicht, ebendiese Lebensart in einigen Teilen Deutschlands aus dem Alltagsleben zu verbannen. Auch wenn es aktuell keine Statistiken hierzu gibt, ist doch kaum zu leugnen, dass einige ehemalige Schüler, die die Schule vor Kriegsausbruch 1939 verlassen hatten, auf die eine oder andere Weise an der „Endlösung“ beteiligt waren – sei es nun als Wehrmachtsoldaten oder als SS-Offiziere.

Häufig fragen sich ehemalige Schüler, privat oder öffentlich, ob sie damals in der Schule wirklich nichts vom Holocaust wussten, als der Genozid bereits im Gange war. So tragen die veröffentlichten Memoiren Klaus Kleinaus (geboren 1927), eines ehemaligen Schülers der NPEA Ballenstedt, den Untertitel „Der Versuch einer Antwort, warum ich

von Auschwitz nichts wusste“.<sup>13</sup> Kleinau erinnert sich sehr detailliert an seine Zeit in Ballenstedt und unternimmt einen Erklärungsversuch für seine damalige Unkenntnis des Holocausts, sowohl während des „Dritten Reichs“ als auch später als junger Erwachsener, um damit sicherzustellen, dass nachfolgende Generationen sich nie wieder von so ruchlosen sozialen, politischen und religiösen Mächten umgarnen lassen. Die zeitgenössischen Berichte wie auch der oben geschilderte Spandau-„Einsatz“ betonten stets den „rassischen“ sowie absoluten Unterschied zwischen den Napola-Schülern (und anderen Mitgliedern der rassischen „Volksgemeinschaft“) und den Juden, die sie von der deutschen Gesellschaft auszuschließen suchten, spätere Berichte ehemaliger Schüler hingegen versuchten immer eine Parallele zwischen den jüdischen Holocaust-Opfern und ihrer eigenen Rolle als jugendliche „Opfer“ des Napola-

13 Kleinau, Klaus: Im Gleichschritt, marsch! Der Versuch einer Antwort, warum ich von Auschwitz nichts wusste. Lebenserinnerungen eines NS-Eliteschülers der Napola Ballenstedt. Hamburg 2000.



Systems, bzw. des Nazi-Regimes im Allgemeinen, zu ziehen.<sup>14</sup>

Die Tatsache, dass der Großteil der ehemaligen Schüler, die noch leben, 1945 erst zwischen 10 und 15 Jahre alt war, macht es unmöglich, sie als verantwortliche Täter zu betrachten. Sie waren selbst noch Kinder, allenfalls Jugendliche, auch wenn einige von ihnen gezwungen waren, in den letzten Kriegsmonaten als Kindersoldaten am Kriegsgeschehen teilzunehmen. Dennoch hat die Frage nach dem „Was wäre gewesen, wenn...“ ein großes Fragezeichen auf ihr späteres Leben geworfen. Tatsächlich widmete einer der ehemaligen Schüler der NPEA Plön den Rest seines Lebens einer KZ-Gedenkstätte, der einzigen in kirchlicher Trägerschaft, um in dieser Form für seine „Verwicklung“ in die Ereignisse zu „büßen“. Ob die ehemaligen Schüler nun versuchen, ihre damaligen Schulen zu verteidigen und freizusprechen, oder ob sie die zerstörerische Ideologie, die diese verbreitet hatten, zurückweisen – sie versuchen immer in irgendeiner Form, sich mit der öffentlichen Meinung über

<sup>14</sup> Siehe ferner Helen Roche, *Surviving „Stunde Null“: Narrating the Fate of Nazi Elite-School Pupils during the Collapse of the Third Reich*, in: *German History*, Jg. 33, Heft 4 (2015), S. 570–587.

den Holocaust auseinanderzusetzen, wissen sie doch um ihre eigene potentielle Beteiligung am Genozid, hätte das nationalsozialistische Deutschland über 1945 hinaus existiert.<sup>15</sup>

Dank:  
Mein ganz besonderer Dank gilt Mai-Britt Wiechmann, Stefanie Rauch und Tom Zille für ihre Mithilfe bei der Übersetzung.

<sup>15</sup> Eduard Erne und Christian Schneider lassen in ihrem Dokumentarfilm „Herrenkinder“ (2008) ehemalige Napola-Schüler zu Wort kommen (darunter den Literaturkritiker Hellmuth Karasek), die sich in sehr unterschiedlicher Weise erinnern bzw. sich mehr oder weniger (selbst-)kritisch mit diesem Teil ihres Lebens auseinandersetzen.

Plakatentwürfe von Jungmannen der Spandauer Napola, Wyk auf Föhr, 1935 (aus der Spandauer Blätter).  
Quelle • Roche, Privatarchiv

# Die Verfolgung Jugendlicher im Nationalsozialismus

Dietmar Sedlaczek

18 Nationalsozialistischer Ideologie gemäß hatten Jugendliche wie Erwachsene einem festen Ideal zu entsprechen. Sie wurden erzogen und gedrillt, beobachtet und waren dabei vielfältigen Formen indirekter wie auch offener Gewalt ausgesetzt. Und sie wurden auf ihren „Nutzen für die Volksgemeinschaft“ hin überprüft. Wer dem Ideal nicht entsprach, galt als „asozial“ und wurde entsprechend behandelt.

Der Nationalsozialismus geht von einer biologistisch begründeten Ideologie der Hierarchisierung und Selektion von Menschen aus. Während der Begriff der Rasse die Abgrenzung nach außen beschreibt, wird mit der Zuschreibung „asozial“ eine Differenzierung innerhalb der „Volksgemeinschaft“ vorgenommen. Aus diesem Grund gerieten ganze Bevölkerungsgruppen ins Visier des NS-Verfolgungsapparates: Arbeitslose, Obdachlose und Bettler, Prostituierte, Homosexuelle, Sinti und Roma sowie Behinderte, aber auch sozial unangepasste Jugendliche.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten Anfang 1933 begann der Zugriff auf die Jugend. Der vielfältigen Jugendkultur der Weimarer Republik setzten die Nationalsozialisten den Aus-

bau der eigenen politischen Jugendorganisation entgegen. Der Ausschließlichkeitsanspruch der Hitler-Jugend führte nicht nur zum Verbot der noch bestehenden Jugendverbände, sondern auch zur Übernahme möglichst vieler Erziehungsfunktionen durch die HJ und damit der Verlagerung der Jugenderziehung aus dem Elternhaus in die parteipolitisch und ideologisch gesteuerten Organisationen der Staats- und Parteijugend – schließlich sollte die ganze Jugend „erfasst“ werden. Es galt, den „nationalsozialistischen Menschen“ zu schaffen, der Führertum und Gefolgschaft, Gehorsam und Kampfbereitschaft verpflichtet sein sollte. Ab 1939 wurde der Anpassungszwang weiter verstärkt. Die im März geschaffene Jugenddienstverordnung sah vor, dass die Vernachlässigung der HJ-Dienstpflicht mit Jugendarrest bestraft werden konnte.

Die NS-Erziehung war allerdings nicht uneingeschränkt erfolgreich. Jugendliche versuchten sich dem Anpassungsdruck des staatlichen Erziehungssystems zu entziehen. In den Resten der ehemaligen politischen Jugendverbände, der bündischen Jugend und konfessioneller Gruppen existierte ein (wenn

auch begrenztes) Widerstandspotential. Das NS-System fühlte sich von den zum Teil nur wenig organisierten Gruppen der Edelweißpiraten oder der Swing-Jugend herausgefordert und reagierte auf jene Jugendlichen, die sich nicht ohne weiteres anpassten und ihre Freizeit außerhalb der Hitler-Jugend verbringen wollten, mit beträchtlichem Argwohn. Dieses von der NS-Norm abweichende Verhalten wurde kriminalisiert und schuf den Vorwand für die Denunziation dieser Jugendlichen als „Asoziale“. Kurzer Hand wurden sie zu Kriminellen erklärt und waren damit dem Zugriff des staatlichen Polizeiapparates ausgesetzt, der die Möglichkeit hatte, eine Einweisung in Straf- und Erziehungslager und in die Fürsorge-Erziehung zu veranlassen.

Hier wird deutlich, dass der Erziehungsgedanke im Nationalsozialismus eine ideologische Umwertung erfuhr: Während zuvor Erziehungsmaßnahmen als ein Ersatz von Strafe gesehen wurden, galt nun die Strafe selbst als das wichtigste Erziehungsmittel.<sup>1</sup> Erziehung wurde dabei im Sinne der nationalsozialistischen

1 Wapler, Friederike: Die DVJJ in der Zeit des Nationalsozialismus. In: DVJJ-Journal 2001, S. 236–242, hier: S. 238.



„Volksgemeinschaft“ verstanden. Dies „rechtfertigte so die Ausgrenzung immer größerer Bevölkerungsanteile aus dem Schutzraum des Jugendstrafrechts.“<sup>2</sup> 1943 erklärte der Reichsjustizminister bei der Verabschiedung des neuen Reichsjugendgesetzes: „Ist der Jugendliche nach seinen Anlagen einer Erziehung nicht zugänglich, so wird dieser Tatsache durch Ausschluss aus dem Jugendstrafvollzug und in der schärfsten Ausprägung durch Überweisung an die Polizei zur Verwahrung in einem Jugendschutzlager Rechnung getragen.“

Die wesentlichen Neuerungen des Reichsjugendgesetzes waren: Abschaffung der Strafaussetzung zur Bewährung, Absenkung der Altersgrenze auf 12 Jahre unter bestimmten besonderen Umständen, Einführung des Jugendarrestes, Einführung der unbestimmten Jugendstrafe und Legitimierung der so genannten polizeilichen Jugendschutzlager.<sup>3</sup> Neben der oben erwähnten Umwertung des Erziehungsgedankens führte ein Konkurrenzkampf zwischen Innen- und Justizministerium sowie der Polizei dazu, dass

in immer mehr Fällen das Jugendgerichtsgesetz und ab 1943 das Reichsjugendgerichtsgesetz (RJGG) keine Anwendung mehr fand und die Zuständigkeit an die Polizei, Erwachsenen- und Sondergerichte abgeben wurde. Vor dem Erlass des neuen RJGG wurde bereits auf Betreiben der Polizei der Umgang mit straffällig gewordenen Jugendlichen per Verordnung geregelt. Dies betraf nicht nur den Jugendarrest und die unbestimmte Jugendstrafe. Ab 1939 konnte nach der „Verordnung zum Schutz gegen jugendliche Schwerverbrecher“ auf Jugendliche über 16 Jahre auch das Erwachsenenstrafrecht angewendet werden. „Damit“, so Friederike Wapler, „war der Weg frei, Zuchthaus- und auch die Todesstrafe gegen Jugendliche zu verhängen.“<sup>4</sup>

Im Juli 1933 wurde die Zwangsvereinigung der deutschen Wohlfahrtsverbände zur – von der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ (NSV) beherrschten – „Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Deutschlands“ vollzogen. Damit begann die Ausrichtung der Fürsorgeerziehung nach „nationalsozialistischen Erziehungsgedanken“. Früh wurde

eine Unterscheidung der Zöglinge in Erfolgs- und Nichterfolgsfälle vorgenommen. Die leichten Fälle verblieben bei der NSV, während die „einwandfrei erbbiologisch minderwertigen Fälle“ den Einrichtungen der kirchlichen Verbände zugeführt wurden. Damit war der Weg frei für eine Ausrichtung der Heime nach rassehygienischen Maßgaben.<sup>5</sup> Die so genannten Zöglinge wurden nach ihrer „sozialen Brauchbarkeit“ bewertet. Das Ergebnis konnte Zwangssterilisation bedeuten. Auf jeden Fall wurden die Jugendlichen als „erbggesund“ bzw. „gemeinschaftsfährend“ kategorisiert und bestimmten Heimtypen zugewiesen.<sup>6</sup>

Im September 1939 hatte Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS (SD), erstmals eigene Lager außerhalb der Fürsorgeerziehung zur Internierung „verwahrloster“ und sozial unangepasster Jugend-

<sup>5</sup> Fings, Karola und Sparing, Frank: „tunlichst als erziehungsunfähig hinstellen“. Zigeunerkinder und -jugendliche: Aus der Fürsorge in die Vernichtung. In: Benz, Ute und Benz, Wolfgang: (Hg.): Sozialisation und Traumatisierung. Kinder in der Zeit des Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 1992, S. 161.

<sup>6</sup> Ebd., S. 163.

Kommandantur-Gebäude des Jugend-KZ Moringen  
• Maßregelvollzugszentrum Niedersachsen

<sup>2</sup> Ebd., S. 238.

<sup>3</sup> Ebd., S. 237.

<sup>4</sup> Ebd., S. 239.

**Anlage I****Unterbringung in polizeilichen Jugendschutzlager**

AV. d. RJM. v. 27. 4. 1944 (4210 III J a<sup>1</sup> 131/44)  
(Dt. Just. Nr. 8)

Das Reichskriminalpol.-Amt hat zur Unterbringung über 16 Jahre alter, ausnahmsweise auch jüngerer Minderjähriger, die mit den Mitteln der öffentlichen Jugendhilfe, insbesondere durch Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung, nicht erziehbar sind und anderweitig untergebracht werden müssen, Jugendschutzlager eingerichtet, bisher Moringen/Solling für männliche und Uckermark, Post Fürstenberg/Meckl. für weibliche Minderjährige. Das Nähere ergibt sich aus den nachstehend als Anl. 1<sup>a</sup>) und 2<sup>a</sup>) abgedruckten RdErl. des RMdL v. 26. 4. 1944 — B II 340/44-8400 V und des RFfuChdDtPol. v. 25. 4. 1944 — SV A 3 Nr. 32/44. Dazu bestimme ich bis zu einer gesetzlichen Regelung der Frage folgendes:

A. (1) Der Vormundschaftsrichter schlägt der Kriminalpol.- (Leit-) Stelle die Unterbringung eines Minderjährigen in einem Jugendschutzlager vor, wenn mit den Mitteln der öffentlichen Jugendhilfe (namentlich durch Schutzaufsicht oder Fürsorgeerziehung) die Einordnung des Minderjährigen in die Volksgemeinschaft voraussichtlich nicht zu erreichen und die Unterbringung erforderlich ist. Der Vorschlag ist zu begründen. Vor Abgabe seines Vorschlages ersucht der Vormundschaftsrichter das Landesjugendamt (Fürsorgeerziehungsbehörde) um Äußerung. Bei Minderjährigen unter 18 Jahren gibt er auch der Gebietsführung der Hitlerjugend Gelegenheit zur Stellungnahme (vgl. dazu den nachstehend als Anl. 3<sup>a</sup>) abgedruckten Erl. d. JFdDtR. v. 5. 5. 1944 — S-Z III-74). Widersprechen das Landesjugendamt (Fürsorgeerziehungsbehörde) oder die Gebietsführung der Hitlerjugend der Unterbringung, so berichtet er an den RJM., wenn er seinen Vorschlag aufrechterhalten will.

(2) Hält eine andere Justizbehörde die Unterbringung eines Minderjährigen, der keine Freiheitsstrafe verbüßt (B I), in einem Jugendschutzlager für erforderlich, so teilt sie dies dem Vormundschaftsrichter mit.

(3) Wird die Unterbringung eines Minderjährigen im Jugendschutzlager von einer anderen Stelle vorgeschlagen, so prüft der Vormundschaftsrichter, ob Erziehungsmaßregeln bei dem Minderjährigen Aussicht auf Erfolg haben. Ist das nicht der Fall und eine Unterbringung des Minderjährigen erforderlich, so wird der Unterbringung im Jugendschutzlager zuzustimmen sein. Die Zustimmung ist gegenüber der Kriminalpol.- (Leit-) Stelle zu erklären. Sie ist zu begründen. Bei Minderjährigen, bei denen nach ihrem Alter noch die Anordnung der Fürsorgeerziehung in Frage kommt, bedarf es, sofern nicht ein Fürsorgeerziehungsverfahren bereits schwebt, keines vorherigen förmlichen Beschlusses, daß die Anordnung der Fürsorgeerziehung wegen Aussichtslosigkeit abgelehnt wird.

(4) Der Vormundschaftsrichter teilt dem Landesjugendamt (Fürsorgeerziehungsbehörde) seine Stellungnahme gegenüber der Kriminalpol.- (Leit-) Stelle mit.

(5) Läuft für den Minderjährigen eine Bewährungsfrist (Probezeit), so regt der Vormundschaftsrichter die Prüfung der Frage an, ob die Bewährungsfrist (Probezeit) widerrufen werden soll. Bleibt die Bewährungsfrist (Probezeit) aufrechterhalten, so teilt der Vormundschaftsrichter diese Entscheidung der Stelle mit, die die Unterbringung des Minderjährigen vorgeschlagen hat.

(6) Will der Vormundschaftsrichter entgegen der Stellungnahme der Kriminalpol.- (Leit-) Stelle und des Landesjugendamtes (Fürsorgeerziehungsbehörde) die Voraussetzungen für die Unterbringung des Minderjährigen in einem Jugendschutzlager verneinen, so berichtet er an den RJM. Das gilt nicht, wenn der Vormundschaftsrichter Fürsorgeerziehung anordnet oder bei Fürsorgezöglingen (Nr. 7 des RdErl. des RMdL) die Aufhebung der Fürsorgeerziehung ablehnt.

(7) Die Justizbehörden haben die Entschließungen auf Grund dieser AV. mit größtmöglicher Beschleunigung zu treffen.

B. I. Für die Einweisung Minderjähriger, die eine Freiheitsstrafe verbüßen, in ein Jugendschutzlager ordne ich folgendes an:

(1) Die Vollstreckungsbehörde (der Vollstreckungsleiter) schlägt im Einvernehmen mit dem Vollzugsleiter der Kriminalpol.- (Leit-) Stelle vor, den jungen Gefangenen nach Verbüßung der Strafe (des Höchstmaßes der unbestimmten Jugendgefängnisstrafe) in einem Jugendschutzlager unterzubringen, wenn dieser trotz des Strafvollzugs — auch bei Einsatz der Mittel der Jugendhilfe — die Einordnung in die Volksgemeinschaft voraussichtlich nicht erwarten läßt (vgl. § 60 RJGG.).

(2) Ist das Mindestmaß einer unbestimmten Jugendgefängnisstrafe verbüßt und besteht keine Aussicht, den jungen Gefangenen durch weitere Erziehung im Strafvollzug so zu beeinflussen, daß er sich künftig in die Volksgemeinschaft einordnet, so schlägt der Vollstreckungsleiter im Einvernehmen mit dem Vollzugsleiter vor, ihn schon vor Verbüßung des Höchstmaßes der Strafe in einem Jugendschutzlager unterzubringen (vgl. § 60 RJGG.). Der Vollstreckungsleiter gibt auch dem erkennenden Richter Gelegenheit zur Stellungnahme. Wird der Minderjährige in ein Jugendschutzlager eingewiesen, so wird die weitere Strafvollstreckung vorläufig eingestellt. Von Handlungen, die die Verjährung der Strafvollstreckung unterbrechen, ist abzusehen.

(3) Der Minderjährige wird vor der Entschließung, ob er in einem politischen Jugendschutzlager unterzubringen ist, kriminalbiologisch untersucht und begutachtet.

(4) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Vollstreckungsbehörde (Vollstreckungsleiter) und Vollzugsleiter entscheidet die höhere Vollzugsbehörde.

(5) Ist der Verurteilte noch nicht 18 Jahre alt, so gibt der Vollstreckungsleiter vor Abgang seines Vorschlags der Gebietsführung der Hitlerjugend Gelegenheit zur Stellungnahme (vgl. Anl. 3). Widerspricht diese, so berichtet der Vollstreckungsleiter an den RJM., wenn er seinen Vorschlag aufrechterhalten will.

II. Wird ein zu Jugendarrest Verurteilter nach den Vorschriften unter A in ein polizeiliches Jugendschutzlager eingewiesen, so ist der Vollstreckungsleiter ermächtigt, die Vollstreckung des Jugendarrests auf unbestimmte Zeit auszusetzen.

III. Wird gegen einen Minderjährigen der im Jugendschutzlager untergebracht ist, wegen einer Straftat, die er vor seiner Einweisung begangen hat, ein Strafverfahren durchgeführt, so gilt folgendes:

(1) Bei Verfehlungen, bei denen eine Freiheitsstrafe von weniger als 6 Monaten zu erwarten ist, scheidet der Staatsanwalt von der Verfolgung ab (§ 30 RJGG.), oder es wird das Strafverfahren gemäß § 31 RJGG., § 153 RStPO. eingestellt.

(2) Wird wegen der Tat auf eine Freiheitsstrafe von 6 Monaten und länger erkannt, so wird das Reichskriminalpol.-Amt die Überstellung des Minderjährigen zum Zwecke der Strafverbüßung an die Vollstreckungsbehörde veranlassen. Ist auf Grund der Erziehung im Strafvollzug zu erwarten, daß der Minderjährige sich künftig in die Volksgemeinschaft einordnet, so berichtet die Vollstreckungsbehörde an den RJM., der sich über die weiter erforderlichen Maßnahmen mit dem Reichskriminalpol.-Amt verständigt.

(3) Wird der Minderjährige zu einer Freiheitsstrafe von weniger als 6 Monaten verurteilt, so wird die Strafvollstreckung ausgesetzt. Von Handlungen, die die Verjährung der Strafvollstreckung unterbrechen, ist abzusehen.

IV. (1) Eine Straftat, die ein Minderjähriger nach seiner Einweisung in ein Jugendschutzlager begangen hat, wird disziplinarischer Ahndung überlassen (§§ 30, 31 RJGG., § 153 RStPO.), wenn eine Freiheitsstrafe von weniger als 6 Monaten zu erwarten ist.

(2) Für die Vollstreckung von Freiheitsstrafen gilt Nr. III (2) und (3).

V. (1) Soll ein junger Verurteilter, der aus einem Jugendschutzlager zum Zwecke der Strafverbüßung in

licher gefordert. Unterstützung erfuhr dies von Heinrich Himmler, dem „Reichsführer-SS“ und Chef der deutschen Polizei. Im Frühjahr 1940 wurde das Reichskriminalpolizeiamt mit der Errichtung so genannter Jugendschutzlager beauftragt. Die Äußerungen aus der Fürsorge waren einhellig positiv: „Wir begrüßen es nun als einen großen Fortschritt, dass wir die zu bewahrenden männlichen Zöglinge seit einigen Monaten in das neu eingerichtete Jugendschutzlager Moringen einweisen können (...) Die neue Einrichtung bedeutet für die Fürsorgeerziehungsarbeit eine wesentliche Entlastung und bedeutsame Verbesserung.“<sup>7</sup>

Moringen – das erste „polizeiliche Jugendschutzlager“ – wurde im August 1940 in Moringen bei Göttingen eingerichtet. Hier waren männliche Jugendliche im Alter von etwa 13 bis 22 Jahren interniert. 1942 entstand nahe dem Frauen-KZ Ravensbrück in Brandenburg ein weiteres Jugend-KZ: das Lager Uckermark für weibliche Jugendliche. Annähernd 2.500 Häftlinge waren aus den unterschiedlichsten Gründen in den

7 Zit. nach Guse, Martin und Kohrs, Andreas, Zur Entpädagogisierung der Jugendfürsorge in den Jahren 1922 bis 1945. In: Otto, Hans-Uwe und Heinz Sünker, (Hg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt/Main, S. 234.

beiden Jugend-KZ Moringen und Uckermark inhaftiert.

Im August 1940 kamen die ersten jugendlichen Häftlinge nach Moringen. Die Einweisung erfolgte über die Jugend- und Landesjugendämter sowie die Kriminalpolizei vom Reichskriminalpolizeiamt, die ein Vorschlagsrecht zur Inhaftierung „asozialer“ und „krimineller“ Jugendlicher erhielten. Später erfuhr der Kreis der Einweisungsberechtigten eine erhebliche Ausweitung auf Vormundschaftsrichter, Justizstellen oder die jeweilige Gebietsführung der „Hitler-Jugend“ (HJ). Sie alle waren berechtigt, die Haft in einem Jugend-KZ zu beantragen.<sup>8</sup> Vor allem Erziehungsheime und Jugendämter machten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Eine Reihe sehr unterschiedlicher Gründe konnte zu einer Haft im Jugend-KZ führen: Sie reichten von der Verweigerung des HJ-Dienstes, dem Vorwurf der Arbeitsverweigerung oder Sabotage, dem Vorwurf vermeintlicher Unerziehbarkeit, Renitenz oder Kriminalität und „Rassenschande“ sowie der Zugehörigkeit zur Swing-Jugend bis hin zur

8 Ebd. 1989, S. 236.

Sippenhaft bei politischen Aktivitäten der Eltern. Oppositionelles Verhalten und Widerstand gegen das System konnte ebenfalls ein Einweisungsgrund sein wie auch der Vorwurf so genannter sittlicher und sexueller Verwahrlosung, genauso wie Homosexualität. Auch aus religiösen (Zeugen Jehovas), eugenischen und rassistischen Gründen konnte eine Internierung erfolgen.<sup>9</sup> Bereits geringste Auffälligkeiten im Verhalten Jugendlicher wurden als Anzeichen für Asozialität oder Kriminalität gewertet. Widerspenstigkeit und Auflehnung wurden als „gemeinschaftsfremdes“ Verhalten definiert.<sup>10</sup> Damit besaßen die staatlichen Stellen genug Spielraum für Maßnahmen, um sich missliebiger oder tat-

9 Guse, Martin: Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“. Eine Ausstellung zu den Jugend-Konzentrationslagern Moringen und Uckermark. Moringen/Liebenaunau 1997 (dritte, leicht veränderte und ergänzte Auflage), S. 26.

10 Ebd.

Auszug aus dem Sonderabdruck Nr. 38 aus dem Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern 1944 Nr. 19 • BAArch R 36/1866, BI 24.



22 sächlich verhaltensauffälliger Jungen und Mädchen zu entledigen.<sup>11</sup>

Zwischen 1940 und 1945 waren in Moringen annähernd 1.400 männliche Jugendliche im Alter zwischen 13 und 23 Jahren aus einem der genannten Gründe inhaftiert. In seiner Organisationsstruktur glich das Jugend-KZ Moringen den KZ für Erwachsene. An seiner Spitze stand ein Lagerkommandant; bis 1944 war es der Kriminalrat und SS-Sturmbannführer Karl Dieter. Die Blockführer des Lagers gehörten der Waffen-SS und dem SD an. Die 120 Mann starke Wachmannschaft bestand aus Angehörigen der SS-Totenkopfverbände. Zwischen 1942 und 1943 unterstand das Jugend-KZ für die Dauer von 15 Monaten der „Inspektion für die Konzentrationslager“ bzw. dem Wirtschafts-Verwaltungshauptamt – Amtsgruppe D – Konzentrationslager in Oranienburg.<sup>12</sup>

1941 war Dr. Robert Ritter zum Leiter des „Kriminalbiologischen Institutes der

11 Vgl. Erlass über die »vorbeugende Verbrechensbekämpfung« vom 14.10.1937 bei Jocheim, Gernot, Die Jugendkonzentrationslager Moringen und Uckermark. In: Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung (Hg.), „... die vielen Morde ...“ Dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Berlin 1999, S. 181–188, hier 183.

12 Guse 1997, S. 28.

Sicherheitspolizei und des SD“ (KB I) aufgerückt. Die Aufgabe des KBI bestand darin, die mit sicherheitspolizeilichen Aufgaben betrauten staatlichen Einrichtungen im „Kampf gegen Gemeinschaftsfremde“ „wissenschaftlich“ zu beraten. Des Weiteren sollte ein Archiv mit Daten über alle „asozialen und kriminellen Sippen innerhalb des Reichsgebietes“ eingerichtet werden. Darüber hinaus arbeitete Ritter auch als „Leitender Kriminalbiologe“ in den Jugend-KZ Moringen und Uckermark. Den Jugend-KZ kam dabei die Aufgabe zu, „ihre Insassen nach kriminalbiologischen Gesichtspunkten zu sichten, die noch Gemeinschaftsfähigen so zu fördern, dass sie ihren Platz in der Volksgemeinschaft ausfüllen können und die Unerziehbaren bis zu ihrer endgültigen anderweitigen Unterbringung (in Heil- und Pflegeanstalten, Bewahranstalten, Konzentrationslagern usw.) unter Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu verwahren.“<sup>13</sup> Ähnlich wie es Ende der dreißiger Jahre den Sinti und Roma angetan wurde, unterzogen Ritter und seine Mitarbeiter nun die jugendlichen Häftlinge in Moringen

13 BAArch R36/1866, Bl. 24.

und Uckermark einer kriminalbiologischen Erfassung. Diese bestand aus Befragungen zu den Familienverhältnissen über mehrere Generationen, zum Verlauf der Pubertät, zu Freizeitgestaltung und Krankheiten, zu Schulbildung und Beruf. Darüber hinaus wurden die Körper der Jungen und Mädchen vermessen. Zu den Folgen dieser Untersuchungen gehörten auch Zwangssterilisierungen. So sind für Moringen 22 solcher Eingriffe nachgewiesen, die in der Chirurgie der Göttinger Universitätsklinik durchgeführt wurden.<sup>14</sup>

Ritter entwickelte im Rahmen seiner Tätigkeit in den beiden Jugend-KZ ein eigenes Blocksystem. Es basierte auf „sozialdarwinistisch und rassenbiolo-

14 Guse 1997, S. 31.

Der in Heide lebende Erwin Rehn (1927-2000) hatte Kontakt zu niederländischen und dänischen Zwangsarbeitern, die ein illegales Nachrichtennetz aufgebaut hatten. Er schloss sich der Gruppe an und übernahm Botendienste und half bei der Verbreitung antifaschistischer Flugblätter und Parolen. Als ein von ihm entworfenes Flugblatt entdeckt wurde, entschloss er sich kurzfristig zur Flucht in die Niederlande. Die Flucht misslang, und Erwin Rehn wurde verhaftet. Nach mehrwöchiger Haft in verschiedenen Polizeifängnissen wurde der sechzehnjährige Schüler im Juni 1943 in das Jugend-KZ Moringen eingeliefert. • Archiv KZ-Gedenkstätte Moringen, Deponat Geschichtswerkstatt Hardeggen

Jugendbild von Erwin Rehn • Privatarchiv Elisabeth Rehn

gisch orientierten Vorstellungen von einer erblich bedingten Kriminalität oder Asozialität“.<sup>15</sup> Die Zuordnung zu bestimmten Blöcken konnte weit reichende Konsequenzen haben: z.B. die Überstellung in andere KZ oder die Einberufung ins Militär im Erwachsenenalter, aber auch die Einweisung in eine geschlossene Heil- und Pflegeeinrichtung oder eine „Bewahranstalt“.<sup>16</sup>

Der Tagesablauf der jugendlichen Häftlinge war strengstens geregelt. Ordnung, Sauberkeit und Disziplin waren die zentralen Werte, die durch Anordnungen, Appelle und Strafen brutal und erbarmungslos durchgesetzt wurden. Darunter vor allem der Essensentzug, das „harte Lager“ (Entfernung des Strohsacks), das Strafstehen, der Dauer- und Bunkerarrest (nur alle drei Tage volle Beköstigung, ansonsten Wasser und Brot), die Stockhiebe und das Strafoxerzieren, der nicht selten zum völligen physischen Zusammenbruch der Häftlinge führte.<sup>17</sup>

Erwin Rehn, ein ehemaliger Häftling des Jugend-KZ, beschreibt den Lageralltag in Moringen: „Bewegung war nur im Laufschrift möglich. Es verging kein arbeitsfreier Tag, an dem sich die Häftlinge nicht ‚sportlich‘ betätigten, ohne Rücksicht auf die Witterung. Abends, nach Einschluss, blieb der Blockführer E. noch im Block, und dann ging es weiter bis teilweise zwei Uhr in der Nacht. Bestrafungen wurden schon für geringfügige Sachen, für die es sonst nur ein paar Faustschläge gab, ausgesprochen. Appelle wurden durchgeführt, darunter der menschlich so entwürdigende ‚Gesundheitsappell‘, bei dem der Blockführer die Geschlechtsteile der Häftlinge inspizierte. Es gab keinen Sonntag und keinen Feiertag.“<sup>18</sup>

Einen wesentlichen Bestandteil des Moringen Lageralltags bildete die Zwangsarbeit.<sup>19</sup> Bei unzureichender Ernährung und mangelnder Hygiene mussten die Jungen einen mehr als zehnstündigen täglichen Arbeitseinsatz in einer Vielzahl unterschiedlicher Kommandos leisten – beispielsweise in der betriebseigenen Schlosserei, in einer Strickerei, Sattlerei, Schneiderei sowie einer Weberei.

<sup>15</sup> Guse/Kohrs 1989, S. 238.

<sup>16</sup> Ebd., S. 240.

<sup>17</sup> Ebd., S. 241f.

<sup>18</sup> Rehn, Erwin, Gedächtnisbericht über das SS-Sonderlager (Jugendschutzlager) MORINGEN und über das Außenlager VOLPRIEHAUSEN. In: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 9/10 (1985), S. 91ff.

<sup>19</sup> Sedlaczek, Dietmar: Zwangsarbeit im Jugend-KZ Moringen (1940-45). Ehemalige Häftlinge berichten. In: Zimmermann, Volker (Hg.): „Leiden verwehrt Vergessen“, Zwangsarbeiter in Göttingen und ihre medizinische Versorgung in den Universitätskliniken. Göttingen 2007, S. 165-184.

Produziert wurde vor allem für die Wehrmacht. Auch Betriebe aus der Umgebung nutzten die jugendlichen Häftlinge als billige Arbeitskräfte. Die beiden größten Arbeitgeber waren die Firma Piller, die sich nur aufgrund der billigen Arbeitskräfte in Moringen angesiedelt hatte, und die Heeresmunitionsanstalt in Volpriehausen. In einem ehemaligen Kalibergwerk wurde unter Tage Munition zusammensetzt und gelagert. Darüber hinaus waren die jugendlichen Häftlinge unter anderem in einer Zementfabrik und beim Autobahnbau eingesetzt.

Das Ende des Moringen Jugend-KZ kam erst mit dem Ende des NS-Staates. Anfang April 1945 ordnete das RKPA die Räumung des Lagers an. Nur die Schwerstkranken blieben zurück. Für die anderen etwa 500 Häftlinge begann ein 100 Kilometer langer Evakuierungsmarsch, der in den Harz führte.

Nicht alle Häftlinge des Moringen Jugend-KZ erlebten die Befreiung. Aufgrund der mangelnden hygienischen Verhältnisse und der katastrophalen Ernährungslage bei gleichzeitiger Schwerstarbeit kam es zu zahlreichen Todesfällen, von denen die SS 89 registrierte. Die tatsächliche Todesrate dürfte weitaus höher liegen.

Kinder und Jugendliche bedürfen eines besonderen Schutzes. Im Nationalsozialismus haben sich genau jene Berufsgruppen schuldig gemacht, die durch ihren Beruf oder ihr Amt eigentlich zum Wohle von Jugendlichen handeln sollten. Die auf biologistischen Vorstellungen basierende NS-Ideologie ermöglichte die Ausgrenzung und brutale Verfolgung von Jugendlichen, die nicht dem postulierten Ideal des nationalsozialistischen Menschen entsprachen oder entsprechen wollten. Das Recht wurde dabei im Sinne der Machthaber so verändert, dass ihr Vorgehen juristisch legitimiert war. Bitter ist ebenfalls die Feststellung, dass jene Jugendlichen, die vom NS-System als unerwünscht betrachtet wurden, aber Verfolgung und KZ-Haft überlebt hatten, zunächst einmal keine Chance hatten, eine Anerkennung als NS-Opfer zu erhalten. Nach dem Krieg waren sie zudem mit einer Gesellschaft konfrontiert, die sich ihnen gegenüber wenig verständnisvoll zeigte und sie mit der Verarbeitung ihrer Erfahrungen allein ließ.

Und die Täter? Mussten sie sich vor Gericht verantworten? Dr. Robert Ritter z.B. wurde nach dem Krieg zum Leiter der Jugendpsychiatrie in Frankfurt am Main ernannt, und Karl Dieter avancierte zum Leiter der Kriminalpolizei in Mainz.

# Die Entrechtung und Tötung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, Erkrankungen und unerwünschtem Verhalten

Carola S. Rudnick



24 Zwei Wochen vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde unter dem Vorwand der „Klärung wissenschaftlicher Fragen auf dem Gebiet der angeborenen Missbildungen und der geistigen Unterentwicklung“<sup>1</sup> eine Meldepflicht für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und normenabweichendem Verhalten eingeführt. Zu diesem Zeitpunkt war die deutsche „Volksgemeinschaft“ durch Propaganda und eine nahezu lückenlose Anwendung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ bereits viele Jahre an die öffentliche Stigmatisierung und Entrechtung von Menschen, darunter auch Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen gewöhnt.

## Jugendliche als Opfer der „Eugenik“

So waren schon ab dem 1. Januar 1934 an Gerichtsstandorten Sondergerichte, sogenannte Erbgesundheitsgerichte eingerichtet worden, an denen

<sup>1</sup> Vgl. Änderung des Auszugs des Runderlasses vom 18.8.1939. Auszug aus dem RdErl. des Reichsministers des Innern vom 18.8.39 – IV b 3088/39 – 1079 Mi – betr. Meldepflicht für missgestaltete usw. Neugeborene, <http://www.tenhumbergreinhard.de/taeter-und-mitlaeufer/dokumente/aenderung-des-auszugs-des-runderlasses-v-1881939.html> [20.12.2018].

Sterilisationen beschlossen wurden. Zu den „Erbkranken“, die zwangssterilisiert wurden, gehörten auch Jugendliche mit angeborener Taub- und Blindheit, mit „Fallsucht“ bzw. Epilepsie, mit körperlichen „Missbildungen“ und „angeborenem Schwachsinn“. Ab 1936 wurde gar „moralischer Schwachsinn“ diagnostiziert und vor Erbgesundheitsgerichten verhandelt. Hierbei ging es auch um Minderjährige, die unverheiratet Geschlechtsverkehr hatten, um Töchter und Söhne von Alkoholkranken oder politisch Andersdenkenden, um „Hilfsschüler“ und „Sitzenbleiber“.<sup>2</sup>

Zwischen 1934 und 1945 wurden auf dem Gebiet des Deutschen Reiches insgesamt etwa 400.000 Menschen zwangssterilisiert, zumeist aufgrund geistigen und moralischen „Schwachsinn“. Etwa zehn Prozent aller Betroffenen waren 14- bis 17-Jährige. Durch Beschlüsse des Lüneburger Erbgesundheitsgerichtes wurden mindestens 55 in dieser Altersstufe

<sup>2</sup> Vgl. Carola S. Rudnick: „Schwachsinn wurde hier nicht festgestellt“. Zwangssterilisation in Lüneburg, Husum 2017, S. 10, 23, 26.

sterilisiert.<sup>3</sup> Es gab Versuche von Eltern, diesen Eingriff durch Einspruch zu verhindern. In der nächst höheren Gerichtsinstanz, hier das Erbgesundheitsobergericht in Celle, wurden diese Einsprüche jedoch abgelehnt und die Operationen vollstreckt. So erging es auch der 14-jährigen Henny Tost (1921-1935) aus Schneverdingen. Sie „bezahlte“ die Unfruchtbarmachung mit ihrem Leben und starb 1935 an den Folgen des Eingriffs.<sup>4</sup>

## Die Etablierung der Kinder- und Jugendlichen-„Euthanasie“ mit Kriegsbeginn

Bereits vor der Einführung der Meldepflicht und der sich anschließenden Kinder- und Jugendlichen-„Euthanasie“ hatte es demnach massive Eingriffe in das Per-

<sup>3</sup> Der Aktenbestand im Niedersächsischen Landesarchiv Hannover dokumentiert 805 Gerichtsverfahren, durch die nachweislich 504 Personen sterilisiert wurden. Ein Operationsbuch der Landesfrauenklinik Celle, ebenfalls im Bestand des Landesarchivs, dokumentiert 30 weitere vollstreckte Sterilisationen, zu denen keine Gesundheitsamts- und Gerichtsakten überliefert sind. Weitere Einzelfälle sind in noch existierenden Krankenakten dokumentiert, sodass von mindestens 540 Sterilisationen, die durch Beschluss des Erbgesundheitsgerichtes Lüneburg ausgeführt wurden, ausgegangen werden kann.

<sup>4</sup> Vgl. Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes Fallingb. vom 29.4.1935. Kopie im Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, FB 2/16-18 (F7).



sönlichkeits- und Existenzrecht von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oder sozial unerwünschter Herkunft gegeben. Der nächste Schritt, nämlich sogenannte „bildungs- und entwicklungsunfähige“ Kinder und Jugendliche dann auch in größerer Anzahl in eigens dafür zu schaffende Einrichtungen zu eliminieren, rückte damit in unmittelbare Nähe.

Um Kinder und Jugendlichen prinzipiell als angeblich nicht bildungs- und entwicklungsunfähig töten zu können, mussten sie zunächst erfasst, in einem nächsten Schritt begutachtet und schließlich selektiert werden. Hierzu wurden Ärzte und Hebammen sowie Entbindungsanstalten, geburtshilfliche Abteilungen und Krankenhäuser mit Runderlass des Reichsministeriums des Innern vom 18. August 1939 verpflichtet, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen beim zuständigen Gesundheitsamt anzuzeigen. Meldepflicht bestand für die Diagnosen „Idiotie“, „Mongolismus“, Mikrocephalie (Kleinwüchsigkeit des Hirnschädels), Hydrocephalus (Wasserkopf), Missbildungen, Lähmungen (einschließlich Littlescher Erkrankung). Als Anreiz bekamen Hebammen ein Kopfgeld in

Höhe von zwei Reichsmark.<sup>5</sup> Bis 1942 stellten Hebammen kaum Anzeigen, mit kriegsbedingter Verschlechterung ihrer persönlichen Versorgungslage änderte sich dies allerdings.

Nachdem die Erfassung der Kinder und Jugendlichen installiert war, stellte Hitler ein Gremium von Verwaltungsbeamten und Ärzten zusammen, die binnen weniger Wochen eine Tarnorganisation etablierten, den „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“. Dieser hatte den Auftrag, die Tötung der Menschen zu verwalten, die für die sogenannte „Euthanasie“ in Frage kamen. Hans Hefelmann (1906-1986) und Richard von Hegener (1905-1981) vom Hauptamt II b der Kanzlei des Führers sowie Herbert Linden (1899-1945) vom Reichsministerium des Innern standen dem „Reichsausschuss“ vor und vertraten ihn.<sup>6</sup> Für die Begutachtung der Kinder und Jugendlichen ausschließlich anhand ihrer Krankakten waren die drei Ärzte Werner

5 Vgl. Anm. 1.

6 Vgl. Petra Fuchs: Zur Selektion von Kindern und Jugendlichen nach dem Kriterium der „Bildungsfähigkeit“, in: Maïke Rotzoll/ Gerrit Hohendorf/Petra Fuchs et al. (Hg.): Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer, Paderborn 2010, S. 288–289.

Catel (1894-1981), Hans Heinze (1895-1983) 25 und Ernst Wentzler (1891-1973) zuständig. Catel leitete die Leipziger Universitätskinderklinik, in der bereits 1938 erstmals ein Kind getötet worden war.<sup>7</sup> Heinze leitete die Anstalt Brandenburg-Görden, und der Pädiater Wentzler brachte sich neben seiner gutachterlichen Arbeit auch in die Entwicklung eines geplanten „Euthanasie“-Gesetzes ein.

7 Vgl. Udo Benzenhöfer: Der Fall Leipzig (alias Fall „Kind Knauer“) und die Planung der NS-„Kindereuthanasie“, 2. Aufl., Wien 2012, S. 47–50.

Ab 1939 leitete der Ärztliche Direktor Max Bräuner den Examenpflegekurs für angehende Pflegekräfte. Hier ein Gruppenbild, etwa 1940 • Archiv „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg

Die „Kinderfachabteilung“ wurde zunächst in Haus 25 eingerichtet, bald kamen noch Haus 23 und im Herbst 1944 das Haus 24 hinzu. Die Aufnahme ist nach 1945 entstanden. Gut zu erkennen sind die breiten Balkone, da das Gebäude ursprünglich Tuberkuloseerkrankte beherbergen sollte. • Archiv „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg

Heinz Schäfer auf dem Arm seines älteren Bruders Rolf. Die Aufnahme machte sein zweiter älterer Bruder Friedrich. Sie entstand im Sommer 1941, wenige Monate vor Heinz' Einweisung in die „Kinderfachabteilung“ und etwa ein halbes Jahr vor seiner Tötung. • Archiv „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg/Privatbesitz Familie Schäfer



## 26 Die Einrichtung von „Kinderfachabteilungen“ am Beispiel Lüneburg

Im Reichsgebiet wurden nach heutigem Forschungsstand ab Oktober 1939 in einem nächsten Schritt mindestens 31 „Kinderfachabteilungen“ in Kliniken, Krankenhäusern und Anstalten eingerichtet,<sup>9</sup> in denen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen konzentriert, für medizinische Experimente herangezogen, selektiert und schließlich getötet wurden. Insgesamt wurden mindestens 4500 Kinder und Jugendliche ermordet.

Eine dieser „Kinderfachabteilungen“ wurde im Oktober 1941 in der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg eingerichtet. Hiermit versuchte Max Bräuner, damaliger Ärztlicher Direktor der Heil- und Pflegeanstalt, die erst seit 1936 von ihm geleitete Psychiatrie vor der Schließung zu bewahren. Im Zuge des Ausbaus Lüneburgs zur Gau-Stadt war nämlich vorgesehen, nord- und südwestlich in direkter Nachbarschaft zur Anstalt ein Parteitagsgelände und ein Gau-Forum zu er-

richten.<sup>9</sup> Der Lüneburger Gau-Leiter Otto Telchow meldete an mindestens der Hälfte der Anstaltsgebäude Begehrlichkeiten für eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt (Napola) an.<sup>10</sup>

Die Errichtung einer „Kinderfachabteilung“ in den Häusern Nummer 25 und 23, ab September 1944 auch in Haus 24, sicherte zumindest vorübergehend den Fortbestand der Anstalt. Für die Leitung der neuen Abteilung holte Bräuner den Waffen-SS- und Front-Arzt Willi Baumert nach Lüneburg, zunächst nur für drei Tage in der Woche, ab Juni 1943 in Vollzeit.<sup>11</sup> Baumert war bereits 1938 bis 1939 Arzt in der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg gewesen und hatte sich insbesondere aufgrund seiner pathologischen

9 Vgl. Generalbebauungsplan von 1941. In: Stadtplanung Lüneburg. Erläuterungspläne Sammlung Pinnekamp, in: Preuß, Werner: Stadtplanung und Architektur in Lüneburg unter dem Nationalsozialismus. In: Ders. (Hg.): Stadtentwicklung und Architektur. Lüneburg im 20. Jahrhundert, Husum 2001, S. 74.

10 Vgl. Vermerk Abschrift: Die wichtigsten Verlegungen in den Heil- und Pflegenanstalten vom 1.4.1948. Kopie in Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, FB 2/14.

11 Vgl. Oberstaatsanwaltschaft Landgericht Hannover 2Is 122/48, Vernehmungsprotokoll von Willi Baumert vom 29.4.1948, S. 9. Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, FB 2/3.

Kenntnisse qualifiziert.<sup>12</sup> Als er am 22. September 1944 erneut zur Front eingezogen wurde, fiel die Leitung der „Kinderfachabteilung“ wieder Bräuner zu.<sup>13</sup>

### Die Tötung von Kindern und Jugendlichen in der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg

Durch Bräuner und Baumert wurden 300 bis 350 Kinder und Jugendliche im Alter von drei Monaten bis zu 16 Jahren mit überdosierten Medikamenten getötet. Lüneburgs „Kinderfachabteilung“ gehörte demzufolge zu den größeren Kinder-Tötungsstätten. Über sieben Prozent aller reichsweiten Morde an Kinderpatienten entfallen auf Lüneburg. Die historische Bedeutung dieses Standortes für den Patientenmord an Kindern wird besonders augenfällig etwa im Vergleich mit den Hamburger Einrichtungen. In zwei „Kinderfachabteilungen“ in Hamburg wurden insgesamt etwa

12 Vgl. Staatsanwaltschaft Lüneburg 2a Js 279/62, Vermerk vom 15.1.1963, S. 1. Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, FB 2/3; NSDAP-Mitgliedskartei von Willi Baumert. Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, FB 2/1. Berlin Document Center.

13 Vgl. NSDAP-Mitgliedskartei von Willi Baumert. Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, FB 2/1.



82 Kinder und Jugendliche getötet.<sup>14</sup> In Lüneburg hingegen starben mindestens 418 von 695 Kinder-Patienten. Dies entspricht einer Sterberate von etwa 60 Prozent. Neben den mit Medikamenten getöteten Kindern und Jugendlichen starben in der „Kinderfachabteilung“ des Weiteren rund 100 junge Patienten während ihrer „Obhut“ an den Folgen von Fehl- und Mangelversorgung.<sup>15</sup>

Die für „entwicklungs- und bildungs-fähig“ befundenen Kinder-Patienten aus Lüneburg wurden nach Alt-Ebenezer bei Bielefeld (Anstalt Bethel) verlegt, um dort auf einer „Hilfsschule“ unterrichtet werden zu können. Als „entwicklungs- und bildungsunfähig“ eingestufte Kinder verblieben zu Forschungszwecken und zur Tötung in Lüneburg.<sup>16</sup> Nach der Tötung wurden die Leichen in der Regel durch Baumert seziiert. Hier konnte er sein pathologisches Können anwenden. In seiner Lüneburger Zeit seziierte er in

14 Vgl. Marc Burlon: Die „Euthanasie“ an Kindern während des Nationalsozialismus in den zwei Hamburger Kinderfachabteilungen, Hamburg 2009, S. 89.

15 Vgl. Carola S. Rudnick: „Den Opfern ein Gesicht, den Namen wiedergeben“. Zwölf Lebensgeschichten von Kindern und Jugendlichen der Lüneburger „Euthanasie“-Maßnahmen, Lüneburg 2014, S. 7–14.

16 Vgl. ebd.

der Heil- und Pflegeanstalt insgesamt rund 338 Kinder.<sup>17</sup> Besonders interessante Fälle übergab er an den Hamburger Nervenfacharzt und Histologen Hans Jacob in der Eppendorfer Universitätsklinik.<sup>18</sup> Neben dem Gehirn sollten später noch andere Organe übersandt werden. Es wurden 37 Fälle nachgewiesen, in denen Jacob Präparate aus Lüneburg erhielt.<sup>19</sup> Neben den Sektionen erprobte Baumert nach eigener Aussage auch Schocktherapien und die Gabe von Insulin.<sup>20</sup> In den Patientenakten sind diese Forschungen nicht dokumentiert. In den meisten Akten fehlen Einträge, die auf eine intensive Erforschung hindeuten.

17 Staatsanwaltschaft Landgericht Lüneburg 2a Js 279/62, Vermerk vom 17.12.1962, S. 1. Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, FB 2/3.

18 Oberstaatsanwaltschaft Landgericht Hannover 2Is 122/48, Vernehmungsprotokoll von Willi Baumert vom 29.4.1948, S. 6. Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, FB 2/3.

19 Sektionsbuch. Archiv der Neuropathologie Institut für Geschichte und Ethik der Medizin Universitätsklinik Hamburg.

20 Oberstaatsanwaltschaft Landgericht Hannover 2Is 122/48, Vernehmungsprotokoll von Willi Baumert vom 29.4.1948, S. 6, vgl. Anm. 18.

Ergebnisse der biografischen Forschung 27

Der Fund von sterblichen Überresten von Lüneburger Kinder-Patienten im Archiv der Neuropathologie im Hamburger Universitätsklinikum Eppendorf und deren Bestattung im Jahr 2013 gaben Anlass – im Unterschied zur Praxis in den Jahren zuvor – die Namen der betroffenen Kinder und Jugendlichen öffentlich zu machen und auf diese Weise die Angehörigen zu finden.<sup>21</sup> Durch die seither umfangreiche Erforschung von Lebensgeschichten, wo möglich unter Einbeziehung der Familienüberlieferungen noch lebender Angehöriger, konnten bis Ende 2017 über 65 Einzelschicksale geklärt

21 Carola S. Rudnick: „Den Opfern ein Gesicht, den Namen wiedergeben“, vgl. Anm. 15.

Links und rechts von Dieter Lorenz stehen seine Brüder Rolf und Helmut. Die Aufnahme entstand im Frühjahr 1944 in Eindhoven. Kurz danach kam Dieter in ein Heim, das ohne Wissen der Eltern evakuiert wurde. • Archiv „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg/Privatbesitz Helmut Lorenz

Frieda Neumann sitzt auf dem Schoß ihrer älteren Schwester Hilda Janssen. Die Aufnahme entstand etwa 1933. • Archiv „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg/Privatbesitz Richard Alpha

Das linke Bild (von 1937) zeigt Erika Buhlrich, bevor sie an einer Hirnhautentzündung erkrankte. Das rechte Bild ist die letzte Aufnahme von ihrer Schwester Margret Buhlrich aus dem Sommer 1944. • Archiv „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg/Privatbesitz Friedrich Buhlrich



28 werden. Unter diesen Kindern und Jugendlichen sind Kinder von Zwangsarbeiterinnen, Geflüchtete, ein Sinti-Mädchen. Mindestens zwei Jugendliche unter ihnen starben nach Kriegsende an Verwahrlosung bzw. Hunger.

Anhand der Krankengeschichten der Kinder und Jugendlichen lässt sich belegen, wie sich die „Behandlung“ in der „Kinderfachabteilung“ im Laufe der Zeit veränderte. Verlieft der Patientenmord an den Jüngsten anfangs noch unter dem Deckmantel einer scheinbaren neurowissenschaftlichen Forschung, war er am Ende reines Werkzeug, um den Pflegeaufwand zu minimieren.

Zu Beginn gaben die Eltern ihre Kinder häufig in der Hoffnung in die Obhut von Bräuner und Baumert, ihnen werde endlich mit geeigneten Medikamenten und Therapien geholfen. So gaben auch Ella und Fritz Schäfer ihren kleinen Heinz (1937-1942) Anfang November 1941 in die Lüneburger „Kinderfachabteilung“.<sup>22</sup> Sie hofften, er werde dort sprechen und laufen lernen. Umso erschütterter waren sie über die plötzliche Todesnachricht Ende Februar 1942. Da sie nicht glauben

konnten, dass es sich tatsächlich um ihr Kind handelte, reiste der Vater gemeinsam mit seinen Schwägern an, um den Jungen zu identifizieren.<sup>23</sup>

Als die Lüneburger Anstalt allmählich in Verruf kam, wuchs der Widerstand gegen die Einweisung und immer häufiger wurde Polizeigewalt angewandt. So erging es auch Rudolf Hagedorn (1929-1945). Der 15-jährige kam aufgrund einer Denunziation in die „Kinderfachabteilung“ Lüneburg. Er war mit seiner Mutter Margarete und den kleinen Geschwistern aus Pommern geflüchtet und zwangseinquartiert, doch einen Epileptiker wollte der unfreiwillige Vermieter nicht haben. Da Margarete jedoch um ihren Sohn fürchtete, widersprach sie der Einweisung. Daraufhin wurde Rudolf Anfang März 1945 per polizeilicher Verfügung und eskortiert durch einen Schutzpolizisten von Soltau nach Lüneburg gebracht. Er verhungerte im Juni 1945 kurz vor seinem 16. Geburtstag.<sup>24</sup>

Während in den ersten zwei Jahren des Bestehens der „Kinderfachabteilung“

tatsächlich nach einer gewissen Beobachtungszeit auch aus Forschungsgründen getötet wurde, geschah das Morden im letzten Kriegsjahr überwiegend aus pflegeökonomischen Gründen. Wenn die Übernahme von Pflegekosten nicht gesichert war, wurden die Kinder und Jugendlichen unter Umständen sogar binnen zwei bis drei Wochen ermordet. So erging es insbesondere den Kindern ausländischer Herkunft, deren Eltern nicht ausfindig gemacht und somit nicht für die Kostenübernahme herangezogen werden konnten. Unter ihnen war Dieter Lorenz (1942-1944). Er kam elternlos aus den Niederlanden und wurde aus einem Lüneburger Flüchtlingslager in die „Kinderfachabteilung“ eingewiesen. Da die Bezahlung des Anstaltsaufenthaltes nicht gesichert war, wurde der Kleine nach nur zweieinhalb Wochen am 14. Dezember 1944 ermordet.<sup>25</sup> Die Stadt Lüneburg sicherte die Kostenübernahme erst am 20. Februar 1945 zu, da war der Junge schon über zwei Monate unter der Erde.<sup>26</sup>

23 Vgl. Bericht der Brüder Friedrich und Heinz Schäfer vom 17.8.2013. Archiv der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg.

24 Vgl. Krankenakte von Rudolf Hagedorn. NLA Hannover Hann. 155 Lüneburg Acc. 53/83, Nr. 258.

25 Vgl. Krankenakte von Dieter Lorenz. NLA Hannover Hann. 155 Lüneburg Acc. 53/83, Nr. 311.

26 Vgl. Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Lüneburg an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover vom 20.2.1945. NLA Hannover Hann. 155 Lüneburg Acc. 53/83, Nr. 311.

22 Vgl. Krankenakte von Heinz Schäfer. NLA Hannover Hann. 155 Lüneburg Acc. 56/83 Nr. 373.

Das Verhalten der Eltern deckt die gesamte Bandbreite möglichen menschlichen Handelns ab. Auf der einen Seite gab es Eltern, die sich wie im Fall von Heinz Schäfer von einem Aufenthalt Entwicklungsfortschritte und Hilfestellung erhofften. Es gab Eltern, die sogar versuchten, ihre Kinder zu retten. Ein Beispiel ist der Rettungsversuch von Frieda Neumann (1930-1942). Nach Besuchen der älteren Schwester Hilda Janssen und des Vaters Johann Neumann beschwerte sich die Familie schriftlich beim örtlichen Gesundheitsamt über die desolante Versorgung des Mädchens und ihren eklatanten Gewichtsverlust.<sup>27</sup> Zeitgleich bemühte sich die Familie um Friedas Verlegung nach Bethel. Doch die Zustimmung der Anstalt Bethel und des Oberpräsidenten der Provinz Hannover kam zu spät.<sup>28</sup> Nur eine Woche später und noch bevor die Verlegung realisiert werden konnte, starb Frieda. Offiziell war die Todesursache „Lungenentzündung“.<sup>29</sup>

Auf der anderen Seite gab es Eltern, die zum Zwecke der weiteren Familienplanung der wissenschaftlichen Erforschung ihrer Kinder zustimmten, ohne ernsthaften Gedanken daran, dass das ihr Todesurteil sein würde. So erging es der Mutter von Erika (1936-1944) und Margret Buhlich (1941-1945). Um zu erfahren, ob Gefahr bestünde, ein weiteres Kind mit Behinderung zu bekommen, willigte sie in sämtliche Untersuchungen ihrer Kinder ein.<sup>30</sup> Da der Befund der ältesten Tochter Erika nicht eindeutig war, schlug Bräuner ihr vor, auch das Gehirn ihrer jüngsten Tochter Margret zu untersuchen, was jedoch erst nach ihrem Tode möglich sei. Zwei Wochen später starb sie.<sup>31</sup>

Schließlich gab es Eltern, die die Tötung billigten oder provozierten. Herbert Wiepel (1942-1942) wurde in Adendorf bei Lüneburg mit offenem Rücken geboren. Zwei Tage später meldete die Hebamme Else Bardowicks das Kind. Wenige Wochen später, am 7. Oktober 1942, brachte der Vater das fünf Monate alte Baby in die „Kinderfachabteilung“ Lüneburg. Da der „Vater [bei der Aufnahme]



meinte, wenn dem Kind dort nicht zu helfen sei, wäre es doch am besten, wenn es nicht lange leben würde“, und somit einen Tötungswunsch äußerte, starb Herbert Wiepel nur zehn Tage später, am 17. Oktober 1942.<sup>32</sup>

Auch die Tötung von Jürgen Endewardt (1941-1942) wirft Fragen auf. Nachdem ein Kinderarzt des Lüneburger Kinderhospitals Kühnauische Gründung zunächst auf Besserung hoffte, wurde der fast Zweijährige dennoch am 17. November 1942 in die „Kinderfachabteilung“ Lüneburg eingewiesen.<sup>33</sup> Die Mutter Elli besuchte ihn drei Tage später. Auch am 5. und 6. Dezember 1942 kam sie in die Anstalt, vor allem um mit Direktor Bräuner zu sprechen.<sup>34</sup> Tags darauf war Jürgen tot. Damit ihr Mann Willi Endwardt, Mitglied der SS und zum Todeszeitpunkt im Kriegseinsatz, anhand des Begräbnisortes keinen Rückschluss auf einen Psychiatrieaufenthalt ziehen konnte, wurde Jürgen nicht auf dem Anstaltsfriedhof bestattet, sondern auf dem Lüneburger Zentralfriedhof.<sup>35</sup>

Da aus den Familien nur diejenigen herausgerissen und ermordet wurden, die eine Behinderung hatten oder aufgrund ihres unerwünschten Verhaltens Anstoß erregten, gibt es häufig noch lebende Verwandte. Sie erfahren in der Regel erst heute, mit einem Abstand von über 70 Jahren, von der Behinderung, Erkrankung oder Anstößigkeit der Schwester oder des Bruders, der Cousine oder des Cousins. Sie erhalten oftmals erst jetzt Gewissheit über die



„Euthanasie“ und sind daher mit der Rolle des „Zeitzeugen“ unvertraut. Diese späte Kenntnis über die Verbrechen an ihren Familienmitgliedern unterscheidet diese Angehörigen von Nachfahren und Verwandten anderer Verfolgtengruppen, und sie führt letztendlich zu einem um Jahrzehnte verzögerten späten Erinnern und Gedenken.

27 Vgl. Schreiben des Staatlichen Gesundheitsamtes Wittmund an den Ärztlichen Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Lüneburg vom 13.10.1942. NLA Hannover Hann. 155 Acc. 56/83 Nr. 145.

28 Vgl. Pflegeanstalt Lüneburg Max Bräuner vom 18.11.1942. NLA Hannover Hann. 155 Acc. 56/83 Nr. 145.

29 Vgl. Sterbemeldung zu Frieda Neumann vom 30.11.1942; Todesanzeige von Frieda Neumann vom 1.12.1942. NLA Hannover Hann. 155 Acc. 56/83 Nr. 145.

30 Vgl. Schreiben von Johanna Buhlich an den Ärztlichen Direktor vom 18.9.1944. NLA Hannover Hann. 155 Lüneburg Acc. 56/83 Nr. 45.

31 Vgl. Krankenakte von Margret Buhlich. NLA Hannover Hann. 155 Lüneburg Acc. 56/83 Nr. 46.

32 Krankengeschichte von Herbert Wiepel. NLA Hannover Hann. 155 Lüneburg Acc. 56/83 Nr. 428.

33 Vgl. Charakteristik von Jürgen Endewardt. NLA Hannover Hann. 155 Lüneburg Acc. 56/83 Nr. 234.

34 Vgl. Besucherkarteikarte zu Jürgen Endewardt, vgl. Anm. 33.

35 Vgl. Sterbemeldung Jürgen Endewardt vom 9.12.1942. Vgl. Anm. 33.

Das Foto gehört zu den letzten Aufnahmen von Rudolf Hagedorn. Es entstand vor der Flucht aus Pommern, etwa im Januar 1943. Hier trägt er seine kleine Schwester Ingrid auf dem Arm. \* Archiv „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg/Privatbesitz Ingrid Hruby

Das Foto ist die einzige Aufnahme, auf der Jürgen Endewardt zu sehen ist. Seine Mutter Elli hat ihn auf dem Arm, seine älteren Geschwister Dieter und Ute lehnen sich an. Das Bild entstand etwa im Sommer 1942. \* Archiv „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg/Privatbesitz Barbara Burmester

Zwischen Oktober 1941 und September 1944 leitete Willi Baumert die Lüneburger „Kinderfachabteilung“. Das Porträt ist von etwa 1938. \* Archiv „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg

# Germanisierung geraubter polnischer Kinder im NS

Iris Helbing

*„Wie oft müssen wir nicht, wenn wir ein blondes, blauäugiges Kind sehen, uns darüber wundern, daß es polnisch spricht, und ich sage mir dann: Wenn wir dieses Kind deutsch erziehen würden, dann würde es ein hübsches deutsches Mädel sein. Wir sehen also einen absolut germanischen Rassekern in diesem Volkstum, und diesen Rassekern zu entwickeln, zu pflegen und zu fördern, wird auf weite Sicht die Möglichkeit geben, diesen Raum des Generalgouvernements dem Deutschtum zuzuführen.“*

Hans Franks Ausführungen zur Polenpolitik bei einer Polizeisitzung am 30.5.1940<sup>1</sup>

30 Mit dem Überfall auf Polen im September 1939 war ein nationalsozialistisches Besatzungsziel, die Kinder des „Feindes“ zu rauben. Ziel dieses organisierten Raubes war einerseits das Dezimieren des polnischen Volkes und andererseits, das deutsche Volk durch die „Zufuhr“ rassisch wertvollen Blutes zu stärken und die Jungen militärisch auf eine Zukunft als Soldat vorzubereiten.

In den Worten Himmlers von 1943 lässt sich die Brutalität der nationalsozialistischen Politik gegenüber den polnischen Kindern und Jugendlichen erkennen: Unter diesen Kindern, die durch die nationalsozialistische rassenideologische Einordnung eigentlich als „slawisch“ galten und somit als „minderwertig“, wurde eine Auslese getroffen. Kinder mit „wertvollem Blut“ und „arischen“ Gesichtszügen sollten umerzogen bzw. „germanisiert“, die anderen Kinder sollten getötet werden.

Dabei waren an der „Germanisierungspolitik“ zwei Institutionen maßgeblich

beteiligt: der Verein Lebensborn und die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV). Die NSV, von Hitler als „sozialer Arm der Partei“ bezeichnet, wurde bereits einige Jahre vor Kriegsbeginn in die Vorbereitungen des Kriegs mit einbezogen.<sup>3</sup> So hatte sie vor dem Überfall auf Polen entlang der polnischen Grenze große Lebensmittel- und Materiallager angelegt.

Das Personal der NSV bekam ab 1937 Unterricht in polnischer Sprache und wurde darauf vorbereitet, eine Arbeitsstelle im zukünftig besetzten Polen anzutreten.<sup>4</sup> Nach Kriegsbeginn war die NSV dafür mitverantwortlich, die Umerziehung der „rassisch wertvollen“ Kinder in Polen vorzunehmen. Bereits nach der Einsetzung der Zivilverwaltung hatte die NSV in den eingegliederten polnischen Gebieten und im Generalgouvernement ein dichtes Netz aus Heimen, Beratungs- und Dienststellen eingerichtet, die als „wertvolle Eindeutschungsinstrumente

im Rahmen der Volkstumspolitik“ fungieren sollten.<sup>5</sup> Sie übernahm sämtliche polnischen Fürsorgeanstalten und errichtete Heime, Kindergärten und Beratungsstellen. Bis Ende 1942 wurden allein im Warthegau für rund 12.000 Kinder über 600 NSV-Kindergärten geschaffen.<sup>6</sup>

Ablauf und Rahmen der Germanisierungspolitik waren von der jeweils vor Ort durchgesetzten Besatzungspolitik geprägt: In Schlesien, das die Nationalsozialisten per definitionem als deutsch ansahen, und in Pommern funktionierte die Eindeutschungspolitik einerseits durch die Eintragung in die deutsche Volksliste, andererseits durch eine wertende Auslese. Im Generalgouvernement verlief sie am brutalsten. Im Verlauf der euphemistisch benannten „Befriedungs-“ und Aussiedlungsaktionen wurden Kinder buchstäblich ihren Eltern geraubt, indem man sie ihnen gewaltsam entriß oder sie im Rahmen von Razzien und „Evakuierungen“ in seine Gewalt brachte.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Zitiert aus: Geiss, Immanuel; Jacobmeyer, Wolfgang, Deutsche Politik in Polen 1939-1945. Aus dem Diensttagebuch von Hans Frank Generalgouverneur, Opladen 1980, S. 68, 69.

<sup>2</sup> Zitiert aus Pilichowski, Czeslaw, Es gibt keine Verjährung, Warschau 180, S. 40.

<sup>3</sup> Vorländer, Herwart, Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation. In: Hammerschmidt, Peter, Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat, Boppard am Rhein 1988, S. 4.

<sup>4</sup> Hrabar, Roman, Hitlerowski Rabunek Dzieci Polskich. Uprawdanie i Germanizowanie Dzieci Polskich w Latach 1939-1945, Katowice 1960, S. 38.

<sup>5</sup> Lilienthal, Georg, Der „Lebensborn e.V.“. Ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik, Frankfurt am Main 2008, S. 197, 198.

<sup>6</sup> Ebd., S. 198.

<sup>7</sup> Hrabar, Kinder im Krieg, S. 182.

*„Hier haben wir, glaube ich, die Aufgabe, deren [gemeint sind die polnischen] Kinder zu uns zu nehmen, aus der [gemeint ist die polnische] Umgebung herauszunehmen, und wenn wir sie rauben oder stehlen müßten ... Entweder wir gewinnen das gute Blut, das wir verwerten können, und ordnen es bei uns ein, oder, Sie mögen es grausam nennen, aber die Natur ist grausam – wir vernichten dieses Blut ...“.*

Anordnung Heinrich Himmlers vom 14.10.1943<sup>2</sup>

Neben den gewaltsamen Razzien oder Pazifizierungsaktionen sowie der Möglichkeit, sich über die deutsche Volksliste eindeutsch zu lassen, wurden alle polnischen Fürsorgeanstalten durchkämt, später dehnte man die Suche auf Kinder von Pflegeeltern, auf Halbwaisen und uneheliche Kinder aus.<sup>8</sup> Ebenso gerieten Kinder ermordeter Polen oder von Konzentrationslagerhäftlingen in den Fokus der Besatzer, sowie Halbwaisen, uneheliche Kinder und Kinder in polnischen Pflegefamilien.

Um festzustellen, ob die Kinder in diesen Familien nicht zu sehr unter polnischem Einfluss standen, besuchten Mitarbeiter der NSV diese, um sicher zu gehen, dass sich das Befinden des Kindes in dieser Familie nicht negativ auf die Entwicklung des Kindes auswirken konnte.<sup>9</sup> Dazu mussten sie Informationen über die Vormundschaftsberechtigten einholen, die Aufschluss über deren politischen Ansichten und Verhalten geben sollten. Diese Informationen entschieden dann über das weitere Schicksal des Kindes.

Gab es irgendeinen Zweifel daran, dass die Familie das Kind nicht im „deutschen Geiste“ erziehen könne, wurde ihr das Kind weggenommen.<sup>10</sup>

Nachdem die entsprechenden örtlichen Organe gemäß den Richtlinien des SS-Rasse- und Siedlungsamts (RuSHA) die Kinder den Eltern, Pflegeeltern oder aus Heimen entwendeten, wurden sie auf ihre rassische Tauglichkeit hin überprüft.<sup>11</sup> Sollte sich herausstellen, dass das Kind nicht rassetauglich im Sinne der Nationalsozialisten war, kam es zurück zu seinen Eltern oder in entsprechende Kinderheime oder Jugendverwahrlager, die als „Kinder-KZ“ bekannt geworden sind. Das berüchtigtste dieser Lager für Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 16 Jahren war das in Litzmannstadt. Die Kinder mussten in den Lagern Zwangsarbeit verrichten, wurden unzureichend ernährt, geschlagen und starben oft an den Lagerbedingungen.

Bei der Überprüfung der „rassischen“ Tauglichkeit wurden nicht nur die äußeren Merkmale eines Kindes überprüft,

sondern auch Charakter und Begabung, bevor es in das Deutsche Reich kam. Zu diesem Zweck wurden spezielle Heime errichtet, die von der NSV oder vom Lebensborn e.V. geleitet wurden, so zum Beispiel in Kalisch oder Bruckau. Dort wurden die Kinder psychologisch untersucht und charakterlich beurteilt. Der Aufenthalt der Kinder konnte daher zwischen drei und sechs Monaten dauern. Sie mussten lernen deutsch zu sprechen, zu lesen und zu schreiben. Benutzten die Kinder ihre polnische Muttersprache, wurden sie geschlagen und bekamen nichts zu essen.<sup>12</sup>

Sobald die Kinder als „germanisierungsfähig“ galten, vermittelte der Lebensborn die jüngeren Kinder an kinderlose Familien von SS-Angehörigen mit dem Ziel einer späteren Adoption. So lange blieb der Lebensborn gesetzlicher Vormund dieser Kinder. Nachdem der Lebensborn die Kinder übernahm, wurden ihre Namen eingedeutscht. Dabei sollten sich die neuen Namen möglichst mit Stamm und Klang den bisherigen Namen anpassen. Wenn das nicht möglich sei, müsse man neue deutsche, allgemein

8 Ebd., S. 181.

9 Hrabar, Roman u.a., Kinder im Krieg – Krieg gegen Kinder. Die Geschichte der polnischen Kinder 1939-1945, Hamburg 1981, S. 191.

10 Hrabar, Kinder im Krieg, S. 192, 193.

11 Hopfer, Ines, Geraubte Identität. Die gewaltsame „Eindeutschung“ von polnischen Kindern in der NS-Zeit, Wien 2010, S. 91.

12 Wnuk, Józef, Dzieci polskie oskarżają, Lublin 1975, S. 59, 60.



### 32 gebräuchliche Namen vergeben.<sup>13</sup>

In einigen Fällen bat die Adoptions-Vermittlungsstelle des Lebensborn die Adoptiveltern sich zu überlegen, welcher Name in der neuen Geburtsurkunde eingetragen werden sollte. Dabei sollte der neue Nachname nicht dem alten Namen ähneln, damit das Kind nicht an die Vergangenheit erinnert werde.<sup>14</sup>

Die Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren wurden dem Inspekteur der Deutschen Heimschulen gemeldet. Jungen kamen in der Regel in die Heimschule Niederalteich Mädchen nach Achern/Baden in die „Reichsschule für Volksdeutsche“, die dem Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums (Heinrich Himmler) unterstellt war.<sup>15</sup>

Um die Spuren der geraubten Kinder zu verwischen, erließ das Reichsministerium des Innern im Dezember 1942 eine Anordnung, für das Gaukinderheim in

<sup>13</sup> Dokument „Eindeutschung elternloser fremdvölkischer Kinder – Verdeutschung der Namen“, 17.9.1942, zitiert aus: Sosnowski, Kiryl, „Ohne Mitleid“. Dziecko w systemie Hitlerowskim, Warschau 1962, Dokumenten-anhang, S. 294.

<sup>14</sup> Schreiben der Lebensborn Adoptions-Vermittlungsstelle an Wilhelm Rossmann vom 21.7.1943, ITS/ARCH/Kindersuchdienst Lebensborn Ordner 1.

<sup>15</sup> Hopfer, Geraubte Identität, S. 61.

Kalisch ein besonderes Meldeamt einzu-richten, das nur für die verschleppten polnischen Kinder bestand.<sup>16</sup> Bescheinigungen über den Aufenthalt der Kinder im Heim sollten nicht ausgestellt werden, sodass die Angelegenheit vollkommen diskret blieb und Verwandte den Aufenthaltsort der Kinder nicht mehr ausfindig machen konnten. Max Sollmann, der Leiter des Lebensborn, erhielt die Befugnis, Geburtsort und Geburtsdatum der Kinder festzulegen sowie deren Namen in deutsche Vor- und Nachnamen zu ändern. Bei fehlenden Angaben sollte Posen als Geburtsort angegeben werden. Doch Sollmann soll auch Posen als Geburtsort angegeben haben, wenn der tatsächliche Geburtsort bekannt war.<sup>17</sup> So konnte die Herkunft des Kindes effizient verschleiert werden. Die Geburtsurkunden wurden beim Lebensborn-Standesamt (Vermerk „Standesamt L“) ausgestellt.<sup>18</sup>

Die Pflegeeltern benötigten für das Kind amtliche Dokumente, um bestimmte Leistungen in Anspruch nehmen zu

<sup>16</sup> Hrabar, Kinder im Krieg, S. 233.

<sup>17</sup> Koop, Volker, Dem Führer ein Kind schenken. Die SS-Organisation Lebensborn e. V., Köln 2007, S. 174.

<sup>18</sup> Hrabar, Roman, Kinder im Krieg, S. 237.

können, zum Beispiel die Zuteilung von Lebensmittelkarten. Auch diese Dokumente konnte der Verein ausstellen. In diesen Bescheinigungen ist durch die Zentrale in München der Vermerk eingetragen, die betreffende Familie habe ein Kind deutscher Abstammung in Pflege genommen, das auf Anordnung des Reichsführers SS in einer deutschen Familie erzogen werden solle. Diese Bescheinigungen wurden durch den zuständigen Polizeipräsidenten beglaubigt. Bis zur Adoption des Kindes durch die Pflegeeltern blieb der Lebensborn gesetzlicher Vormund der Kinder.

Nach der Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Herrschaft kamen die Alliierten und die Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen in Kontakt mit den nach Deutschland verschleppten Kindern.

Die Hilfsorganisation United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) versuchte diese verschleppten Kinder ausfindig zu machen. Durch die erfolgreiche „Germanisierung“ vieler dieser Kinder und Jugendlichen war es relativ schwierig, sie ausfindig zu machen. Erst ab Frühjahr 1946 wurden Richtlinien erlassen, die die konzentrierte Suche

nach diesen Kindern in deutschen Institutionen oder Familien ermöglichten. Das lag daran, dass die UNRRA Mitarbeiter, Angehöriger der nationalen Hilfsorganisationen sowie nationale Verbindungs-offiziere und Angehörige der Militärbehörden zu einer einheitlichen, gemeinsamen Handlungsweise bringen mussten und das Ausmaß des Verbrechens noch nicht bekannt war. Zudem mussten Kompetenzen geklärt werden, damit eine organisierte Sammlung der Kinder vonstattengehen konnte. Zu diesem Zweck trafen sich regelmäßig Vertreter des European Regional Office (ERO) sowie Vertreter aus den westlichen Besatzungszonen, seien es entweder Angehöriger der Hilfsorganisationen oder der Militärverwaltung, als auch Verbindungs-offiziere, um ihre Erfahrungen auszutauschen und zu einer einheitlichen Linie zu kommen.<sup>19</sup>

In den Besatzungszonen bekamen die Bürgermeister die Anweisung, den Militärbehörden alle ausländischen Kinder mit Ort, Stadt oder Landkreis zu melden.<sup>20</sup>

In den weiteren Monaten durchsuchten Sozialarbeiter der UNRRA sämtliche deutschen Institutionen, in denen sich Kinder hätten befinden können. Dazu gehörten vor allem Bildungseinrichtungen sowie kirchliche und soziale Einrichtungen. Die Suche betraf auch deutsche Familien, die nach dem 1. September 1939 ein Kind adoptiert bzw. in Pflege genommen hatten. Dort erlebten die UNRRA-Mitarbeiter, dass die Kinder oft eingeschüchtert waren und die Anweisung bekamen, ihre eigentliche Herkunft nicht zu verraten.<sup>21</sup> Die Heimleitungen suggerierten den Kindern und Jugendlichen, in ihrer alten Heimat werde es ihnen schlecht ergehen und es sei besser für sie, in den deutschen Heimen zu bleiben. Die UNRRA versuchte daher mittels Gesprächen, oder Singen von traditionellen Kinderliedern des Herkunftslandes die eigentliche Identität der Kinder festzustellen, deren deutsche Herkunft fraglich war. Wenn die Suchteams ein Kind fanden, das nichtdeutscher Herkunft war und es sich erwies, dass dieses Kind nach September 1939 in die Institution oder Familie kam, nahm man das Kind aus den Familien oder Einrichtungen heraus. Diese Wegnahme durfte nur unter der Anwesenheit eines Verantwortlichen



der Militärregierung geschehen.<sup>22</sup> In Anbetracht der Tatsache, dass die Entscheidung zur Wegnahme nicht leichtfertig gefällt werden durfte, mussten die Adoptiv- oder Pflegeeltern und deren Aussagen genau überprüft werden.

Dabei arbeitete die UNRRA eng mit dem Polnischen Roten Kreuz (PRK) und den polnischen Verbindungs-offizieren zusammen, die über entsprechende Sprachkenntnisse verfügten und traditionelle Spiele, Volkslieder oder Tänze kannten.<sup>23</sup> Ebenso wurden die Kinder beim Spielen beobachtet, um mehr über ihre Identität zu erfahren. In so genannten Kinderzentren der UNRRA lernten sie ihre Sprache und Kultur kennen bzw. wurden wieder damit vertraut gemacht mit dem Ziel das Kind erfolgreich in die Heimat zurückzuführen.<sup>24</sup>

In vielen Fällen musste die UNRRA feststellen, dass die gefundenen Kinder sich mit der deutschen Sprache und Kultur identifizierten und kein Interesse daran hatten, in ihre Heimat zurückzukehren. Hier kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Vertretern westlicher Hilfsorganisationen und der polnischen

Regierung bzw. Repatriierungsbehörde. Die westlichen Hilfsorganisationen handelten nach dem Prinzip „best interest“, also zum Wohle des Kindes. Das hieß, dass nach ihrer Ansicht polnische Kinder, die sich in ihren deutschen Adoptivfamilien gut aufgehoben fühlten und keine leiblichen Eltern mehr in Polen hatten, durchaus in Deutschland hätten verbleiben können. Dies stieß in Polen auf Unverständnis. Die polnische Regierung hatte nämlich ein großes Interesse, alle Kinder und Jugendlichen zurückzubekommen, ohne auf die persönlichen Wünsche der Kinder einzugehen. Im Sinne des Kollektivs wurden alle gebraucht, um gemeinsam Polen wieder aufzubauen und eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Außerdem hätte der Verbleib der polnischen Kinder in deutschen Familien bedeutet, dass das Ziel dieses organisierten Verbrechens erreicht worden wäre. Die Verbrechen an den verschleppten polnischen Kindern wären sinngemäß legalisiert worden und Himmler und Hitler hätten post mortem die Richtigkeit ihrer organisierten Verschleppungen zum Wohl des Kindes bewiesen.

<sup>22</sup> ITS/ARCH/HIST-Ordner Child Search Branch 8, Notes-Special Review Committee-Unaccompanied Children, 28.3.1946.

<sup>23</sup> UNA-S-431-5-1, Removal of Children from German Foster Homes, 20.1.1947.

<sup>24</sup> ITS/ARCH/HIST-Ordner Child Search Branch 8, Plan for Location and Registration of United Nations Children in German Institution and Families, 20.2.1946.

\* ITS/ARCH, Kindersuchdienst, Ordner: Polnische Kinder, Schriftwechsel von Januar bis Dezember 1948.

\* UNA-S-431-5-5, Aufruf nichtdeutsche Kinder zu melden, Plakat in Niedersachsen 1947.

<sup>19</sup> ITS/ARCH/HIST-Ordner Alliierte 35, S. 6.

<sup>20</sup> UNA/S-0408-12-10, Restricted Routine, 2.8.1945.

<sup>21</sup> ITS/ARCH/HIST-Ordner CSB 9, Psychological Report about the Children's Group at Neuhaus, 9.4.1946.

# „Ausländerkinder-Pflegestätten“ – Der Mord an Neugeborenen ausländischer Zwangsarbeiterinnen im nationalsozialistischen Deutschland

Jens-Christian Wagner

34 Zu keiner Zeit kamen mehr Menschen nach Deutschland als während des Nationalsozialismus – die wenigsten allerdings freiwillig. Die Geschichte der Zwangsarbeit für das nationalsozialistische Deutschland ist vor allem eine Geschichte der europaweiten Zwangsmigration. Als Massenphänomen war sie für alle Beteiligten eine völlig neuartige Erfahrung. Weder die Deutschen noch die ausländischen Zwangsarbeiter waren zuvor derart massiv mit der Fremde bzw. den Fremden konfrontiert worden. Es gab kaum einen Bereich der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft, in dem keine ausländischen Zwangsarbeiter\_innen anzutreffen waren. Insgesamt war gegen Kriegsende etwa jede vierte Arbeitskraft im Deutschen Reich ein Kriegsgefangener oder ein „Fremdarbeiter“, wie die ausländischen Zivilbeschäftigten genannt wurden.

Insgesamt wurden während des Zweiten Weltkrieges rund 13 Millionen Menschen zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt – darunter auch Kinder, denn im Laufe des Krieges wurde das Mindestalter für ausländische Zwangsarbeiter angesichts des drängenden Arbeitskräftemangels – mehr und mehr

deutsche Arbeiter wurden als Soldaten an die Fronten abgezogen – immer weiter herabgesetzt.<sup>1</sup>

Die deutschen Sicherheitsbehörden und die ideologischen Scharfmacher aus der Partei betrachteten den Ausländer-einsatz von Anfang an mit Misstrauen. Zum einen sahen sie in der Anwesenheit derart vieler ausländischer Arbeitskräfte eine Beeinträchtigung der inneren Sicherheit, und zum anderen fürchteten sie wegen der zwangsläufigen Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern um den Erfolg ihrer „Volkstumspolitik“. Die Führung von SS und Partei wies deshalb immer wieder auf die vermeintlichen Gefahren der Beschäftigung von „Fremdvölkischen“ hin und forderten eine strenge Reglementierung und eine Behandlung nach „rassistischen“ Gesichtspunkten. Im Kern liefen diese Forderungen auf eine deutliche räumliche und soziale Segregation der Nichtdeutschen hinaus. Dem kamen die Behörden

1 Vgl. Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart 2001, S. 223 ff., sowie Jens-Christian Wagner, *Zwangsarbeit im Nationalsozialismus – ein Überblick*, in: *Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg*, Begleitband zur internationalen Wanderausstellung, Weimar 2010, S. 180–193.

unter Federführung des Reichssicherheitshauptamtes mit den „Polenerlassen“ von März 1940 oder den „Ostarbeitererlassen“ von Februar 1942 nach.

Neben den durch abgestuften Zwang geprägten Arbeits- und Aufenthaltsbestimmungen stand der „verbotene Umgang“ zwischen Deutschen und Ausländern im Mittelpunkt der repressiven Bestimmungen. Bei sexuellem Kontakt mit deutschen Frauen (oder auch nur dem Verdacht) drohte polnischen und sowjetischen Männern die öffentliche Hinrichtung, den deutschen Frauen die Diffamierung durch Haare-Abschneiden und öffentliche Anprangerung sowie Gefängnis- oder KZ-Haft. Deutsche Männer hingegen wurden für Kontakte zu Ausländerinnen deutlich milder bestraft.<sup>2</sup>

Die Mittel, mit denen die rassistische Ordnung im NS-Staat aufrechterhalten wurde, waren Segregation und Selektion. Zentrales Kriterium war dabei die Arbeitsfähigkeit. In besonders fürchterlicher Weise zeigt sich das am Umgang mit ausländischen Neugeborenen. Zunächst einmal war es nicht verwunder-

2 Vgl. Thomas Muggenthaler, *Verbrechen Liebe. Von polnischen Männern und deutschen Frauen: Hinrichtungen und Verfolgung in Niederbayern und der Oberpfalz während der NS-Zeit*, Viechtach 2010.

CONFIDENTIAL

H. E f f e .

Bestattung , Röhren.

Röhren , den 30. November 1944.

Rechnung

für das Ausländer-Kinder -Pflegeheim , Volkswagenwerk, Röhren.

Transport von 27 Säuglingsleichen vom Pflegeheim zum Friedhof.

1. November 44.	Ein Einzeltransport	Rm.	5,-
4. "	Ein " "	"	5,-
5. "	Ein " "	"	5,-
8. "	Ein " "	"	5,-
8. "	Ein " "	"	5,-
9. "	Ein Transport von 3 Leichen	a 2,50 "	7,50
14. "	Ein " " 3	a 2,50 "	7,50
17. "	Zwei Einzeltransporte	a 5,- "	10,-
19. "	2 " "	a 5,- "	10,-
20. "	Zwei " "	a 5,- "	10,-
21. "	Ein " Transport	"	5,-
23. "	Ein " "	"	5,-
24. "	Ein " "	"	5,-
25. 26."			
27. 28."	Ein Transport von 7 Leichen	a 2,50	17,50
		Rm.	102,50

*Später*

*geprüft:  
Lager für ...*

*me 22*

CONFIDENTIAL

lich, dass es bei den ausländischen Zwangsarbeiterinnen überhaupt zu Schwangerschaften kam. Im Sommer 1944 arbeiteten zwei Millionen „Fremdarbeiterinnen“ im Deutschen Reich, die meisten von ihnen aus Polen und aus der Sowjetunion, fast alle im gebärfähigen Alter. Manche wurden bereits schwanger in das Deutsche Reich deportiert, viele andere wurden erst in Deutschland schwanger – als Folge von Liebesbeziehungen mit männlichen Zwangsarbeitern, manchmal aber auch nach Vergewaltigungen durch ihre deutschen Vorgesetzten oder Arbeitgeber.

Bis Ende 1942 wurden schwangere ausländische Zwangsarbeiterinnen noch generell in ihre Herkunftsländer abgeschoben; bald kam aber bei den deutschen Arbeitsämtern der Verdacht auf, die Schwangerschaften seien zielgerichtet herbeigeführt worden, um sich dem „Arbeitseinsatz“ im Reich entziehen zu

können.<sup>3</sup> Folglich unterband ein Erlass des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA), Fritz Sauckel, vom 15. Dezember 1942 die Abschiebungen. Schwangere Polinnen und Ostarbeiterinnen mussten nun als dringend benötigte Arbeitskräfte vor Ort bleiben. Allerdings bedeuteten Schwangerschaft und Niederkunft trotzdem zumindest vorübergehend einen Arbeitsausfall, und deshalb setzten die Behörden alles daran, dass es nicht zu Geburten kam, zumal diese auch aus ideologischen Gründen nicht erwünscht waren: Die NS-Rassenideologen forderten die ethnisch homogene Gesellschaft; slawische Kinder sollten die „Reinheit“ der deutschen „Herrenrasse“ nicht gefährden. Mit dem Ziel, diese „Gefahr“ im Keim zu ersticken und zugleich die Arbeitskraft der ausländischen Arbeiterinnen zu erhalten, weitete der NS-Staat im Winter 1942/43 für

schwangere Ostarbeiterinnen und Polinnen die rechtlichen Möglichkeiten der Abtreibung aus. Was für Deutsche verboten war (wertvolles „Blut“ sollte gezüchtet werden), wurde für die als „rassisch minderwertig“ angesehenen Zwangsarbeiterinnen aus Polen und der Sowjetunion nun zum Massenphänomen: Zehntausendfach wurden bei ihnen auf Geheiß deutscher Behörden und deutscher Ärzte Abtreibungen vorgenommen – häufig gegen den Willen der werdenden Mütter. Zudem gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass gezielt Fehlgeburten eingeleitet wurden.<sup>4</sup>

Wurden trotz der Abtreibungspraxis Kinder geboren, so blieben sie zunächst bei den Müttern, die allerdings nur wenige Tage nach der Niederkunft wieder arbeiten mussten und damit vor erhebliche Probleme gestellt waren. Ohnehin bedeuteten Schwangerschaft und Geburt für die Frauen angesichts der unzureichenden medizinischen Betreuung, der schlechten Ernährungslage und der

Rechnung für den Transport von Säuglingsleichen, 30. November 1944. Die Kinder ausländischer Zwangsarbeiterinnen starben in einer vom Volkswagenwerk betriebenen „Ausländerkinder-Pflegestätte“. Das Dokument aus Röhren diente als Beweisstück in einem britischen Kriegsverbrecherprozess. • The National Archives, London

3 Vgl. auch im Folgenden Raimond Reiter, Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg. Zum Spannungsverhältnis von kriegswirtschaftlichem Arbeitseinsatz und nationalsozialistischer Rassenpolitik in Niedersachsen, Hannover 1993; zusammenfassend Spoerer, Zwangsarbeit, S. 205–209, sowie Evelyn Zegenhagen, Facilities for Pregnant Forced Laborers and Their Infants in Germany (1943–1945), in: United States Holocaust Memorial Museum (Hg.), Children and the Holocaust, Symposium Presentations, Washington, D.C. 2004, S. 65–75.

4 Vgl. Bernhild Vögel, Säuglingslager – „ein Massenexperiment allergrößten Stiles?“, in: Andreas Frewer/Günther Siedbürger (Hg.), Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Einsatz und Behandlung von „Ausländern“ im Gesundheitswesen, Frankfurt 2004, S. 309–340, hier S. 316 f.



36 mangelhaften hygienischen Bedingungen in den Massenquartieren eine zusätzliche existenzielle Gefährdung.

Da die Frauen in den letzten Wochen der Schwangerschaft und nach der Entbindung als Arbeitskräfte praktisch ausfielen, gab es bald Protest aus den Betrieben und den lokalen Behörden. Reichsweite Regelungen zum Umgang mit den Neugeborenen gab es aber nicht, und deshalb hatten die regionalen Instanzen erhebliche Handlungsspielräume. Wie sie diese nutzten und wie stark sie auf mörderische Lösungen setzten, wird am Beispiel des Landkreises Sangerhausen im heutigen Sachsen-Anhalt deutlich. Im Januar 1943 forderte der dortige Landrat Hans Müllenbrock vehement, schwangere Ausländerinnen trotz des Verbotes des GBA in ihre Herkunftsländer abschieben zu dürfen.<sup>5</sup> Nachdem er sich damit nicht hatte durchsetzen könne, schlug er im Mai 1943 vor, wenn schon nicht die Mütter,

dann wenigstens die Kinder „in die Ostgebiete“ abzuschicken: „Damit wäre grundsätzlich das Problem gelöst, und die Ausländerkinder fielen dem deutschen Volk nicht zur Last.“ Im Übrigen gehe es „nicht an, daß eine Reichsstelle auf ihrem Sondergebiet etwas anordnet, das mangels der entsprechenden erforderlichen Ausführungsbestimmungen von den örtlichen Instanzen im einzelnen geregelt werden muß“.<sup>6</sup> Im Januar 1944 wiederholte er seinen Vorschlag, die Kinder abzuschicken, und forderte darüber hinaus, „entsprechende Kinderlager unter Leitung von Ukrainern im Generalgouvernement einzurichten“.<sup>7</sup>

Tatsächlich wurden derartige Kinderlager nicht im besetzten Polen, sondern seit Anfang 1943 vor Ort eingerichtet – nicht nur in Sangerhausen, sondern überall im Deutschen Reich. Euphemistisch wurden diese Einrichtungen „Ausländerkinder-Pflegestätten“ genannt

und dienten zur Unterbringung der Säuglinge, die von ihren Müttern getrennt wurden, da diese wieder an den Arbeitsplatz zurückgeschickt wurden. Allerdings gab es offenbar keine allgemeinen Anweisungen, wie die Kinder in diesen „Pflegestätten“ zu behandeln waren. Im August 1943 beschwerte sich der Chef der NS-Volkswohlfahrt (NSV), SS-Gruppenführer Erich Hilgenfeld, in einem Schreiben an Reichsführer-SS Heinrich Himmler nach einem Besuch in einem solchen Heim: „Es wurde mir mitgeteilt, daß bezüglich der Aufzucht der Säuglinge Meinungsverschiedenheiten bestehen. Zum Teil ist man der Auffassung, die Kinder der Ostarbeiterinnen sollten sterben, zum anderen Teil der Auffassung, sie aufzuziehen. [...] Hier gibt es nur ein Entweder – Oder. Entweder, man will nicht, daß die Kinder am Leben bleiben, dann sollte man sie nicht langsam verhungern lassen und durch diese Methode noch viele Liter Milch der allgemeinen Ernährung entziehen; es gibt Formen, dies ohne Quälerei und schmerzlos zu machen. Oder man beabsichtigt, die Kinder aufzuziehen, um sie später als Arbeitskräfte verwenden zu können. Dann muss man sie

<sup>5</sup> Vgl. Schreiben Müllenbrock an Regierungspräsident Merseburg, 21.1.1943, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, Rep. C 48 I f, Nr. 766, Bl. 1 f. Hans Müllenbrock (1908–1998), NSDAP-Mitglied seit 1930, arbeitete nach seinem Jura-Studium in der preußischen Landesverwaltung. 1942–1945 war er Landrat in Sangerhausen, nach dem Krieg zuständig für Zuzugsangelegenheiten beim Senator für Inneres in Berlin.

<sup>6</sup> Schreiben Müllenbrock an Regierungspräsident Merseburg, 20.5.1943, ebd., Bl. 31 f. In dem Schreiben behauptete Müllenbrock, die Polinnen würden absichtlich schwanger, „um für Polen Rächer aufzuziehen“, und es gebe polnische Ehemänner, die ihre Frauen aufforderten, mit Deutschen Kinder zu zeugen, „damit die Rasse der Polenkinder aufgewertet wird“.

<sup>7</sup> Schreiben Müllenbrock an Regierungspräsident Merseburg, 13.1.1944, ebd., Bl. 70 f.

aber auch so ernähren, daß sie einmal im Arbeitseinsatz vollwertig sind.“<sup>8</sup>

An letzterer Variante hatten die NS-Behörden aber kein Interesse, betrachteten sie den Ausländer-Einsatz im Reich doch nur als kriegsbedingte Notmaßnahme, der erhebliche „volkstumpolitische“ Vorbehalte entgegenstanden. Abgesehen davon dachte man 1943, nach der Niederlage von Stalingrad, ohnehin nicht mehr in langfristiger Perspektive. Also ließen die Verantwortlichen vor Ort die Kinder sterben, tarnten den Mord aber als „Pflege“. Für die betroffenen Kinder war das mit unendlichem Leid verbunden – wie auch für die Eltern, denen die Neugeborenen genommen wurden. Innerhalb weniger Wochen starben die Neugeborenen an den Folgen von Unterernährung, Krankheiten und katastrophalen hygienischen Bedingungen. Tatsächlich waren es keine Pflegestätten, sondern Tötungsanstalten, in denen die Kinder an den geplanten Folgen organisierter Unterversorgung starben.

Eine dieser Anstalten war das „Ausländer-Entbindungsheim“ in der Broitzemer Straße in Braunschweig. Es wurde im Frühjahr 1943 eingerichtet; im Mai 1943 wurden dort die ersten polnischen und sowjetischen Kinder geboren. Ihre Mütter waren Zwangsarbeiterinnen aus örtlichen Industriebetrieben. Ein bis zwei Wochen nach der Entbindung wurden die Mütter auf ihre Arbeitsplätze zurückgeschickt; ihre Kinder mussten sie zurücklassen. Die Ernährung für die Neugeborenen war vollkommen unzureichend. Es herrschten katastrophale hygienische Bedingungen; das Heim war mit Exkrementen verdrückt, Wanzen und Maden krochen herum. Im Bad wurden die Kinderleichen gelagert. Die meisten Neugeborenen starben unter diesen Bedingungen nach zehn bis 20 Tagen. Insgesamt überlebten mindestens 360 Kinder das Entbindungsheim in der Broitzemer Straße nicht.<sup>9</sup>

Ähnlich hoch war die Zahl der Todesopfer in der Ausländerkinder-Pflegestätte Rühren nahe dem heutigen Wolfsburg. Dort starben zwischen Juni 1944 und April 1945 mindestens 360 Kinder polnischer und sowjetischer Zwangsarbeiterinnen des Volkswagenwerkes. Verantwortlich für die katastrophalen Zustände in dem Lager war der leitende Betriebsarzt des Volkswagenwerkes, Dr. Hans Körbel. Er gehörte zu den wenigen Tä-

tern, die sich nach dem Krieg wegen des Kindermordes vor Gericht verantworten mussten. Ein britisches Militärgericht verurteilte ihn 1946 wegen „vorsätzlicher Vernachlässigung“ der Neugeborenen zum Tode; 1947 starb er in Hameln durch den Strang.<sup>10</sup>

Die Geschichte der Entbindungsheime und Neugeborenen-Tötungsanstalten ist bis heute nicht grundlegend erforscht. Zwar liegen seit Ende der 1980er Jahre einige Regionalstudien, etwa zu Niedersachsen<sup>11</sup> und Westfalen,<sup>12</sup> und auch einige Publikationen zu einzelnen Entbindungsheimen bzw. Lagern vor – etwa zum bereits erwähnten Heim in der Broitzemer Straße in Braunschweig, das zu den am besten erforschten zählt.<sup>13</sup> Nach wie vor fehlt aber eine Gesamtdarstellung. Es ist deshalb auch noch nicht bekannt, wie viele dieser Heime es gab, und auch nicht, wie hoch die Opferzahl ist. Nur für einzelne Regionen und Stichtage sind Daten bekannt: Für das heutige Niedersachsen etwa kam der Historiker Raimond Reiter Anfang der 1990er Jahre auf die Zahl von 58 Heimen, in denen rund 2300 Kinder ums Leben gekommen sind.<sup>14</sup> Die Gesamtzahl der in den Heimen im Deutschen Reich gestorbenen Säuglinge und Kleinkinder dürfte mindestens 50.000 betragen – nicht mitgerechnet die Kinder, die in Einzelquartieren außerhalb der Heime starben, etwa auf Bauernhöfen, auf denen ihre Mütter Zwangsarbeit leisten mussten. Wer heute mit wachen Augen über Friedhöfe selbst von kleinen Dörfern geht, wird häufig verwiterte Grabsteine mit den Namen ausländischer Kinder finden – falls die Gräber überhaupt gekennzeichnet sind.

Damit wird zum einen deutlich, dass der Tod ausländischer Neugeborener zwischen 1943 und 1945 ein Massenphänomen war, ein öffentliches Verbrechen, das vor aller Augen, inmitten der deutschen Gesellschaft stattfand. Zum zweiten zeigt sich am Umgang der deutschen

Behörden und auch der Firmen, die von der Zwangsarbeit profitierten, die utilitaristische Perspektive beim Blick auf das „Menschenmaterial“, wie es die Nationalsozialisten nannten: Die schwangeren Frauen sollten so kurz wie möglich als Arbeitskräfte ausfallen, und ihre Kinder stellten als unnütze Esser eine Belastung dar – also ließ man sie sterben. Zum dritten offenbart der Umgang mit den Neugeborenen die rassistische Grundausrichtung des NS-Staates. Auf Weisung des Reichssicherheitshauptamtes mussten ausländische Neugeborene seit dem Sommer 1943 auf ihre „Rasseeigenschaften“ geprüft werden. „Gutrassige“ Kinder sollten in besondere Heime überstellt und als Deutsche erzogen werden. Dazu zählten die Nationalsozialisten vor allem Kinder, deren Väter „germanischen Volkstums“ waren oder deren Mütter einen „gutrassigen“ Eindruck machten. Bis heute leben in Deutschland Menschen, die nicht wissen, dass sie polnische, ukrainische oder russische Mütter haben.

Über 70 Jahre nach Kriegsende ist es mehr als überfällig, dass die Zeitgeschichtsforschung die Verbrechen an den ausländischen Neugeborenen systematisch aufklärt und dabei auch die Motivation der Täter in den Blick nimmt. Dazu zählten nicht nur Ärzte wie Dr. Körbel, sondern auch Krankenschwestern, Hebammen und nicht zuletzt Verwaltungsbeamte aus Gesundheits-, Jugend- und Arbeitsämtern, denn wie die anderen NS-Verbrechen auch wurde der Mord an den ausländischen Neugeborenen arbeitsteilig begangen.

37

8 Schreiben Hilgenfeld an Himmler, 11.8.1943, zit. nach Reiter, Tötungsstätten, S. 249 f.

9 Vgl. Bernhild Vögel, „Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen“. Braunschweig, Broitzemer Straße, Hamburg 1989.

10 Vgl. Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerkes, Katalog der Ausstellung, Wolfsburg 1999, S. 52 f.; Klaus-Jörg Siegfried, Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945, Frankfurt am Main 1988, S. 241 ff. Zum britischen Militärprozess gegen Körbel vgl. Zegenhagen, Facilities, S. 73.

11 Reiter, Tötungsstätten; Janet Anschütz/Stephanus Fischer/Irmtraut Heike/Cordula Wächtler, Gräber ohne Namen. Die toten Kinder hannoverscher Zwangsarbeiterinnen, Hamburg 2006.

12 Gisela Schwarze, Kinder, die nicht zählen. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997.

13 Vgl. Vögel, Entbindungsheim; dies., Säuglingslager (dort auf den Seiten 338 f. auch weitere Literaturhinweise auf Lokalstudien zu einzelnen Heimen).

14 Vgl. Reiter, Tötungsstätten, S. 201 f. Möglicherweise war die Zahl der in Niedersachsen zu Tode gekommenen Kinder auch noch höher, denn Bernhild Vögel zählt allein für die Region Braunschweig 800 Todesfälle; vgl. Vögel, Säuglingslager, S. 309.

Deutsche Pflegerin mit krankem Kind im „Entbindungsheim“ Broitzemer Straße (Braunschweig), um 1944. Für Mai/Juni 1944 ist belegt, dass die Baracken des Heimes mit Exkrementen, Wanzen und Maden übersät waren und im Bad die Kinderleichen gelagert wurden. Die Mütter mussten mit Gewalt dazu gezwungen werden, ihre Kinder nach der Geburt dort zu lassen.  
• Heinz L.; Instytut Pamięci Narodowej, Warschau

Eine Mutter mit ihrem Neugeborenen in Braunschweig, um 1944. Die polnischen und sowjetischen Mütter mussten ein bis zwei Wochen nach der Entbindung wieder an ihre Arbeit zurück. Die Kinder blieben, die meisten starben zehn bis 20 Tage später.  
• Heinz L.; Instytut Pamięci Narodowej, Warschau

Mütter und Kinder im „Entbindungsheim“ Broitzemer Straße, um 1944. Heinz L., Fotograf der Braunschweiger Landeszeitung, sagte 1948 im Ermittlungsverfahren einer polnischen Kommission im Auftrag der englischen Militärregierung aus, dass ihn Ende 1943/Anfang 1944 Angehörige des Sicherheitsdienstes beauftragt hatten, Fotos im „Entbindungsheim“ zu machen.  
• Heinz L.; Instytut Pamięci Narodowej, Warschau

# Kinder als Häftlinge im KZ Bergen-Belsen

Diana Gring, Thomas Rahe



38 Im KZ Bergen-Belsen waren unter den rund 120.000 inhaftierten Menschen aus fast allen europäischen Ländern auch etwa 3.500 Kinder unter 15 Jahren. Die meisten von ihnen wurden als Juden verfolgt, andere gehörten zur Gruppe der Sinti und Roma oder waren zusammen mit ihren Müttern zur Zwangsarbeit oder aus politischen Gründen inhaftiert worden. Kinderhäftlinge befanden sich in allen Lagerteilen, die meisten im sogenannten „Austauschlager“ und im Frauenlager. Neue Forschungen dokumentieren die verschiedenen Kindergruppen und -schicksale sowie die spezifische Lebenssituation dieser jüngsten Häftlinge von Bergen-Belsen.

## Kinder als Geiseln im „Austauschlager“

Das im Frühjahr 1943 eingerichtete KZ Bergen-Belsen sollte als „Austauschlager“ eine spezifische Funktion im Gesamtsystem der nationalsozialistischen Konzentrationslager einnehmen. Es fungierte als Sammellager für bestimmte Gruppen jüdischer Häftlinge, die von der SS als Geiseln benutzt und deshalb vorerst von der Vernichtung ausgenommen wurden. Darunter waren viele Familien

mit Kindern, vor allem aus den Niederlanden, Polen und Ungarn. Damit war Bergen-Belsen nicht nur das einzige nationalsozialistische Konzentrationslager, das zunächst nur für jüdische Häftlinge eingerichtet wurde, es war auch von Beginn an ein Familienlager.

Bei den jüdischen Häftlingen im „Austauschlager“ handelte es sich u.a. um Personen mit der Staatsangehörigkeit von feindlichen oder neutralen Staaten, die gegen internierte Deutsche im westlichen Ausland ausgetauscht werden sollten. Überwiegend waren dies Familien mit Kindern aus allen Altersgruppen, schon deshalb, weil es sich bei den Auslandsdeutschen, die durch Austauschaktionen in das Deutsche Reich geholt werden sollten, ebenfalls meist um Familien handelte. Zudem erschienen gerade Kinder aus der Sicht der SS als wertvolle Geiseln, da sich jüdische Institutionen in besonderem Maße um ihre Freilassung bemüht hatten.

Im KZ Bergen-Belsen galten Häftlinge für die SS bis zum Alter von 14 Jahren als Kinder. Dies hatte zur Folge, dass Mädchen und Jungen zusammen mit ihren Müttern in Frauenbaracken untergebracht waren und männliche Jugendliche ab 15 Jahren in eine der Männer-

baracken verlegt wurden. Des Weiteren galt für Häftlinge ab 15 Jahren eine Arbeitspflicht. Eine zweite Altersdifferenzierung durch die SS war für die Betroffenen nicht weniger bedeutsam: Kinder bis drei Jahre und ihre Mütter mussten nicht am allgemeinen Appell teilnehmen, sondern wurden in den Baracken gezählt.

Die Lebensbedingungen im „Austauschlager“ waren zunächst etwas besser als in den übrigen NS-Konzentrationslagern. Die Häftlinge mussten schließlich noch leben, um für die geplanten Austauschaktionen benutzt werden zu können, und sie sollten nach ihrer Freilassung ins Ausland nicht schon durch ihren körperlichen Zustand die menschenverachtenden Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern sichtbar werden lassen. Auch verfügten die Häftlinge über einen gewissen persönlichen Besitz in Form von Kleidung, Büchern, Schreibutensilien und anderen Gegenständen. Aus diesem Grund stammen fast alle Exponate und Objekte, die uns heute von ehemaligen Kinderhäftlingen zur Verfügung stehen, aus dem „Austauschlager“, so etwa Spielzeug, Tagebücher oder Zeichnungen.



Im Lauf des Jahres 1944 verschlechterten sich die Lebensbedingungen in Bergen-Belsen, so dass der Hunger immer stärker das Leben der Häftlinge prägte und eine steigende Todesrate zur Folge hatte, wovon auch die Kinder im „Austauschlager“ betroffen waren, die grundsätzlich das gleiche Essen erhielten wie ihre erwachsenen Mithäftlinge. Nur für die kleineren Kinder gab es zeitweise eine Extraverpflegung wie etwa Milchrationen. Zunehmend breiteten sich wie im ganzen Lager auch im „Austauschlager“ Krankheiten und Seuchen aus.

Den größten Lagerbereich im „Austauschlager“ bildete das sogenannte Sternlager, aus dem für nahezu alle Häftlinge biographische Daten vorliegen. Damit ist es möglich, die Todesrate unter den Kindern und den erwachsenen Häftlingen dieses Teillagers zu berechnen. Sie lag bei den Kindern deutlich niedriger als bei den Erwachsenen. Die überlieferten Erinnerungsberichte legen die Vermutung nahe, dass viele Eltern ihren Kindern noch einen Teil ihrer eigenen – ohnehin kaum zum Überleben reichenden – Lebensmittel gaben. Ein weiterer Aspekt für die Überlebenschancen von Kindern im „Austauschlager“ war eine

gewisse Solidarität und Fürsorge, die Kindern entgegengebracht wurde, deren Eltern im Lager gestorben waren. So sind etliche Fälle bekannt, in denen Einzelpersonen oder Familien Waisen aufgenommen und bis zur Befreiung versorgt haben. Eine organisierte Form der Waisenfürsorge in einer speziellen Kinderbaracke wurde von der SS geduldet.

Eine unbekannt Anzahl Kinder aus dem „Austauschlager“ wurde von Bergen-Belsen aus direkt in den Tod geschickt: Zwischen Oktober 1943 und Mai 1944 transportierte man sie zusammen mit ihren Angehörigen nach Auschwitz-Birkenau und ermordete sie dort in den Gaskammern, weil ihre Personalpapiere nach einer detaillierten Prüfung durch die SS als gefälscht und damit wertlos eingeschätzt worden waren.

Nur relativ wenige Kinder aus dem KZ Bergen-Belsen gelangten durch Austauschtransporte oder anders motivierte Freilassungsaktionen tatsächlich in die Freiheit.

Kinder als Häftlinge im Frauenlager und Männerlager

Ab März 1944 erweiterte die SS die Funktionen des KZ Bergen-Belsen, wodurch nun auch andere Häftlingsgruppen in neu eingerichtete Lagerbereiche kamen. Zunächst entstand ein Männerlager, in das kranke und „arbeitsunfähige“ Häftlinge eingeliefert wurden. Darunter befanden sich vereinzelt auch Kinder in Begleitung von Elternteilen oder Verwandten sowie Minderjährige, die ganz allein waren. In diesem Lagerteil herrschten von Beginn an deutlich schlechtere Lebensbedingungen als im „Austauschlager“, was sich auf die konkrete Lebenssituation und die Überlebenschancen der gefangenen Kinder auswirkte – die Todesrate war hier deutlich höher.

Im Spätsommer 1944 erreichten große Transporte mit weiblichen Häftlingen

Lous Hoepelman, Aufnahme aus dem Durchgangslager Westerbork, 1944. Im Sommer 1944 wurde Lous Hoepelman, geboren 1941 in Amsterdam als Kind jüdischer Eltern, allein in das Durchgangslager Westerbork eingeliefert. Sie überlebte in einer Waisenkindergruppe die Konzentrationslager Bergen-Belsen und Theresienstadt.  
• Privatbesitz Lous Steenhuis-Hoepelman

Aus dem KZ Bergen-Belsen befreite Kinder, Sommer 1945 • Privatbesitz Annie Bonsel



40 aus dem Warschauer Aufstand und aus Auschwitz das KZ Bergen-Belsen, darunter waren auch die Schwestern Anne und Margot Frank. Die Mädchen und Frauen wurden teilweise in großen Schützenfestzelten untergebracht, die der Herbstwitterung mit Sturm und Regen nicht standhielten. Nach nur wenigen Tagen Aufenthalt transportierte man die Mütter und Kinder aus Warschau weiter zur Zwangsarbeit. Viele weibliche Häftlinge wurden auch in andere Lager weiterverlegt und mussten Zwangsarbeit in Rüstungsbetrieben leisten. Bergen-Belsen fungierte in dieser Phase als Verteilerlager; die als nicht arbeitsfähig geltenden Frauen blieben im Lager zurück.

Die Minderjährigen, die aus Auschwitz oder anderen Konzentrationslagern kamen, hatten meist schon einen Großteil ihrer Familie durch Verfolgungsmaßnahmen verloren. Die Selektionen, bei denen in der Regel kleinere Kinder systematisch zur Vernichtung aussortiert wurden, hatten sie aus unterschiedlichen Gründen überstanden – sei es durch Zufall, glückliche Umstände oder Tricks wie eine falsche Altersangabe oder einen Identitätstausch. In etlichen Fällen sind auch die Motive, warum die SS Kinder

oder Kindergruppen in Vernichtungs- oder Konzentrationslagern am Leben ließ, nicht bekannt bzw. rekonstruierbar.

Zwischen Ende 1944 und April 1945 kamen mindestens 85.000 Häftlinge mit Räumungstransporten aus frontnahen Konzentrationslagern in das KZ Bergen-Belsen. Das Lager entwickelte sich nun innerhalb kürzester Zeit zu einem Auffang- und Sterbelager. Vor allem mit diesen Transporten kamen noch einmal zahlreiche Kinderhäftlinge unterschiedlicher Verfolgengruppen in das Lager. So gelangten in den letzten Wochen vor der Befreiung in größerer Zahl Kinder der Sinti und Roma nach Bergen-Belsen, überwiegend deutsche Sinti, zum kleineren Teil osteuropäische Roma. Der Vergleich mit den anderen Verfolgengruppen zeigt, dass die Sinti und Roma die Häftlingsgruppe mit dem größten prozentualen Anteil von Kindern in Bergen-Belsen war.

Innerhalb des Lagersystems war Bergen-Belsen schon ab Frühjahr 1944 als „Krankenlager“ für Häftlinge genutzt worden. Zum Jahresanfang 1945 erfolgte ein zentraler Befehl der SS, ab sofort schwangere Häftlinge, die wegen ihrer Schwangerschaft nicht mehr zur Zwangs-

arbeit eingesetzt werden konnten, ausschließlich dorthin zu bringen. Das Lager übernahm damit eine Funktion, die zuvor Auschwitz und Ravensbrück zugekommen war. Die Anzahl der im Lager geborenen Babys und der Kleinkinder im Lager stieg nun rapide an, auch durch mehrere große Transporte aus den KZ Ravensbrück und Mauthausen mit Hunderten weiblicher Häftlinge, darunter viele schwanger und mit Kleinkindern.

Da die SS die Lagerregistratur des KZ Bergen-Belsen vor der Befreiung vernichtete, sind statistische Angaben über die Anzahl von Kindern im Frauen- und Männerlager oder deren Todesrate nahezu unmöglich. Eine Parallelüberlieferung wie für das „Austauschlager“ gibt es für diese Lagerteile nicht. Selbst für die Fälle, wo noch Transportlisten vorliegen oder rekonstruiert werden können, ist eine Auswertung nach Jahrgängen unmöglich, da die Kinder ja gerade oft aufgrund der falschen Angaben zu Alter oder Name den Selektionen hatten entkommen können.

Waffen-SS K.L.Bu.  
A.L.Polte-Magdeburg

Magdeburg, den 9.1.1945 36

Betr. : Weibl. Häftling Nr. 38 760 R Tasia Filatowa,  
geb. 25.12.1915 in Wologda  
Bezug : Ohne

Das Arbeitslager Polte-Magdeburg meldet:  
Bei o.a. Häftling wurde nach ärztlicher Untersuchung durch den  
Vertragsarzt der Fa. Polte, Herrn Dr. med. Wiedau, eine Schwangerschaft  
im 8. Monat festgestellt.  
Der Häftl. Filatowa wurde daher mit dem Transport der 24 TBC-Kranken  
Häftlinge am 9.1.45 nach Bergen-Belsen überstellt.

Anlage: Ein Untersuchungsbefund  
des Dr. med. Wiedau  
für den Standortarzt K.L.Bu.

Verteiler:

Kommandantur K.L.Bu.  
Politische Abt. K.L.Bu.  
Arbeitseinsatzführer K.L.Bu.  
Standortarzt K.L.Bu.  
Arbeitseinsatzführer Fa. Polte

Der Kommandoführer  
*L. Schwab*  
SS-Oberscharführer

## Geboren im Konzentrationslager

Insgesamt wurden im Lagerkomplex Bergen-Belsen bis zur Befreiung mindestens 200 Kinder geboren. Wie alle Kinder, die in einem nationalsozialistischen Lager zur Welt kamen, wurden sie durch ihre Geburt selbst zu Häftlingen. Schon unter den ersten Transporten jüdischer Austauschhäftlinge hatten sich schwangere Frauen befunden. So sind beispielsweise für die zweite Jahreshälfte 1943 drei Geburten für das „Austauschlager“ belegt. In dieser Phase behandelte man die Geiselhäftlinge noch bevorzugt: Die werdenden Mütter wurden zur Entbindung in die Landesfrauenklinik nach Celle gebracht und dann mit ihrem Kind ins Lager zurückgebracht. Über das weitere Schicksal dieser drei Neugeborenen und ihrer Familien gibt es keine gesicherte Erkenntnis. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden sie nach Auschwitz deportiert und ermordet. Mindestens 30 weitere Geburten sind für das „Austauschlager“ anhand der überlieferten Quellen nachweisbar.

Der Hintergrund für die hohe Zahl von Geburten in Bergen-Belsen war aber nicht nur dessen Funktion als Familienlager,

sondern vor allem die bereits erwähnte Praxis der SS, schwangere Häftlinge gezielt hierher in das Frauenlager abzuschicken, wo sie ihre Kinder zur Welt brachten. Mehrere Listen aus Außenlagern des KZ Buchenwald dokumentieren solche Schwangerentransporte. Das Vorgehen ist auch für Außenlager der KZ Neuengamme, Flossenbürg, Dachau und Groß-Rosen durch SS-Überstellungsbefehle, Transportlisten und Zeugenberichte nachweisbar. Aus dem KZ Ravensbrück wurde im März 1945 der gesamte Block mit Schwangeren und Wöchnerinnen nach Bergen-Belsen verlegt. Über das ganze Ausmaß dieser Aktionen lässt sich allerdings aufgrund der unvollständigen Quellenlage nur spekulieren.

Vor allem für das Frauenlager ist von einer immens hohen Säuglingssterblichkeit auszugehen. Die Mütter waren unterernährt und litten an den unterschiedlichsten Krankheiten. Während der Schwangerschaft hatten sie körperlich und seelisch höchst belastende Erlebnisse und schwere Zwangsarbeit überstehen müssen. Sie erhielten weder vor, noch während oder nach der Entbindung eine angemessene medizinische Betreuung. Die Bedingungen im Lager selbst

waren durch Überfüllung, Hunger, Seuchen und das einsetzende Massensterben katastrophal. Aus vielen Quellen ist bekannt, dass die meisten Säuglinge schwach und krank zur Welt kamen und meist innerhalb weniger Tage starben.

### „Lagerkinder“ – Die spezifischen Lebensbedingungen für Kinder

In allen Lagerteilen des KZ Bergen-Belsen befanden sich Kinder. Ihre konkrete Lebenssituation hing von verschiedenen Faktoren ab.

Kinder, die noch mit einem oder mehreren Angehörigen zusammen waren, verfügten über Schutz und Unterstützung. Unter diesen Bedingungen konnte die Kontinuität familiärer Bindungen überlebenswichtig sein. Vor allem die Mütter versuchten, an die Strukturen des bisherigen Familienlebens anzuknüpfen und ihre Kinder so gut wie

Aus dem KZ Bergen-Belsen befreite Kinder, Sommer 1945 • Gedenkstätte Bergen-Belsen, Sammlung Rolf Stahel

Vermerk für einen Schwangerentransport aus dem Außenlager Polte-Magdeburg in das KZ Bergen-Belsen, Januar 1945. Über das weitere Schicksal von Tasia Filatowa und ihrem Kind ist nichts bekannt.  
• ITS Bad Arolsen, 3393450#1



42 möglich zu schützen und zu versorgen – bis zur Selbstaufopferung. Familienmitglieder oder auch nahe Bezugs- und Betreuungspersonen stellten aber auch eine wichtige emotionale Sicherheit und ein stabilisierendes Moment für die Kinder dar.

Allerdings mussten viele Häftlinge im „Austauschlager“ tagsüber Zwangsarbeit leisten, so dass sie sich nicht ausreichend um ihre Kinder kümmern konnten. „Den ganzen Tag über streunten die Kinder durch die Baracken und über das Gelände und wurden immer unbeherrschter. Es war das sehr interessante Phänomen zu beobachten, dass Cliques mit gewählten Führern entstanden. Den Erwachsenen wurde nicht mehr gehorcht, und die männlichen Jugendlichen wurden in ihrer pubertären und vorpubertären Phase gereizt und begannen bei dem geringsten Vorwand draufloszuschimpfen. In vertraulichen Gesprächen beschwerten sie sich immer wieder über die Erwachsenen, denen nichts anderes einfiel als sie herumzukommandieren und die keine Geduld mit ihnen hätten: und damit hatten sie meist recht. Im Lager herrschte eine allgemeine Gereiztheit, verursacht durch Hunger, Erschöp-

fung und Angst und sie entlud sich nur zu oft in einer ungeduldigen Haltung gegenüber der Jugend“, so schrieb später der niederländische Psychiater Jacques Tas über seine jungen Mithäftlinge.<sup>1</sup>

Angesichts dieser Situation kam der Organisation eines heimlichen Ersatzes für den schulischen Unterricht der Kinder eine besondere Bedeutung zu, obwohl es an fast allen materiellen Voraussetzungen von Lehrbüchern bis Stiften fehlte. Dieser Unterricht beschränkte sich nicht nur auf die Vermittlung der Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern sollte den Kindern auch die Lebensanschauungen und Werte ihrer Lehrerinnen und Lehrer nahebringen. Ab Ende 1944 finden sich in den Quellen jedoch fast keine Erwähnungen solcher Unterrichtsaktivitäten mehr. Im Frauenlager waren die Bedingungen grundsätzlich so schlecht und die existentielle Not so groß, dass Bemühungen dieser Art kaum möglich waren.

Häufig wird in den Erinnerungsberichten von Kinderüberlebenden des KZ Bergen-Belsen das tägliche Appellstehen

erwähnt, das bei jedem Wetter stattfand und nicht selten mehrere Stunden dauerte. Auch alle Kinder ab vier Jahren waren dieser täglichen Tortur ausgesetzt. Der damals fünf Jahre alte Michael de Vries beschrieb dies später in einem Interview:

„Und dann die zweite Erinnerung, die nie wieder wegzudenken ist, ist der Appellplatz und wie wir dort gestanden haben, stundenlang, im Regen, im Schnee, in der prallen Sonne. Alle, alle, alle Gefangenen vom KZ und wieder zählen und wieder zählen und wieder zählen, und dann hat es wieder nicht geklappt, und dann waren wieder Leute nicht da ... stundenlang. [...] Die Aufseher gingen also durch die Reihen von Leuten, und man hatte natürlich panische Angst vor den Hunden. Ich erinnere mich [...], dass da Leute einfach umgefallen sind und dass dann die SS-Leute kamen und geschlagen haben und ‚Auf! Aufstehen!‘ gebrüllt haben, und die Hunde haben gebellt, und das war immer wieder Chaos und immer wieder Todesangst.“<sup>2</sup>

1 Jacques Tas, *Psychical Disorders Among Inmates of Concentration Camps and Repatriates*, in: *Psychiatric Quarterly* 20 (1951), S. 680 f. (Übersetzung Thomas Rahe).

2 Gedenkstätte Bergen-Belsen, BV 594, Lebensgeschichtliches Videointerview mit Michael de Vries vom 13.10.2015.

Doch die größte Qual war die schlechte Ernährung und der Hunger, denen die Kinder ebenso hilflos ausgeliefert waren wie ihre Eltern. „Das Schlimmste für mich war das ewige ‚Mama, Hunger! Mama, Hunger!‘ von morgens bis abends, Tag und Nacht, wie eine Grammophonplatte. Der Hunger und die Angst vor Hunger wurde bei dem Jüngsten regelrecht zu einer fixen Idee. Er war doch erst fünf“, so beschreibt eine der Überlebenden des „Austauschlagers“ im Rückblick ihren Schmerz und ihre Hilflosigkeit angesichts des Hungers ihres kleinen Sohnes in Bergen-Belsen.<sup>3</sup>

Neben der Ernährung der Kinder stellte auch ihre Kleidung eine große Herausforderung für die Mütter dar, wenn die Kinder noch im Wachstum waren. Vor allem zu kleine Schuhe waren ein großes Problem. Wenn keine passenden Schuhe gegen Brotrationen oder andere Gegenleistungen beschafft werden konnten, blieb nur, die Schuhe vorne aufzuschneiden, wie es Hilde Huppert später beschrieben hat: „Tommy besaß nur ein Paar, das musste ich vorne ausschneiden, er war herausgewachsen. Seine Zehen schauten vorn heraus und steckten im Schlamm und Schnee. Ich ermahnte den Jungen immer wieder, die Zehen zu bewegen, damit sie nicht erfrieren.“<sup>4</sup> Auch kleine Gesten wie eine mit Marmelade verzierte aufgesparte Brotration oder etwas Selbstgebasteltes als Geburtstagsgeschenk für die Kinder konnten eine Verbindung zum früheren „normalen“ Leben und ein Gefühl des familiären Zusammenhalts aufrecht erhalten.

Kinder mussten zunehmend die Erfahrung machen, dass ihre Eltern sie nicht mehr schützen konnten, da sie selbst wehrlose Objekte der Willkür der SS geworden und von Angst und Hilflosigkeit geprägt waren. Vor allem die auf Autorität gegründeten Familienbeziehungen lösten sich damit mehr und mehr auf. „Meine Eltern waren nichts mehr“, so beschreibt Marion Stokvis-Krieg diesen Prozess im Rückblick. „Als Kind sieht man normalerweise zu seinen Eltern auf. [... Aber in Bergen-Belsen] hatten wir nicht mehr das Gefühl, dass ihr Wort etwas bedeutete.“<sup>5</sup> Die Kinder wurden zunehmend Zeugen von Gewalt auch unter den Häftlingen. „Ich sah mehr als einmal Schlägereien wegen des Essens aus-

brechen“, schreibt Ladislaus Löb, der als Elfjähriger Mitte 1944 nach Bergen-Belsen gelangt war, „und ich erinnere mich heute noch an die Mischung aus Faszination und Schock, die ich empfand, als ich zum ersten Mal nach einem solchen Krach auf dem Gesicht eines angesehenen Juristen Blut sah.“<sup>6</sup>

Solche Beobachtungen erschütterten nicht nur das Bild der Kinder von den Erwachsenen, sondern stellten für sie auch die sozialen Normen in Frage, die ihnen in ihrer Erziehung vermittelt worden waren. Lügen, Stehlen und Gewaltanwendung schienen im Lager das klügere Verhalten zu sein, um überleben zu können. „Die Kinder verwildern hier hoffnungslos“, notierte dementsprechend Louis Tas in sein Tagebuch.<sup>7</sup>

Die Kinder entwickelten eigenständige Formen der Reaktion auf die irritierende, verängstigende und zunehmend lebensbedrohliche Realität des Konzentrationslagers, in dem sie lebten. Vor allem in Form von Spielen versuchten sie, ihre traumatisierenden Erfahrungen zu bewältigen. So spielten sie etwa „Jude und Nazi“, „Appellstehen“ oder „Essensausgabe“. Ein anderes Spiel drehte sich beispielsweise um die Folgen des Hungers, indem Kinder darin wetteiferten, wer mit den Händen am tiefsten unter den Brustkasten fassen konnte. Auch gab es Ratespiele, welche Person in der Baracke als nächstes stirbt. Mehrere Kinder lernten am Abzählen von Leichen das Rechnen. Einige reagierten auf ihre Lebensbedingungen ähnlich wie die Erwachsenen. So begann der elfjährige Jovan Rajs wenige Tage nach seiner Ankunft im KZ Bergen-Belsen ein eindrucksvolles Tagebuch zu führen, andere Kinder schrieben Gedichte, in denen sie Gott anklagten oder die gestorbene Mutter betrauernten. Doch viele Kinderüberlebende erinnern sich in erster Linie an Nichtstun und Apathie, an das Läusefangen als Hauptbeschäftigung, an das Gefühl, krank, schwach, hungrig und müde zu sein.

Das Sterben und der Tod wurden in den letzten Wochen und Monaten zu einem alltäglichen Teil des Lebens der Lagerkinder. Später beschrieben die Überlebenden, wie sie sich an das grausame Geschehen um sie herum gewöhnten, wie sie es als „normal“ empfanden und abstumpften. „Ich habe als Kind gewusst: Wer nicht mehr atmet, der ist tot, den muss man beim Fuß fassen und aus der

Baracke schleppen“,<sup>8</sup> erinnert sich etwa Esther Weiszfeiler, damals elf Jahre alt. Mit der steigenden Todesrate wurden immer mehr Kinder in Bergen-Belsen zu Halbwaisen oder verloren sogar beide Elternteile. Dieser Verlust konnte eine ganz konkrete Bedrohung der eigenen Existenz darstellen. Kinder waren in dieser Situation auf die Solidarität und Unterstützung anderer Häftlinge angewiesen oder auf ältere Geschwister, die nun die Rolle von „Ersatzeltern“ übernahmen.

Die Kinder – so furchtbar ihre Situation war und so schutzlos sie in den allermeisten Fällen der grausamen Lagerrealität ausgeliefert waren – waren jedoch nicht ausschließlich hilflose und passive Opfer. Innerhalb der Familien oder für die verbliebenen Bezugspersonen nahmen sie wichtige Aufgaben und Funktionen wahr. Dies reichte von der Bewachung des Brotes und der selbständigen Beschaffung von Nahrungsmitteln über die Übernahme der Verantwortung für jüngere Geschwister bis hin zur Pflege kranker und sterbender Eltern. Zumindest die älteren Kinder sind somit auch als aktiv handelnde soziale Akteure innerhalb der Lagergesellschaft zu betrachten.

In der Endphase des KZ Bergen-Belsen bestand auch für Kinder der Lageralltag angesichts eines Massensterbens durch Hunger und Seuchen im Wesentlichen nur noch in einem immer verzweifelten Kampf ums Überleben. Allein im März 1945 stieg die Zahl der Toten im Lager auf mehr als 18.000 an, darunter auch zahlreiche Kinder. Schätzungsweise 800 Kinder wurden am 15. April 1945 von britischen Truppen im KZ Bergen-Belsen befreit. Die Mehrzahl der Kinderhäftlinge erlebte die Befreiung jedoch an anderen Orten. Anfang April 1945 hatte die SS noch fast alle Häftlinge des „Austauschlagers“ mit drei Zügen abtransportiert, vermutlich um sie als Faustpfand für etwaige Verhandlungen mit den Alliierten benutzen zu können. Zwischen dem 13. April und dem 8. Mai 1945 gelangten die Häftlinge dieser drei Züge schließlich in Farsleben bei Magdeburg, bei Tröbitz in der Lausitz und in Theresienstadt in die Freiheit.

Nach aktueller Forschungslage wurden mindestens 600 Kinder unter 15 Jahren im KZ Bergen-Belsen ums Leben gebracht.

<sup>8</sup> Gedenkstätte Bergen-Belsen, BV 270, Lebensgeschichtliches Interview mit Esther Weiszfeiler vom 28. März 2000.

<sup>3</sup> Margarete F., Befreiung in Tröbitz, April 1945, in: Volker Jakob / Annet van der Voort, Anne Frank war nicht allein. Lebensgeschichten deutscher Juden in den Niederlanden, Berlin/Bonn 1988, S. 81.

<sup>4</sup> Hilde Huppert, Hand in Hand mit Tommy, Ein autobiographischer Bericht 1939-1945, St. Ingbert 1989, S. 89.

<sup>5</sup> Zit. nach Deborah Dwork, Kinder mit dem gelben Stern. Europa 1933-1945, München 1994, S. 150.

<sup>6</sup> Ladislaus Löb, Geschäfte mit dem Teufel. Die Tragödie des Judenretters Rezső Kasztner. Bericht eines Überlebenden, Köln/Wien 2010, S. 109.

<sup>7</sup> Loden Vogel, Tagebuch aus einem Lager, Göttingen 2002, S. 28 (Eintragung vom 18. Juni 1944).

Selbstporträt von Ceija Stojka, entstanden vor 2004. Die Romni Ceija Stojka (1933–2013) überlebte als Kind das KZ Bergen-Belsen. • Gedenkstätte Bergen-Belsen, BO 2404

# „Vier Kieselsteine“ – ein Bildungsmaterialpaket für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit<sup>1</sup>

Christian Wolpers



44 In der Bildungsarbeit an Gedenkstätten gilt seit vielen Jahren folgender Konsens: Bildungsangebote werden für Schüler\_innen und Schüler entwickelt (und vorgehalten), die über das schulische Curriculum mit der Geschichte des Nationalsozialismus befasst sind. Diese Voraussetzung ist gut durchdacht und durch Erfahrungen gesichert.

In allen Schulformen wird dieses Thema im Geschichtsunterricht in den Klassenstufen 9 oder 10 behandelt. Somit sind die Jugendlichen, die mit ihren Mitschüler\_innen an Bildungsformaten der Gedenkstätten teilnehmen, in der Regel etwa 14 bis 16 Jahre alt. Dabei wird davon ausgegangen, dass ab diesem Alter die kognitiven Voraussetzungen gegeben sind, sich mit dem System und Verbrechenskomplex des Nationalsozialismus angemessen auseinanderzusetzen.

Allerdings ist der Themenkomplex Nationalsozialismus weiterhin gesellschaftlich omnipräsent und kann nicht per curricularer Vorgaben nur in bestimmte Lebensalter mit angenommenen Bildungsvoraussetzungen verortet werden. So lassen sich auch schon Kinder im Grundschulalter nicht davon abhalten, Fragen zum NS zu haben und diese zu stellen.

Zudem werden Lerngruppen durch inklusive Beschulung und unterschiedliche Herkunft der Schüler\_innen zunehmend heterogen(er). Mindestens ebenso heterogen sind die Voraussetzungen, welche die Schüler\_innen über familiäre Traditionen, Gespräche und Diskussionen, klassische Medien wie Zeitung, Radio und Fernsehen oder neue Medien wie soziale Netzwerke einbringen. Für Gedenkstätten ist zudem nicht unerheblich, dass zu ihnen nicht nur auf den Besuch vorbereitete Schüler\_innen kommen, sondern auch Familien und unterschiedliche Gruppen der Jugendarbeit, die keine professionelle pädagogische Betreuung durch geschultes Gedenkstättenpersonal erhalten.

Um sowohl der schulischen Bildungsarbeit (hier liegt fraglos der Schwerpunkt) wie auch Gedenkstätten Instrumente in die Hand zu geben, schon Kindern, aber natürlich auch Jugendlichen materialgestützt inhaltlich zu Themen wie Ausgrenzung und Verfolgung im Nationalsozialismus angemessen begegnen zu können, wurden die „Vier Kieselsteine“ als eine erste Möglichkeit erarbeitet.

„Vier Kieselsteine“

Im Jahr 1996 veröffentlichte Marion Blumenthal Lazan ihre Lebenserinnerungen in den Vereinigten Staaten unter dem Titel „Four Perfect Pebbles“. Sie beschreibt darin, die Verfolgung ihrer Familie im Nationalsozialismus, die Versuche, dieser Verfolgung durch Auswanderung zu entgehen, Verhaftung und Konzentrationslager, Leiden, Tod und Befreiung sowie das Weiterleben nach der Shoah.

Marion Blumenthal und ihre Familie stammen aus der niedersächsischen Kleinstadt Hoya an der Weser. 1934, im Jahr nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, geboren, wächst Marion in der Kaufmannsfamilie Blumenthal zusammen mit ihrem zwei Jahre älteren Bruder Albert auf.

Der Text „Vier Kieselsteine“ basiert auf der Publikation „Four Perfect Pebbles“ und seiner 1996 erschienenen deutschen Übersetzung „Vier kleine Kiesel“. Bei der neuen Publikation handelt es sich um eine grundlegende Überarbeitung des Ausgangstextes, der so bearbeitet und umge-

<sup>1</sup> Der Beitrag basiert auf der didaktischen Handreichung der Lehrerausgabe aus dem Materialpaket „Vier Kieselsteine“ von Prof. Dr. Andrea Becher und Christian Wolpers.



schrieben wurde, dass er schon von/mit Kindern, aber natürlich auch Jugendlichen, gelesen werden kann. Die neue Publikation bietet neben einem Zugang über das Lebensalter der Protagonistin und das ihres Bruders – sie sind am Ende des Krieges zehn und zwölf Jahre alt – zudem einen regionalgeschichtlichen Ansatz. Ein Lernen an Biografien wird dadurch initiiert bzw. maßgeblich unterstützt: „Der biografieorientierte Ansatz [ist] ein adäquater methodischer Zugang. Er wird der Person gerecht und verharmlost nicht. Grundschulkindern lässt er eine Annäherung an die Thematik [Holocaust] zu, ohne das Grauen in den Vordergrund zu rücken. Sie können sich in der Auseinandersetzung mit Biografien ihrer eigenen Autobiografie vergewissern und der Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten im Horizont individueller und kollektiver Geschichte bewusst werden. Dabei ist es sinnvoll, die gesamte Biografie einschließlich des Lebens im Konzentrationslager in Angst und Not, jedoch nicht in allen grausamen Details, zu betrachten, damit der Blick auf das Individuum nicht verzerrt wird.“<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Becher, Andrea & Pech, Detlef 2005: Am „Du“ die Welt entdecken. Ein Zugang zur Geschichte durch Lernen an Biografien, in: Grundschule Religion 12/2005, S. 8.

#### Zeitgeschichte mit Kindern in der Grundschule thematisieren

In der fachdidaktischen Diskussion ist es mittlerweile unstrittig, mit Kindern historisch zu arbeiten und sie an die Arbeit mit Quellenmaterial heranzuführen. Bei der Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Geschichte kann auch die eigene Lebens- oder Familiengeschichte zum Dreh- und Angelpunkt gemacht werden. Dabei spielt die Zeit des Nationalsozialismus, des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs – wenn es sich um eine Familie ohne Zuwanderungsgeschichte handelt – noch immer eine große Rolle. Sowohl in den Familien(-geschichten) als auch in Medien spielt die Thematisierung dieser Zeiten eine Rolle, nicht zuletzt deshalb, weil sie integraler Bestandteil der nationalen Identität und der Überlieferungsgeschichte sind. Mediale und familiäre Thematisierungen führen allerdings selten dazu, dass ein kohärentes Bild der Vergangenheit ergibt. Es können einzelne Puzzleteile oder nicht miteinander verknüpfte Wissensinseln entstehen, die sich etwa in stark subjektiv geprägten Interpretationen oder ahistorischen Vorstellungen ausdrücken.

Personifizierungen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft in der Person Hitlers als des Alleinverantwortlichen kann bspw. alle anderen Beteiligten (Mitäter, Mitläufer und Zuschauer) entschuldigen, darunter auch die eigenen Familienmitglieder. Dazu oder dagegen weitere, alternative Narrative zu setzen, die die historische Realität abbilden, ist Aufgabe von Bildungs- und Vermittlungsarbeit.

Zudem gilt, dass nicht darüber hinweggesehen werden kann, wenn das Unterrichtsgeschehen (oder außerunterrichtliches Geschehen) deutlich machen, dass Kinder und Jugendliche über die Zeit des Nationalsozialismus und Holocaust (und/oder ihre Folgen) sprechen möchten bzw. Fragen dazu haben.

Bei der Präsentation im Niedersächsischen Kultusministerium, v.l.: Christian Wolpers, Ulrike Pastoor, Prof. Dr. Andrea Becher, Marion Blumenthal Lazan, Dr. Jens-Christian Wagner, Gerald Hartwig • Jens Binner

„Autogrammstunde!“ • Nathaniel Lazan



#### 46 „Vier kleine Kiesel“

Die Geschichte von den vier kleinen Kieselsteinen ist im weiteren Sinn die Lebensgeschichte der Holocaustüberlebenden Marion Blumenthal Lazan und ihrer Familie. Im engeren Sinne wird die Geschichte ihrer Überlebensstrategie im Konzentrationslager Bergen-Belsen erzählt.

Die Publikation „Vier kleine Kiesel“ besteht aus fünf Themeneinheiten; dabei besteht jede aus mehreren Kapiteln, die die Geschichte in Sinneinheiten unterteilen. So werden auch weniger geübte Leserinnen und Leser darin unterstützt, sich die Geschichte selbstständig zu erlesen.

Im Zentrum stehen „Vier kleine Kiesel“. Ihre lebenswichtige Bedeutung erschließt sich insbesondere im Kapitel über das Leben und Überleben in Bergen-Belsen. Die damals achtjährige Marion Blumenthal erfindet für sich ein magisches Spiel, in dem das Überleben der Familie in Bergen-Belsen gesichert wird, wenn sie täglich vier ganz gleich aussehende Kieselsteine findet. Es gelingt ihr – trotz der Widrigkeiten des Überlebenskampfes im Lager – stets, solche vier Kiesel

zu finden. Kein Familienmitglied kommt im Konzentrationslager Bergen-Belsen ums Leben.

Als jedoch die Familie kurz vor der Befreiung des Lagers durch britische Truppen zusammen mit etwa 2500 anderen jüdischen Häftlingen in einem Zug aus Bergen-Belsen fortgeschafft und erst nach fast zweiwöchiger Irrfahrt am 23. April 1945 im südlichen Brandenburg von der Roten Armee befreit wird, erkrankt der Vater, Walter Blumenthal, schwer und stirbt wenige Tage nach der Befreiung.

Im weiteren Verlauf der Geschichte wird die Rückkehr in die Niederlande sowie die Auswanderung in die USA geschildert. Mit vierzehn Jahren kommt Marion mit ihrer Mutter und ihrem Bruder in den USA an. Mit der Unterstützung von Verwandten und jüdischen Gemeinden und Organisationen beginnt ein neues Leben in Freiheit. Die Geschichte schließt mit einem Blick darauf, wie es Marion bis zur Abfassung des Textes im Jahr 2016, also 71 Jahre nach der Befreiung, ergangen ist.

Die Geschichte der Familie Blumenthal eignet sich in besonderer Weise für den Einsatz in der Bildungsarbeit, da sie die

Stationen von Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung anschaulich beschreibt, wobei die Protagonistin, zu der ein empathisches Verhältnis aufgebaut werden kann, zwar Angst, Krankheit und Hunger erlebt, aber auch überlebt. Andererseits wird kein reines Happy End vermittelt, denn die Kinder und ihre Mutter müssen der Tod des geliebten Vaters und Ehemannes verkraften.

Einsatzmöglichkeiten in der Schule:  
Ganzschrift oder Ausschnitte?

Die Publikation „Vier Kieselsteine“ – für Kinder und Jugendliche sollte möglichst als Ganzschrift behandelt werden. So kann jede Leserin und jeder Leser die im Text beschriebene Entwicklung der Entrechtung und Verfolgung durch den nationalsozialistischen Staat und seine Gesetze und Maßnahmen wahrnehmen und erkennen, wie sie auch die Familie Blumenthal betreffen und einen immer größeren Einfluss auf ihr Leben nehmen.

Generell empfiehlt es sich, den Text in Abschnitten – etwa entlang der Überschriften – zu lesen und immer wieder Reflexionen sowie Phasen einzuplanen, in denen die Leserinnen und Leser Ver-



mutungen über den Fortgang der Geschichte äußern können.

Auch können die einzelnen Passagen oder Kapitel aus der fortlaufenden Erzählung selbst erlesen und notwendige fachliche Klärungen z. B. über einen Lehrendenvortrag kombiniert mit ergänzenden Materialien (Sachbücher, Zeitleiste, Internetrecherche usw.) erarbeitet werden.

#### Einsatzmöglichkeiten in der Gedenkstättenarbeit

Bildungsarbeit in der Gedenkstätte setzt in der Regel keine längeren Arbeitsphasen voraus, die es ermöglichen, eine Ganzschrift zu lesen. Aber die Geschichte ist sowohl inhaltlich als auch mit dem Materialpaket bestehend aus Foto- und Dokumentenkarten sowie Zeitkarten für die Arbeit mit einer Zeitleiste für die Arbeit mit Jugendlichen in der Gedenkstätte ein Fundus, den Pädagog\_innen nutzen können. Insbesondere in der Gedenkstätte Bergen-Belsen bietet sich eine direkte Bezugnahme an.

Indem die Geschichte in der Schule verwendet wird, kann diese einen Gedenkstättenbesuch vorbereiten. Die Schüler\_innen lernen in der Schule die

Geschichte von Personen kennen, deren Spuren sie vor Ort in der Gedenkstätte suchen und wiederfinden.<sup>3</sup>

#### Themeneinheiten

Indem die Lebensgeschichte einer Familie mit dem Schwerpunkt der Biografie des Mädchens Marion Blumenthal erzählt wird, ergibt sich eine Vielzahl von fachlichen Anknüpfungspunkten zur Erarbeitung des historisch-politischen Kontextes. Neben offensichtlichen Aspekten wie z. B. Nationalsozialismus im Allgemeinen, (Juden-)Verfolgung, Antisemitismus, Rassismus, Zweiter Weltkrieg können auch Fragen zu und Aussagen über Hitler, zum Hakenkreuz, zur Militarisierung der Erziehung (etwa HJ und BDM), Teilhabe oder Ausschluss aus der sogenannten Volksgemeinschaft o. Ä. thematische Anlässe für die Beschäftigung mit der Lektüre sein, ohne dass sie im Buch eine größere Rolle spielten.

Generell sollte die Lektüre immer vor dem historischen Kontext der NS-Zeit behandelt werden. Eine Thematisierung

<sup>3</sup> Für den Kontext Grundschule eignet sich diese Verwendung allerdings aus den oben schon genannten Gründen nicht.

in anderem Kontext, etwa vor dem Hintergrund schwieriger Familien-, Klassen- oder Gruppensituationen, in denen Ausgrenzungen oder Mobbing eine Rolle spielen, ist nicht angemessen und stellt eine Art „Verzweckung“ dar.

Damit ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass bestimmte Situationen es ermöglichen, Gegenwartsbezüge herzustellen. Dass allerdings auch in der heutigen Zeit Menschen aus religiösen, politischen, rassistischen Gründen oder wegen ihrer sexuellen Orientierung ausgegrenzt, entrechtet oder verfolgt werden und mitunter zum Schutz des eigenen Lebens ihre Heimat verlassen müssen, hat primär nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun. Dies stellt keine Folie für die Thematisierung des Nationalsozialismus und Holocaust dar. Somit sollte sich für Kinder und Jugendliche der vorgesehenen Altersstufen stets erschließen, was Vergangenheit war und was aktuelle gegenwärtige Handlungskontexte sind.

Herbst 1938, Hannover – Albert ist fünf, Marion drei Jahre alt. • Privat

Familie Blumenthal im Lager Westerbork, 1941 • Privat



## 48 Arbeit mit Biografien

Biografien als „Selbstbeschreibungen von Individuen im Kreuzungsbereich gelebter Lebensgeschichte und gelebter Gesellschaftsgeschichte“<sup>4</sup> ermöglichen eine Auseinandersetzung mit Aspekten der komplexen Lebensgeschichten anderer Menschen. „Die Lebensgeschichten fungieren als Prismen, die den Blick auf die der Biografie immanent eingeschriebene Zeitgeschichte lenken und somit den Individuen in ihrer Geschichte gerecht werden.“<sup>5</sup> Denn die Biografie „lenkt den ‚Blick unter die Oberfläche von Erscheinungen‘, stellt das ‚Gewordensein und die Entwicklungsmöglichkeiten des Gegenwärtigen in den Mittelpunkt‘ und dringt ‚über das konkrete Phänomen/Problem hinausgehend in verschiedene Bedeutungsschichten‘ ein“.<sup>6</sup>

4 Fischer-Rosenthal, 1995: Schweigen – Rechtfertigen – Umschreiben. Biographische Arbeit im Umgang mit deutschen Vergangenheiten. In: Fischer-Rosenthal, Wolfram & Ahlheit, Peter (Hg.): Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktion gelebter Gesellschaftsgeschichte, Opladen, S. 44.

5 Becher, Andrea 2013: Mit Kindern über Holocaust und Nationalsozialismus sprechen – Perspektiven für kommunikativen Sachunterricht. In: Becher, Andrea, Miller, Susanne, Oldenburg, Ines, Pech, Detlef & Schomaker, Claudia (Hg.): Kommunikativer Sachunterricht. Facetten der Entwicklung. Schneider: Baltmannsweiler, S. 48f.

6 Ebd., S. 48.

Ein Lernen an Biografien oder lebensgeschichtlichen Berichten wie etwa der Lebensgeschichte der Familie Blumenthal, bietet vielfältige Anknüpfungspunkte für die Thematisierung von NS-Zeit und Holocaust. Neben der Überschaubarkeit, die eine individuelle Geschichte mitbringt, umfasst insbesondere die Lebensgeschichte einer Familie mit Kindern die Möglichkeit, auf der empathischen Ebene Zugänge zur NS-Zeit zu finden. Verständnis und Verstehbarkeit von Geschichte spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Es gilt aber auch zu berücksichtigen, dass ein biografischer Zugang zur Erarbeitung von NS-Zeit und Holocaust nicht der alleinige didaktisch-methodische Weg sein kann und darf. Neben allen Vorteilen, die biografische Zugänge bieten, bedarf es auch des Erkennens ihrer Grenzen und möglicherweise auch Gefahren. Lebensgeschichten einzelner Personen, mit denen sich Lernende gerne identifizieren, können nicht gleichsam als pars-pro-toto gelten. Sie geben lediglich einen Ausschnitt und eine Sichtweise auf historische Ereignisse.

## Arbeiten mit der Zeitleiste/ dem Zeitstrahl

Ein wesentlicher Bestandteil des Materials zur Publikation „Vier kleine Kiesel“ sind die Karten zur Erstellung und Erarbeitung einer Zeitleiste/eines Zeitstrahls. Zeitleisten bzw. Zeitstrahlen eignen sich, temporale Abläufe chronologischer Zeit abzubilden und ein Bewusstsein von und für Zeitverläufe zu entwickeln. Die Karten beziehen sich auf Stationen der Geschichte der Familie und politischer Ereignisse, die für die Familiengeschichte relevant sind. Werden die Karten in chronologische Reihung gebracht – etwa an einer Wand befestigt oder an einer Schnur aufgehängt –, kann das unmittelbare politische Wirken des NS-Staates mit seinen Gesetzen und Maßnahmen auf die Familie Blumenthal verdeutlicht und erschlossen werden.

## Arbeit mit Quellen

Mit welchen Quellen Kinder und Jugendliche zur Geschichte des Nationalsozialismus arbeiten, hängt nicht unwesentlich von deren Inhalt und Kontext ab. Die „Vier Kieselsteine“ bieten mit



ihrer Vielzahl an (Familien-)Fotos, amtlichen Dokumenten und Briefen verschiedene Genres historischer Quellen, die anschaulich, informativ und herausfordernd sind sowie zu Vergleichen einladen und Gesprächsanlässe bieten.

Durch die Arbeit an und mit Quellen trainieren Kinder ihre historische Methodenkompetenz – die Re-Konstruktion von Vergangenheit sowie die De-Konstruktion von historischen Darstellungen.

#### Fazit und Ausblick

Kinder und Jugendliche haben vielseitige Fragen an Geschichte und insbesondere an das Thema Nationalsozialismus. Damit ihrem Interesse entgegengekommen werden kann und nicht etwa auf ein „Später“ vertröstet wird, brauchen Lehrende in der Schule wie auch in Gedenkstätten Materialien, die sich zum Einstieg in dieses historische Kapitel eignen. Die „Vier Kieselsteine“ bieten mit der Geschichte der Familie Blumenthal, in deren Mittelpunkt Marion Blumenthal als Mädchen steht, sowie den Zeitkarten wie auch dem Quellenmaterial die Möglichkeit eines altersgerechten Zugangs. Zudem kann wegen der einfachen Sprache

verbunden mit Sacherklärungen (Glossar) auch weniger leseaffinen Jugendlichen ein Ansatz angeboten werden, der sie nicht überfordert.

Neben positiven Rückmeldungen von Lehrenden in Grundschulen, die mit den Materialien bereits gearbeitet haben und sie als altersangemessen und attraktiv bezeichnen, gibt es jedoch auch Stimmen, die auf Defizite hinweisen. So wird in einer Rezension, die zwei Lernmaterialien für die Grundschule vergleicht,<sup>7</sup> auf das Nichtthematisieren der Täter hingewiesen – ein Aspekt, für den zukünftig noch ergänzendes Material erarbeitet werden kann.

7 Schmidt, Sophie, 2017: Zwei Lernmaterialien zur Judenverfolgung im Nationalsozialismus für die Grundschule im Vergleich. In: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (Hg.): Erziehung und Wissenschaft 07/08.2017, S. 30/31.

Nach der Rückkehr – Marion Blumenthal 1945 in Amsterdam • Privat

1953: Hochzeit von Marion Blumenthal und Nathaniel Lazan • Privat

1994: Marion Blumenthal Lazan mit ihrer Mutter Ruth • Privat



Stiftung

# Bericht des Geschäftsführers

Jens-Christian Wagner



• Jens Binner

16. Januar: Marion Blumenthal Lazan im Gespräch mit Kultusministerin Frauke Heiligenstadt



• Stadt Bergen

30. März: Besuch der niederländischen Botschafterin Monique van Daalen in der Gedenkstätte Bergen-Belsen; v.l.n.r.: Bürgermeister Rainer Prokop (Bergen), Botschafterin Monique van Daalen, Dr. Jens-Christian Wagner, Dr. Thomas Rahe

52 Mit gemischten Gefühlen blicken die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Jahr 2017 zurück. Einerseits wurden viele Projekte neu angestoßen, weitergeführt oder erfolgreich beendet, andererseits wurde das erinnerungspolitische Klima, in dem wir unsere Arbeit leisten, rauer.

Licht ...

Wichtige Wegmarken der Arbeit in den niedersächsischen Gedenkstätten waren, wie in jedem Jahr, die Gedenkveranstaltungen zu den Jahrestagen der Lagerbefreiungen im April und Mai. In der Gedenkstätte Bergen-Belsen standen die Gedenktage unter dem inhaltlichen Schwerpunkt „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“. Dazu wurde eine von der Gedenkstätte zusammen mit Studierenden der Universität Hannover erarbeitete Sonderausstellung mit dem Titel „Roter Winkel. Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen“ eröffnet. Im Juni 2017 erschien zu dieser Ausstellung, die seither auch in den KZ-Gedenkstätten Mittelbau-Dora und Braunschweig-Schillstraße gezeigt wurde, eine gleichnamige Begleitbroschüre. Die nächste

große Sonderausstellung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen wird den Kindern im Konzentrationslager Bergen-Belsen gewidmet sein. Diese Ausstellung soll zum 73. Jahrestag der Lagerbefreiung am 15. April 2018 eröffnet werden und anschließend durch Deutschland und die deutschsprachige Schweiz wandern. Doch dazu mehr im Jahresbericht 2018...

Außerordentlich gut angenommen wurden von der Öffentlichkeit unsere Lernmaterialien „Vier Kieselsteine. Die Geschichte der Familie Blumenthal“ für Schüler\_innen ab neun Jahren. Die Materialbox mit einem Leseheft für Schüler\_innen und einer kommentierten Ausgabe für Lehrkräfte sowie einer Lernkartensammlung für das forschende Lernen wurde über eine Festabnahme von der Bundeszentrale für Politische Bildung gefördert und im Januar 2017 in mehreren Veranstaltungen im Beisein der KZ-Überlebenden Marion Blumenthal der Öffentlichkeit vorgestellt.

Neu sind zudem umfangreiche Bildungsmaterialien zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma im Nationalsozialismus, die auf unserem Bildungsportal geschichte-bewusst-sein.de zum

Download zur Verfügung gestellt wurden. Überhaupt sind die Online-Angebote der Stiftung 2017 deutlich ausgebaut worden. Ziel ist es, die Tätigkeit der Stiftung und die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stärker in die Gesellschaft zu tragen. Mittel waren u.a. ein grundlegender Relaunch der Websites der Stiftung und ein Ausbau der Präsenz in den sozialen Netzwerken (Facebook, Instagram und Twitter).

Ein Höhepunkt in der Stiftungsarbeit war 2017 zweifellos die Grundsteinlegung für den Neubau des Dokumentationszentrums in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel am 14. September. Sofern alle Gewerke und auch die Witterung mitspielen, sollen das Museumsgebäude und die neue Dauerausstellung am 11. April 2019 zum 74. Jahrestag der Befreiung des Strafgefängnisses Wolfenbüttel der Öffentlichkeit übergeben werden. Bis dahin ist noch viel Arbeit zu leisten, auch vom Neugestaltungsteam um Martina Staats, das konzentriert an der neuen Ausstellung arbeitet.

Im November 2017 veranstaltete die Stiftung zusammen mit der Bundesakademie für kulturelle Bildung (Wolfenbüttel)



• Jesco Denzel

23. April: Grußwort von Prof. Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, zum 72. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen



• Jesco Denzel

Anastasija Gulej mit Studierenden der Universität Hannover bei der Ausstellungseröffnung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen am 23. April. Die Ukrainerin war politischer Häftling im KZ Bergen-Belsen. In der Ausstellung wird sie porträtiert.

und der Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien e.V. (Berlin) eine Tagung zum Thema „Lernen mit Sachquellen in Gedenkstätten und Museen“. Ziel war es, Mitarbeiter\_innen von Museen und Gedenkstätten mit Geschichtsdidaktiker\_innen zusammenzuführen und gemeinsam über die Chancen und Grenzen historischen Lernens mit Sachquellen nicht nur in Ausstellungen, sondern auch im öffentlichen Raum und im Schulunterricht zu diskutieren. An der von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien geförderten Tagung in Celle nahmen über 100 Wissenschaftler\_innen und Praktiker\_innen aus den Gedenkstätten und Museen teil. Wichtige Ergebnisse wurden in Heft 1/2018 der Online-Magazin „Lernen aus der Geschichte“ veröffentlicht (<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/Magazin/13872>).

Eine außerordentlich gute Wirkung zeigte 2017 die deutliche Aufstockung der Mittel für die Förderung von Gedenkstättenfahrten, die auf eine Initiative des Landtages zurückging. Statt bisher 50.000 EUR standen nun 150.000 EUR zur Verfügung. Damit konnten wesentlich mehr Schulfahrten als 2016 geför-

dert werden, und es wurde zugleich die Betreuung von Jugendlichen verbessert, indem den Gedenkstätten Honorarmittel für Guides und Gelder für die qualitative Verbesserung pädagogischer Angebote zur Verfügung gestellt wurden.

Erfolgreich konnten – ergänzend zum bereits seit 2016 laufenden Projekt „Kompetent gegen Antiziganismus/Antiromanismus in Geschichte und Gegenwart“ (KogA) für die Stiftung neue Drittmittelprojekte eingeworben werden, die ebenfalls starke Aktualitätsbezüge haben. Gemeinsam mit der Stadt Bergen wurde Mitte 2017 das Projekt „Demokratie leben!“ gestartet, das vom Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ gefördert wird. Das Berger Projekt ist aus der „Partnerschaft für Demokratie“ entstanden, die eine Kooperation zwischen der Stadt Bergen und der Gedenkstätte Bergen Belsen darstellt. Ziel ist es, die demokratische Partizipation insbesondere Jugendlicher zu stärken und dazu Elemente der historisch-politischen Bildung zu nutzen. Das zweite neue Projekt ist in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel angesiedelt. Gefördert durch das nieder-

sächsische Sozialministerium soll zur Geschichte der Homosexuellenverfolgung in der frühen Bundesrepublik am Beispiel der Haftpraxis im Gefängnis Wolfenbüttel geforscht werden; zudem sollen Bildungsmaterialien erstellt werden.

Erfolgreich war auch, wie man im vorliegenden Jahresbericht sehen kann, die Arbeit in den von der Stiftung geförderten Gedenkstätten in privater Trägerschaft. Hervorzuheben sind insbesondere die Eröffnung der neuen Teilausstellung in der ehemaligen Kommandantur in der KZ-Gedenkstätte Moringen im März 2017 und der Beginn des umfangreichen gemeinsamen Neugestaltungsprojektes der Gedenkstätten Gestapokeller Osnabrück und Augustaschacht. Bis 2020 sollen hier mit Förderung u.a. des Bundes und unserer Stiftung neue Dauerausstellungen entstehen.

Schön wäre es, wenn mein Bericht an dieser Stelle enden könnte. Doch es sind leider auch negative Entwicklungen zu vermelden, die sich ausnahmslos unter dem Stichwort „Veränderung des erinnerungspolitischen Klimas“ zusammenfassen lassen.



• Jens-Christian Wagner

25. April: Präsentation der Wanderausstellung „Zwischen Harz und Heide. Todesmärsche und Räumungstransporte im April 1945“ in der Volkshochschule Hannover



• Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

28. Juni: Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks (2. v.l.) übergibt in Berlin die Urkunde zur Internationalen Begegnungsstätte Bergen IBB als Nationales Projekt des Städtebaus und die Plakette an Bürgermeister Rainer Prokop (neben ihr). Mit dabei (v.l.): Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Projektmanager Stephan Becker, der Parlamentarische Staatssekretär Florian Pronold und Berater Dr. Ottfried Franke

## 54 ... und Schatten

Sehr bedauerlich ist das vorläufige Ende der lange eigentlich optimistischen Planungen für die Internationale Begegnungsstätte Bergen (IBB), für deren Bau der Bund 3,62 Millionen Euro bereitstellen wollte (siehe S. 76). Überraschend verweigerte der neu gewählte Stadtrat von Bergen dem Projekt im Herbst 2017 mehrheitlich die Zustimmung. Zur Begründung hieß es, die Stadt habe andere Prioritäten, und außerdem sei die IBB zu teuer. 2015 hatte der alte Stadtrat noch in einer schriftlichen Erklärung feierlich festgehalten, dass er zur Gedenkstätte und für die kritische Auseinandersetzung mit den in Bergen-Belsen begangenen Verbrechen stehe.

Ähnliche Argumente wie in Bergen sind im Landkreis Hameln-Pyrmont zu hören. Am Bückeberg nahe Hameln veranstaltete die NS-Führung zwischen 1933 und 1937 jeweils im September die sogenannten Reichserntedankfeste mit Hunderttausenden von Teilnehmern. Für die Etablierung der NS-Diktatur und die ideologische Durchdringung der propagierten „Volksgemeinschaft“ hatten die Feste am Bückeberg eine ähnliche Be-

deutung wie die Maifeiern in Berlin und die Reichsparteitage in Nürnberg. Dieser Bedeutung entsprechend soll das ehemalige Festgelände behutsam zu einem Dokumentations- und Lernort umgestaltet werden. Dafür wurde im Sommer 2017 im Rahmen eines Wettbewerbes ein Gestaltungskonzept erarbeitet. Die Kosten teilen sich der Landkreis, die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und weitere Stiftungen. Eigentlich sah es so aus, als könne das Projekt zügig umgesetzt werden. Doch dann meldeten sich im Umfeld des Bückeberges meinungsstarke Gegner des Projektes, u.a. aus der örtlichen AfD und in Form einer Unterschriftensammlung. Damit begann die Unterstützung des Projektes im Kreistag zu bröckeln, und es ist derzeit nicht abzusehen, ob das Projekt tatsächlich umgesetzt werden kann.

Auf den ersten Blick erinnern Vorgänge wie in Bergen und am Bückeberg an Abwehrreflexe aus den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Doch es schwingt hier noch etwas anderes mit: Unter den Gegnern der beiden Projekte sind auffällig viele junge Menschen, die die NS-Verbrechen nicht leugnen oder relativieren, jedenfalls nicht offen. Warum

sperren sie sich dann mit solcher Vehemenz gegen Bildungs- und Dokumentationsprojekte zur NS-Zeit? Offensichtlich ist bei vielen das Bewusstsein dafür verloren gegangen oder nur noch schwach ausgeprägt, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit einen politischen und gesellschaftlichen Mehrwert bedeutet, weil sie grundlegend ist für unser demokratisches Selbstverständnis und die Achtung von Menschenrechten und Menschenwürde. Mit einer rein ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung lässt sich die Erinnerungskultur nicht bewerten.

Die Ursache für den erinnerungskulturellen Wandel ist wahrscheinlich generationeller Natur: Die in der Politik nachrückende Generation hat keine persönliche Beziehung mehr zu den Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Ein weiterer Grund ist der europaweite Aufschwung rechtspopulistischer Parteien, der nicht ohne Einfluss ist auf die weitere Entwicklung unserer Erinnerungskultur. Auch wenn die Diskussionen um die IBB in Bergen und um den Bückeberg nichts oder wenig mit rechtsextremen oder geschichtsrevisionistischen Umtrieben zu tun haben, gehören sie doch in eine Reihe



• ITS

6. Juli: Verbesserte Forschungsmöglichkeiten für die Gedenkstätte: Floriane Hohenberg, Direktorin des International Tracing Service (ITS) in Bad Arolsen, übergibt Geschäftsführer Jens-Christian Wagner digitale Kopien von Dokumenten aus dem KZ Bergen-Belsen.



• Memorial Perm 36

13. November: Besuch des Geschäftsführers in der Gedenkstätte Perm 36 in Russland

von Vorfällen, die mehr als besorgniserregend sind.

Zu nennen sind etwa die wiederholten Angriffe auf die KZ-Gedenkstätte Schillstraße in Braunschweig, die 2016 und 2017 mehrfach von mutmaßlich Rechtsextremen geschändet wurde, indem Gedenk- und Infotafeln großflächig beschmiert wurden. Ähnlich ist es am Bremer Gedenkort Bunker Valentin (dessen Arbeit auch mit Geldern der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten gefördert wurde): Dort wurden im Herbst 2017 Parolen angebracht, die ein Ende des angeblichen „Schuldultes“ forderten. Kurz zuvor hatte die Jugendorganisation der AfD in Bremen Pressemitteilungen gegen den „Schuldult“ und „Mahntourismus“ am Bunker Valentin veröffentlicht.

#### AfD im Stiftungsrat?

Laut Stiftungsgesetz von 2004 stand bis Anfang 2018 jeder Landtagsfraktion ein Sitz im Stiftungsrat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten zu. Mit den Landtagswahlen im Oktober 2017 zog erstmals die rechtspopulistische AfD in den Landtag ein; damit stand

auch ihr nach geltender Gesetzeslage ein Sitz im Stiftungsrat zu. Darauf reagierten mehrere Überlebendenverbände mit großer Besorgnis. Entsprechende Schreiben erreichten die Stiftung von der World Federation of Bergen-Belsen Associations (USA), der Amicale des Anciens Déportés de Bergen-Belsen (Frankreich), vom Irgun Sh'erit Hapleta (Verband der Bergen-Belsen-Überlebenden in Israel) und vom Center of Organizations of Holocaust Survivors in Israel. Die Sorgen gehen teils so weit, dass eine weitere Mitarbeit in Gremien der Stiftung bei einem AfD-Sitz im Aufsicht führenden Stiftungsrat in Frage gestellt wurde. Deutliche Ablehnung formulierte auch das International Advisory Board der Gedenkstätte Bergen-Belsen, in dem renommierte Wissenschaftler\_innen aus acht Ländern vertreten sind.

Diese Sorgen haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung sehr ernst genommen. Die Stiftung, in deren Trägerschaft sich u.a. die Gedenkstätte Bergen-Belsen befindet, hat den gesetzlichen Auftrag, die Opfer der NS-Verbrechen zu würdigen und eine kritische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen sowie ihren Ursachen und Folgen

zu fördern. Die AfD, in deren Reihen revisionistische, rassistische, antisemitische und den Holocaust verharmlosende oder gar leugnende Positionen mindestens geduldet werden, steht diesem Auftrag entgegen. Wer den deutschen „Schuldult“ beklagt oder eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordert, hat in den Gremien der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten nichts verloren. Eine Mitgliedschaft der AfD im Stiftungsrat beschädigt den Ruf der Stiftung, die eng mit Opferverbänden in aller Welt zusammenarbeitet und sich seit ihrer Gründung 2004 bundesweit und international zu einem wichtigen und geachteten Akteur auf dem Feld der Forschung und Vermittlung zum Thema NS-Verbrechen entwickelt hat.

Es wäre falsch, die AfD zu ignorieren. Vielmehr müssen sich Politik und Wissenschaft – wie auch die Stiftung – inhaltlich mit ihren rassistischen und fremdenfeindlichen Positionen auseinandersetzen. Dafür haben wir die besten Argumente, und eine direkte Auseinandersetzung mit AfD-Vertretern müssen wir nicht scheuen. KZ-Überlebenden sollten wir das aber nicht zumuten. Zudem muss die Auseinandersetzung mit der AfD

und ihren Positionen im öffentlichen Raum stattfinden. Der Stiftungsrat tagt aber nicht öffentlich. Zudem ist der Stiftungsrat nicht der Ort für politische Debatten; das ist laut Gesetz auch gar nicht seine Aufgabe. Vielmehr überwacht er die Geschäftsführung und beschließt den Haushalts- und Stellenplan.

Großes Aufsehen erregte im Januar 2017 der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke mit einer Rede in Dresden, in der er ein Ende des angeblichen Schuldkultes forderte und das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas als „Schandmahl“ bezeichnete. Solche Positionen finden sich auch in der niedersächsischen AfD. So veröffentlichte der Landesvorstand der AfD am 20. Dezember 2016 – vier Wochen vor Höckes Skandalrede – eine Pressemitteilung, in der es hieß: „Es wird Zeit, das Ruder herumzureißen, dem deutschen Volk wieder Schutz zu geben und endlich diesen irren Schuldult aus Deutschland zu verbannen.“

Es gibt noch weitere Beispiele für geschichtsrevisionistische Positionen der AfD in und um Niedersachsen:

Forderung der AfD Braunschweig auf Streichung städtischer Fördergelder u.a. für die Gedenkstätte Schillstraße;

Demonstratives Fernbleiben der AfD Wolfenbüttel im November 2017 beim Gedenken an die Opfer der Pogromnacht 1938;

Ablehnung der AfD Wolfsburg gegenüber Plänen der Stadt, eine Gedenkstätte KZ Laagberg zu errichten;

AfD Niedersachsen als Veranstalterin eines Auftritts von Hans-Thomas Tillschneider („Patriotische Plattform“, Nähe zu den „Identitären“) in Braunschweig am 5.12.2017;

Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl in Niedersachsen: Darin finden sich keine Ausführungen zur Bedeutung der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen, aber ideologische Versatzstücke wie „Erhalt der christlich-abendländischen Kultur“ sowie der „landsmannschaftlichen und kulturellen Identität“ und „Pflege volkstümlicher Eigenheiten“; zudem wird gefordert, staatliche Kulturförderung ausschließlich für Kultureinrichtungen zu ermöglichen, „die dem Volk Zugang zu den Meisterwerken der Musik und Theaterliteratur“ bieten; außerdem wird die Abschaffung des Instituts für Migrationsforschung an der Uni Osnabrück gefordert (der dortige Lehrstuhlinhaber ist Mitglied der Wissenschaftlichen Fachkommission der Stiftung).



Von einem Stiftungsratsmitglied muss erwartet werden, dass es den gesetzlich definierten Stiftungszweck unterstützt und sich deshalb öffentlich von solchen Positionen distanziert und sie innerhalb seiner Partei bekämpft. Der Wille dazu ist in der Landtagsfraktion aber nicht vorhanden, wie ein Gespräch mit der AfD-Fraktionsspitze im Dezember 2017 zeigte. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass das Stiftungsgesetz im Februar 2018 aufgrund eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Grünen und FDP geändert wurde. Nach neuem Recht entsenden nicht mehr automatisch alle Fraktionen einen Vertreter in den Stiftungsrat. Stattdessen wählt der Landtag vier Vertreter aus seiner Mitte, unabhängig von deren Fraktionszugehörigkeit. Dass ein Vertreter einer Partei gewählt wird, aus deren Reihen der Stiftungszweck bekämpft wird, ist unwahrscheinlich.

Die demokratischen Fraktionen im Landtag zeigten mit ihrer Initiative demokratische Verantwortung und schützten den erinnerungskulturellen Auftrag der Stiftung. Es wäre zu wünschen, dass auch die Zivilgesellschaft wieder stärker Partei für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ergreift. Rund um den Bückeberg etwa hört man fast ausschließlich die Stimmen der Gegner des Dokumentationsortes. Die Erinnerungskultur muss immer wieder neu erstritten werden. Dazu möchte die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten ihren Beitrag leisten, indem die explizit bürgerschaftliches Engagement und Projekte fördert, die innovativ und wissenschaftlich fundiert sind und mit geschärftem historischen Urteilsvermögen in die Gesellschaft hineinwirken. Es lohnt sich.

Anfang 2018 haben uns zwei wichtige Mitstreiter verlassen. Am 4. Februar 2018 starb in New York Sam Bloch, der als Überlebender des Holocaust seit 2004 Vorsitzender unseres Stiftungsbeirates gewesen ist. Fünf Wochen später, am 13. März 2018, starb Elke Zacharias, die stellvertretende Vorsitzende des Stiftungsbeirates. Als Leiterin der Gedenkstätte Salzgitter-Drütte hatte sie sich über mehr als 25 Jahre engagiert für die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen eingesetzt. Mit Sam Bloch und Elke Zacharias haben wir zwei enge Wegbegleiter verloren, die die Tätigkeit der Stiftung maßgeblich geprägt haben. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Jens-Christian Wagner

Sam Bloch im Frühjahr 2010 • Helge Krückeberg

Elke Zacharias im Frühjahr 2012 • Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte

## Publikationen der Stiftung



Jahresbericht 2016

Herausgegeben von der Stiftung  
niedersächsische Gedenkstätten

170 Seiten

Schwerpunkthema: Widerstand  
gegen den Nationalsozialismus



Peter Lantos

Von Ungarn nach Bergen-Belsen  
und zurück  
Eine Zeitreise

Bergen-Belsen – Berichte und Zeugnisse,  
herausgegeben von der Stiftung nieder-  
sächsische Gedenkstätten, Band 6

Göttingen (Wallstein), 366 Seiten

## Veröffentlichungen und Vorträge sowie Lehraufträge von Beschäftigten der Stiftung und Mitarbeit in Gremien

57

### Veröffentlichungen

Grafe-Ulke, Bernd

„Das Gewissen Europas? Simulation von Fällen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte“, in: Andreas Petrik, Stefan Rappenglück (Hg.), Handbuch Planspiele in der politischen Bildung, Schwalbach/Ts. 2017, S. 123–136.

Gring, Diana

„The Interview Project of the Bergen-Belsen Memorial“, in: Nicolas Apostolopoulos/Michele Barricelli/Gertrud Koch (Hg.), Preserving Survivors' Memories. Digital Testimony Collections about Nazi Persecution: History, Education and Media, Berlin 2016, S. 133–139.

Neuburger, Tobias

„Von Armutszuwanderern und Notreisenden. Antiziganismus in der Migrationsgesellschaft“, in: Horst Schreiber et al. (Hg.), Im Zwiespalt (Gaismair-Jahrbuch 2018), Innsbruck 2017, S. 139–147.

„Metamorphosen des Antiziganismus.

Von der religiösen Grenzfigur zum Anti-Roma-Rassismus der Gegenwart“, in: Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik (Hg.), Antiziganismus/Antiromatismus, Wien 2017, S. 8–10.

„Anton Dörner und die Tiroler Fastnacht zwischen Tradition und Erfindung, ca. 1900 bis 1950“, in: zeitgeschichte, Heft 6/2017, S. 347–359.

Staats, Martina

Diverse Beiträge, in: „neu gestalten“ (Newsletter der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel), Ausgabe 2.

„Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Fertigstellung des ersten Bauabschnitts mit multimedialer Lernumgebung und Sanierung und Kommentierung der historischen Orte“. In: Gedenkstättenrundbrief Nr. 185 (3/2017), S. 13–22.

Wagner, Jens-Christian

„NS-Gesellschaftsverbrechen in der Gedenkstättenarbeit“, in: Detlef Schmichen-Ackermann/Marlis Buchholz/Bianca

Roitsch/Christiane Schröder (Hg.), Der Ort der „Volksgemeinschaft“ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 421–437.

Vorwort, in: Moisej Benjaminowitsch Temkin, Am Rande des Lebens. Erinnerungen eines Häftlings der nationalsozialistischen Konzentrationslager, (Hg.) Reinhard Otto, Berlin 2017, S. 7–9.

„Gedenkstättenarbeit in Deutschland seit 1945: eine Erfolgsgeschichte?“, in: Berichte – Informationen – Debatte. Newsletter des Netzwerkes Erinnerung in der Region Hannover, September 2017, S. 5–10.

„Forced Labour and Genocide: The Nazi Concentration Camp System during the War“, in: Volkhard Knigge (Ed.), Buchenwald. Ostracism and Violence 1937 to 1945. Guide to the permanent exhibition at the Buchenwald Memorial, Göttingen 2017, pp. 259–270.

(Hg.) „Roter Winkel. Politische Häftlinge im Konzentrationslager Bergen-Belsen“. Begleitheft zur Ausstellung, Celle 2017.

„Widerstand gegen den Nationalsozia-

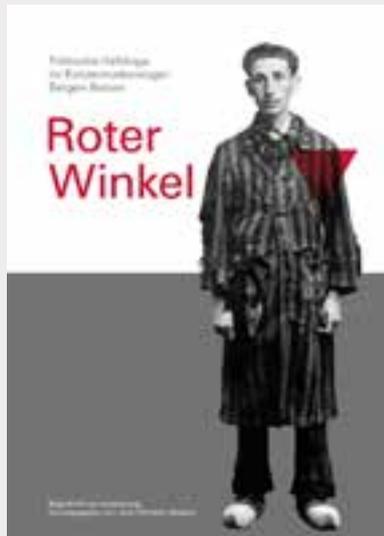


Vera Hilbich

Der „Friedhof der Namenlosen“ in Oerbke  
Lokale Erinnerung und Auseinandersetzungen nach Kriegsende

Schriftenreihe der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Band 4

Göttingen (Wallstein), 168 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen



Roter Winkel

Politische Häftlinge im  
Konzentrationslager Bergen-Belsen

Begleitheft zur Ausstellung

Herausgegeben von  
Jens-Christian Wagner

52 Seiten, Übersichtskarten in den Umschlagklappen  
Celle 2017



Vier Kieselsteine

Die Geschichte der Familie Blumenthal  
Bildungsmaterialien für den Unterricht an Grund- und weiterführenden Schulen  
Box mit Leseheft für Schüler\_innen (72 Seiten), Heft für Lehrende/Unterrichtende (84 Seiten), zwei Sätze (isg. ca.90) Karten (Fotos und Dokumente zur Familien- und der allgemeinen Geschichte für Quellenarbeit und die Arbeit mit Zeitleisten  
Celle 2017

Die Hefte sind auch einzeln zu beziehen.

- 58 lismus – ein Überblick“, in: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (Hg.), Jahresbericht 2016, Celle 2017, S. 6-16.  
„Besuchspflicht für Flüchtlinge?“, in: Jüdische Allgemeine Nr. 18/2017, 4.5.2017, S. 8.

Christian Wolpers

zusammen mit Andrea Becher, Gerald Hartwig, Ulrike Pastoor: Vier Kieselsteine: Die Geschichte der Familie Blumenthal. Bildungsmaterialien, Celle 2017.

zusammen mit Hans-Dieter Schmid und Reinhold Baaske: Die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus – Materialien aus Niedersachsen, Celle 2017.

Sobibór heute begegnen, in: Martin Langebach und Hanna Liever (Hg.), Im Schatten von Auschwitz. Spurensuche in Polen, Belarus und der Ukraine: Begegnen, Erinnern, Lernen, Bonn 2017, S. 244-261.

Vorträge

Billib, Stephanie

(zusammen mit Klaus Tätzler) „Sachquellen in der Sammlung der Gedenk-

stätte Bergen-Belsen und die Tablet-Application“. Vortrag bei der interdisziplinären Tagung „Lernen mit Sachquellen in Gedenkstätten und Museen“ (20.–22. November), Veranstaltungszentrum „CD-Kaserne“, Celle, 21. November.

Binner, Jens

„Die Deportationen im nordwestdeutschen Raum und das neue Internetprojekt der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten“. Vortrag beim Lerntag: „Die Deportation Braunschweiger Juden vor 75 Jahren“, Gedenkstätte Schillstraße Braunschweig, 29. Januar.

„Der ‚Untermensch‘ am Arbeitsplatz – Was wissen wir über das Verhältnis zwischen Deutschen und OstarbeiterInnen?“ Vortrag beim Workshop „Die Klosterkammer Hannover im Nationalsozialismus“, Hannover, 16. Juni.

„Nachwirkungen der Zwangsarbeit“. Vortrag beim Seminar „Langzeitwirkungen des Nationalsozialismus – Nationalsozialismus und Zwangsarbeit“, Internationales Haus Sonnenberg, St. Andreasberg, 19. Oktober.

„Die Reichspogromnacht im November 1938 in Peine und der Prozess gegen

den Mörder von Hans Marburger“.

Vortrag in Peine, 13. November.

„Veränderungen in der Erinnerungskultur“. Vortrag bei der 3. Plenumsveranstaltung des Netzwerkes Erinnerungskultur des Landkreises Verden, 29. November.

Dremel, Anett

(zusammen mit Stefan Wilbricht)  
„Digitales Lernen am historischen Ort – die multimediale Lernumgebung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel“. Vortrag bei der Herbsttagung der Fachgruppe Dokumentation im Deutschen Museumsbund, Technoseum Mannheim, 17. Oktober.

Gödecke, Monika

Jahresrückblick und aktuelle Schwerpunkte in der Arbeit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten bzw. der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Vortrag bei der Generalversammlung der Amicale de Bergen-Belsen, Paris, 19. November.

Grafe-Ulke, Bernd

„Kompetent gegen Diskriminierung von Sinti und Roma. Antiziganismus in Geschichte und Gegenwart“. Tages-



Silke Petry, Rolf Keller  
 „Ruhet in Frieden, teure Genossen...“  
 Der Friedhof des Kriegsgefangenen-  
 lagers Bergen-Belsen  
 Geschichte und Erinnerungskultur  
 Russische Ausgabe  
 (auch online verfügbar)  
 Göttingen (Wallstein)  
 92 Seiten



Bergen-Belsen  
 Historischer Ort und Gedenkstätte  
 (2. Auflage) Celle 2017  
 88 Seiten



Bau.Denk.Mal!  
 Bauliche Relikte und Denkmalpflege  
 an Schauplätzen der NS-Diktatur in  
 Niedersachsen  
 Neuauflage

seminar an der Universität Lüneburg,  
 22. März (gemeinsam mit Dzoni Sichel-  
 schmidt und Tobias Neuburger).

„Aktiv gegen Diskriminierung von Sinti  
 und Roma. Was können Städte und  
 Kommunen, Verwaltungen und Behör-  
 den dazu leisten?“ Workshop auf der  
 Jahrestagung des niedersächsischen  
 Landesprogramms gegen Rechtsextre-  
 mismus – für Demokratie und Men-  
 schenrechte, Laatzten, 30./31. März  
 (gemeinsam mit Tobias Neuburger).

„Antiziganismus und Vergesellschaft-  
 ung. Herausforderungen antiziganismus-  
 kritischer Bildungsarbeit“. Workshop auf  
 der Tagung „besorgt.konservativ.rechts“,  
 Frankfurt, University of Applied Sciences,  
 6./7. Mai (gemeinsam mit Tobias  
 Neuburger).

„Diversitätsbewusste Gedenkstätten-  
 pädagogik am Beispiel des Projektes  
 KogA“. Vortrag bei der Fachtagung „Zu-  
 kunft der Gedenkstättenarbeit“ des Nie-  
 dersächsischen Kultusministeriums und  
 des Niedersächsischen Landesinstituts  
 für schulische Qualitätsentwicklung,  
 Niedersächsisches Kultusministerium,  
 Hannover, 10. August.

„Roma und Sinti – Historische Hinter-  
 gründe, Verfolgung und Diskriminierung“.

Vortrag bei der Fachtagung „Roma und  
 Sinti in Harburg“ des Allgemeinen Sozialen  
 Dienstes im Bezirk Hamburg-Harburg,  
 Harburger Rathausforum, Hamburg,  
 28. November.

Hummel, Juliane

„Aspekte des Denkmalschutzes in der  
 Gedenkstätte Bergen-Belsen“. Öffentliche  
 Führung und Vortrag anlässlich des  
 Tages des offenen Denkmals, Gedenk-  
 stätte Bergen-Belsen, 10. September.

Keller, Rolf

„Forschung, Schicksalsklärung und  
 Bildungsarbeit im nationalen und inter-  
 nationalen Kontext: Sandbostel im Netz-  
 werk der Dokumentations- und Gedenk-  
 stätten“. Vortrag bei der Tagung  
 „Gedenkstätte Lager Sandbostel: Blick  
 zurück und Blick nach vorn“ aus Anlass  
 des 25jährigen Bestehens des Gedenk-  
 stättenvereins Sandbostel, Bremer-  
 vörde, 22. Januar.

„NS-Regionalgeschichte und Erinne-  
 rungskultur: Sowjetische Kriegsgefange-  
 ne in Friesland und Wilhelmshaven“. Vortrag  
 im Gröschler-Haus – Zentrum für  
 regionale Zeitgeschichte und jüdische  
 Geschichte, Jever, 21. März.

„Vernichtungspolitik und Zwangsar-  
 beit. Sowjetische Kriegsgefangene in  
 Lagern der Wehrmacht und der SS 1941–  
 1945“. Vortrag im Rahmen des Begleit-  
 programms zur Sonderausstellung „Die  
 Exekutionen müssen unauffällig im  
 nächstgelegenen Konzentrationslager  
 durchgeführt werden“ im Neuen Muse-  
 um der Gedenkstätte Sachsenhausen,  
 23. März.

„Vernichtungspolitik und Zwangsar-  
 beit. Sowjetische Kriegsgefangene in  
 Niedersachsen 1941-1945“. Vortrag auf  
 Einladung des Arbeitskreises Stadtge-  
 schichte, Burgdorf, 12. Mai.

„Sowjetische Kriegsgefangene in  
 deutschem Gewahrsam 1941-1945.  
 Anmerkungen zum Forschungsstand“. Vortrag  
 bei der Internationalen Tagung  
 „Sowjetische und deutsche Kriegsge-  
 fangene und Deportierte im Zweiten  
 Weltkrieg. Perspektiven für historische  
 Forschung und Erinnerungskultur“,  
 Deutsch-russisches Museum Berlin-  
 Karlshorst, 13. Juni.

Einführungsvortrag/Introduction bei  
 der Internationalen Tagung „Sowjetische  
 Kriegsgefangene in Konzentrationsla-  
 gern“, KZ-Gedenkstätte Flossenbürg,  
 28. Juni.



Kompetent gegen Diskriminierung von Sinti und Roma  
Bildungsprogramm 2018



Education and Encounters at the Bergen-Belsen Memorial  
Bergen-Belsen, 22 Seiten



neu gestalten  
Das Neugestaltungsprojekt der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel  
Ausgabe 2  
Wolfenbüttel, 32 Seiten

60 Neuburger, Tobias

„Elemente und Ursprünge des Antiziganismus. Die Kritik des Antiziganismus als Gesellschaftskritik“. Vortrag bei den Lüneburger Wochen gegen Rassismus, Leuphana Universität, Lüneburg, 21. März.

„Kompetent gegen Diskriminierung von Sinti und Roma. Antiziganismus in Geschichte und Gegenwart“. Tagesseminar an der Universität Lüneburg, 22. März (gemeinsam mit Dzoni Sichel-schmidt und Bernd Grafe-Ulke).

„Aktiv gegen Diskriminierung von Sinti und Roma. Was können Städte und Kommunen, Verwaltungen und Behörden dazu leisten?“ Workshop auf der Jahrestagung des niedersächsischen Landesprogramms gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte, Laatzen, 30. März (gemeinsam mit Bernd Grafe-Ulke).

„Antiziganismus und Vergesellschaftung. Herausforderungen antiziganismuskritischer Bildungsarbeit“. Workshop auf der Tagung „besorgt.konservativ.rechts“, Frankfurt, University of Applied Sciences, 6./7. Mai (gemeinsam mit Bernd Grafe-Ulke).

„600 Jahre Antiziganismus? (Dis-)Konti-

nuitäten in der Gewaltgeschichte gegen Sinti und Roma“. Vortrag an der Universität für angewandte Kunst, Wien, 15. Mai.

Petry, Silke

„Der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener am Beispiel des Landkreises Lüchow-Dannenberg“. Vortrag aus Anlass der Einweihung der letzten Gedenkstele an die Opfer des Nationalsozialismus Dannenberg, 14. Februar.

„Der Kriegsgefangenenfriedhof Bergen-Belsen – Geschichte und Erinnerungskultur“. Führung und Vortrag im Rahmen einer öffentlichen Exkursion der Gedenkstätte Bergen-Belsen zu den Kriegsgefangenenfriedhöfen Bergen-Belsen, Oerbke und Wietzendorf, 11. Juni.

Rahe, Thomas

„Nach der Befreiung. Jüdische DP-Dokumente aus der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover“. Vortrag zur Ausstellungseröffnung in der Celler Synagoge, 6. April.

„Die Verfolgung weiblicher und männlicher Homosexueller im ‚Dritten Reich‘: Formen und Kontexte des Gedenkens in den deutschen KZ-Gedenkstätten“. Vortrag im Rahmen des Symposiums „Iden-

titätspolitik und Gedenken: Schwul-Lesbische Erinnerungskulturen in der Diskussion“, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 21. April.

„Das DP-Camp Bergen-Belsen“. Vortrag im Rathaus Uelzen, 9. November.

Schmidthals, Conny

(zusammen mit Martina Staats) „Die Großobjekte Hinrichtungsstätte und Haftzellen im Ausstellungs- und Bildungskonzept einer Justizgedenkstätte“. Vortrag bei der Tagung „Lernen mit Sachquellen in Gedenkstätten und Museen“, Celle, 21. November.

Seybold, Katja

„Projektbericht: Ermittlung der Zahl und der Grablagen der Todesopfer des KZ Bergen-Belsen“. Vortrag bei der Tagung des Arbeitskreises „Opfer des Nationalsozialismus – Friedhöfe und Grabstätten“, Hannover, 16. März.

Staats, Martina

(zusammen mit dem Neugestaltungsteam) „Werkstattbericht zur Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel“. Vortrag beim 6. Wolfenbütteler Gedenkstättenforum, Wolfenbüttel, 6. Juni.



Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Halbjahresprogramm  
April bis September 2017



Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Halbjahresprogramm  
Oktober 2017 bis März 2018



Zwischen Ungewissheit und Zuversicht  
Kunst, Kultur und Alltag polnischer  
Displaced Persons in Deutschland  
1945–1955  
Ausstellung in der Gedenkstätte  
Bergen-Belsen vom 1. September bis  
19. November  
Faltblatt zum Begleitprogramm

(zusammen mit dem Neugestaltungsteam) „Projektvorstellung des Neugestaltungsjahresprojektes“ im Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover, 21. Juni.

„Fortschritte bei der Planung und Realisierung des Neugestaltungsjahresprojektes der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel“. Vortrag beim 4. Arbeitstreffen der Justizgedenkstätten, Dortmund, 7. September.

(zusammen mit Lars Skowronski) „Die Bedeutung von Justizgedenkstätten in der bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft – Vorschläge und Impulse für eine inhaltliche Positionierung des Arbeitskreises“. Vortrag beim 4. Arbeitstreffen der Justizgedenkstätten, Dortmund, 8. September.

„Die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel als touristischer Ort“. Beitrag im barcamp, NiedersachsenCamp, about-cities, Wolfenbüttel, 23. September.

„Neue Bildungskonzepte und Lernumgebung in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel“. Vortrag bei der WWW-Tagung 2017, Halberstadt, 4. November.

(zusammen mit Conny Schmidthals) „Die Großobjekte Hinrichtungsstätte und Haftzellen im Ausstellungs- und Bildungskonzept einer Justizgedenkstätte“.

Vortrag bei der Tagung „Lernen mit Sachquellen in Gedenkstätten und Museen“, Celle, 21. November.

„Justiz und Strafvollzug im Nationalsozialismus ausstellen: Werkstattbericht zur Konzeption der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel“. Vortrag an der TU Braunschweig, Institut für Geschichtswissenschaft, Historisches Kolloquium, Braunschweig, 6. Dezember.

(zusammen mit Lars Skowronski) „Der Arbeitskreis Justizgedenkstätten: Mitglieder – Tätigkeitsfelder – Besonderheiten – Ziele“. Vortrag bei der 6. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz, Halle (Saale), 8. Dezember.

Stenger, Ina

„Homosexuelle Gefangene und nach § 175 Verurteilte im Strafgefängnis Wolfenbüttel 1933-1969“. Vortrag beim Symposium „Justiz und Homosexualität“, Justizakademie des Landes NRW in Recklinghausen, 18. Dezember. Veröffentlichung in der Schriftenreihe „Juristische Zeitgeschichte“ in Vorbereitung.

Tätzler, Klaus

(zusammen mit Stephanie Billib) „Sachquellen in der Sammlung der Gedenkstätte Bergen-Belsen und die Tablet-Application“. Vortrag bei der interdisziplinären Tagung „Lernen mit Sachquellen in Gedenkstätten und Museen“ (20.-22. November), Veranstaltungszentrum „CD-Kaserne“, Celle, 21. November.

Wagner, Jens

„Geschichte bewusst machen. Zur Zukunft der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen“. Key lecture im Rahmen der Tagung „Gedenkstätte Lager Sandbostel. Blick zurück und Blick nach vorn“, Bremerförde, 20. Januar.

„Lernen aus ‚heilloser‘ Geschichte“. Vortrag vor der AV Frisia in Hannover, 28. Januar.

„El ‘universo’ de los campos de concentración y el Memorial de Bergen Belsen“. Vortrag an der Universität Valencia, 16. Februar.

„Von Luther zu Hitler. Überlegungen zum Verhältnis zwischen Protestantismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus“. Vortrag in der Synagoge Celle, 16. März.



Christian Wolpers  
Materialsammlung zu Sinti und  
Roma (Online-Publikation, hier  
Beispielseite)

- 62 „Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen“. Vortrag beim Arbeitskreis 19./20. Jahrhundert der Historischen Kommission Niedersachsen/Bremen, 1. April.  
„Zwischen Harz und Heide. Todesmärsche im April 1945“. Vortrag an der Volkshochschule Hannover, 25. April.  
„Erkenntnis statt Bekenntnis. Anmerkungen zur aktuellen Erinnerungskultur“. Vortrag an der Universität Hannover, 27. April.  
„V-Waffen und Verbrechen. Wernher von Braun und der Nationalsozialismus“. Vortrag in Braunschweig, 20. Mai.  
Sachverständigenanhörung zur Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit in Deutschland. Vortrag im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages, Berlin, 31. Mai.  
„Zwischen Harz und Heide. Todesmärsche im April 1945“. Vortrag in der Gedenkstätte Sandbostel, 4. August.  
„Lernen aus ‚heilloser‘ Geschichte. Anmerkungen zu Gegenwart und Zukunft der Gedenkstättenarbeit“. Vortrag anlässlich der vom Kultusministerium und dem NLQ organisierten Fachtagung „Zukunft der pädagogischen Arbeit in Gedenkstätten“, Hannover, 10. August.

- „Zeitzeugen ausgestellt. Die Nutzung von Interviews in Museen und Gedenkstätten“. Vortrag bei der Landesgedenkstättenkonferenz Mecklenburg-Vorpommern in Peenemünde, 26. September.  
„Erinnerungskultur in Deutschland von 1945 bis in die 1990er Jahre“. Vortrag bei der Landesgedenkstättenkonferenz Baden-Württemberg, Tailfingen, 14. Oktober.  
„Zum 100. Geburtstag von Stéphane Hessel“. Vorträge an Gymnasien in Sangerhausen, Eisleben und Hettstedt (Sachsen-Anhalt), 20. Oktober.  
„Umgang mit baulichen Relikten in der Gedenkstättenarbeit: Die Entwicklung in Niedersachsen“, Vortrag beim Workshop der Stadt Wolfsburg zur Entwicklung einer Gedenkstätte KZ Laagberg, 20. Oktober.  
„Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen“. Vortrag in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, 23. Oktober.  
„Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen“. Vortrag in der Außenstelle des Museums Perm 36 in Perm (Russland), 12. November.  
„Modelos del conjunto de organismos responsables de los monumentos conmemorativos en Alemania“, Museo de la

Memoria in Santiago de Chile. Vortrag bei der Tagung zur geplanten Gründung einer Gedenkstätte in der früheren Colonia Dignidad, 1. Dezember.

Wilbricht, Stefan

(zusammen mit Anett Dremel) „Digitales Lernen am historischen Ort – die multimediale Lernumgebung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel“. Vortrag bei der Herbsttagung der Fachgruppe Dokumentation im Deutschen Museumsbund, Technoseum Mannheim, 17. Oktober.

Mitarbeit in Gremien

Gödecke, Monika

Vertreterin des Bundeslandes Niedersachsen im Zwölfergremium der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM)

Vertreterin der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten beim Celler Netzwerk gegen Antisemitismus

Keller, Rolf

Wissenschaftlicher Beirat Denkort Bunker Valentin

Wissenschaftlicher Beirat Neugestaltungsjahr Gedenkstätten Gestapo-

keller Osnabrück und Augustaschacht Ohrbeck

Beirat Gedenkstätten Gestapokeller Osnabrück und Augustaschacht Ohrbeck  
Wissenschaftlicher Beirat Gedenkstätte Gudendorf (Schleswig-Holstein)  
Wissenschaftlicher Beirat Neugestaltungsprojekt KZ-Gedenkstätte Moringen

Kubetzky, Thomas

Vorstandsmitglied im Arbeitskreis Andere Geschichte e.V., Braunschweig

Rahe, Thomas

Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten

Wagner, Jens-Christian

International Committee of the Auschwitz-Birkenau Foundation, Warschau

Leitungsgruppe Gedenkstätten und Erinnerungskultur beim Schleswig-Holsteinischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Kiel

Fachbeirat Kompetenzzentrum NS-Zwangsarbeit, Berlin (Stiftung NS-Zwangsarbeit)

Fachbeirat der Gedenkstätten Augustaschacht und Gestapokeller Osnabrück

Fachbeirat des Denkmals Bunker Valentin, Bremen

Fachkommission der Gedenkstätte Ahlem, Hannover

Stiftungsrat der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen

Fachkommission zur Neugestaltung der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg

Wissenschaftlicher Fachbeirat der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

Expertenkommission Dauerausstellung International Tracing Service, Bad Arolsen

Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen

Lehraufträge an Hochschulen/Universitäten

Kubetzky, Thomas

Proseminar: Judenemanzipation in Deutschland, TU Braunschweig, Institut für Geschichtswissenschaft, Wintersemester 2016/2017

Hauptseminar: Gefängnis und Strafe im 19. und 18. Jahrhundert, TU Braunschweig, Institut für Geschichtswissenschaft, Wintersemester 2016/2017

Hauptseminar: Einführung in die Militärgeschichte, TU Braunschweig, Institut für Geschichtswissenschaft, Wintersemester 2016/2017

Hauptseminar: Die Tagebücher des Samuel Pepys (1660-1669), TU Braun-

Stiftung

schweig, Institut für Geschichtswissenschaft, Sommersemester 2017

Hauptseminar: Die Entwicklung des Eisenbahnwesens in Deutschland, TU Braunschweig, Institut für Geschichtswissenschaft, Sommersemester 2017

Proseminar: Industrialisierung in Deutschland, TU Braunschweig, Institut für Geschichtswissenschaft, Wintersemester 2017/2018

Hauptseminar: Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus, TU Braunschweig, Institut für Geschichtswissenschaft, Wintersemester 2017/2018

Neuburger, Tobias

Die Gegenwart des Antiziganismus in Deutschland und Europa, Hochschule Hannover, Fakultät V, Studiengang Soziale Arbeit, Wintersemester 2017/18.

Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma und Sinti. Aktuelle Tendenzen und neuere Forschungsbefunde, mit Prof. Dr. Wolfram Stender, Hochschule Hannover, Fakultät V, Studiengang Soziale Arbeit, Sommersemester 2017.

Wagner, Jens-Christian

Praxisseminar „Erarbeitung einer Sonderausstellung: Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen“, Leibniz Universität Hannover, Historisches Seminar, Wintersemester 2016/17.

Seminar „Justizverbrechen im Nationalsozialismus. Die Neukonzeption der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel“, Leibniz Universität Hannover, Historisches Seminar, Sommersemester 2017.

Praxisseminar „Zwischen Verfolgung und ‚Volksgemeinschaft‘. Kindheit im Nationalsozialismus“, Leibniz Universität Hannover, Historisches Seminar, Wintersemester 2017/18.

# Institutionelle Diskriminierung von Sinti und Roma durch staatliche Institutionen. Verwaltungshandeln zwischen Handlungszwängen und Ermessensspielräumen

Bernd Grafe-Ulke, Tobias Neuburger, Marion Seibel, Daniel Tonn

64 „Ich habe nun ein besseres Verständnis für bestimmte Verhaltensweisen von Sinti und Roma und weniger Hemmungen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen.“ – „Die Perspektive von Angehörigen der Minderheit zu erfahren, war sehr wertvoll für mich.“ – „Mir ist deutlich geworden, dass Mitarbeiter\_innen mehr aufgeklärt werden müssen und wir auch Unterstützung benötigen.“ – „Die breit gefächerten Hintergründe der Teilnehmer\_innen am Programm fand ich sehr positiv.“ – „Als Anregungen nehme ich Material für einen eigenen Workshop mit meinen Kolleg\_innen, interessante Kontakte für eine zukünftige Zusammenarbeit und Methoden, die ich gezielt einsetzen kann, mit.“

Diese beispielhaften Antworten gaben Teilnehmende des Bildungsprogramms „Kompetent gegen Diskriminierung von Sinti und Roma“ auf die Fragen, was sie an den vier mehrtägigen Seminarmodulen zwischen März und November 2017 besonders betonen würden und inwiefern die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten für ihre berufliche Praxis nützlich seien. Die vertretenen beruflichen Hintergründe waren vielfältig und reichten von klassischen Behörden, wie dem

Jobcenter, dem Fachamt für Jugend- und Familienhilfe oder der städtischen Koordinierungsstelle für Zuwanderung aus Osteuropa über das Feld der Sozialen Arbeit und ambulanten Erziehungshilfe bis hin zum Bereich Organisations- und Projektentwicklung auf Vereins-ebene. Das Programm richtete sich 2017 primär an Mitarbeiter\_innen aus staatlichen Institutionen, kommunalen Behörden und Verwaltungen. Es nahmen aber auch Personen mit Romno-Hintergrund teil, sowohl als Teilnehmer\_innen als auch als Referent\_innen. Gerade der Austausch zwischen diesen Schlüsselpersonen und Multiplikator\_innen war für alle Beteiligten im Sinne eines Perspektivwechsels sehr aufschlussreich.

Welchen vielfältigen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung sehen sich Roma und Sinti in der Gesellschaft ausgesetzt? Welche Diskriminierung erfahren sie konkret durch staatliche Institutionen, Behörden und Verwaltungen? Welche Ansätze der Beratung und Unterstützung gibt es? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Bildungsprogramms 2017. Am Beginn des Programms richtete sich der Blick zunächst auf die Verbrechen des Nationalsozialismus und ihre

Folgen. So wurde die besondere Rolle der Polizeibehörden im NS-Staat sowie die Mitwirkung verschiedener kommunaler Stellen bei der Organisation der Entrechtung, Ausbeutung und Verfolgung beleuchtet. Die Teilnehmenden besuchten die Gedenkstätte Bergen-Belsen und beschäftigten sich ausgehend von verschiedenen Quellen und Orten auf dem historischen Lagergelände mit dem Leben und Schicksal von Sinti und Roma, die zumeist ab 1944 in das Konzentrationslager Bergen-Belsen deportiert wurden und das für die Mehrzahl unter ihnen die letzte Station einer häufig mehrjährigen Verfolgung darstellte. Ferner standen Kontinuitäten der Diskriminierung nach 1945 im Vordergrund, die auf das Engste mit behördlichem (Nicht-) Handeln verwoben sind – hierbei spielten vor allem der Kampf um Entschädigungsleistungen der Opfer sowie die Forderung, die Verbrechen juristisch aufzuarbeiten und die Täter\_innen zur Verantwortung zu ziehen, eine zentrale Rolle. Nicht zuletzt wurde auch die Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung als positives Beispiel im Kampf um Anerkennung gegenüber staatlichen Institutionen ausführlich thematisiert.



Im nächsten Schritt arbeiteten die Teilnehmenden anhand konkreter Fallbeispiele heraus, wie insbesondere öffentliche Einrichtungen Sinti und Roma gegenwärtig diskriminieren und ausgrenzen. Aufschlussreich waren hierbei unter anderem rassistische und diskriminierende Vorfälle von Berliner Behörden gegen zugewanderte Menschen mit selbst- oder zugeschriebenem Roma-Hintergrund, die Andrea Wierich von dem Verein Amaro Foro vorstellte. Unter den Fallbeispielen sind solche wie der einer serbischen Familie, die einen Antrag auf Leistungen nach dem SGB II stellen wollte und daraufhin von der Sachbearbeiterin antiziganistisch beleidigt sowie von der Security aus dem Amt gewiesen wurde. Oder der Fall einer unrechtmäßigen Ablehnung eines Kindergeldantrags und der anschließende Widerspruch, der monatelang nicht durch die Verwaltung bearbeitet wurde. Die Auswirkungen dieser Vorfälle für die Betroffenen seien massiv. So würden nicht wenige aus der Not heraus „schwarz“ fahren, betteln oder obdachlos werden.

Zu der Frage, welche Problemlagen in Behörden bestehen und warum Ermes-

sensspielräume in Verwaltungen im Sinne einer menschenrechtsorientierten inklusiven Kultur nicht genutzt würden, erarbeiteten die Teilnehmenden verschiedene Antworten: So sei bei nicht wenigen Amtspersonen ein Mangel an Selbstreflexion zu beobachten, wobei zwischen bewusstem und unbewusstem Diskriminieren unterschieden werden müsse. Allerdings müssten auch die begrenzte Zeit für die Fallbearbeitung und der permanente Druck, Rechtssicherheit garantieren zu müssen, bei der Kritik berücksichtigt werden. Nicht zuletzt fehle es an einem effizienten Beschwerdemanagement in den meisten Behörden. Außerdem gebe es eine deutliche Spannung zwischen Handlungsspielräumen einerseits und übergeordneten Vorgaben andererseits. Bestimmte Gesetze, wie etwa die Erklärung der Westbalkanländer zu sicheren Herkunftsstaaten im Jahr 2014, beförderten demnach antiziganistische Tendenzen und Diskriminierung. Nichtsdestotrotz müssten Beispiele von gutem Verwaltungshandeln stärker als bisher herausgestellt werden, um voneinander zu lernen. Außerdem müsse der Austausch zwischen Verwaltungen und Selbstorganisationen durch

Akteure wie das Projekt KogA weiter gefördert werden.

Mit dem Bildungsprogramm qualifizieren sich die Teilnehmenden zu „Multiplikator\_innen für ein antiziganismuskritisches Bildungs-, Beratungs- und Verwaltungshandeln“. Neben der inhaltlichen und methodischen Weiterbildung sollten die Teilnehmenden am Ende des Programms auch eine Eigenleistung erbringen und die behandelten Themen, Ansätze und Fragestellungen in die eigene Praxis übertragen, indem sie eine Bildungs-, Beratungs- oder Informationseinheit konzipieren, umsetzen und professionell reflektieren. Im Rahmen des letzten Seminars des Bildungsprogramms stellten die Teilnehmenden einander ihre Konzepte vor, so beispielsweise einen „Workshop Antiziganismus für SGB II Integrationsfachkräfte und ‚Mobiles Coaching‘“, einen Fachtag Roma und Sinti oder eine Schulung zum Thema Zuwanderung aus Bulgarien/Rumänien mit dem Fokus auf Verwaltungshandeln im Spannungsfeld von Antiziganismus und Freizügigkeit.

Die Teilnehmenden des Bildungsprogramms diskutieren zum Thema „Antiziganismus als systemisches Unrecht“.  
• Marion Seibel



66 Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten startete am 1. Juni 2015 das im Bundesprogramm Demokratie leben! geförderte Modellprojekt „Kompetent gegen Antiziganismus / Antiromaismus (KogA) – in Geschichte und Gegenwart“. Das Projekt hat zum Ziel, Multiplikator\_innen und Vertreter\_innen verschiedener Berufsgruppen für historische und gegenwärtige Formen von Antiziganismus zu sensibilisieren und Handlungskompetenzen gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma zu vermitteln.

Im Rahmen des mehrteiligen Bildungsprogramms „Kompetent gegen Diskriminierung von Sinti und Roma“ qualifiziert KogA in den Jahren 2016 bis 2019 Multiplikator\_innen und Vertreter\_innen verschiedener Berufsfelder. 2018 wird sich das Programm vorrangig an Mitarbeiter\_innen und Multiplikator\_innen (Führungskräfte, Teamleiter\_innen, Personalentwicklung / Fortbildung ...) aus den Bereichen Polizei, Justiz, Justizvollzug, Rechtsberatung, Kommunale Behörden und Einrichtungen, Staatliche Institutionen und öffentliche Verwaltung richten.

Erfreulicherweise konnten die Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma

weiterentwickelt und neue Kontakte, beispielsweise zum Verband deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e.V., aufgebaut werden. Zusätzlich zu dem Bildungsprogramm führte das Projekt auch 2017 verschiedene Seminare und Workshops im gesamten Bundesgebiet durch. Außerdem ist die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten über das Projekt KogA zwischen Dezember 2017 und März 2018 federführend an der Durchführung der Veranstaltungsreihe „75 Jahre Auschwitz-Erlass. Kontinuitäten des Rassismus gegen Sinti und Roma“ in Kooperation mit der Rosa Luxemburg-Stiftung Niedersachsen sowie weiteren Partnern in der Region Hannover und Celle beteiligt. Weitere ausführliche Informationen zum Projekt KogA und den Aktivitäten finden Sie unter: [www.geschichte-bewusst-sein.de/koga](http://www.geschichte-bewusst-sein.de/koga).

Workshop von Manja Schuecker-Weiss und Boris Erchenbrecher (Niedersächsische Beratungsstelle für Sinti und Roma) zum Thema „Präventive Beratung für Betroffene / Behörden im Kontext von Schule – Ausbildung – Arbeit“ • Marion Seibel

Vortrag von Manja Schuecker-Weiss und Boris Erchenbrecher (Niedersächsische Beratungsstelle für Sinti und Roma) zum Thema „Good Practices und Gelingensfaktoren der Beratung und Begleitung durch Selbstorganisationen bei Behörden und Verwaltungen“ • Marion Seibel

Themenspezifischer Rundgang zum Thema Sinti und Roma in der Gedenkstätte Bergen-Belsen • Marion Seibel



# Interdisziplinäre Tagung „Lernen mit Sachquellen in Gedenkstätten und Museen“

Juliane Hummel



68 In der Vermittlungsarbeit von Gedenkstätten und historischen Museen wird Sachquellen wie etwa Gegenständen oder historischen Gebäuden eine besondere Rolle zugeschrieben. Sie sollen im Gegensatz zu Text-, Bild- oder Tonquellen besondere Eigenschaften besitzen, zum Beispiel eine „emotionale auratische Ausstrahlung“, und ihre „Authentizität“ soll gleichsam als Beweisstück für die „Echtheit“ der historischen Ereignisse stehen, die es zu vermitteln gilt. Aber können solche Überlieferungen tatsächlich den Prozess der Geschichtsaneignung unterstützen? Worin bestehen die besonderen Möglichkeiten und wo liegen die Grenzen der Vermittlung? Und wie werden Sachquellen in Museen eingesetzt und wie in Gedenkstätten?

Diese Fragen waren Grund genug, das Thema in den Fokus einer bundesweiten Tagung zu rücken, die die Stiftung in Kooperation mit der Bundesakademie für kulturelle Bildung (Wolfenbüttel) und der Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien e.V. (Berlin) vom 20. bis 22. November im Veranstaltungszentrum „CD-Kaserne“ in Celle ausrichtete. Für die Finanzierung konnten Mittel der Beauftragten der Bundesregierung für

Kultur und Medien gewonnen werden. Die Tagung richtete sich fächerübergreifend sowohl an Praktiker\_innen aus dem Museums- und Gedenkstättenbereich wie auch an Vertreter\_innen der universitären Geschichts- und Museumsdidaktik. Die Zusammenstellung des Programms basierte auf einem „Call for Papers“, auf das die Stiftung sehr große Resonanz bekam. Aus den zahlreichen Einsendungen mit Vorschlägen für Referate konnten vier Vortragspanels herauskristallisiert werden, die sich von der Darstellung der Vielfalt der Sachquellen über Konzepte ihrer Einbindung in Ausstellungen, beispielhafte Möglichkeiten ihres Einsatzes in der Vermittlungsarbeit bis hin zur Wirkung von Sachquellen erstreckten.

In den regen Diskussionen der über hundert Teilnehmenden standen vor allem folgende Punkte im Fokus: Sachquellen bieten für Gedenkstätten- und Museumsbesucher\_innen eine gute Möglichkeit, sich mit einem historischen Thema in Beziehung zu setzen und zu Erkenntnissen zu gelangen. Eine emotionale Wirkung scheint aber nicht spezifisch für diese Quellengattung zu sein, sondern diese hängt eher vom thematischen Kontext oder auch von den Rezi-

pient\_innen selbst ab. In Ausstellungen von Gedenkstätten liegt der Fokus bisher zu stark auf der Vermittlung von Sachinformationen und Objekte würden eher peripher eingebunden. So könnten aber ähnlich wie in Museen zum Beispiel mehr Arrangements und Kombinationen mit anderen Quellen gewagt oder auch die aktive Auseinandersetzung der Besucher\_innen mittels eigener Inszenierungen angeboten werden. Dagegen gelte es aber auch, Museen in ihrer möglichen Rolle als Orte politischer Bildung zu stärken. Dabei könnten beide Einrichtungen an- und miteinander wachsen.

Auch wenn das Programm dicht gedrängt und das Spektrum der Themen und beispielhaft vorgestellten Sachquellen zu breit angelegt war, fiel die Resonanz auf die Veranstaltung positiv aus. Nicht zuletzt konnte ein Austausch zwischen den verschiedenen Institutionen des außerschulischen historischen Lernens gewinnbringend gefördert werden. Seitens vieler Teilnehmender bestand der Wunsch, die Diskussion zwischen Gedenkstätten und Museen weiterzuführen. Bislang sei hier interdisziplinäres und Synergien nutzendes Arbeiten noch eine Ausnahme.



Unter dem Hashtag #Sachquellen2017 sind vielfältige Eindrücke der Teilnehmenden auf Twitter dokumentiert. Presseberichte über die Tagung erschienen in der Neuen Osnabrücker Zeitung, der Celleschen Zeitung und der Märkischen Oderzeitung sowie als Beitrag im Themendienst Schule | Wissen | Bildung des Klett-Verlags.

Ende Januar 2018 erschien im Magazin der Online-Plattform "Lernen aus der Geschichte" eine Dokumentation der Tagung mit ausgewählten Beiträgen (<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/Magazin/13872>).

Das detaillierte Programm der Tagung findet sich unter <http://geschichte-bewusst-sein.de/lernen-mit-sachquellen-in-gedenkstaetten-und-museen/>

Vortrag von Prof. Andrea Becher, Universität Paderborn, und Victoria Evers, Dokumentationsstätte Stalag 326 (VI K) Senne • Katrin Unger

Bodenvitrine mit Fundstücken vom Lagegelände in der Dauerausstellung der Gedenkstätte Bergen-Belsen • Jesco Denzel

Diskussion mit (v. l.) Christian Wolpers, Stephanie Billib und Klaus Tätzler über Sachquellen in der Sammlung der Gedenkstätte Bergen-Belsen und die Tablet-App • Juliane Hummel

# Die neugestaltete Website und die digitale Präsenz der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Jens Binner

70 Längst findet die Arbeit der Gedenkstätten auch im digitalen Raum breite Resonanz. Die Erwartungen sind dabei sehr unterschiedlich: Einzelbesucher\_innen suchen vorrangig praktische Angaben wie Öffnungszeiten oder Anfahrtswege, Schulgruppen brauchen vertiefende Informationen, um ihren Besuch vorzubereiten, Interessierte möchten etwas über künftige Veranstaltungen wissen, Überlebende und Angehörige benötigen Kontakt zum Archiv oder dem Namensverzeichnis. Aus diesen unterschiedlichen Anforderungen heraus ist für die Gedenkstätten die Website heutzutage die „Visitenkarte“, über die oft der erste entscheidende Eindruck vermittelt wird.

Die Website der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten [www.stiftung-ng.de](http://www.stiftung-ng.de) wurde regelmäßig überarbeitet, erreichte jedoch zunehmend den Punkt, an dem nur eine grundlegende Neugestaltung den Ansprüchen der verschiedenen Nutzergruppen gerecht werden konnte. Vor allem auf den Trend zur verstärkten Nutzung digitaler Ressourcen auf mobilen Endgeräten musste reagiert werden. Gleichzeitig bot ein umfassender Relaunch die Chance, zeitgemäße Änderungen in der Selbstdarstellung der Stiftung umzusetzen.

So wurden Klarheit und Transparenz zu Leitbegriffen bei der Neugestaltung der Website. In Zusammenarbeit mit der Agentur BOROS aus Wuppertal wurde ein komplett neues Design entwickelt. Dieses Design ist vollständig responsiv angelegt, so dass die Website auf einem Computerbildschirm genauso bequem betrachtet werden kann wie auf einem Smartphone. Die grundlegende Orientierung wird dadurch erleichtert, dass den vier Bereichen der Stiftung je eine Farbe zugewiesen ist. Somit ist intuitiv erfassbar, ob man sich auf den Unterseiten der Gedenkstätte Bergen-Belsen, der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, der Gedenkstättenförderung Niedersachsen oder der allgemeinen Seite der Stiftung befindet. Die vier jeweiligen Einstiegsseiten sind als Portalseiten gestaltet, bei denen spezifische aktuelle Mitteilungen am Seitenanfang in einem Slider präsentiert werden. Außerdem wird neben der Navigation über die Menüpunkte ein direkter Zugriff auf besonders nachgefragte Bereiche oder Themen angeboten. So gelangt man etwa im Bereich der Gedenkstättenförderung Niedersachsen direkt zur Datenbank mit den Arbeitskommandos der sowjetischen Kriegsgefangenen.

Die Navigation in den vier Bereichen ist weitgehend gleich aufgebaut und trennt allgemeine Informationen, Hinweise für Besucher\_innen, Darstellungen zur Geschichte des Ortes, Beschreibungen der Bildungsarbeit sowie Hinweise zu Forschung und Dokumentation. Dazu kommt der zentrale Navigationspunkt „Aktuell“, unter dem Veranstaltungen und Neuigkeiten zu finden sind. Dabei werden immer alle Veranstaltungen der Stiftung übersichtlich chronologisch mit den wichtigsten Informationen angezeigt, wobei die Hervorhebung in der Farbe des jeweiligen Bereiches eine schnelle Zuordnung gewährleistet. Per Mausklick klappen detaillierte Beschreibungen der Veranstaltung auf, ohne dass man die Seite verlassen muss.

Alle Texte der durchgängig deutsch und englisch gestalteten Website wurden überarbeitet und heutigen Nutzergewohnheiten angepasst. So erhöht etwa die starke Gliederung durch Zwischenüberschriften besonders auf mobilen Endgeräten die Lesbarkeit. Die stärkere Verwendung von Fotos und grafischen Elementen reagiert auf die Dominanz der visuellen Orientierung im Internet. Das bedeutet jedoch nicht automatisch,



dass alle Texte kürzer geworden sind. In einigen Bereichen, etwa zur Geschichte der verschiedenen Lager in Bergen-Belsen, erwartet der/die Nutzer\_in geradezu ausführliche Informationen und weicht auf weniger verlässliche Quellen aus, wenn sie nicht zur Verfügung gestellt werden.

Transparenter ist jetzt auch die Vorstellung der Mitarbeiter\_innen. Durch die Beschreibung der jeweiligen Zuständigkeit und die Angabe der Kontaktdaten sollen Umwege und Verzögerungen bei der Kommunikation minimiert werden. Ein neues Element bildet der Webshop. Dort werden alle Publikationen der Stiftung ausführlich vorgestellt. Ein bequemes Nutzerformular erlaubt die Online-Bestellung und bietet die heute üblichen Bezahlungsmöglichkeiten an.

Über die neue Website sind auch alle weiteren Online-Aktivitäten der Stiftung zugänglich, die beständig ausgebaut werden. Dazu gehören zum einen spezielle Websites und Blogs, wie sie etwa für die International Summer School der Gedenkstätte Bergen-Belsen oder die Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel existieren. Besonders wichtig ist die Verknüpfung mit dem Bildungsportal

geschichte-bewusst-sein.de, das eine auf Bildungsaktivitäten fokussierte Ergänzung der Website darstellt. Das Projekt „KogA – Kompetent gegen Antiziganismus“ etwa hat den Schwerpunkt seiner Webpräsenz auf dem Bildungsportal eingerichtet und bietet auf der Website der Stiftung dementsprechend vorrangig verlinkte Basisinformationen. Darüber hinaus bietet die Website Zugang zu den Social-Media-Aktivitäten der Stiftung, die momentan die Nutzung der Kanäle Facebook, Twitter und Instagram umfassen.

Die neue Website der Stiftung soll auf die Nutzer\_innen freundlich und zugewandt wirken. Sie soll das Interesse daran wecken, sich mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen zu beschäftigen. Eine zentrale Grundlage der Gedenkstättenarbeit ist, dass aus der Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur allgemeingültige Lehren für die Sicherung einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft gezogen werden können. Das zeitgemäße Design der Website vermittelt dabei auf affektive Weise diesen Gegenwartsbezug der vielfältigen Aktivitäten der Gedenkstätten und zeigt die Bedeutung der anfangs

angesprochenen Funktion der Website als „Visitenkarte“ auf. Gerade bei jungen Menschen festigt sich schnell der erste Eindruck: Geht es hier um etwas Gestriges, das nur dem historisch Interessierten etwas bietet – oder werden hier Themen behandelt, die auch mein Leben in Gegenwart und Zukunft betreffen?

71

# Vermittlung, Bildung und Pädagogik in der Arbeit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Katrin Unger, Christian Wolpers



## 72 Zusammenarbeit mit Schulen

2017 fanden vielfältige Begegnungen und Kooperationen zwischen den Bildungsabteilungen niedersächsischer Gedenkstätten mit Lehrer\_innen aus Niedersachsen und anderen (Bundes-) Ländern statt. Der professionelle Austausch soll dazu führen, die notwendige Zusammenarbeit auf ein Level zu heben, das sowohl dem Informationsbedarf der in der Schule Unterrichtenden wie auch den Vermittlungsansprüchen der Gedenkstättenpädagog\_innen gerecht wird. In der Gedenkstätte Bergen-Belsen finden seit vielen Jahren themenspezifische Fortbildungen für Lehrer\_innen statt, bei denen die Möglichkeiten der Arbeit mit Schüler\_innen in der Gedenkstätte vorgestellt werden, oder es wird z.B. inhaltlich auf Zentralabitursthemata in SEK II Bezug genommen, um diese mit der Geschichte des historischen Ortes zu kontextualisieren. Die Angebote werden interessiert nachgefragt, und die Gedenkstätten haben sich in den vergangenen Jahren zu einem immer wichtigeren Stein im Mosaik der Geschichtsvermittlung im Land Niedersachsen entwickelt. Das liegt zum einen an der

gestiegenen Professionalität der Gedenkstättenarbeit, aber auch an der Schärfung des eigenen Profils, das in der Aufgabe der Zusammenarbeit mit Schulen einen wichtigen Aspekt sieht, darüber hinaus aber auch einen umfassenderen Informations- und Bildungsauftrag für alle Besucher\_innen berücksichtigt. Gedenkstätten arbeiten mit Schulen zusammen, sind jedoch selbst keine Schulen oder schulische Außenstellen am historischen Ort. Eigene methodische Zugänge zu Themen wie auch die Möglichkeit, den historischen Ort oder die historischen Orte mit ihren komplexen Vergangenheiten in Lernbezüge einzubetten, stellen deutliche Unterschiede zu schulischem Lernen dar. Entscheidende Grundsätze der Gedenkstättenarbeit und -pädagogik sind dabei die Selbstbestimmung der Besucher\_innen sowie das Handeln entsprechend dem „Beutelsbacher Konsens“: Besucher\_innen werden nicht durch die Präsentation und Vermittlung der Orts- und Rahmengeschichte des NS überwältigt. Was in der historischen Forschung (und in der Politik) kontrovers diskutiert wird, wird auch in der Vermittlungsarbeit entsprechend kontrovers dargestellt, wobei

das Bildungsziel stets ist, die historisch-politische Situation zu analysieren und ihre Bedeutung für das eigene Selbst zu erfassen.

Kooperation mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem

Im Oktober 2017 fand die zweite Lehrer\_innenfortbildung in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium und dem Niedersächsischen Landesamt für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) statt. Diese Veranstaltung bietet durch die intensive Vorbereitung (zweitägiges Seminar in der Gedenkstätte Bergen-Belsen) und Nachbereitung (zweitägiges Nachbereitungsseminar – diesmal in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Augustaschacht) sowie mit der Fortbildung in Israel eine einmalige Möglichkeit, mit Lehrer\_innen zu Fragen des Bedarfs an Zusammenarbeit zum Themenschwerpunkt Erinnerungskultur zur Geschichte von Entrechtung, Verfolgung, Ermordung, aber auch zum Widerstand im Nationalsozialismus intensiv ins Gespräch zu kommen. Nachdem 2016 in erster Linie Lehrer\_innen in ausgewiesenen Multiplikator\_innenfunktionen

Kennenlernen der Altstadt von Jerusalem mit Guide Uriel Kashi (Mitte) • Katrin Unger

Ein Besuch in der staatlichen Mädchenschule Mariam Al Adra in Bethlehem gibt einen Einblick in den Deutschunterricht von Haifa Awwad. • Katrin Unger

Autor Michel Kichka (rechts) spricht in seinem Vortrag über „Things I Never Told My Father“ und stellt seine Graphic Novel über den Umgang der zweiten Generation mit den Erlebnissen im Nationalsozialismus vor. Anna Stocker von der Gedenkstätte Yad VaShem moderiert das Gespräch • Katrin Unger

Teilnehmende der Fortbildung informieren sich über Einsatzmöglichkeiten der Bildungsmaterialien in der Gedenkstätte Yad Vashem, International School for Holocaust Studies in Jerusalem • Katrin Unger



wie Fachleiter\_innen oder Fachberater\_innen sowie an Gedenkstätten abgeordnete Lehrkräfte teilgenommen hatten, gehörten diesmal nur wenige Multiplikator\_innen zur Gruppe. Die dadurch bedingte stärkere Konzentration auf die Frage nach direkter Umsatzbarkeit von thematischen Inhalten in den eigenen Unterricht förderte einerseits sehr pragmatische Diskussionen und Gespräche, behinderte andererseits jedoch mitunter einen Blick über den eigenen Klassenraum oder die eigene Schule hinaus. Generelle Fragen der Zusammenarbeit von Gedenkstätten und Schule konnten somit weder mit Blick auf Bergen-Belsen als zentraler Gedenkstätte des Landes Niedersachsen, auf die institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Yad Vashem, noch auf die Spezifik und Funktion einer regionalen Gedenkstätte wie der Gedenkstätte Augustaschacht entwickelt werden.

Die geplante Arbeitsgruppe aus Teilnehmenden der Fortbildungen 2016 und 2017, die Möglichkeiten zur Intensivierung der Kooperation von Schulen und Gedenkstätten erörtern und konzeptionell erarbeiten wollte, konnte sich 2017 leider noch nicht konstituieren. In Zu-

sammenarbeit mit dem Kultusministerium ist dies jedoch für das erste Quartal 2018 vorgesehen.

Die Kooperation mit der Gedenkstätte Yad Vashem wurde in den beiden vergangenen Jahren durch die Lehrer\_innenfortbildungen in Israel belebt und in diesjährigen Gesprächen wurden weitere Fortbildungen und Austausche von Gedenkstättenpersonal aus Deutschland und Israel anvisiert. Die Vielfalt der Gedenkstätten in Niedersachsen mit ihren historischen Bezügen zu unterschiedlichen Aspekten des nationalsozialistischen Verbrechenskomplexes bietet einen wichtigen Anknüpfungspunkt, der auch in den Planungen der weiteren Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Beit Lohamei HaGetaot eine Rolle spielen wird.

2017 wurde zudem ein weiterer Kontakt mit einem Besuch des Kibbutz Givat Haviva und der dortigen Bildungsabteilung geknüpft. In Givat Haviva wird ähnlich zum Bildungsansatz in Lohamei HaGetaot der Versuch unternommen, humanistisch orientierte Bildungsarbeit als jüdisch-arabischen Dialog zu verstehen und entsprechend zu führen.

Bildungs- und Informationswebsite Geschichte.Bewusst.Sein (<http://geschichte-bewusst-sein.de>)

Die seit Januar 2015 betriebene Website wurde auch im abgelaufenen Jahr weiterentwickelt. Vermehrt werden Veranstaltungshinweise eingestellt und abgerufen. Mit der Online-Ausstellung „Deportationen aus Norddeutschland“ wurde bereits 2015 ein Format geschaffen, mit dem über den biografischen Ansatz Entrechtungs-, Verfolgungs- und Deportationsschicksale von verfolgten Juden aus unterschiedlichen Regionen des Bundeslandes sichtbar gemacht wurden. Dieses Informationsformat fand Ende 2016 mit der Darstellung der Deportation von Sinti und Roma eine Fortsetzung.

Die in der Online-Ausstellung verwendeten Materialien und Informationen können für Unterrichtszwecke verwendet werden wie auch die 2016 eingestellten Bildungsmaterialien zur Verfolgung von Sinti und Roma (in Modulform zum Download).



# Gedenkstätte Bergen-Belsen

# Gedenkstätte Bergen-Belsen

Thomas Rahe, Katrin Unger, Jens-Christian Wagner

76 Die Stadt Bergen hat 2016/17 in enger Kooperation mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen das Projekt einer Internationalen Begegnungsstätte Bergen (IBB) entwickelt. Dafür wollte der Bund 3,62 Mio. EUR Fördermittel bereitstellen; die Stadt Bergen sollte einen Eigenanteil von 1,8 Mio. EUR tragen. Die IBB sollte Übernachtungs- und Betreuungskapazitäten u.a. für die Gruppen bereitstellen, die Bildungsformate im geplanten Bildungszentrum der Gedenkstätte in der Kaserne Bergen-Hohne in Anspruch nehmen. Die Förderurkunde für das Projekt wurde Bürgermeister Prokop und Geschäftsführer Wagner im Juni 2017 von Bundesbauministerin Hendricks übergeben.

Eigentlich sollte im Herbst 2017 ein internationaler Ideen- und Realisierungswettbewerb ausgeschrieben werden. Der Baubeginn war für 2019 geplant. Aus diesen Planungen wird nun nichts, denn der Stadtrat von Bergen hat im November entschieden, die Fördermittel des Bundes nicht abzurufen und auf das Projekt zu verzichten. Als Begründung wird angegeben, die finanzschwache Kommune müsse sich auf andere Schwerpunkte konzentrieren. Für die Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit in

Bergen-Belsen ist das vorläufige Aus für das Projekt ein herber Rückschlag. Sowohl für die Gedenkstätte als auch für die Stadt Bergen hätte das Projekt Strahlkraft weit über Niedersachsen hinaus gehabt. Die Gedenkstätte ist nun im Gespräch mit zwei anderen Bildungszentren in der Region über den Ausbau der Kooperation. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit mit dem Anne-Frank-Haus in Oldau fortgesetzt.

Ungeachtet des Stopps für die IBB gehen die Vorbereitungen für die Übernahme eines Gebäudes samt umgebendem Areal in der Kaserne Bergen-Hohne, die im Sommer 2017 in „Niedersachsen-Kaserne“ umbenannt wurde, weiter. Derzeit liegt ein Kooperationsvertrag samt Antrag der Stiftung auf Kostenübernahme durch die Bundeswehr für den Bau eines Zaunes und auf Erlass der Mietkosten beim Bundesministerium für Verteidigung. Geplant ist, in der ersten Jahreshälfte 2018 mit der Nutzung des Gebäudes zu beginnen. Nach 2021 soll es umfangreich zum Bildungszentrum ausgebaut werden. Das Gebäude MB 89 war im April 1945 Teil des KZ-Kasernenlagers und anschließend bis 1950 Unterkunft im DP-Camp. Es liegt in der Nähe

der beiden Friedhöfe innerhalb der Kaserne und ist vom ehemaligen Lagereingang zum KZ Bergen-Belsen nur etwa 1000 Meter entfernt.

Mit zwei Wanderausstellungen war die Gedenkstätte 2017 in Norddeutschland präsent. Die Ausstellung „Zwischen Harz und Heide. Todesmärsche und Räumungstransporte im April 1945“ wurde 2017 in der Volkshochschule Hannover und in der Gedenkstätte Lager Sandbostel präsentiert. Neu ist die Wanderausstellung „Roter Winkel. Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen“, die zum 72. Jahrestag der Lagerbefreiung im April in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eröffnet und seither in den KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora und Braunschweig-Schillstraße gezeigt wurde. Beide Ausstellungen trafen auf große Besucherresonanz.

Einen Schwerpunkt der Arbeit der Gedenkstätte Bergen-Belsen im Jahr 2017 bildete im Bereich Forschung und Dokumentation – in enger Kooperation mit der Bildungsabteilung – die Vorbereitung einer Wanderausstellung mit dem Titel „Kinder im KZ Bergen-Belsen“, die am 15. April 2018 in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eröffnet werden soll. Die Ausstellung wird die Geschichte der ins-

gesamt etwa 3500 Kinder unter 15 Jahren, die im KZ Bergen-Belsen inhaftiert waren, als ein besonderes Merkmal der Geschichte Bergen-Belsens einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Zugleich sollen am Fallbeispiel des KZ Bergen-Belsen die spezifischen Lebenssituationen, Schicksale und Verhaltensformen der Kinder in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern insgesamt exemplarisch dargestellt werden. Parallel zur Wanderausstellung wurden in enger Kooperation mit der Bildungsabteilung pädagogische Begleitmaterialien erarbeitet, um die Einbeziehung dieser Thematik auch im schulischen Unterricht zu fördern.

Durch die intensive Arbeit an dieser Ausstellung konnten im vergangenen Jahr nur zwei lebensgeschichtliche Videointerviews geführt werden. Das erste Interview wurde mit der niederländisch-jüdischen Überlebenden Mieke van Crevel-Zeehandelaar geführt, die 1936 in Amsterdam geboren wurde. Schwerpunkt waren hier die Folgen der durch die KZ-Haft als Kind erlittenen Traumatisierung. Das zweite Interview konnte mit Katalin Lőrinc geführt werden, einer Tochter der Ungarin Zsuzsa Merényi. Deren im KZ Bergen-Belsen gezeichnetes Tagebuch zählt zu den bemerkenswertesten Bildzeugnissen, die aus Bergen-Belsen überliefert sind. Für die geplante kommentierte Edition dieses Bildertagebuchs erbrachte das Interview wichtige Informationen zur Familiengeschichte nach 1945.

Die Sammlungstätigkeit der Gedenkstätte Bergen-Belsen fand ihre Fortsetzung durch gezielte Recherchen seitens der Gedenkstätte, Schenkungen durch Privatpersonen und Ankäufe bei Antiquariaten. Mit dem gemeinsamen Erwerb des Nachlasses von Rabbiner Salomo Baumgarten durch die Leibniz Bibliothek Hannover und die Gedenkstätte Bergen-Belsen konnte erstmals eine umfassende Dokumentensammlung zur Geschichte des jüdischen DP-Camps Bergen-Belsen im Original erworben werden. Dies ist umso erfreulicher, als der Gedenkstätte Bergen-Belsen erst seit dem Jahr 2000 Ressourcen für den Aufbau einer Sammlung zum DP-Camp zur Verfügung stehen, die daher weniger weit entwickelt ist als die Sammlung zur Geschichte des Konzentrationslagers Bergen-Belsen.

Nach langer Vakanz konnte 2017 mit der Historikerin Katja Seybold die Kuratorinnenstelle zur Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen besetzt werden. Damit sind nun die personellen Voraussetzungen gegeben, dieser The-

matik kontinuierlich den ihrer historischen Bedeutung entsprechenden Stellenwert in der Arbeit der Gedenkstätte Bergen-Belsen einzuräumen. In diesen Aufgabenbereich fällt auch der seit 2016 unter Federführung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten existierende Runde Tisch zum Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten, an dem verschiedene staatliche Einrichtungen und gesellschaftliche Initiativen beteiligt sind. Ziel ist die Erstellung eines Masterplans zur künftigen Gestaltung des Friedhofs sowie die Erarbeitung eines Totenbuchs und einer Gräberliste. Im Rahmen dieser Neugestaltung wird zudem ein Konzept für den Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten als Lernort entwickelt. Dieses umfasst neben einem Besucherleitsystem am Ort selbst ebenso Veranstaltungsformate und Konzepte, die das Thema Kriegsgefangenschaft in den Mittelpunkt rücken, um Besucher\_innen auf die Bedeutsamkeit aufmerksam zu machen.

2017 konnten die freien und festen Mitarbeitenden der Abteilung Bildung und Begegnung in mehr als 1200 Führungen und Studientagen Gruppen und interessierte Einzelbesucher\_innen begleiten. Hinzu kamen Seminare und Workshops sowie internationale Jugendbegegnungsprojekte. Ein besonderes Augenmerk lag in der Ausweitung des Angebotes für Multiplikator\_innen. Hier sind zahlreiche Fortbildungen, Infotage und Workshops für Lehrkräfte aller Fächer und Schulformen, Studienseminare und Multiplikator\_innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung neu entwickelt und durchgeführt worden. Erstmals gestaltete die Gedenkstätte Infotage für Schulleitungen aller Schulformen, um zum inhaltlichen Austausch einzuladen und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Gedenkstätte zu stärken. In vielen Veranstaltungen ist deutlich geworden, dass der Austausch über die methodischen und didaktischen Herangehensweisen in der historisch-politischen Bildungsarbeit der Gedenkstätte sinnvoll ist. Ebenso ist es hilfreich, weitergehende Bedarfe und mögliche thematische Anknüpfungen für die Teilnehmenden im Rahmen einer Vor- und Nachbereitung zu kennen.

Durch diese Fortbildungsangebote konnte sich die Kooperation mit der Fliegerfachschole Faßberg intensivieren. Im Herbst 2017 wurden drei dreitägige Seminare durchgeführt, in denen es unter anderem um die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers und Fragen der Strafverfolgung nach 1945 ging. Es ist ge-

plant, die Seminarangebote zu verstetigen und zu erweitern.

Mit dem nahenden Ende der Zeitzeuginnenschaft und dem wachsenden zeitlichen Abstand zu den Ereignissen der Jahre 1933 bis 1945 wird in der Öffentlichkeit regelmäßig die Frage nach der Zukunft der Erinnerung und den historischen Orten gestellt. Die Bildungsarbeit in der Gedenkstätte Bergen-Belsen möchte Prozesse der Auseinandersetzung und Aufklärung anstoßen. Eigene Standpunkte zu finden und fundierte Haltungen auszubilden, soll ermöglicht werden. Das Bildungsziel ist und bleibt – fernab moralisierender Erwartungen – ein ethisch fundiertes kritisches Geschichtsbewusstsein ausgehend von historischem Urteilsvermögen.

# Wanderausstellung „Roter Winkel. Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen“

Jens-Christian Wagner



78 Im öffentlichen Bewusstsein sind sie kaum noch präsent – Zehntausende Männer und Frauen, die zwischen 1943 und 1945 als politische Gefangene in das KZ Bergen-Belsen verschleppt wurden und von denen sehr viele dort starben. Sie stellten mehr als die Hälfte aller Häftlinge in Bergen-Belsen. Doch kaum jemand weiß noch, dass hier mindestens acht Reichstagsabgeordnete der Weimarer Republik starben, und außerhalb seiner Heimatstadt kennt kaum noch jemand den ehemaligen Braunschweiger Ministerpräsidenten Heinrich Jasper, der in den 1920er Jahren einer der profiliertesten NS-Gegner war und im Frühjahr 1945 in Bergen-Belsen starb – wie Tausende andere Widerstandskämpfer\_innen aus allen Teilen Europas, darunter ranghohe Kommandeure der französischen Résistance und der polnischen Heimatarmee sowie Mitglieder niederländischer und belgischer Vorkriegsregierungen.

Mehr als 70 Jahre nach Kriegsende droht das Vermächtnis des europaweiten Widerstandes gegen die Nationalsozialisten zu verblassen – Grund genug für Studierende der Leibniz Universität Hannover, zusammen mit der Gedenk-

stätte Bergen-Belsen diesem Thema eine Sonderausstellung zu widmen, die zum 72. Jahrestag der Lagerbefreiung am 23. April 2017 in der Gedenkstätte Bergen-Belsen in Anwesenheit mehrerer Überlebender des KZ Bergen-Belsen eröffnet wurde.

Anhand zahlreicher Dokumente und Fotos sowie exemplarischer Biographien vermittelt die Ausstellung einen umfassenden Eindruck von der Bandbreite der Häftlingsgruppe der politischen Gefangenen und ihrer Existenzbedingungen in Bergen-Belsen. Die meisten von ihnen kamen aus den von Deutschland besetzten Ländern, vor allem aus Polen, der Sowjetunion, Frankreich und Belgien. In Bergen-Belsen trafen sie auf Angehörige des deutschen Widerstandes, von denen viele schon seit 1933 in Haft waren. Sie alle trugen auf ihrer Häftlingskleidung den roten Winkel der politischen Gefangenen.

Die politischen Häftlinge hatten sehr unterschiedliche Vorstellungen. Dennoch trugen sie zusammen mit Millionen Menschen aus allen Ländern Europas dazu bei, dass der Nationalsozialismus besiegt und Europa befreit wurde. Wie unterschiedlich die Lebenswege politi-

scher Häftlinge im KZ Bergen-Belsen waren und wie groß die Bandbreite ihrer politischen Vorstellungen war, vermitteln exemplarische Biographien, die den Kern der Ausstellung bilden.

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht das KZ Bergen-Belsen. Doch ganz bewusst wird auch der europaweite Widerstand gegen die Nationalsozialisten dargestellt (wie auch die Kollaboration), und einen weiteren Schwerpunkt bildet die Nachkriegszeit – angefangen mit den sehr unterschiedlichen Wegen der Befreiten zurück in die Heimat und der Frage, ob und wie die ehemaligen Widerstandskämpfer in ihren Herkunftsländern gewürdigt wurden. Dass man sich auch aufgrund des Kalten Krieges damit gerade in Deutschland sehr schwer tat, vermittelt die Ausstellung u.a. mit einem vertiefenden Blick auf die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) in Ost und West.

Nach dem Krieg setzten sich die Überlebenden für ein friedliches, freies und demokratisches Europa ohne Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus ein – ein Ziel, das heute angesichts von Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und Abschottungspolitik in vielen Ländern



Europas mehr gefährdet ist denn je. Ziel der Ausstellung ist es deshalb neben der Würdigung des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten ausdrücklich, auch Fragen an die fragile Gegenwart im heutigen Europa zu stellen.

Zum Gelingen der Ausstellung haben vor allem die Studierenden des Historischen Seminars der Leibniz Universität beigetragen, die sich mit großem Engagement in die Thematik eingearbeitet und viele neue Quellen recherchiert haben. Unterstützung fanden sie bei Angehörigen ehemaliger Häftlinge des KZ Bergen-Belsen, die für die Ausstellung Fotos und Dokumente zur Verfügung stellten. Allen Beteiligten sei sehr herzlich für ihre Mitarbeit gedankt!

Ganz bewusst wurde die Ausstellung als Wanderausstellung konzipiert. Nach der Präsentation in der Gedenkstätte Bergen-Belsen wurde sie bereits in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora in Nordhausen und in der Gedenkstätte Schillstraße in Braunschweig gezeigt. Sie kann kostenfrei ausgeliehen werden (Leihnehmer müssen lediglich den Transport finanzieren). Die Ausstellung besteht aus 15 teils miteinander verbundenen Stelltafeln (je 1 m Breite und

1,80 m Höhe) sowie einer quadratischen Biographien-Steile (Seitenbreite 1 m, Höhe 1,80 m) und zwei Vitrinen. Benötigt wird externe Beleuchtung und eine Stellfläche von ca. 80 qm.

Interessierte, die die Ausstellung ausleihen möchten, wenden sich bitte an [veranstaltung.bergen-belsen@stiftung-ng.de](mailto:veranstaltung.bergen-belsen@stiftung-ng.de).

Zur Ausstellung ist eine Broschüre erschienen, die ihre wichtigsten Inhalte mit zahlreichen Fotos und Dokumenten dokumentiert und Hinweise auf weiterführende Literatur gibt:

Jens-Christian Wagner (Hg.), Roter Winkel. Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen. Begleitheft zur Ausstellung, Celle: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, 2017; 52 S., zahlr. Ill., ISBN 978-3-946991-00-7; EUR 5,00

## Ausstellung

# „Zwischen Ungewissheit und Zuversicht. Kunst, Kultur und Alltag polnischer Displaced Persons in Deutschland 1945–1955“

Thomas Rahe



80 Am Ende des Zweiten Weltkriegs befreiten die Alliierten in Deutschland etwa 8 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter, Zivilarbeiter und KZ-Häftlinge. In den westlichen Besatzungszonen galten sie fortan als „Displaced Persons“ (DPs), die zumeist in Sammellagern, den „DP-Camps“, untergebracht wurden. Sie sollten so schnell wie möglich in ihre Heimat repatriert werden. Mehr als 1 Million von ihnen waren Polen. Viele von ihnen verweigerten jedoch ihre Repatriierung, da der östliche Teil Polens an die Sowjetunion gefallen war und die kommunistische Regierung in Warschau ihre politischen Gegner verfolgte. So saßen viele polnische DPs auf Jahre hinaus in Lagern auf deutschem Boden fest. Trotz der schlechten materiellen Lebensbedingungen und der Ungewissheit über ihr weiteres Schicksal entwickelten sie zahlreiche Organisationen und ein vielfältiges Kulturleben.

„Zwischen Ungewissheit und Zuversicht. Kunst, Kultur und Alltag polnischer Displaced Persons in Deutschland 1945–1955“ – unter diesem Titel dokumentiert eine Sonderausstellung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe diesen wenig bekannten Teil deutsch-polnischer Ge-

schichte erstmals in Deutschland. Die Ausstellung mit Originalobjekten, Dokumenten, Fotos und Videointerviews wurde vom 1. September bis zum 19. November in der Gedenkstätte Bergen-Belsen gezeigt. Sie präsentiert neben Bild- und Textdokumenten zu Themenfeldern wie Repatriierung und Politik, sowie Kirche und Bildungswesen u. a. zahlreiche in Deutschland verlegte polnische Buchpublikationen, DP-Zeitungen und Karikaturen sowie Theater- und Konzertprogramme.

Für die in deutscher und polnischer Sprache produzierte Ausstellung war die Gedenkstätte Bergen-Belsen auch deshalb ein besonders geeigneter Präsentationsort, weil im DP-Camp Bergen-Belsen bis Mitte 1946 auch mehrere tausend polnische DPs lebten. Als Begleitprogramm wurde bei Rundgängen durch die Sonderausstellung und die Dauer- ausstellung der Gedenkstätte sowie über das Gelände des ehemaligen Lagers, die Geschichte polnischer Kriegsgefangener, KZ-Häftlinge und Displaced Persons thematisiert.

# Oskar Ansell und „Felices Bücherkoffer“

Thomas Rahe, Klaus Tätzler



Im März 2017 übergab der Schriftsteller Oskar Ansell der Gedenkstätte Bergen-Belsen einen alten Koffer mit rund 30 Büchern aus der Zeit vor 1945.

Den Hintergrund für die Auswahl der Titel und Ausgaben bildet die Lebensgeschichte von Felice Schragenheim, die durch das Buch und den Film „Aimee und Jaguar“ bekannt geworden ist. Wegen ihrer jüdischen Herkunft war Felice Schragenheim durch die NS-Verfolgung bedroht und versuchte noch, in die USA oder nach England auszuwandern. Für das Gepäck, das sie dabei mitnehmen wollte, musste sie eine detaillierte Aufstellung bei den Behörden einreichen. Darin findet sich auch eine Liste der Bücher aus ihrem Besitz, die sie mitnehmen wollte.

Oskar Ansell ist es gelungen, die auf dieser Liste genannten Bücher antiquarisch zu sammeln – fast durchweg dieselben Ausgaben, die auch Felice Schragenheim besessen und gelesen hat. In den vergangenen zwanzig Jahren hat er in mehr als hundert „Lesungen aus dem Koffer“ diese Bücher und ihre Autoren vorgestellt. So erhielt das Publikum einen Eindruck von Felice Schragenheims Persönlichkeit, ihren Interessen, ihrem Temperament und ihren Träumen.

Felice hat nicht überlebt: Im September 1944 wurde sie von Berlin aus in die Konzentrationslager Theresienstadt, Auschwitz und Gross-Rosen deportiert. Von hier aus wurde sie mit einem Todesmarsch nach Bergen-Belsen geschickt, wo sie wahrscheinlich im März 1945 umgekommen ist.

Nun sind die Bücher, mit denen Oskar Ansell seit zwanzig Jahren in mehr als 100 Lesungen an Felice Schragenheim erinnert hat, an den Ort gelangt, der für ihr Verfolgungsschicksal steht. Sie sollen nicht wieder in alle Winde verstreut werden, sondern als symbolische Präsenz von Felice Schragenheim hier verbleiben. Einige der Bücher haben weite Wege hinter sich, in denen sich Flucht und Verfolgung widerspiegeln. So kam ein Buch über Deutschland, Palästina und Israel 1998 nach Deutschland zurück, wie ein dreisprachiger Leihbüchereistempel erkennen lässt.

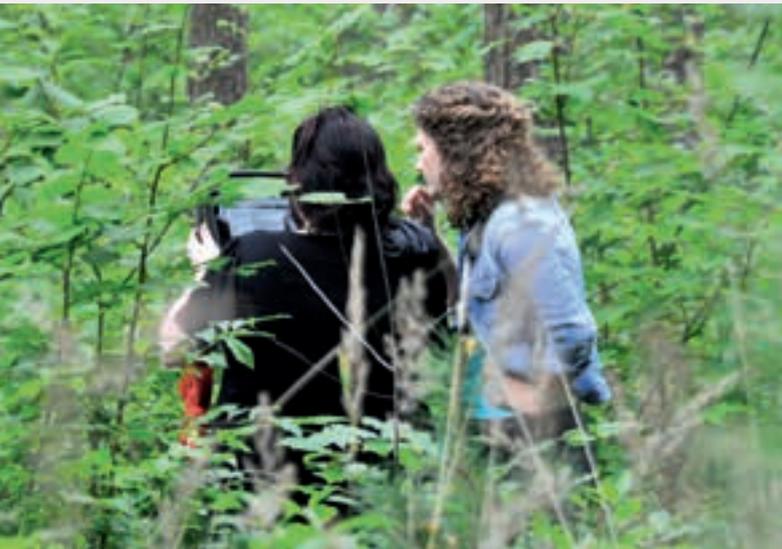
Vor allem aber sind es alte Bücher, die nicht nur manche Gebrauchsspuren, sondern auch Beschädigungen aufweisen. Nach Aufnahme in die Sammlung wird die Gedenkstätte Bergen-Belsen daher die notwendigen restauratorischen Maßnahmen und die Entsäuerung die-

ses Buchbestandes veranlassen. Konkrete Pläne für eine weitere Verwendung gibt es noch nicht. Eine Vereinbarung wurde aber bereits mit Oskar Ansell getroffen: Zum 100. Geburtstag von Felice Schragenheim am 9. März 2022 soll es noch einmal eine „Lesung aus dem Koffer“ geben – in Bergen-Belsen. 81

„Die Bücher der Felice Schragenheim 1922–1945“  
Oskar Ansell mit einer Lesung in der Synagoge Celle.  
• Oliver Knoblich

# Bergen-Belsen International Summer School: Memory in the Digital Age

Stephanie Billib, Katrin Unger



82 Für nächste Generationen sollen adäquate, manchmal andere Zugänge und Themen Lernanlässe geboten werden, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, um eine Relevanz für gegenwärtiges gesellschaftliches Miteinander abzuleiten und zu Empowerment zu gelangen.

Um dies zu ermöglichen, ist es wichtig, dass an historischen Orte von Entrechtung und Entmenschlichung wie Bergen-Belsen sich wandelnde, verändernde Bezüge in der inhaltlichen Auseinandersetzung aufgezeigt werden.

Daher haben wir für die Gedenkstätte Bergen-Belsen das Konzept einer internationalen und interdisziplinären Summer School entwickelt, denn Erinnerungen und ihre Wahrnehmungen verändern sich in einer immer stärker globalisierten und vernetzten Welt und ermöglichen neue Zusammenhänge zu erkennen. Memory in the Digital Age ist als Rahmen gewählt, um damit einen Diskussionsraum zwischen den etablierten Einrichtungen und ihren Mitarbeitenden und dem interdisziplinären wissenschaftlichen Nachwuchs zu schaffen.

Nach einer ausgedehnten Beschäftigung mit der Geschichte der histori-

schen Orte und der Gedenkstätten ist uns die Möglichkeit wichtig, unter ausgewählten Aspekten und Fragestellungen Ideen für eine zukünftige Deutung und Gestaltung eines Ortes und seiner Inhalte im Sinne einer globalen Erinnerungskultur zu skizzieren. Um dies zu erreichen, binden wir Vielfalt von Erinnerung und Erinnerungsarbeit, politische Diskussion und künstlerische Auseinandersetzung in das Programm ein. Wir machen damit die Unterschiedlichkeit im Umgang mit Erinnerung sichtbar und stärken die Akzeptanz und Wahrnehmbarkeit heterogener Erinnerungslandschaften.

Jährlich wechselnde thematische Schwerpunkte bieten die Gelegenheit, verschiedene Perspektiven auf historische Ereignisse und ihre Wirkungsgeschichte kennenzulernen. Die grundlegende Konzeption der „Bergen-Belsen International Summer School: Memory in the Digital Age“ wurde in den Bereichen Digitale Strategien und Bildung und Begegnung erstellt. In die Konkretisierung und Durchführung sind von Beginn an die jeweiligen Volontär\_innen der Gedenkstätte essentiell eingebunden. Karen Bähr und Tessa Bouwman

prägen bereits nach wenigen Jahren die Summer School durch ihr Engagement und hohes Interesse, aktuelle Zugänge der Erinnerungsarbeit und historisch-politischen Bildungsarbeit zur Diskussion zu stellen.

In den letzten Jahren haben als externe Referent\_innen unter anderem 2014 Marcin Urbanek (Architekt, Polen), 2015 Paul Verschure (Psychologe und Kognitionswissenschaftler, Spanien), 2016 Aleida Assmann (Anglistin, Deutschland) und Frank Diamand (Filmemacher und Überlebender, Niederlande) sowie 2017 Thijs Bouwknegt (Historiker, Jurist und Journalist, Niederlande) und Kjell Anderson (Jurist und Sozialwissenschaftler, Kanada) den Teilnehmenden Einblicke in ihre Arbeit, Theorien und Konzepte gegeben und mit ihnen diskutiert.

Als übergreifendes Thema der Summer School haben wir „Memory in the Digital Age“ gesetzt, um das gesamte Spannungsfeld von Erinnerungskultur und technischer, medialer und gesellschaftlicher Entwicklung sichtbar zu machen. Daraus abgeleitet wurden in den einzelnen Jahren spezifische Aspekte herausgegriffen und beleuchtet. Dem



Einsatz digitaler Medien in zeithistorischen Museen widmete sich die Summer School 2014 zum Thema „Digital Media“. Im folgenden Jahr stand mit „Space“ einerseits selbstorganisiertes, nichtstaatliches Engagement im öffentlichen Raum im Vordergrund. Andererseits war das Konzept der Tablet Application im Fokus, die dem Nutzer ermöglichen soll, den Raum des ehemaligen Lagers mit von den eigenen Interessen und Fähigkeiten bestimmten Informationsangeboten wahrzunehmen. Hierbei galt es auch, Risiken und Möglichkeiten digitaler Zugänge mit den Teilnehmenden der Summer School zu diskutieren.

2016 wurde die Balance von akademisch theoretischer Forschung und der alltäglichen, persönlichen Gegenwartigkeit von Erinnerung für Überlebende thematisiert. Diese Summer School trug den Titel „Perspectives on Memory: Research, Testimonies and the Media“. Die Teilnehmenden äußerten sich eindrücklich zu den besprochenen (auto-)biografischen Dokumenten, ihrer Rezeption und Wirkmächtigkeit.

2017 fand die vierte Summer School zum Thema „Comparative Genocide Studies“ statt. Die Teilnehmenden er-

hielten nach einer ausgedehnten Beschäftigung mit der Geschichte des historischen Ortes Bergen-Belsen und der Gedenkstätte die Möglichkeit, unter dem Aspekt der vergleichenden Genozidforschung Ideen für eine zukünftige Deutung und Gestaltung des Ortes und seiner Inhalte im Sinne einer globalen Erinnerungskultur zu erarbeiten. Auch in diesem Jahr lebte die Ideenfindung in besonderer Weise von der Internationalität wie der Inter- und Multidisziplinarität der Teilnehmenden und der Referent\_innen.

Um eine stärkere Beteiligung der Teilnehmenden zu erreichen, haben wir mit einem Call for Papers Doktorand\_innen und junge Wissenschaftler\_innen eingeladen, ihre Forschungen und Projekte im Rahmen der Summer School vorzustellen und zu diskutieren.

An den bisherigen Veranstaltungen beteiligten sich zahlreiche Kolleg\_innen der Gedenkstätte aktiv mit Beiträgen. Dadurch können Anregungen auch in unsere eigene Arbeit getragen und mit Mitarbeitenden weiter diskutiert werden. Die bisherigen Summer Schools waren bewusst so angelegt, dass Denkanstöße für die Gedenkstätte entstehen, die uns

dabei helfen, aktuelle Diskurse in unsere Arbeit aufzunehmen. Die Arbeitsweisen, Fragestellungen und Impulse des Formates Summer School sind für die Gedenkstätte somit zukunftsweisend. Im Vermittlungsangebot wie in der inhaltlichen Ausrichtung von Projekten setzt sich dies mit einer noch stärkeren Hinwendung zu den Besucher\_innen im Sinne eines partizipativen Angebotes um.

83

Die Tablet-Application der Gedenkstätte Bergen-Belsen ermöglicht vertiefende Einblicke in die Geschichte des Konzentrationslagers abseits der heutigen Hauptwege.  
• Ilka Witte

Llado Lobar Llado und Andreij Nekoliak diskutieren über die 3D-Rekonstruktion des ehemaligen Lagergeländes.  
• Ilka Witte

Die Teilnehmenden der 4. Bergen-Belsen International Summer School setzen sich mit der Geschichte des Ortes auseinander. • Katja Seybold

# Partnerschaft für Demokratie in Bergen – Ein Kooperationsprojekt der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Stadt Bergen

Leyla Ferman



84 Eine funktionierende Demokratie lebt von der Überzeugung und dem Engagement der Bürger\_innen, besonders vor Ort. Denn hier treffen Menschen direkt aufeinander: im Kreis der Familie, in der Schule, beim Einkaufen, beim Arzt, in Vereinen oder auf Veranstaltungen. Die Vielfalt der Gesellschaft bringt viele Potentiale und Chancen mit sich. Andererseits stellen heute und auch in der Zukunft Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit gesellschaftliche Herausforderungen dar.

Hier setzt das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ an. Die Zivilgesellschaft soll in ihrem Engagement für Teilhabe, ein Miteinander und Füreinander, Chancengleichheit, Fairness, Wertschätzung, Respekt und gegenseitige Anerkennung vor Ort unterstützt und gefördert werden. Vereine, Verbände u.a. können angesprochen sein, ob Sport, Kunst und Kultur, Geschichte oder Religion. Da das Durchschnittsalter der Bevölkerung auch in der Stadt Bergen stark ansteigt, wird das Thema Jugendgerechtigkeit in den kommenden Jahren verstärkt an Bedeutung gewinnen.

Die „Partnerschaft für Demokratie“ in Bergen begann im August 2017 und wird

im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durchgeführt mit Förderung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

So wurde zunächst mit Institutionen und Einrichtungen Kontakt aufgenommen, in denen Jugendliche zu finden sind. Im Ergebnis wurde im September 2017 das Jugendforum Bergen gegründet, in dem heute 22 Jugendliche aus verschiedenen Bereichen und im Alter zwischen 14 und 27 Jahren tätig sind. Im Jugendforum Bergen beschäftigten sie sich zunächst mit Fragestellungen, die sie als relevant betrachten: Gesund/ess Essen für alle (in der Schule), Inklusion und Förderung der Vereine (durch „Tage der Vereine“ unter dem Motto „Verein(t) in Bergen“). Nachdem Lehrkräfte zum Fachgespräch aufgesucht wurden, haben sich die Jugendlichen themenbezogen zu Arbeitsgruppen zusammengefunden. Das Jugendforum Bergen unterstützte die Wunsch-Weihnachtsbaum-Aktion der Bürgerstiftung Region Bergen und des Verbundes Sozialtherapeutischer Einrichtungen, in dessen Rahmen bedürftige Kinder von anderen zu Weihnachten beschenkt wurden.

Im Oktober 2017 fand die 1. Demokratiekonferenz in Bergen statt. In einem reichhaltigen Programm von Vorträgen, Improvisationstheater und Podiumsdiskussion mit dem Bürgermeister Bergens, Rainer Prokop, und dem Leiter der Gedenkstätte Bergen Belsen, Dr. Jens-Christian Wagner, wurde die Bergener Öffentlichkeit über die Partnerschaft für Demokratie informiert und zur Teilnahme angeregt.

Im November 2017 kamen 12 interessierte Bürger\_innen zusammen, die den Begleitausschuss gegründet haben. Hier sind Vertreter aus Vereinen und dem Stadtrat, aber auch einzelne interessierte Bürger\_innen und die Gedenkstätte Bergen-Belsen vertreten. Sie haben bereits drei Projektanträge aus dem ihnen zur Verfügung stehenden Fördertopf bewilligt. „Unser Bergen e.V.“ wird eine Ausstellung zum Thema „Bergener und ihre Wurzeln“ organisieren. Die Gemeinde der Eziden e.V. baute eine Bibliothek zu Integration und Eziden auf und organisierte eine Informationsveranstaltung zu Eziden in Bergen. Die Gedenkstätte Bergen-Belsen setzte in Kooperation mit der AG Bergen-Belsen e.V. ein Sprachmobil um, bei dem Menschen sich zu



Themen wie Geschichte, Herkunft und Migration äußern. Weitere Vereine haben bereits Interesse bekundet, demokratiefördernde Projekte 2018 umsetzen zu wollen. Die Partnerschaft für Demokratie richtet auch ein Augenmerk auf das Anregen von Kooperationen bei Projekten, um demokratiefördernde Netzwerke in Bergen aufzubauen. Parallel laufen wissenschaftlich begleitete Vorbereitungen zur Ausbildung von Demokratie-Multiplikator\_innen, die mit dem Institut für Didaktik der Demokratie in Hannover zusammen abgestimmt wird. Während 2017 ein Konzept vom Institut für Didaktik der Demokratie ausgearbeitet wurde, sollen 2018 aus den Bereichen Schule, Vereinsleben und anderen einzelne Interessierte zu Demokratie-Multiplikator\_innen in Bergen ausgebildet werden.

Ziel ist im Jahr 2018 die Kontaktaufnahme mit weiteren Vereinen, Initiativen, Netzwerken und Engagierten, die mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement Demokratie und Zusammenleben fördern und fördern könnten. Auf der einen Seite sollen bestehende Netzwerke unterstützt werden. Auf der anderen Seite sollen Interesse und neues Engagement

angeregt und ermöglicht werden. Die Schwerpunkte der Partnerschaft für Demokratie in Bergen, die zwischen beiden Kooperationspartnern vereinbart wurden – Demokratie- und Partizipationsförderung, Antidiskriminierung und Rechtsextremismusprävention – sollen 2018 auf verschiedenste Art und Weise umgesetzt werden. Dabei soll der Austausch zwischen der Gedenkstätte und den Bürger\_innen in Bergen angeregt, erweitert und vertieft werden.

#### Partnerschaft für Demokratie Bergen

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Auf der 1. Demokratie-Konferenz in Bergen am 19. Oktober 2017 kamen Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (links) und Rainer Prokop, Bürgermeister der Stadt Bergen (rechts) ins Gespräch mit Phillip Legrand, Integrationsbeauftragter in Bergen, und Dr. Leyla Ferman, Koordinierungs- und Fachstelle des Projektes „Partnerschaft für Demokratie“ • Susanne Zaulik

Teilnehmende am Jugendforum Bergen 2017  
• Stadt Bergen

Das Sprachmobil • Leyla Ferman



• Ilka Witte

20. Januar: In einem Workshop (19. bis 21. Januar) diskutierten die Beteiligten des EU-weiten Projekts „IC-ACCESS“ die thematische Verknüpfung verschiedener europäischer Erinnerungsorte und übergreifende Möglichkeiten und Angebote für die Auseinandersetzung. Sie informierten sich detailliert über die Arbeitsbereiche der Gedenkstätte und ihre Konzepte.



• Tessa Bouwman

27. Januar (Holocaust-Gedenktag): In einer gemeinsamen Veranstaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen mit AMCHA Deutschland, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Celle e.V. und der jüdischen Gemeinde Celle sprach Alfred Lange, Professor für Sozial- und Klinische Psychologie (Amsterdam) und selbst Überlebender des KZ Bergen-Belsen, in der Synagoge Celle zum Thema „Die Folgen der Verfolgung“. V.l.: Diana Gring (Gedenkstätte Bergen-Belsen), Prof. Lange, Dirk-Ulrich Mende (OB Celle) und Lukas Welz (Vorsitzende von AMCHA Deutschland)

## März



• Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

8. März: An der Fortbildungsveranstaltung „Der Lernort Bergen-Belsen“ für Lehrkräfte der Sekundarstufe I und II der Fächer Geschichte, Politik, Religion sowie Werte und Normen nahmen etwa 20 Multiplikator\_innen teil.



• Katrin Unger

13./14. März: Konstituierendes Treffen des International Advisory Board; v.l.: Dr. Jens Binner, Prof. Dr. Moshe Zimmermann (ehem. Direktor des Richard-Koebner-Zentrums für Deutsche Geschichte der Hebräischen Universität Jerusalem), Prof. Dr. Waltraud Schreiber (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt), Dr. Karola Fings (NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln), Dr. Natalja Timofeeva (Regionalzentrum für Oral History des Instituts für Hochtechnologie Woronesh), Dr. Thomas Rahe, Prof. Dr. Nikolaus Wachsmann (Birkbeck College der Universität London), Dr. Jens-Christian Wagner, Prof. Dr. Peter Romijn (Institut für Kriegs-, Holocaust- und Genozidforschung – NIOD, Amsterdam) und Prof. Dr. Jan Rydel (Pädagogische Universität Krakau)

## April

87



• Peter Bierschwale

Vom 5. bis 15. April fand das inzwischen 23. Internationale Jugendworkcamp statt. Daran beteiligten sich rund 60 Jugendliche aus Belarus, Deutschland, Israel, Litauen, Polen, Russland, der Slowakei, Südafrika und der Ukraine.

6. April: Die Ausstellung „Nach der Befreiung“ (Dokumente aus der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek Hannover) wurde in der Synagoge Celle gezeigt. Zur Eröffnung berichtete Dr. Thomas Rahe, wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, über das Leben der „She'erit Hapleita“, des „Restes der Überlebenden“ wie sich die jüdischen Displaced Persons selbst nennen.

9. April: Unter dem Titel „Eine der hiesigen Frauen backte eine gute Torte und verteilte sie auch unter den Häftlingen“ berichtete die Historikerin Dr. Bianca Roitsch (Berlin) über Akteure im Umfeld nationalsozialistischer Zwangslager am Beispiel von Bergen-Belsen vor und nach 1945.

21. April: In Lüneburg fand die Sitzung des Stiftungsbeirats statt. Die Mitglieder besuchten außerdem die dortige „Euthanasie“-Gedenkstätte; nähere Erläuterungen erhielten sie von Dr. Carola S. Rudnick (Gedenkstätte) und Dr. med. Sebastian Stierl (Vorsitzender des Trägervereins der Gedenkstätte).



• Katrin Unger



• Katrin Unger

88

23. April: Gedenkfeier zum 72. Jahrestag der Befreiung

Ansprache von Dr. h. c. Edelgard Bulmahn, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Bundesministerin a. D. auf dem Kriegsgefangenenfriedhof Bergen-Belsen

Grußwort von Frauke Heiligenstadt, MdL, Niedersächsische Kultusministerin und Vorsitzende des Stiftungsrats der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, am Obelisk

Ansprache von Anastasija Gulej, Überlebende des KZ Bergen-Belsen, Vorsitzende des Verbands der ukrainischen Überlebenden des KZ Bergen-Belsen (Kiew), am Obelisk



• Jesco Denzel



• Jesco Denzel



• Jesco Denzel



Ansprache von Shraga Milstein, Überlebender des KZ Bergen-Belsen, Vorsitzender des Irgun Sherit Hapleta Israel (Tel Aviv) am Jüdischen Mahnmahl

Ansprache von Albrecht Weinberg bei der Gedenkveranstaltung der AG Bergen-Belsen an der Rampe

23. April: Nachmittags wurde die Ausstellung „Roter Winkel. Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen“ eröffnet, die Studierende der Universität Hannover unter Leitung von Dr. Jens-Christian Wagner (Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten) erarbeitet hatten.

• Jesco Denzel



• Jesco Denzel



• Jesco Denzel

24. April: Gedenkveranstaltungen fanden ebenfalls in Tröbitz statt; dort hatten sowjetische Truppen am 23. April 1945 KZ-Häftlinge befreit, die am 10. April mit einem Zug von Bergen-Belsen weggebracht worden waren.

Gedenken am Bahndamm; hier sind Häftlinge bestattet, die den Transport nicht überlebt hatten.

Auf dem jüdischen Friedhof sind weitere Häftlinge des „Verlorenen Transports“ bestattet. An sie erinnert seit April 1995 eine Gedenkwall.



• Rainer Bauer

Gedenkstätte Bergen-Belsen



• Rainer Bauer



• Sabine Bergmann



• Sabine Bergmann

25. April: Seminarwoche mit Auszubildenden des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN); Die jungen Männer und Frauen unterschiedlicher Ausbildungsberufe setzten sich intensiv mit der Geschichte des Ortes Bergen-Belsen auseinander und führten unter Anleitung ihrer Ausbilder\_innen dringend notwendige Absicherungen an einem denkmalgeschützten Wasserbecken durch sowie Erhaltungsarbeiten am Plattenweg und gärtnerische Pflegearbeiten.

90 Mai



• Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

5. bis 7. Mai: Fotoworkshop „was bleibt“ – Die Teilnehmenden, erfahrene Fotograf\_innen, suchten nach nicht alltäglichen Perspektiven in der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Mit dem Wissen um die Geschehnisse in dem ehemaligen Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager Bergen-Belsen und dem aufmerksamen Blick durch die Kamera entstanden Fotogeschichten mit eindrucksvollen Aufnahmen.

21. Mai: Anlässlich des Internationalen Museumstags begleitete Dr. Jens-Christian Wagner (Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen) interessierte Besucher\_innen durch die Ausstellung „Roter Winkel. Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen“.

Juni



• Stephanie Billib

10. Juni: Mitglieder der LAG Schleswig-Holstein informierten sich über die Arbeit der Gedenkstätte, erprobten das Instrument der tablet application und diskutierten mit Christian Wolpers, Katrin Unger und Stephanie Billib Vermittlungskonzepte.

## Juli



• Julian Harm

11. Juni: Im Rahmen einer Bus-Exkursion, an der sich zahlreiche Interessierte beteiligten, wurden Führungen auf den Kriegsgefangenenfriedhöfen Bergen-Belsen, Fallingbommel, Oerbke (Foto) und Wietzendorf angeboten.



• Daniel Tonn

27. Juli: Eine Delegation der Gedenkstätte Perm 36 (Ukraine) besuchte die Gedenkstätte Bergen-Belsen und weitere Orte, so auch die Gedenkstätte Sandbommel.

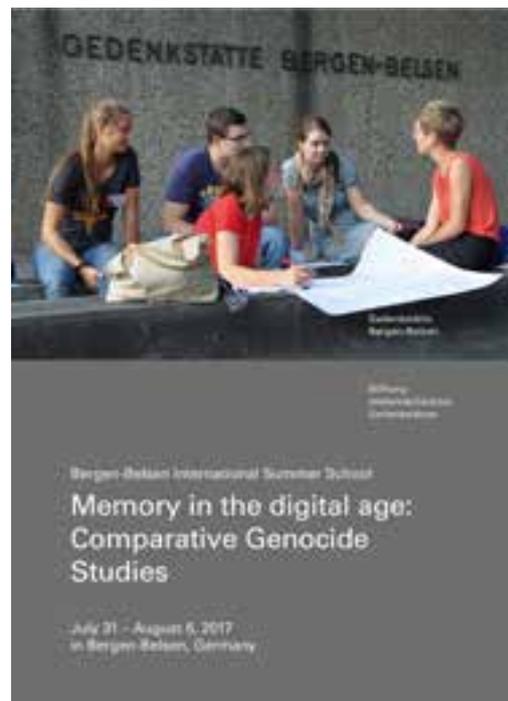
## August

91



• Julian Harm

Vom 31. Juli bis 6. August fand zu dem Thema „Comparative Genocide Studies“ die Bergen-Belsen International Summer School statt, an der Studierende aus 16 Ländern teilnahmen und sich u.a. mit Ursachen von und Motivation für Täterschaft und der gesellschaftlichen Überwindung von vergangenen Massenverbrechen auseinandersetzten. Besucht wurden die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Ahlem.



• Stiftung niedersächsische Gedenkstätten



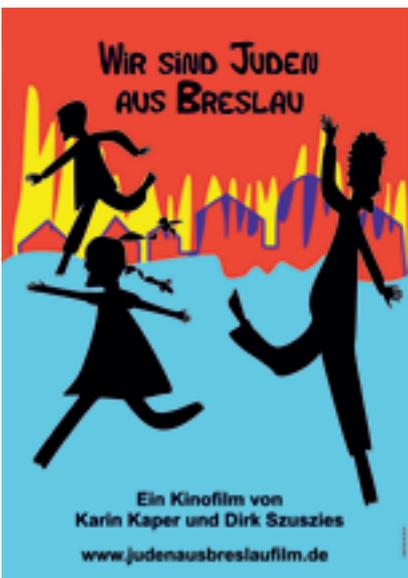
• Daniel Tonn

16. August: Die Fortbildung zum Thema „Bergen-Belsen als Ort des Erinnerns“ richtete sich an schulische und außerschulische Multiplikator\_innen der Jugend- oder Erwachsenenbildung, die mit einer Gruppe die Gedenkstätte besuchen möchten und ein besonderes Interesse am Thema Erinnerungskultur haben.



• Stephanie Billib

1. September: „Zwischen Ungewissheit und Zuversicht. Kunst, Kultur und Alltag polnische Displaced Persons in Deutschland 1945-1955“ war Thema einer gemeinsamen Ausstellung des Industriemuseums des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe und der Porta Polonica – Dokumentationsstelle zur Kultur und Geschichte der Polen in Deutschland. Die Eröffnung fand statt u.a. mit einem Grußwort von Piotr Polema (Generalkonsul der Republik Polen), Hamburg und einem Vortrag von Prof. Dr. Jan Rydel (Pädagogische Universität Krakau und Mitglied des International Advisory Board der Gedenkstätte Bergen-Belsen). Foto: Piotr Polema (links) mit Vertretern der Delegation der Deutschen Bischofskonferenz für die polnischsprachige Seelsorge in Deutschland



• Karin Kaper Film

12. September: In der Reihe „Film und Gespräch“ präsentierte die Gedenkstätte Bergen-Belsen in Kooperation mit den Kammer-Lichtspielen Celle den Dokumentarfilm „Wir sind Juden aus Breslau“. Partnerin für das anschließende Gespräch war die Regisseurin Karin Kaper; die Moderation hatte Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten.



• Paul Meyer Filmproduktion

17. September: Bei einer weiteren Veranstaltung in der Reihe „Film und Gespräch“ (begleitend zur Ausstellung über polnische DPs) war der Regisseur Paul Meyer mit seinem Dokumentarfilm „Konspirantinnen – Polnische Frauen im Widerstand 1939–1945“ zu Gast in der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Das Gespräch moderierte Dr. Thomas Rahe, wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte.



• Franziska Krusch

21. September: Speziell an Schulleitungen aller Schulformen wandte sich ein Infotag in der Gedenkstätte Bergen-Belsen.



• Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Flyer zum Infotag am 21. September

Dezember

93



• Ensemble OPUS 45

Plakat/Einladungskarte zur Veranstaltung am 1. Dezember

Gedenkstätte Bergen-Belsen



• Viktoria König

1. Dezember: „Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen!“ war Titel einer Collage aus Musik und Literatur, mit der das Bläserquintett „OPUS 45“ und der Schauspieler und Rezitator Roman Knižka in der Gedenkstätte gastierten: Musik von Paul Hindemith, Pavel Haas und György Ligeti und Texten von u.a. Bertolt Brecht, Primo Levi und Mascha Kaléko.

# Forschung und Dokumentation

## Archiv und Sammlung

Klaus Tätzler



94 Die Anzahl der Besuche (102) und der Anfragen (ca. 500), die 2017 im Arbeitsbereich Archiv und Dokumentation betreut wurden, entspricht in etwa dem Vorjahr: Mit 52 Besuchen bildeten Forschende wie schon 2016 die größte Gruppe der Nutzer. Viele Sammlungsgebiete konnten durch neue Fotos, Objekte, Dokumente und andere Beiträge erweitert werden, so wuchs z.B. das Pressearchiv um etwa 400 Artikel.

Die Summe der Inventarisierungen in den unterschiedlichen Sammlungsgebieten ist im Wesentlichen mit 2016 vergleichbar. Der größte Teil der neuen Erfassungen entfällt wieder auf das Fotoarchiv. Mit 952 ist diese Zahl zwar geringer als 2016, gegenüber 2015 aber immer noch fast doppelt so hoch; etwa 250 dieser Aufnahmen stammen aus der Aktenammlung der französischen Überlebendenorganisation, der 2. Amicale de Bergen-Belsen.

In einem ersten Arbeitsschritt wurde dieser disparate Bestand bereits im Frühjahr geordnet, gesichtet und bewertet. Insgesamt handelt es sich dabei um 14 Archivkartons und diverse Archivmappen, die neben erinnerungskulturellen Aspekten vor allem auch wichtige Detail-

informationen zu Topographie und Geschichte des Gedenkstätten Geländes und der Friedhöfe auf dem Kasernengelände in Bergen-Belsen liefern. 2018 sollten für diesen Bestand soweit wie möglich konservatorische Maßnahmen, vor allem aber auch eine detaillierte Erschließung geplant werden.

Die Bemühungen um die konservatorische Behandlung der Akten des Irgun Sherit Hapleta, einer israelischen Organisation der Überlebenden des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, sind bisher misslungen. Es handelt sich dabei um Entschädigungsakten von 2191 Einzelpersonen, die als Juden im KZ Bergen-Belsen und häufig auch noch in anderen nationalsozialistischen Lagern gefangen gehalten, bedroht, gedemütigt und misshandelt wurden. Diese Korrespondenzen wurden vom Irgun Sherit Hapleta in den 1990er Jahren der Gedenkstätte Bergen-Belsen übergeben, mit der Auflage, sie zu erhalten, zu erschließen und für die wissenschaftliche und familiäre Forschung bereit zu halten.

Der entsprechende Antrag zur einjährigen Modellprojektförderung, der im Frühjahr bei der Koordinierungsstelle für die Erhaltung schriftlichen Kulturgutes

in Berlin gestellt wurde, ist leider abgelehnt worden. Die Notwendigkeit und Verpflichtung zur Erhaltung dieser Akten bleibt aber weiterhin bestehen und sollte in Zukunft eine vordringliche Aufgabe sein.

In bescheidenem Umfang konnte dagegen 2017 die Reinigung und konservatorische Behandlung sowie die Verzeichnung von Fundstücken vom ehemaligen KZ-Lagergelände fortgesetzt werden. Sie hatte wieder maßgeblich Anteil an der hohen Zahl der Einträge in der Objektdatenbank.

Wie in den vergangenen Jahren sind auch 2017 wieder zahlreiche neue Kontakte zu Angehörigen von britischen Soldaten entstanden, die an der Befreiung des KZ Bergen-Belsen beteiligt waren. Von vielen erhielt die Gedenkstätte Materialien aus den Nachlässen, vorwiegend Fotomaterialien. Die meisten dieser Fotos zeigen zwar bekannte Motive, häufig aber aus unbekanntem Perspektiven oder in neuen Zusammenhängen.

Das Banner des KZ-Theaters aus dem DP-Camp Bergen-Belsen, das von Beginn an in der Dauerausstellung ein herausragendes Objekt bildete, musste im Herbst zurück ins YIVO nach New York



geschickt werden. Nach zehn Jahren wurde die Leihfrist leider nicht mehr verlängert.

Überraschend ergab sich dann Ende des Jahres noch eine neue, sehr unkomplizierte und fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Museumsdorf Cloppenburg. Die Gedenkstätte konnte einige wichtige Informationen und eindruckliche Materialien zur Zwangsarbeit in der Region für die Ausstellung „1942 / 1943 Der lokale Horizont von Entrechtung und Vernichtung“ beisteuern.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass 2017 mehrere Praktikant\_innen die Arbeit im Archiv mit großem Engagement unterstützten.

Bibliothek Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Corinna Rathjen

Die Präsenzbibliothek der Gedenkstätte Bergen-Belsen ist an drei Tagen in der Woche, jeweils montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 16.30 Uhr, öffentlich zugänglich und kann in diesem Zeitraum von allen interessierten Besucher\_innen, Schüler\_innen, Studierenden oder Wissenschaftler\_innen genutzt werden. Die Anzahl der Bibliotheksnutzer ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben und bewegt sich in einer Größenordnung von 240. Dies umfasst auch Anfragen per Telefon, Email bzw. hausinterne Anfragen.

2017 konnten insgesamt 277 neue Titel für die Bibliothek erworben werden, davon 125 durch Kauf, der Rest durch Schriftentausch mit anderen Institutionen sowie Schenkungen. Der Gesamtbestand an Literatur beläuft sich somit inzwischen auf über 10.000 Titel, darunter sind 35 Zeitschriften. Außerdem steht den Nutzer\_innen eine kleinere Sammlung von DVDs bzw. CDs mit Bezug zum Nationalsozialismus zur Verfügung, die auch direkt in der Bibliothek gesichtet werden können. Der aktuelle Biblio-

theksbestand ist über den Katalog der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB) im Internet unter [www.aggb-katalog.de](http://www.aggb-katalog.de) jederzeit einsehbar.

Die Bibliothek bietet insgesamt sechzehn Leseplätze. An drei Arbeitsplätzen ist per Computer der Zugriff auf die in der Ausstellung der Gedenkstätte an verschiedenen Stellen platzierten thematischen und biographischen Medienstationen sowie die Vertiefungsstationen möglich.

Carl-Leo Graf von Hohenthal, Doktorand an der Universität Freiburg/Br. recherchierte zum Thema seiner Dissertation, der britischen Politik gegenüber den Juden in Europa und Palästina zwischen 1945 und 1948.  
• Klaus Tätzler

Nach Ablauf der Leihfrist wurde das Banner des KZ Theaters am 15. September aus der Dauerausstellung genommen und für die Rücksendung vorbereitet.  
• Klaus Tätzler

# Erwerb des Nachlasses von Rabbiner Salomo Baumgarten

Thomas Rahe

21. Juni 1945.  
29 Redwoodway B.  
Lechnowith/Herta.  
Geliebte Lusi, lieber Alex u.  
liebe kleine Reine,  
heute morgen erhielten  
- wir endlich nach fast vollen  
Monaten die erlösende Nachricht  
dass Ihr auf der Liste der Geretteten  
von Belsen sich seit Jahren schon  
haben wir erfahren, dass es keine  
ungeliebten Händen sicher gibt -  
so ist es mir auch heute entgegen  
fast Stunden, dass Ihr lebt. Ist ge-  
waltig u. wir können dieses dem  
Schöpfer nicht genügend dankbar  
sein. Aber heute ist mir nun  
Lusi u. Jakob. Wir geben aber  
nicht die Hoffnung auf, dass  
noch nie noch irgendwo sein

96 Gemeinsam mit der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek (Niedersächsische Landesbibliothek) in Hannover konnte die Gedenkstätte Bergen-Belsen 2017 über ein Spezialantiquariat für Judaica den Nachlass des Rabbiners Salomo Baumgarten erwerben. Im Einzelnen besteht der Nachlass aus Namenslisten, teils mit biographischen Angaben von Überlebenden des KZ Bergen-Belsen und kleinerer Konzentrationslager bzw. DP-Camps in dessen räumlichem Umfeld. Hinzu kommen Handzettel zu einzelnen Personen und ihren Verwandten aus Bergen-Belsen, die für Suchzwecke erstellt wurden und zum Teil auch Angaben zum Weitertransport von Einzelpersonen oder auch Gruppen nach der Befreiung enthalten. In kleinerem Umfang finden sich auch Dankesbriefe von Überlebenden des KZ Bergen-Belsen, denen Baumgarten zur Auswanderung verholffen hatte. Eine weitere Kategorie bilden Briefe, die Hilfspaketen beigelegt wurden, mit denen die Absender vor allem Nahrungsmittel und religiöse Objekte an Baumgarten zur Verteilung im befreiten KZ Bergen-Belsen schickten.

Den größten Teil des Nachlasses bilden Suchanfragen, größtenteils aus

Großbritannien, in deutscher und englischer Sprache, mit denen Baumgarten um Auskünfte zum Verfolgungsschicksal und Verbleib von Angehörigen gebeten wurde. Etwa 10 Prozent des Nachlasses bestehen aus Suchanfragen in Hebräisch, Jiddisch, Französisch, Ungarisch und Tschechisch. In einigen Fällen sind diesen Anfragen auch Briefe an die gesuchten Angehörigen beigelegt.

Rabbiner Baumgarten gelangte im Juni 1945 im Auftrag des britischen Chief Rabbi's Religious Emergency Council, einer orthodoxen jüdischen Hilfsorganisation, und der britischen Armee in das befreite Konzentrationslager Bergen-Belsen. Hier nahm er im Status eines Militärrabbiners seelsorgerische Aufgaben für die befreiten jüdischen Häftlinge wahr, kümmerte sich aber auch um ihre Versorgung mit zusätzlichen Nahrungsmitteln sowie religiösen Texten und Objekten. Dazu diente z.B. ein Artikel, den er im britischen „Jewish Chronicle“ veröffentlichte: Er beschrieb die Situation und die Herausforderungen im befreiten Bergen-Belsen und hatte zugleich den Charakter eines Spendenaufrufs. Der Artikel motivierte viele Juden, vor allem in Großbritannien, sich bei ihrer Suche

nach dem Verbleib ihrer Familienangehörigen auf postalischem Weg persönlich an Rabbiner Baumgarten im DP-Camp Bergen-Belsen zu wenden. Dies traf zusammen mit Baumgartens eigenen Aktivitäten, da er sich von Beginn an um die Vermittlung und Verbreitung von Namen der Opfer wie der Überlebenden des KZ Bergen-Belsen bemüht hatte.

Der Nachlass bietet einen so in der bisherigen Quellenüberlieferung nicht existierenden Einblick in die Dramatik der Suche nach Familienangehörigen in den ersten Monaten nach der Befreiung. Zugleich zeigt er deutlicher als die bisher bekannte Quellenüberlieferung die zentrale Rolle der Militärrabbiner in Bergen-Belsen in den ersten Wochen und Monaten nach der Befreiung, die sich nicht auf ihre religiösen Aufgaben beschränkten, sondern für die jüdischen Überlebenden eine Rolle einnahmen, die der der Repatriierungsoffiziere bei den verschiedenen nationalen Gruppen unter den Befreiten ähnelte, aber noch über sie hinausging.

Der Nachlass soll im Original in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eingelagert und eine digitale Kopie an die Niedersächsische Landesbibliothek gegeben werden.

# Namensverzeichnis der Häftlinge des Konzentrationslagers Bergen-Belsen

Bernd Horstmann

Name	Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Eintragsdatum	Eintragsort
Boguszewicz	Stefan	20.12.1927	Karschewo	-	-
Bogyan	Anna	08.05.1911	Mediaszentmarion	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer-Deutsch	Hilke	17.02.1887	Töpferkantenhölde	-	-
Böhmer	Christian	10.04.1926	Kiel	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer	Erika	30.08.1936	Hamburg	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer	Giovanni	06.08.1928	Hamburg	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer	Günther	01.03.1928	Berlin	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer	Hedwig	17.10.1910	Hamburg	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer	Jonny	08.10.1937	Hamburg	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer	Oskar	04.10.1920	Hamburg	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer	Peter	19.01.1934	Berlin	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer	Rigine	02.02.1932	Berlin	15.04.1945	Bergen-Belsen
Böhmer-Laubinger	Emma	05.08.1882	Bozenburg	15.04.1945	Bergen-Belsen

Der Austausch mit anderen Institutionen ist für die Gedenkstätte Bergen-Belsen von besonderer Bedeutung, da aufgrund der Vernichtung der Lagerregistratur durch die SS die wichtigste namensbezogene Quelle fehlt. Nur mittels umfangreicher Recherchen in Gedenkstätten und Archiven, aber auch durch die Unterstützung von Überlebenden, Angehörigen ehemaliger Häftlinge oder anderen Einzelpersonen wird dieser Mangel zumindest teilweise aufgefangen. Eine große Bedeutung kommt der beim International Tracing Service (ITS) vorhandenen Sammlung zum KZ Bergen-Belsen zu. Der ITS übergab diesen mehrere tausend Blatt umfassenden Bestand als digitale Kopie an die Gedenkstätte.

2017 erhielten mehrere Einrichtungen und Einzelpersonen für ihre Projekte Auszüge aus dem Namensverzeichnis. Beispielhaft seien genannt:

- Memorial Museum of the Hungarian Speaking Jewry, Safed/Israel
- Sered Holocaust Museum, Sered/Slowakei
- Irgun Sherit Hapleta Bergen-Belsen, Tel Aviv/Israel
- Jüdische Gemeinde Galanta, Slowakei

- Gedenkbuch für die Opfer des nationalsozialistischen Terrors 1933–1945 im heutigen Landkreis Jerichower Land und im heutigen Salzlandkreis, Sachsen-Anhalt
- Landeshauptstadt Hannover „Projekt Erinnerungskultur“
- Online-Lexikon „Verfolgte Musiker und Musikerinnen der NS-Zeit“ (LexM), Institut für Historische Musikwissenschaft, Universität Hamburg

Beantwortung namensbezogener Anfragen

2017 beantwortete der Arbeitsbereich Namensverzeichnis insgesamt 689 externe Anfragen (702 im Vorjahr). Diese lassen sich vier Gruppen zuordnen:

1. Überlebende des KZ Bergen-Belsen (63),
2. Angehörige oder Nachkommen ehemaliger Häftlinge oder Kriegsgefangener (374),
3. Gedenkstätten, Initiativen, Historiker, Journalisten, interessierte Privatpersonen, Studierende, etc. (216),
4. Behörden und Suchdienste (36).

Besucherbetreuung

109 Besucher\_innen konnten 2017 durch die Kolleg\_innen in diesem Arbeitsbereich betreut werden, zumeist Einzelpersonen oder kleine Gruppen, die als Angehörige ehemaliger Häftlinge oder Kriegsgefangener einen persönlichen Bezug zum Ort Bergen-Belsen haben. In kleiner Zahl waren Überlebende des Konzentrationslagers zu Besuch. Außerdem wurden Recherchen von Historiker\_innen, Journalist\_innen und andere Forschenden unterstützt.

Gedenkbuch

2017 wurden 34 Exemplare des 2005 veröffentlichten Gedenkbuchs mit den Namen und Daten von etwa 50 000 Häftlingen des Konzentrationslagers Bergen-Belsen ausgegeben.

Erste Seite eines Briefes, mit dem Familienangehörige wieder Kontakt miteinander aufnehmen konnten  
 • Gedenkstätte Bergen-Belsen / Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek, Hannover

Gedenkbuch: Auszug der Seite mit den Einträgen zur Familie Böhmer aus Hamburg. Sie wurde im Rahmen des Auschwitzverlasses im März 1943 in das „Zigeunerfamilienlager in Auschwitz-Birkenau deportiert. Die SS transportierte sie nach Aufhalten in verschiedenen KZ und Zwangsarbeitslagern schließlich nach Bergen-Belsen. • Gedenkstätte Bergen-Belsen

# Bildung und Begegnung

Katrin Unger, Marc Ellinghaus



98 Die Gedenkstätte Bergen-Belsen ist ein internationaler Erinnerungsort und eine außerschulische Bildungseinrichtung. Ein breites Bildungsangebot soll jungen Menschen wie Erwachsenen eine intensive Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus ermöglichen. Im Fokus stehen die Geschichte des Kriegsgefangenen- und des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, des Displaced Persons Camps sowie die Wirkungsgeschichte nach 1945. Außerdem werden in den Programmen Gegenwartsbezüge, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Diskussionen sowie Fragen von Kontinuitäten aufgegriffen.

Das Bildungsangebot umfasst halbtägige Begleitungen, Studientage, mehrtägige Seminare und internationale Begegnungen für Schulklassen, Studierende, Gruppen aus Jugendverbandsarbeit, Militär und Polizei sowie interessierte Einzelpersonen und Gruppen.

Die Voraussetzungen und Interessen der Teilnehmenden sind leitend für die Gestaltung der Bildungsveranstaltungen. Die Programme werden in enger Absprache mit den Gruppen erstellt und durch ein Team freier und fester Mitarbeitender der Gedenkstätte begleitet. Dabei legen wir großen Wert auf prozess-

orientiertes Arbeiten, interdisziplinäre Zugänge und interkulturelle Sensibilität.

Das Konzept unserer Bildungsarbeit stellt die Teilnehmenden und das Prinzip größtmöglicher Freiwilligkeit in den Vordergrund.

Wir wollen Lernen in der Gedenkstätte Bergen-Belsen in einer entspannten Atmosphäre ohne Leistungsdruck ermöglichen und die Teilnehmenden zu kritischen Fragen und selbstständigem Denken anregen.

Wünschenswert ist daher, dass die Gruppen soviel Zeit wie möglich erhalten, um sich intensiv mit dem historischen Ort und den historischen Quellen zu befassen, die Geschichten der Opfer und Überlebenden Bergen-Belsens wahrzunehmen, eigene Fragestellungen zu entwickeln, Gegenwartsbezüge herzustellen, zu reflektieren und zu diskutieren. Ziel beim Ausbau der Bildungsangebote der Gedenkstätte ist daher, der bestehenden Nachfrage insbesondere nach mehrtägigen Angeboten gerecht zu werden und neue Zielgruppen gerade für die längeren Programme zu erschließen. Oft gemeinsam mit Kooperationspartnern entwickelt die Gedenkstätte individuelle Seminarangebote; zugleich wird das Repertoire an Mehrtagesangeboten erweitert.

In Fortbildungen versuchen wir unseren Partnern unsere Vorstellung von Bildung und Vermittlung in Bergen-Belsen nahezubringen und Anregungen zur Vor- und Nachbereitung des Besuchs zu geben. Seit vielen Jahren sind die Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und andere Multiplikator\_innen zum Lernort Bergen-Belsen in der Regel ausgebucht. Seit langem kommen auch regelmäßig Referendarinnen und Referendare zu Fortbildungen und beschäftigen sich mit den Möglichkeiten historischen Lernens in der Gedenkstätte.

Die Teilnehmenden der Fortbildungen treffen wir regelmäßig wieder, wenn sie mit ihren Lerngruppen zu Führungen, Studientagen und Seminaren in die Gedenkstätte kommen.

Jährlich kommen weiterhin über 1000 Gruppen zu Führungen und Studientagen in die Gedenkstätte, bei wachsender Nachfrage und länger werdenden Wartezeiten. Um dieser Nachfrage gerecht zu werden, verstärkte die Gedenkstätte erneut das Team an freien Mitarbeiter\_innen im Besucherdienst.

# Dialog der Generationen

Daniel Tonn



Das Projekt „Dialog der Generationen“ bietet Jugendlichen aus Deutschland, Polen und der Ukraine die Möglichkeit, sich mit Familiengeschichte zu beschäftigen und Angehörige zu ihren Erinnerungen an Nationalsozialismus, Stalinismus und Zweiten Weltkrieg zu interviewen.

Im Folgenden werden drei Auszüge aus Interviews zitiert, die Jugendliche im Rahmen des seit 2015 regelmäßig stattfindenden internationalen Jugendbegegnungsprojekts „Die Geschichte beginnt in der Familie“ mit ihren Großmüttern oder Großvätern geführt haben. Seit 2015 führt die Gedenkstätte Bergen-Belsen das Projekt regelmäßig in Zusammenarbeit mit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Oświęcim/Auschwitz und der ukrainischen Nichtregierungsorganisation „Foundations for Freedom“ durch.

„Raus! Für die Reise von Osiek nach Grojec gaben sie uns einen Wagen für zwei Familien. Sie verboten uns, irgendwas mitzunehmen. Mein Bruder Grzegorz reiste aus Kety an und sagte, ich soll die Kuh mitnehmen. Ich ging in den Stall und führte die Kuh raus, aber einer der Deutschen sagte: ‚Zurück! Oder ich schieße‘. Und dann gaben sie uns einen Wagen für zwei Familien. Wir durften

nichts mitnehmen.“ So beschreibt die 1926 im polnischen Osiek geborene Stefania Jasińska ihrer Enkelin Aleksandra Płonka, wie ihre Familie von den deutschen Besatzern gezwungen wurde, das Heimatdorf in der Nähe von Oświęcim zu verlassen. Ab 1941 musste Jasińska in Deutschland bei einer Familie Zwangsarbeit in der Landwirtschaft leisten. Im Mai 1945 kehrte sie nach Osiek zurück. 2016 starb sie im Alter von 89 Jahren.

„Es gab viele Juden in unserem Dorf. Alle wurden erschossen. Ich denke, das geschah 1942. Die Nazis sammelten alle Juden in den Bergen und erschossen sie. Diejenigen, die nicht getötet wurden, wurden in eine Grube geworfen und mit Staub bedeckt. [...] Mein Großvater erzählte darüber. Als Kinder gingen wir in die Berge, um zu sehen, was dort geschah.“ Über dieses Massaker an der jüdischen Bevölkerung berichtet der 1933 in der ukrainischen Ortschaft Stara Ushytzia geborene Pavlo Levytsky seiner Enkelin Yulia Levytska. Als er in die zweite Klasse kam, begann der Krieg. Nach dem Tod seiner Eltern im Zweiten Weltkrieg lebte er ab 1946 in einem Waisenhaus. Später arbeitete er als Feuerwehrmann.

„1943 war ich 17 Jahre alt und wurde dann eingezogen zum Reichsarbeitsdienst und zwar nach Beendigung der 10. Klasse. Dann wurde ich eingezogen nach Burg-Niedergemünden bei Gießen, bei Gießen war das Arbeitsdienstlager, da haben sie uns mehr oder weniger... schikaniert will ich nicht sagen, aber doch militärisch ausgebildet.“ Was der 1926 in Westdeutschland geborene Karl Jüsten als junger Soldat im Zweiten Weltkrieg erlebte, erzählte er seinem Enkel Philipp. Nach dem Abschluss der Schule wurde er in die deutsche Armee eingezogen. Zuerst war er in einem Arbeitslager in Deutschland, anschließend musste er in Frankreich Waffenbunker bauen. Nach dem Krieg heiratete er und wurde Ingenieur.

Die Zeitzeug\_innen berichten in den Interviews über persönliche Erlebnisse und Erfahrungen während der NS-Zeit und im Zweiten Weltkrieg. Mit dem Titel der Jugendbegegnung „Die Geschichte beginnt in der Familie“ ist die Überlegung verbunden, dass die Familie nach wie vor als zentrale Form der Lebensgemeinschaft verstanden werden kann,

Screenshot der Webseite des Jugendbegegnungsprojekts [www.dialogue-of-generations.org](http://www.dialogue-of-generations.org)



100 die unterschiedliche Generationen miteinander verbindet. Die historische Sozialisation eines Menschen kann ganz wesentlich durch Erinnerungen geprägt sein, die von der älteren Generation mündlich an die jüngere weitergegeben werden. Diese persönlichen, alltagsnahen Erinnerungen und Erfahrungen finden gemäß den Kulturwissenschaftlern Jan und Aleida Assmann Eingang in das so genannte kommunikative Gedächtnis, das zeitlich auf 80 bis 100 Jahre befristet ist, mit dem Tod seiner Träger\_innen verlischt und daher auch als „Kurzzeitgedächtnis“ der Gesellschaft bezeichnet werden kann.

Im Rahmen der Jugendbegegnung setzen sich die Jugendlichen an historischen Orten wie Bergen-Belsen oder Auschwitz-Birkenau mit dem Leben und Schicksal verfolgter Familien auseinander. Gleichzeitig begeben sie sich auf eine Spurensuche in die Vergangenheit ihrer eigenen Familien und führen eigenständig Interviews mit Verwandten. Im Sinne der Theorie von Jan und Aleida Assmann sichern sie das familiäre „Kurzzeitgedächtnis“ langfristig im Medium der Videoaufzeichnung.

Aus den Interviews können sich neue Perspektiven auf die Geschichte ergeben, was eine Teilnehmerin der Jugendbegegnung so zum Ausdruck brachte: „Die Familiengeschichten, die ich kennengelernt habe, waren traurig, lustig, eindrucksvoll, ermutigend... Sie haben mir Dinge, die in der Vergangenheit liegen und zu Geschichte geworden sind, so viel näher gebracht, weil es Menschen wirklich passiert ist... Das ist viel wertvoller als ein Aufsatz in unseren Geschichtsbüchern.“ Damit verweist sie zurecht darauf, dass gerade die alltäglichen Lebensumstände gewöhnlicher Menschen, ihre Werte, Hoffnungen und Sorgen das Verständnis von Geschichte erweitern und zudem Parallelen zum heutigen Leben aufzeigen können. Die Einschätzung der Teilnehmerin, dass Aufsätze in Geschichtsbüchern im Vergleich dazu weniger bedeutsam seien, ist sicherlich eine legitime Sichtweise. Methodisch können diese unterschiedlichen Ansätze des historischen Lernens allerdings nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr bedingt sich Beides. Berichte von Zeitzeug\_innen können mitunter „trocken“ wirkende historische Abhandlungen durch ihren

persönlichen und konkreten Charakter bereichern sowie alternative Perspektiven auf vielleicht verfestigte staatliche Geschichtsbilder bieten. Bei allem angebrachten wertschätzenden und sensiblen Umgang mit den privaten Erinnerungen war es den Teamenden der Jugendbegegnung allerdings wichtig, dass sich die Teilnehmenden in Quellenkritik üben, sich den subjektiven Charakter und die teilweise fehlende Kontextualisierung der individuellen Geschichten bewusst machen und diese immer auch im Zusammenhang mit anderen Quellen zu interpretieren versuchen.

Die fertigen Interviewzusammenhänge sind in digitaler Form auf der Webseite [www.dialogue-of-generations.org](http://www.dialogue-of-generations.org) präsentiert. Wie im Fall der eingangs erwähnten Personen handelt es sich bei den Befragten um Menschen, die die Zeit des Nationalsozialismus, Stalinismus oder Zweiten Weltkriegs selbst erlebt haben. Interviewt wurden aber auch Menschen, die erst nach 1945 geboren wurden und deren Vorfahren nicht mehr leben. In diesen Fällen lag der Fokus auf der Frage, was diesen Personen wiederum von ihren Eltern oder Großeltern noch zu Lebzeiten erzählt wurde. Der

Strukturierungsgrad der Interviews ist unterschiedlich; teilweise ist er gering und wurden die Befragten gebeten, möglichst frei, ohne Unterbrechung zu erzählen, manchmal ist er hoch und stellten die Interviewer\_innen verschiedene Zwischenfragen. Bei den Interviews handelt es sich um jeweils 15-minütige Zusammenschnitte von Passagen, die von den Jugendlichen als besonders prägnant ausgewählt wurden. Jedes Interview ist in der Landessprache mit englischen Untertiteln sowie den dazugehörigen Transkripten abrufbar.

2017 begann die mittlerweile dritte Auflage des Jugendbegegnungsprojekts. Zwischen Juli 2017 und März 2018 kommen die Teilnehmenden im Alter von 16 bis 24 Jahren zu drei mehrtägigen Treffen in der Ukraine, in Polen und in Deutschland zusammen. Bei der ersten Begegnung im ukrainischen Lviv empfanden die Teilnehmenden ein Gespräch mit dem Zeitzeugen Stepan Horechy als besonders eindrücklich. Horechy war während des Zweiten Weltkriegs im ukrainischen Widerstand der im Untergrund wirkenden Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) aktiv, wo er für die Verteilung wichtiger Informationen verantwortlich war. Aufgrund dieser Aktivitäten wurde er von den sowjetischen Besatzern als politischer Häftling festgenommen und in verschiedene Gulag-Lager deportiert. Nach dem Gespräch war es den polnischen und deutschen Teilnehmenden ein wichtiges Bedürfnis, im Dialog mit den Jugendlichen aus der Ukraine mehr über den ukrainischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg zu erfahren und diesen Themenkomplex, auch vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage in dem Land, besser verstehen und (kritisch) einordnen zu können.

Während der zweiten Begegnung im November in Polen ergaben sich unter anderem bei einem Workshop zu jüdischem Leben vor der Verfolgung in der Stadt Oświęcim sowie anhand einer Sammlung von Fotoalben jüdischer Familien im ehemaligen Saunagebäude von Auschwitz-Birkenau wichtige Anknüpfungspunkte zum Thema Familiengeschichte. Von besonderem Interesse war für die Jugendlichen, mehr darüber zu erfahren, wie es einzelne Menschen geschafft haben, zu überleben.

Nach der ersten Begegnung in der Ukraine führten die Teilnehmenden Interviews mit ihren Angehörigen, die sie einander in Polen vorstellten. Im Zuge des Austauschs über die Familiengeschichten ergaben sich durchaus heraus-

fordernde Situationen. So wurde einer Teilnehmerin aus Polen beispielsweise die Frage gestellt, wie sie dazu steht, dass ihr polnischer Großvater eine anti-ukrainische Haltung hatte und ob sie diese teile. Davon ausgehend war es für die Jugendlichen sehr wichtig festzustellen, dass sie die Vorurteile und Ressentiments ihrer Großeltern gegenüber Angehörigen der jeweils anderen Nation nicht teilen.

Die dritte und letzte Begegnung findet im März 2018 in Deutschland statt. Die Jugendlichen werden die Gedenkstätte Bergen-Belsen besuchen und sich dort insbesondere mit lebensgeschichtlichen Video-Interviews von Bergen-Belsen-Überlebenden auseinandersetzen. Zudem sollen die finalen Versionen der Interviewzusammenschnitte auf der Projektwebseite erscheinen. Dank einer Förderung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks aus Mitteln des Auswärtigen Amts werden sämtliche Interviewtexte bis Frühjahr 2018 in deutscher, polnischer, ukrainischer und englischer Sprache auf der Webseite abrufbar sein.

# Fortbildungen für Multiplikator\_innen

Monika Brockhaus, Katrin Unger



102 Ein Schwerpunkt der Arbeit der Abteilung Bildung und Begegnung lag 2017 in der Ausweitung der Angebote speziell für Multiplikator\_innen. Die Gedenkstätte Bergen-Belsen bietet für Referendar\_innen, Lehrkräfte und Multiplikator\_innen der Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit eine Reihe von Fortbildungen an. Die Veranstaltungen geben einen Überblick über die komplexe Geschichte Bergen-Belsens als Kriegsgefangenen- und Konzentrationslager sowie Displaced Persons Camp; auch die Geschichte der Gedenkstätte wird thematisiert. Daneben richten die Veranstaltungen ihren Fokus auf die Grundsätze der pädagogischen Arbeit der Gedenkstätte als außerschulischem Lernort und stellen konkret die Bildungsarbeit am Ort vor: Die Teilnehmenden lernen verschiedene Materialien und Methoden kennen, die in der Bildungsarbeit eingesetzt werden können. Neben diesem inhaltlichen Teil werden sowohl organisatorische als auch praktische Fragen zur Vor- und Nachbereitung einer Exkursion in die Gedenkstätte Bergen-Belsen besprochen. Diese doppelte Zielsetzung soll zur Professionalisierung der Multiplikator\_innen beitragen und

konkret verdeutlichen, wie ein Gedenkstättenbesuch einer Gruppe gemeinsam mit den Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte gestaltet werden kann.

Die Fortbildungen dauern jeweils – wenn nicht anders angekündigt – sechs Stunden; die Teilnahme ist kostenfrei. Die Zahl der Teilnehmenden ist auf jeweils 20 begrenzt, um einen intensiven Austausch zu ermöglichen. Als ein besonderes Angebot öffnet die Dauerausstellung für Teilnehmer\_innen dieser Fortbildungen bereits um 9:30 Uhr, um bereits vor Beginn der Veranstaltung einen Besuch zu ermöglichen.

Einige Fortbildungen richteten sich an spezifische Ziel- bzw. Berufsgruppen, wie z.B. Referendar\_innen. Der Besuch einer Gedenkstätte mit einer Lerngruppe stellt besonders für Referendar\_innen als Berufseinsteiger\_innen eine besondere Herausforderung dar. Die Fortbildungen wollen hier Hilfestellungen geben und auf die besonderen Bedürfnisse der Teilnehmenden eingehen. Thema ist hierbei immer wieder, Anknüpfungspunkte an curriculare Vorgaben zu finden und so den Gedenkstättenbesuch gelingend in die Unterrichtsplanung und Durchführung einzubetten. So fanden

einige frei ausgeschriebene Fortbildungen für Referendar\_innen aller Fächer und Schulformen statt. Aber es nehmen auch regelmäßig Studienseminare, die auf das Lehramt verschiedener Schulformen vorbereiten, das Angebot für Referendarsgruppen der Gedenkstätte wahr und kommen im Rahmen der regulären Studienseminare als feste Lerngruppen.

Erstmals gestaltete die Gedenkstätte einen Infotag für Schulleitungen aller Schulformen, um zum inhaltlichen Austausch einzuladen und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Gedenkstätte zu stärken: Für die Verankerung der Gedenkstättenbesuche im Schulleben und der Schulkultur ist die Anbindung an die Schulleitung wichtig. Zentral ist auch, dass die Schulleitungen über Wissen zu inhaltlichen Möglichkeiten und Chancen eines Gedenkstättenbesuches verfügen; aber auch die Kenntnis organisatorischer Fragen ist unabdingbar. Thema in dieser Veranstaltung sind daher auch Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schulen und der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Andere Fortbildungen hatten außerschulische Multiplikator\_innen zum Beispiel aus der Jugend- und Erwachsenenbildung oder der kirchlichen Jugend-



des Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers Bergen-Belsen und diskutierten im Besonderen Fragen zu den Strafverfolgungen der Täter\_innen am Beispiel des ersten Belsen Prozesses. Hinzu kommt die Beschäftigung mit Fragen, die sich der Motivationslage und der Beteiligung an Verbrechen widmet. Dieser Punkt bietet die Möglichkeit, ausgehend von historischen Ereignissen die (eigene) Gegenwart sowie Rolle und Verantwortung als Bundeswehrangehörige\_r zu reflektieren und in einen Austausch mit den Kolleg\_innen zu kommen.

Im Oktober 2017 fand die zweite Reise niedersächsischer Lehrkräfte nach Israel statt. Den Rahmen für diese Fortbildung bietet die Kooperationsvereinbarung, die das Land Niedersachsen mit der Gedenkstätte Yad VaShem in Jerusalem/Israel im Mai 2016 geschlossen hat. Den Schwerpunkt der Reise bildete ein mehrtägiges Bildungsprogramm in Yad VaShem. Die Teilnehmenden besuchten die Ausstellung und das Außengelände mit der Vielzahl von Denk- und Mahnmalen. In verschiedenen Workshops wurden das Konzept der Bildungsarbeit vorgestellt, diverse Materialien erprobt und auf ihrem Einsatz im eigenen schulischen Bildungskontext beleuchtet. Das Reiseprogramm wurde 2017 unter anderem erweitert durch den Besuch zweier Schulen in Bethlehem/ Westjordanland sowie dem Kennenlernen der Bildungs- und Begegnungsstätte Givat Haviva. Die Reise nach Israel wurde durch ein intensives zweitägiges Vorbereitungsseminar in der Gedenkstätte Bergen-Belsen und ein weiteres zur Nachbereitung in der Gedenkstätte Augustaschacht in Osnabrück gerahmt. In dieser Form bietet die Fortbildung die Möglichkeit, intensiv zur deutschen und israelischen Erinnerungskultur zum Nationalsozialismus zu arbeiten und im Besonderen Fragen des Bedarfes nach Zusammenarbeit zwischen Schulen und Gedenkstätten zu diesem Thema in den Blick zu nehmen. Da diese Chance nur unzureichend genutzt wurde, wird hoffentlich eine für 2018 geplante Arbeitsgruppe aus Teilnehmenden der Fortbildungen 2016 und 2017, eine Intensivierung der Kooperationen zwischen Schulen und Gedenkstätten diskutieren und Konzepte dafür umsetzen.

Eine Teilnehmerin an einer Fortbildung für Multiplikator\_innen nutzt im Außengelände ein Quellenblatt der Gedenkstätte Bergen-Belsen. • Franziska Krusch

Multiplikator\_innen auf dem ehemaligen Lagergelände im Gespräch • Franziska Krusch

Multiplikator\_innen erproben den multimedialen Gelände Guide der Gedenkstätte Bergen-Belsen. • Franziska Krusch

arbeit im Blick, deren Fragen, Herangehensweisen und auch Zielgruppen sich von schulischen Multiplikator\_innen deutlich unterscheiden.

Einige Fortbildungsangebote stellten bestimmte Themen in den Mittelpunkt. Sie richteten sich beispielsweise an Multiplikator\_innen, die im Rahmen einer internationalen Begegnung oder eines Schüler\_innenaustausches die Gedenkstätte besuchen wollten. Die Fortbildung zeigte auf, welche Fragestellungen gerade mit internationalen Gruppen am historischen Ort aufgegriffen und wie unterschiedliche Perspektiven auf Geschichte und Erinnerung sichtbar gemacht werden können. Auch Fragen des gemeinsamen Erinnerns und Gedenkens wurden besprochen. Ein anderes Beispiel für ein themenorientiertes Format ist eine Fortbildung mit dem Titel „Bergen-Belsen als Ort des Erinnerns.“ Neben einem Überblick über die Vielschichtigkeit (der Geschichte) des Ortes, wurde die Bildungsarbeit der Gedenkstätte zum Thema Erinnerungskultur vorgestellt. Die Teilnehmenden lernten verschiedene Materialien, Quellen und Methoden kennen und erproben diese zum Teil selbst.

Ein weiteres Fortbildungsangebot orientierte sich an den Bedarfen von Multiplikator\_innen, die im Auftrag anderer Institutionen – wie z.B. der Villa-ten-Hompel oder des Franz-Hitze-Hauses in Münster – die Geschichte Bergen-Belsens vermitteln und Bildungsveranstaltungen durchführen. Ziel dieses Formates ist die Qualifizierung und Professionalisierung dieser Multiplikator\_innen, indem zum einen Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte über die Bildungsarbeit der Gedenkstätte und ihr Konzept informieren, die Teilnehmenden aber auch ihr eigenes Handeln am Ort reflektieren und ein Erfahrungsaustausch stattfindet.

Diese verschiedenen Angebote wurden sehr gut angenommen und sollen daher in den nächsten Jahren in einem Fortbildungsprogramm verstetigt und weiter ausgebaut werden.

Neben der Verstetigung der eintägigen Fortbildungen erweitert die Gedenkstätte ebenso die mehrtägigen Angebote für Multiplikator\_innen. 2017 konnte die Zusammenarbeit mit der Fliegerfachschule Faßberg intensiviert werden. Hier wurden insgesamt neun Seminartage mit drei Gruppen durchgeführt. Die Teilnehmenden arbeiteten intensiv zur Geschichte





und Materialien zum Einstieg in Bildungsveranstaltungen vorgestellt und ausprobiert. Angeregt diskutiert wurden der Einsatz von historischen Fotografien und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Grenzen.

Einen großen Teil des Tages nahm der Besuch des Außengeländes ein, wo sich die Teilnehmenden intensiv damit auseinandersetzten, welche Themen und Fragestellungen an welchen Orten angebracht sind und wie Materialien eingesetzt werden können, um mit der Gruppe ins Gespräch zu kommen und ihr so einen eigenen Zugang zum Gelände zu ermöglichen.

Am ersten Dezemberwochenende folgte der zweite Teil der Qualifizierung; zwischen den Seminartagen hospitierten die Anwärter\_innen bei verschiedenen erfahrenen Kolleg\_innen des Besucherdienstes, um erste Eindrücke über den Ablauf von Führungen, Methoden und Konzepte zu bekommen. Da das Außengelände der Gedenkstätte sehr groß ist und beim ersten Mal nicht alles besucht werden konnte, diente der Vormittag des ersten Tages dazu, diese Leerstellen zu füllen. Dazu hatten die Teilnehmenden die Aufgabe, sich das

Gelände mit dem digitalen Geländeguide zu erschließen. Dies sollte den neuen Kolleg\_innen zum einen eine Vorstellung vom Ausmaß des Geländes ermöglichen, zum anderen sollten sie schon zu Beginn ihrer Tätigkeit den digitalen Geländeguide mit seinen Potentialen und Einsatzmöglichkeiten kennenlernen. Am Nachmittag lag der Fokus auf dem Erkunden der Ausstellung. Deren Aufbau und zentrales Medienkonzept wurden vorgestellt; Schwierigkeiten und Möglichkeiten bei der Arbeit mit Gruppen in der Ausstellung wurden diskutiert, außerdem konkrete Methoden für eine Gruppenarbeit vorgestellt und ausprobiert. Am Sonntag wurden Übungen zum Selbst- und Rollenverständnis durchgeführt, wie etwa das Modul „Vollkommen sind wir nicht“, das auf spielerische Weise die eigenen Vorstellungen sowie Selbst- und Fremdansprüche an das eigene Berufsfeld bewusst macht und nebenbei der Aktivierung der Teilnehmenden dient. Der Nachmittag gab dann in Kleingruppen Anstöße zum Erarbeiten des eigenen Führungskonzeptes bzw. zum Austausch über die bisher bei den Hospitationen wahrgenommenen Methoden, Inhalte und Abläufe. Die neuen

Kolleg\_innen sind sehr motiviert und werden unser Team neben vielen Kompetenzen auch durch verschiedene Fremdsprachen, z.B. Polnisch, Tschechisch, Spanisch und Russisch, ergänzen.

105

Übungen aus „Verunsichernde Orte“ bei einer Fortbildung für den Besucherdienst • Nicola Schlichting

Kolleginnen probieren Methoden zur Steuerung gruppendynamischer Prozesse aus • Sabine Bergmann

Teilnehmende beim Workshop zur Fotoanalyse während des Seminars für Honorarkräfte • Nicola Schlichting

Neue Kolleginnen für den Besucherdienst reflektieren über ihr Selbstverständnis als Guide • Katrin Unger

# Lernen in der Schule und Lernen in einer Gedenkstätte

Marc Ellinghaus, Petra Höxtermann, Joachim Kasten, Doreen Krohne



106 Zwei Drittel der über 1000 Gruppen, die die Gedenkstätte Bergen-Belsen im Rahmen ihrer Bildungsangebote betreut, kommen aus der Schule. So ergeben sich täglich mehrmals spannende Konstellationen und Settings zwischen Guides und Teamer\_innen der Gedenkstätte, Lehrerinnen und Lehrern und den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern. Wie so oft ist für den Ausgang dieser Begegnungen entscheidend, die verschiedenen Perspektiven aller Beteiligten wahrnehmen zu können und mit ihnen wertschätzend umzugehen. Daher befassen sich die Autor\_innen, die in der Bildungsarbeit der Gedenkstätte Bergen-Belsen aktiv sind, im Folgenden in verschiedener Hinsicht mit der Ausgangssituation dieser wichtigen Zusammenarbeit zwischen Gedenkstätte und Schule.

Unterschiedliche Perspektiven ergeben sich aus der jeweiligen Rolle der Beteiligten in der Besuchssituation und aus der Beziehung zwischen Lerngruppe und Lehrkraft in der Schule, aus den unterschiedlichen (gesellschaftlichen) Aufträgen der jeweiligen Einrichtung, die die Beteiligten vertreten, und aus den individuellen Erfahrungen, Erwartungen, „Missionen“ und Standpunkten der Beteiligten zu den

betrachteten NS-Verbrechen, zur Erinnerung und Erinnerungskultur an diese Verbrechen und zum konkreten Gedenkstättenbesuch.

Dass die NS-Verbrechen erinnert, also vermittelt werden müssen und eine aktive Auseinandersetzung damit erfolgen muss und dass dabei den konkreten historischen Orten eine wichtige Bedeutung zukommt, ist nach wie vor breiter gesellschaftlicher Konsens und gemeinsame Grundlage der Zusammenarbeit von Lehrer\_innen, Schüler\_innen und Gedenkstättenmitarbeiter\_innen.

Zugleich sollen Gedenkstätten in der öffentlichen Wahrnehmung der Ort zur Immunisierung junger Menschen gegen rechtsextreme Indoktrination sein – ein Auftrag, der von den Gedenkstätten seit jeher kritisch und als unrealistisch und unangemessen gesehen wird. Insbesondere die mit diesem „Auftrag“ häufig verbundene Erwartung einer Schockpädagogik muss seitens der Gedenkstätten mit dem Verweis auf das Überwältigungsverbot zurückgewiesen werden.

Gedenkstätten-Teamer\_innen und -Guides müssen den Unterrichtszusammenhang, in dem die Besuche der Lerngruppen stattfinden, verstehen, eine

(letztlich individuelle) Einschätzung des Kontext- und Vorwissens der Teilnehmenden gewinnen, Stimmungen, Dynamik und Heterogenität einer Gruppe wahrnehmen, mit der sie einen halben und im Idealfall einen oder einige Tage verbringen.

Lehrerinnen und Lehrer, die mit ihrer Lerngruppe die Gedenkstätte besuchen, werden Ihre Aufgabe als Lehrer\_in teils an Guides und Teamer\_innen delegieren und sich auf einen Lernort einlassen müssen, der nicht nur außerschulisch im Sinne von aushäusig ist, sondern auch außerhalb des Systems Schule steht und dessen eigene Aufträge und Gesetzmäßigkeiten eine besondere, nicht schulische Lernsituation ermöglichen, die sowohl dem Auftrag der Gedenkstätte als auch den Zielen der Lehrkräfte gerecht wird. Wenn das gelingt, macht Bildungsarbeit in Gedenkstätten zufrieden. Damit das gelingt, arbeiten im Besucherdienst der Gedenkstätte Lehrer\_innen mit freien Mitarbeiter\_innen verschiedener Fachrichtungen und Berufe und mit den Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte eng zusammen, bietet die Gedenkstätte ein breites Angebot an Info- und Fortbildungsveranstaltungen für einen Aus-



tausch zwischen schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit und Gedenkstätte und tauschen sich Guides und Lehrkräfte schon vor dem Besuch einer Lerngruppe über Erwartungen, Hintergründe und den Ablauf des Besuches aus.

Perspektiven  
Marc Ellinghaus

Zweck und Existenzberechtigung der NS-Gedenkstätten an Orten ehemaliger Lager ist die Erinnerung an die konkreten Verbrechen, die an diesen Orten begangen wurden und an die Menschen, die von den Tätern zu Opfern dieser Verbrechen gemacht wurden. Daraus ergibt sich auch ihr Bildungsauftrag, der über die Vermittlung historischer Fakten hinausgeht: Kenntnisse über die Geschichte der historischen Orte zu vermitteln und bei den Teilnehmenden eine kritische, eigenständige Auseinandersetzung mit der Geschichte, der Erinnerungskultur und möglichen Schlüssen für die Gegenwart anzustoßen. Die Bildungsangebote von Gedenkstätten richten sich an Menschen jeden Alters und jeder Herkunft, unabhängig davon, was Anlass des jeweiligen Besuches oder Kontakts ist.

Für die Vermittlung in der Gedenkstätte sind Kenntnisse der Teilnehmenden über den historischen Kontext – den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg etc. – zuerst Mittel zum Verständnis der Geschehnisse vor Ort; ähnlich sind historische Kompetenzen bei den Teilnehmenden Bedingung für die Interpretation historischer Informationen und Quellen und zur Argumentation, jedoch nicht Selbstzweck.

Für die Schule ist der konkrete historische Ort zunächst Beispiel und Veranschaulichung für den größeren zu vermittelnden historischen Zusammenhang – statt Bergen-Belsen könnte auch ein anderer historischer Ort als Besuchsziel im jeweiligen Unterrichtskontext gewählt werden. Der Besuch des außerschulischen Lernortes Gedenkstätte rechtfertigt sich aus dem Curriculum, und in im Curriculum erscheint jede Auseinandersetzung mit historischen Gegenständen letztlich als Mittel zum Zweck des Kompetenzerwerbs.

Bewegen sich alle Beteiligten bewusst und gemeinsam in diesem Spannungsfeld ihrer verschiedenen Aufträge und Erwartungen, gelingt häufig beides: Die konkrete Auseinandersetzung mit den

Verbrechen am historischen Ort, mit den Tätern, den Opfern und Folgen und Schlussfolgerungen für die Gegenwart und die Gelegenheit und die Motivation zu historischem Lernen über den Ort und das Thema hinaus.

Das Thema Nationalsozialismus in den niedersächsischen Kerncurricula  
Doreen Krohne

In allgemein bildenden Schulen wird jeder Unterricht auf der Grundlage von Kerncurricula erteilt. Hier sind für das jeweilige Fach die verbindlich erwarteten Lernergebnisse konkretisiert sowie die unterschiedlichen Kompetenzen formuliert.

Das Thema NS kann in verschiedenen Fächern beispielsweise bei einer entsprechend ausgewählten Lektüre oder einer Bildbetrachtung aufgegriffen werden. Im Fach Religion sind denkbare

Selbständige Arbeit in der Dauerausstellung

• Jesco Denzel

Reflexionsphase • Jesco Denzel

Kleingruppenarbeit • Jesco Denzel

Lernfeld	Kompetenz	Schülerinnen und Schüler ...
Individuum und soziale Welt	Urteils-kompetenz	... reflektieren Kriterien der Menschenwürde
Herrschaft und politische Ordnung	Orientierungs-kompetenz	... benennen Grundzüge der Ideologie des NS und beschreiben Formen und Folgen der Durchsetzung
	Urteils-kompetenz	... beurteilen Formen der Erinnerungskultur
Zeit und Wandel	Orientierungs-kompetenz	... beschreiben und strukturieren den außenpolitischen Weg in den 2. Weltkrieg und stellen Verlauf, Charakter und Folgen im Überblick dar
		... beschreiben Phasen, Formen und Ausmaß der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens und Kultur (Holocaust)
		... beschreiben das Leid der Opfer von Gewaltherrschaft, Flucht und Vertreibung
	Urteils-kompetenz	... erörtern Charakter, Ursachen und Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges
		... diskutieren die aus den Verbrechen des NS abgeleitete besondere Verantwortung der Deutschen

Beispiel Integrierte Gesamtschule (Auszug aus dem KC Gesellschaftslehre)

108 Inhalte für den Kompetenzerwerb im KC der Oberschule aufgelistet, die einen NS-Bezug ermöglichen, wie Judentum, Menschenrechte und den Einsatz dafür u.a. durch Dietrich Bonhoeffer oder Sophie Scholl, Menschenwürde oder Kirche im NS. Jedoch sollten in der Schule Absprachen der Fachbereiche erfolgen, um eine Überfrachtung mit diesem Thema zu vermeiden.

Explizit wird die komplexe Thematik des Nationalsozialismus in allen Schulformen der Sekundarstufe I in den 9. bzw. 10. Klassen dem Fach Geschichte zugeordnet, und somit liegt hier die zentrale Vermittlung.

Zur Funktion eines Gedenkstättenbesuches in der Behandlung des NS im Unterricht

Joachim Kasten

Eine „normale“ Schulklasse der Sekundarstufe I besucht die Gedenkstätte Bergen-Belsen im neunten, zumeist aber eher im zehnten Schuljahr. Die Lehrkraft hat den Besuch oft bereits ein Jahr im Voraus angemeldet. Dies bedeutet, dass sie plant, der Besuch stünde am Anfang, mitten in oder am Ende der Unterrichtseinheit. Für diese Planung gibt es inhaltliche und organisatorische Faktoren: In-

haltlich kann es sein, dass man im Sinne einer induktiven Vorgehensweise die Schüler am Anfang der Unterrichtseinheit mit einem Ort der NS-Verbrechen konfrontieren möchte, um die sich daraus ergebenden Frage- und Problemstellungen in den folgenden Stunden aufzugreifen und abzuarbeiten. Oder dass man es für unerlässlich hält, dass im Unterricht zunächst ein mehr oder weniger solides Grundwissen über die NS-Zeit vorhanden sein muss, damit ein Ort wie Bergen-Belsen überhaupt sinnvoll erfasst und eingeordnet werden kann. Diese Haltung spräche eher für einen Besuch in der Mitte oder am Ende der Einheit. In der Praxis ist festzustellen, dass bei den meisten Lehrkräften aber die organisatorischen Faktoren eine größere Relevanz haben: Der Besuch muss im Rahmen des schuleigenen Kalenders verortet, andere Fahrten, Projekte, Prüfungsthemen etc. müssen berücksichtigt werden. Insofern ergeben sich dann auch bei der inhaltlichen Funktion Abstriche. Generell erwarten Lehrkräfte, dass der Besuch in Bergen-Belsen das Thema „Nationalsozialismus“ veranschaulicht, vertieft oder problemorientiert aufreißt. Eine Emotionalisierung ist häufig erwünscht, eine explizite politische Warnung an die Schüler\_innen gilt

als selbstverständlich. Den skizzierten Erwartungen und Rahmenbedingungen muss sich der Guide in der Betreuungssituation stellen.

Gedenkstättenbesuch einer 9./10. Klasse – zwischen echtem Interesse und „Pflichtprogramm“  
Petra Höxtermann

Das Vorwissen und die Erwartungshaltung gegenüber einem Gedenkstättenbesuch in der 9. oder 10. Klasse sind sehr unterschiedlich.

In der Regel haben die Schüler\_innen das Thema Nationalsozialismus im Unterricht behandelt. Sie kennen oft Begriffe wie „NS-Ideologie“ oder „Konzentrationslager“ – aber nicht alle Gruppen können diese auch erklären. Dass es in Bergen-Belsen ein Kriegsgefangenenlager gegeben hat, wissen beispielsweise nur sehr wenige.

Darüber hinaus beschäftigen sich einzelne Jugendliche auch außerschulisch mit den Themen „Nationalsozialismus“, „Konzentrationslager“ und „Judenverfolgung“. Sie nutzen dafür verschiedenste Angebote: Filme und Dokumentationen, Bücher oder Museen bzw. Gedenkstätten. Aber auch das Gespräch mit Eltern und Großeltern wird immer wieder genannt.

Die meisten Lernenden kommen mit einem echten Interesse an die Gedenkstätte. Sie wollen gerne mehr über den Nationalsozialismus wissen und sich mit dem Thema auseinandersetzen. Dementsprechend stellen sie Fragen und bringen sich aktiv in Gespräche ein.

In jeder Gruppe gibt es aber auch Jugendliche, die – zumindest geben sie das vor – sich nicht für den historischen Ort, den Nationalsozialismus bzw. generell für Geschichte interessieren. Obwohl sie das so kommunizieren, hören sie aber in den meisten Fällen dennoch zu, und oft ist am Ende des Besuches doch ein gewisses Interesse zu erkennen.

Ganz gleich, mit welchem Vorwissen oder mit welcher Erwartungshaltung die Gruppen an die Gedenkstätte kommen, ist es für die Guides sehr hilfreich, wenn die Lehrkräfte z.B. per eMail bereits vor dem Besuch Kontakt aufnehmen, um Besonderheiten entweder zu erfragen oder anzusprechen. Je genauer die Absprachen im Vorfeld erfolgen, desto passgenauer kann der Besuch geplant bzw. durchgeführt werden.

# Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) in der Gedenkstätte Bergen-Belsen

Nicola Schlichting



Die Gedenkstätte Bergen-Belsen stellt jedes Jahr zwei Plätze im FSJ Politik zur Verfügung. Zum 1. September 2016 starteten Ilka Witte und Julian Harm ihr Freiwilligenjahr. Die Eingewöhnungszeit ist jedes Jahr spannend, wenn auch nicht immer einfach. Der Ort des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers und die Thematik können erdrückend sein, und es ist bewundernswert, wie junge Menschen damit umgehen. Nach den ersten Orientierungswochen werden die Freiwilligen zunehmend selbstständig, entwickeln Eigeninitiative und erste Ideen für eigene Projekte. Als eine der ersten Aufgaben arbeiten sie sich in die Tätigkeit als Guide ein und entwickeln ein eigenes Konzept für einen dreieinhalbstündigen Rundgang. Diese anspruchsvolle Aufgabe haben Ilka und Julian hervorragend bewältigt. Sie waren uns eine große Hilfe und haben unsere Arbeit täglich bereichert.

Rückblick auf mein FSJ in der Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Ilka Witte

Es war ein Jahr voller Erfahrungen, aus denen ich persönlich sehr viel mitnehmen konnte. Diese Erfahrungen habe ich zum einen aus den Führungen gewonnen, die einen großen Teil meiner Arbeit ausmachten. Es war eine gute Erfahrung, zu sehen, wie Konzepte funktionierten, die ich mir selbst erarbeiten durfte. Zum anderen wurde es nie langweilig. Ich konnte an vielen Veranstaltungen und Seminaren teilnehmen oder dort mitwirken, wie etwa bei der Bergen-Belsen International Summer School.

Eine andere und wohl die wichtigste Veranstaltung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen ist die jährliche Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung, wo ich Ansprechpartnerin für die angereisten KZ-Überlebenden war. Die Menschen kennenzulernen, die das, worüber ich in den Führungen sonst nur berichte, tatsächlich erlebt haben, war sehr bewegend.

Es war sehr interessant, mich mit den Schicksalen einzelner Bergen-Belsen-Überlebender genauer zu beschäftigen. Mehrmals sah ich mir daher lebensge-

schichtliche Interviews aus dem Bestand der Gedenkstätte an. Wenn ich den Menschen zuhörte, wie sie über ihre grausamen Erfahrungen, aber auch schöne Zeiten vor und nach dem Krieg berichten, das war für mich sehr inspirierend.

Die vielen verschiedenen Menschen, die ich kennengelernt habe, hinterließen bei mir einen bleibenden Eindruck. Diese Begegnungen waren Höhepunkte meines FSJ.

Natürlich habe ich in dem Jahr in Bergen-Belsen auch viele Fakten gelernt. Immer mehr darüber zu erfahren, wozu Menschen fähig sein können, ging nicht spurlos an mir vorbei. Fakten über die NS-Zeit kann man meiner Meinung nach nicht stumpf auswendig lernen wie Zahlen und Formeln. Mich so ausführlich mit der KZ-Thematik auseinanderzusetzen, brachte mir Lerneffekte in vielerlei Hinsicht. Ich möchte behaupten, dass ich in meinem FSJ etwas fürs Leben gelernt habe – sofern man das mit 20 behaupten kann. Ich würde es jederzeit wieder machen.

Bei der Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung  
• Daniel Tonn

Ilka Witte und Julian Harm lesen die Namen der 2017 verstorbenen ehemaligen Häftlinge vor. • Daniel Tonn

# Arbeiten mit Gruppen auf dem Gelände der Gedenkstätte

Sabine Bergmann



110 „Die Bildungsfahrt nach Bergen-Belsen hat mir sehr gut gefallen, da wir viele Einblicke in die Zeit des damaligen Konzentrationslagers erhalten haben. Dadurch, dass wir eine ganze Woche dort verbracht haben und nicht nur einige Stunden, wie die meisten Besucher, war die Zeit in Bergen-Belsen sehr intensiv.“ Dies ist die Bilanz einer Auszubildenden nach einer Seminarwoche in der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers Bergen-Belsen fand während dieser Woche nicht nur in den Seminarräumen und in der Ausstellung der Gedenkstätte Bergen-Belsen statt. Neben der inhaltlichen Beschäftigung wurden Arbeiten im Gelände durchgeführt. Die Auszubildenden setzten mit viel Engagement ihre handwerklichen Fähigkeiten unter Anleitung ihrer Ausbilder\_innen für Pflege- und Instandhaltungsarbeiten im Gelände ein.

Das heutige Areal der Gedenkstätte Bergen-Belsen umfasst etwa 70 Hektar und deckt nun das gesamte historische Lagergelände des früheren Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers ab.

Nach Kriegsende begann man mit der

Planung einer Gedenkstätte in dem Bereich der Massengräber, die dann 1952 eingeweiht wurde. In diesem Bereich des Gedenkstättenengeländes erinnern heute Mahnmale, Gedenksteine, Massengräber und wenige Einzelgräber an die ehemaligen Häftlinge. Der restliche ehemalige Lagerbereich wurde als Teil des NATO-Truppenübungsgeländes wirtschaftlich genutzt und erst 2009 der Gedenkstätte übergeben. In diesem Bereich befinden sich freigelegte Fundamentreste. Waldschneisen zeichnen den Verlauf der ehemaligen Lagergrenze nach und Lichtungen den ehemaligen Standort von Gebäuden.

Dieses Konzept der Geländegestaltung und die Größe des Geländes stellen eine pflegerische Herausforderung dar. Neben professionellen Firmen für Landschaftspflege und Steinmetzarbeiten wird die Gedenkstätte von unterschiedlichen Gruppen bei Pflege- und Erhaltungsarbeiten unterstützt. In den letzten Jahren haben Gruppen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Zeitfenstern im Gelände der Gedenkstätte gearbeitet. Von eintägigen Pflegemaßnahmen über zweitägige Aufforstungsprojekte bis hin zu einwöchigen Seminaren, in denen

handwerklich fundierte Arbeiten durch Auszubildende ausgeführt wurden, sind unterschiedliche Settings möglich. Im Vorfeld des Besuchs werden die Möglichkeiten des Arbeitseinsatzes eruiert und abgestimmt. Dadurch entwickelt sich ein konkretes Projekt, das auf die spezifischen Fertigkeiten der Gruppe zugeschnitten ist.

Sensibilität für den Ort ist bei einem Arbeitseinsatz ebenso gefordert wie die handwerkliche Arbeit. Das aktive Handeln eröffnet eine andere Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit dem Ort und bietet einen Zugang zur Geschichte von Bergen-Belsen.

Jeder Einsatz beginnt mit der Vermittlung der Geschichte des Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers und deren Nachgeschichte; das Programm umfasst eine Führung über das Gelände und durch die Ausstellung. Auf die konkrete Geschichte des jeweiligen Einsatzortes im Gelände wird besonders eingegangen.

Im Folgenden werden drei Beispiele von unterschiedlichen Gruppen vorgestellt, die regelmäßig helfen, das Gelände der Gedenkstätte zu pflegen.

Im April fand eine Seminarwoche mit Auszubildenden des Niedersächsischen



Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz in der Gedenkstätte Bergen-Belsen statt. Die jungen Männer und Frauen unterschiedlicher Ausbildungsberufe, wie zum Beispiel Wasserbau, Tischlerei, Fachinformatik, Bauzeichner und Verwaltung setzten sich in der Woche intensiv mit der Geschichte des Ortes Bergen-Belsen auseinander und führten unter Anleitung ihrer Ausbilder\_innen dringend notwendige Absicherungen an einem denkmalgeschützten Wasserbecken im Bereich des ehemaligen Frauenlagers aus. Am und im Wasserbecken wurde Bewuchs entfernt und ein Zaun zum Schutz der baulichen Reste gezogen. Durch Fotos, die in den Tagen nach der Befreiung an diesem Ort entstanden sind, kannten die Auszubildenden den Zustand des Wasserbeckens und seiner Umgebung aus der Zeit nach der Befreiung des Lagers. Diese Eindrücke, verbunden mit dem Wissen um das Geschehen in diesem Lagerteil, das durch Zeitzeugenberichte vermittelt wurde, gaben Anlass zu intensiver Auseinandersetzung mit den Ereignissen an diesem Ort, zum Austausch von Gedanken, Eindrücken und Diskussionen. Die Geschichte war während der

Arbeit präsent, wurde reflektiert und führte zu der Frage, welche Bedeutung sie für die Gegenwart habe.

Des Weiteren wurden Stufen am Rundweg entfernt und er durch eine barrierefreie Verlegung der Platten rollstuhlgerichtet hergerichtet. Ferner wurden Erhaltungsarbeiten am Rundweg und gärtnerische Pflegearbeiten durchgeführt. Selbst Schneeregen und Hagelschauer konnten die qualitativ hochwertige Arbeit nicht bremsen.

Schülerinnen und Schüler des 9. Jahrgangs der IGS Linden (Hannover) kommen seit Jahrzehnten regelmäßig zu Wochenseminaren in die Gedenkstätte Bergen-Belsen, und Pflegemaßnahmen im Gelände sind Bestandteil des Seminarprogramms. Die Klassen sind in unterschiedlichen Bereichen des Geländes mit dem wichtigen Rückschnitt der Traubeneiche betraut. Methoden der politisch-historischen Bildung werden mit Pflegearbeiten im Gelände kombiniert. Die handwerkliche Tätigkeit gibt den Schüler\_innen die Möglichkeit, das Gehörte mit dem Ort in Verbindung zu bringen, zu reflektieren und in den Austausch zu kommen. Eindrücke und Empfindungen können so benannt und verarbeitet werden.

Weitere fundierte Unterstützung erfährt die Gedenkstätte Bergen-Belsen fortdauernd durch eine Gruppe des Reservistenverbandes der Deutschen Bundeswehr. 2017 fand der 40. Pflegeinsatz im elften Jahr in Folge statt. Auf forstungs- und Pflegearbeiten bildeten in diesem Jahr den Schwerpunkt der Arbeit, beispielsweise wurde ein alter Kiefernbestand ausgedünnt und von Fremdbewuchs befreit. So konnten topografische Strukturen wieder sichtbar gemacht werden.

Alle diese Gruppen leisten wichtige, wertvolle und notwendige Arbeit auf dem Gelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Die Erhaltungsarbeiten beginnen mit dem Säubern der baulichen Reste eines Wasserbeckens im Bereich des ehemaligen Frauenlagers. • Sabine Bergmann

Zum Schutz der baulichen Reste wird ein Zaun errichtet. • Sabine Bergmann

Für einen barrierefreien Rundgang wurden die Stufen eines Weges entfernt, das Gefälle angeglichen und weitere Reparaturarbeiten am Weg durchgeführt. • Sabine Bergmann

Das Wasserbecken nach dem Arbeitseinsatz der Auszubildenden • Sabine Bergmann

Auszubildende des NLWKN beginnen mit der handwerklichen Arbeit im Gelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen. • Sabine Bergmann



## Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

# Grundsteinlegung des neuen Dokumentationszentrums

Jens-Christian Wagner



114 In Anwesenheit von rund 150 geladenen Gästen, darunter auch Angehörige von ehemaligen Gefangenen und Hingerichteten, wurde am 14. September 2017 feierlich der Grundstein für das neue Dokumentationszentrum der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel gelegt. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt betonte in ihrer Eigenschaft als Stiftungsratsvorsitzende der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten die herausgehobene Stellung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel für die Auseinandersetzung mit den Justizverbrechen im Nationalsozialismus: „Am Ende wird Wolfenbüttel über die wohl wichtigste Gedenkstätte in Deutschland zum Thema der NS-Justiz verfügen – eine Gedenkstätte, die sich umfassend mit der NS-Justiz, den Opfern, aber auch Tätern und mit den Kontinuitäten und Brüchen nach 1945 auseinandersetzt – und das mit neuen Forschungsergebnissen und innovativen didaktischen Methoden. Mit der Förderung des Neugestaltungsprojektes bekennen sich das Land und der Bund zu ihrer Verantwortung dafür, dass die kritische Auseinandersetzung mit den im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen fest in unserer Erinnerungskultur verankert ist.“

Mit viel Beifall bedacht wurde die Rede von André Charon, Sohn des gleichnamigen ehemaligen Vorsitzenden des belgischen Überlebendenverbandes „Amicale des Prisonniers Politiques Rescapés de Wolfenbüttel“. Als belgischer Widerstandskämpfer hatte der Vater die Haft in Wolfenbüttel überlebt. Sein Sohn hob in seiner Rede die Chancen eines in die Zukunft gerichteten Gedenkortes hervor: „Wenn wir täglich sehen, welche Wendung die Ereignisse in der Welt nehmen, ist es erforderlich, die Werkzeuge für Wachsamkeit und die Bewahrung der Erinnerung bereitzustellen. [...] Was an diesem Ort entstehen wird, ist in der Tat ein außergewöhnliches Werkzeug. Ein wirklicher Ort lebendiger Erinnerung, modern und pädagogisch ausgerichtet, an dem junge und weniger junge Menschen sich informieren und sich bilden können und wo sie erkennen können, welche Mechanismen die Demokratie zerstören.“

Höhepunkt der Veranstaltung war die eigentliche Grundsteinlegung durch Ministerin Frauke Heiligenstadt, Architekt Henner Winkel Müller, Gedenkstättenleiterin Martina Staats und Stiftungsgeschäftsführer Jens-Christian Wagner.

Zuvor hatten Auszubildende von MAN eine in den Grundstein versenkte Kupferrohre mit aktuellen Zeitungen, Münzen und Planungsentwürfen fachgerecht verschlossen.

Kern des Neubaus, der im April 2019 der Öffentlichkeit übergeben werden soll, wird eine umfassende Dauerausstellung sein. Sie soll didaktisch ansprechend und wissenschaftlich fundiert über die Geschichte der Hinrichtungsstätte und des Strafgefängnisses im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit informieren, und sie soll verdeutlichen, wie beschwerlich der lange Weg bis zur Einrichtung der Gedenkstätte im Jahr 1990 war. Dazu gehört auch, darauf hinzuweisen, dass es ohne bürgerschaftliches Engagement vermutlich nie zur Einrichtung der Gedenkstätte gekommen wäre.

Doch nicht nur eine Ausstellung ist für eine moderne Bildungsarbeit in einer Gedenkstätte erforderlich. Bewahren, forschen und vermitteln lauten die Hauptaufgaben eines Museums. All dies wird im neuen Gebäude möglich sein: Zur Bewahrung und Forschung steht im zweiten Obergeschoss eine Dokumentationsstelle zur Verfügung, in der Exponate



und Dokumente, darunter auch viele Originale, fach- und sachgerecht gelagert und erschlossen werden.

Der Bildungsarbeit dienen die Ausstellung und zwei Seminarräume, die im Erdgeschoss zur Verfügung stehen und bei Bedarf zu einem großen Veranstaltungsraum zusammengelegt werden können. Allein das wird einen Quantensprung in der Entwicklung der Bildungs- und Vermittlungsarbeit der Gedenkstätte bedeuten. Hinzu kommt, dass der Neubau, obwohl er sich auf dem Gelände der JVA befindet, von Besuchern ohne Sicherheitskontrolle und vorherige Anmeldung betreten werden kann. Damit wird die Bildungsarbeit der Gedenkstätte auf eine völlig neue Stufe gestellt, und sie wird mit den besten Voraussetzungen das tun können, was die Hauptziele ihrer Arbeit sind – erstens die Opfer zu würdigen, zweitens dazu beizutragen, dass ein kritisches Geschichtsbewusstsein in der Gesellschaft gestärkt wird, und drittens ihre Besucher zu befähigen, sich wissenschaftlich und ethisch basiert selbst ein Urteil über die Geschichte (und damit auch über die Gegenwart) zu bilden.

Es stellte sich als richtig heraus, dass für die Grundsteinlegung auf dem Gelände des zukünftigen Dokumentationszentrums ein Veranstaltungszelt errichtet worden war – während der Veranstaltung ging nämlich ein sintflutartiger Regenschauer nieder, der die Gäste ohne das Zelt vollkommen durchnässt hätte. Ein großer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gedenkstätte in der JVA, insbesondere Ulrike Pätzold-Prote, Simona Häring und Lukkas Busche, für die hervorragende Organisation der Veranstaltung. Zu Dank verpflichtet ist die Stiftung zudem der JVA Wolfenbüttel unter Leiter Dieter Münzebrock. Ohne die tatkräftige Unterstützung seitens der JVA und ihrer Mitarbeiter\_innen hätten weder die Grundsteinlegung erfolgen noch überhaupt der Planungsprozess für das neue Dokumentationszentrum erfolgreich umgesetzt werden können.

Zwei Auszubildende der MAN Truck & Bus AG Salzgitter versiegeln die Kupferkapsel, die in den Grundstein eingelassen wird • Helge Krückeberg

Nach der Versiegelung des Grundsteins wünscht Ministerin Heiligenstadt mit den traditionellen symbolischen drei Hammerschlägen der Gedenkstätte und dem Bauprojekt alles Gute • Helge Krückeberg

André Charon, Sohn eines belgischen Widerstandskämpfers und politischen Häftlings, berichtet in seiner Ansprache von den Hafterfahrungen seines Vaters • Helge Krückeberg

# Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel



## 116 Allgemeine Informationen Martina Staats

Ein besonderer Termin und zugleich ein Arbeitsprojekt war für die Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel und des Neugestaltungsteams im Jahr 2017 die Grundsteinlegung für das neue Dokumentationszentrum am 14. September 2017 in Anwesenheit zahlreicher Gäste.

Das Neugestaltungsprojekt geht im Hinblick auf den Bau und auf die Erarbeitung der Dauerausstellung gut voran. Insbesondere für die Errichtung des Neubaus ist die sehr gute Zusammenarbeit zwischen Gedenkstätte, JVA, Staatlichem Baumanagement Braunschweig, Niedersächsischem Kultusministerium, Oberfinanzdirektion bzw. Niedersächsischem Landesamt für Bau und Liegenschaften (NLBL) sowie dem Architekturbüro Winkelmüller und dem Ingenieurbüro iwv von besonderer Bedeutung. Aufgrund der allgemeinen Erhöhung der Baukosten war eine Nachfinanzierung bei den Baukosten des Dokumentationszentrums notwendig.

Die Resonanz auf den ersten Abschnitt der Neugestaltung mit der Gestaltung

der historischen Orte und der Einrichtung einer multimedialen Lernumgebung ist weiterhin ausgesprochen positiv, was sich u.a. in Besuchen von Kolleg\_innen anderer Gedenkstätten und der Nachfrage nach Führungen und Seminaren zeigt.

Die Gestaltung des historischen Ortes einer früheren Todeshaftzelle im Hafthaus I sowie der inklusionsgerechte Zugang zum ehemaligen Hinrichtungsgebäude sind bis Ende 2017 umgesetzt worden.

Ausgeweitet wird die Arbeit der Gedenkstätte durch das bewilligte Drittmittelprojekt „Der Paragraf 175 des Strafgesetzbuches in der Bundesrepublik: Verurteilungen und Strafvollzug am Beispiel des Gefängnisses Wolfenbüttel“. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Queeren Netzwerk Niedersachsen e.V. realisiert.

Das Projekt „OutSITE Wolfenbüttel. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel und sein Netzwerk im Land Braunschweig“ zielt auf die Sichtbarmachung und Wahrnehmbarkeit der historischen Orte; Förderanträge wurden eingereicht bei Die Braunschweigische Stiftung, Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und

Stiftung Zukunftsfonds Asse für die Region GmbH eingereicht. Vorbehaltlich der Bewilligung soll das Projekt „OutSITE Wolfenbüttel“ im Sommer 2018 anlaufen.

## Familienangehörige Martina Staats

Ein wichtiges Anliegen der Gedenkstätte ist weiterhin die Intensivierung des Kontaktes zu Familienangehörigen von Hingerichteten und im Strafgefängnis Wolfenbüttel Inhaftierten. Im Rahmen des 72. Jahrestages der Befreiung am 9. April 2017 hat die Gedenkstätte zum zweiten Mal ein „Familientreffen“ initiiert. 22 Familienangehörige der zweiten, dritten und sogar vierten Generation aus den Niederlanden, Belgien und Deutschland haben daran teilgenommen. Die Auswirkungen der Haftverfahren bzw. Hinrichtung eines Angehörigen hatten und haben bestimmenden Einfluss auch auf ihr Leben. Gemeinsam mit den Gedenkstättenmitarbeiter\_innen besuchten sie die neugestaltete ehemalige Hinrichtungsstätte und wurden über die weiteren Neugestaltungspläne mit Dokumentationszentrum und neuer



Dauerausstellung informiert. Sie äußerten den Wunsch nach einem weiteren Gedenkort für die an das Anatomische Institut übergebenen Hingerichteten und im Strafgefängnis Verstorbenen. Den Abschluss des Tages bildete ein Gedenken im ehemaligen Hinrichtungsraum.

Ein großer Verlust für die Arbeit der Gedenkstätte und auch persönlich für die Mitarbeiter\_innen ist der Tod von Jørgen Holten Jensenius (15.10.1946 – 14.11.2017).

Wir danken seiner Witwe Grete Refsum für das Vertrauen in die Arbeit der Gedenkstätte und die Übergabe weiterer wichtiger Exponate und Dokumente aus dem Nachlass von Jørgen und Wilfred Jensenius.

In nächsten Jahr werden in der neuen Reihe der Wolfenbütteler Schriften als Band 1 die Lebenserinnerungen des französischen Widerstandskämpfers Jean-Luc Bellanger unter dem Titel „Feindbegünstigung“ im Wallstein-Verlag Göttingen erscheinen.

#### Gedenkgottesdienst Martina Staats

An die Befreiung des Strafgefängnisses Wolfenbüttel erinnerten am 72. Jahrestag, dem 11. April, die Kolpingfamilie, die Kirchengemeinde St. Petrus und amnesty international zusammen mit der Gedenkstätte in einem Gedenkgottesdienst „Gegen das Vergessen der Opfer im Wolfenbütteler Strafgefängnis während der Zeit des Nationalsozialismus“. Der Gottesdienst stand dieses Jahr unter der Überschrift „Seht da der Mensch“. Die Biografien von Fernande Mathieu, geb. Volral und Wilhelm Schulze wurden exemplarisch ausführlicher vorgestellt. An diesem Gedenkgottesdienst beteiligten sich mit Fürbitten auch Familienangehörige.

#### Lebensgeschichtliche Interviews Martina Staats

Die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel begann erst im Rahmen des Neugestaltungsprojekts mit der Durchführung von lebensgeschichtlichen Videointerviews. Nach den Interviews mit den ehemaligen Gefangenen Jean-Luc Bellanger

in Frankreich und dem Nacht- und Nebel- 117 Gefangenen Arne Westby in Norwegen fanden ab Oktober 2017 weitere lebensgeschichtliche Interviews mit Zeitzeug\_innen sowie Familienangehörigen der Zweiten und Dritten Generation statt.

Bea Trampenau, Tochter von Richard Trampenau, wurde im Erinnerungsort Heideruh interviewt. Ihr Vater wurde 1933 als KPD-Mitglied vom Sondergericht für den Bezirk des OLG Celle bei dem Landgericht Hannover wegen Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat und unschuldig aufgrund Paragraph 125 StGB zum Tode verurteilt und 1934 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. Richard Trampenau kam mit einem der späten Evakuierungstransporte im April 1945 in das Strafgefängnis Wolfenbüttel.

Neuer, inklusiongerechter Zugang zum ehemaligen Hinrichtungsgebäude • Lukkas Busche

Aktueller Stand der Bauarbeiten für das neue Dokumentationszentrum der Gedenkstätte • Lukkas Busche

Während des gemeinsamen Frühstücks haben die Familienangehörigen Zeit für einen persönlichen Austausch untereinander und mit den Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte • Lukkas Busche

Janna Lölke, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Neugestaltungsprojekts, im Gespräch mit Ruth Osterburg • Lukkas Busche



118 Er hielt seine Erinnerungen an die Befreiung am 11. April 1945 in einem Erinnerungsbericht fest und ist damit ein wichtiger Zeitzeuge. Bea Trampenau, 1961 geboren, erinnert sich an die Kämpfe ihres Vaters um Entschädigung und Anerkennung als Justizopfer in der Bundesrepublik bis zum Jahr 1968.

Sabine Pinkepank-Appel ist die Enkelin des vom Sondergericht Braunschweig 1933 wegen regimekritischer Äußerungen zur Höchststrafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilten Schriftsetzers Henri Pinkepank. Im Interview wurde deutlich, dass das Leben der Familie Pinkepank von der Haft geprägt wurde. So war durch die Inhaftierung der Lebensunterhalt der Familie nicht mehr gewährleistet, da Henri Pinkepank aufgrund von Berufsverbot nach seiner Haftentlassung 1935 nicht mehr in seinem erlernten Beruf arbeiten durfte. Deshalb betrieb er eine Heißmangel, um die Familie zu ernähren.

Mechthild Ludwig-Meyer wurde für das Kapitel „Geschichte der Gedenkstätte“ in der zukünftigen Dauerausstellung interviewt. Am 11. April 1995, dem 50. Jahrestag der Befreiung des Strafgefängnisses Wolfenbüttel, hatte sie den Gedenkdienst mitinitiiert und engagiert sich

seitdem bei der Konzeption und Durchführung der Gottesdienste maßgeblich.

Diese Interviews werden ein wichtiger Bestandteil der zukünftigen Dauerausstellung sein. Für das Jahr 2018 sind weitere Interviews geplant.

Praktikum in der Gedenkstätte  
in der JVA Wolfenbüttel  
Tim Schulz

Im Sommer absolvierte der Göttinger Student Tim Schulz ein freiwilliges Praktikum in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Über seine Erfahrungen aus dieser Zeit schreibt er:

„Als ich Mitte Juli 2017 mein Praktikum in der Gedenkstätte antrat, wurde ich freundlich willkommen geheißen und nach einer Einführung in der ersten Woche mit eigenständigen und auch wichtigen Aufgaben bedacht: vor allem im Bereich der Recherche und aktiven Archivarbeit zum Thema der Geschichte der Gedenkstätte selber, besonders in den Zeitungen und anderen Populärmedien.

In den fünf Wochen meines Praktikums recherchierte ich im Niedersächsischen Landesarchiv – Standort Wolfenbüttel und nahm an den Dienstbesprechungen,

Baubesprechungen zu Planung und Entstehung des Neubaus, an einem Workshop sowie an Exkursionen teil. So bekam ich einen Einblick in die Arbeit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Das Team nahm mich sehr freundlich auf und half mir bei den Aufgaben. Dafür und für die sehr interessante Zeit beim Praktikum möchte ich mich bedanken.“

Bildungsarbeit  
Robert Heldt

In der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel teilen sich seit Beginn des Schuljahres 2017/18 vier abgeordnete Lehrkräfte eine ganze Lehrer\_innenstelle. Die Stelle von Arnulf Heinemann, der aufgrund seiner Pensionierung die Abordnung an die Gedenkstätte beendete, wurde geteilt: Neben Dr. Gustav Partington (Gymnasium Neue Oberschule, Braunschweig) ergänzt auch Reimar Fröhnel (Hauptschule Sophienstrasse, Braunschweig) seit August 2017 das bestehende Team mit Conny Schmidthals (Geschwister-Scholl-Gesamtschule, Göttingen) und Robert Heldt (IGS Wallstraße, Wolfenbüttel). Dadurch ist gewährleistet, dass Besucher\_



innen an jedem Wochentag betreut werden können. Neben der Durchführung von Workshops, Seminartagen und Führungen erarbeiten die vier Kolleg\_innen in Abstimmung mit der Gedenkstättenleitung und gemeinsam mit Simona Häring neue Konzepte für pädagogische Projekte und intensivieren die Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen.

Kooperationsbildungsprogramm  
MAN Truck & Bus AG Salzgitter, JVA  
und Gedenkstätte  
Robert Heldt

Die Kooperation mit MAN Truck & Bus AG Salzgitter besteht seit 2012. Zwei Mal im Jahr besuchen Auszubildende, die bei MAN einen gewerblich-technischen oder kaufmännischen Beruf erlernen, die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Das Unternehmen sieht in seinem Ausbildungskonzept vor, dass die Auszubildenden nicht nur fachlich geschult werden, sondern fördert auch die sozial-gesellschaftlichen Kompetenzen. Hierfür steht auch die Durchführung des Workshops „Geschichte verstehen – Toleranz leben.“

Die gute Kooperation von Gedenkstätte und JVA mit MAN Truck & Bus AG Salz-

gitter wurde intensiviert, der Workshop auf zwei Tage ausgeweitet. Die Auszubildenden können sich so noch intensiver mit dem gegenwärtigen Strafvollzug und mit der Vergangenheit des Strafgefängnisses in Wolfenbüttel auseinandersetzen. Den Abschluss des Workshops im Mai bildete eine Schreibwerkstatt, in der die Auszubildenden ihre Eindrücke der vergangenen zwei Tage durch kreatives Schreiben zu Papier brachten. Die Ergebnisse trug der Seminarteilnehmer und Jugend- und Auszubildendenvertreter MAN Truck & Bus AG Salzgitter Onur Cet in einer Rede bei der Grundsteinlegung des Dokumentationszentrums vor. „Der Workshop, an dem MAN-Azubis zweimal im Jahr teilnehmen dürfen, befasst sich auch mit solchen Biografien und willkürlichen Urteilen von Personen, die in dieser Zeit hier inhaftiert waren. Diese Biografien wurden mithilfe von modernen Multi-Touch-Tischen hier in der Gedenkstätte von unseren Azubis erarbeitet, und am Ende wurde in großer Runde diskutiert. Eins kann ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, alle Jugendlichen haben großes Interesse gezeigt, die Geschichte Deutschlands und die Justiz, wie sie vor 80 Jahren war,

zu verstehen. Und am Ende des Tages waren alle Jugendlichen froh und glücklich darüber, dass in der heutigen Zeit so etwas nicht mehr vorkommen wird. Und mit dieser Sicherheit zu leben ist auch für mich ein Luxus, welcher nicht selbstverständlich auf dieser Welt ist.“

Die Familienangehörigen recherchieren in den Multi-Touch-Tischen • Lukkas Busche

Martina Staats erläutert dem Angehörigen André Charon in Begleitung von Pascal Mailier die Einritzungen und Inschriften in der ehemaligen Arrestzelle • Lukkas Busche

Angehörige von Wilhelm Schulze suchen im Faksimile des ehemaligen Hinrichtungsbuchs nach dem Eintrag über die Hinrichtung des Vaters • Lukkas Busche

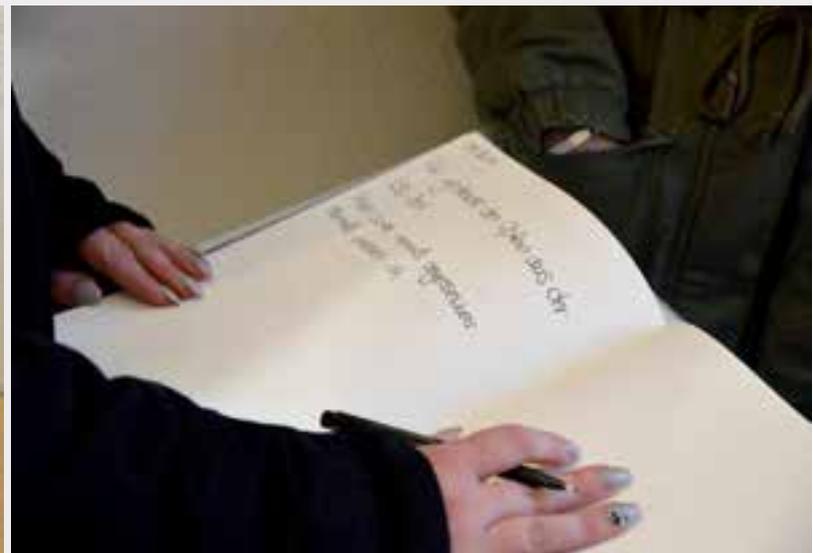
Bei einem Besuch in Norwegen übergibt Jørgen Jensenius einen Großteil des Nachlasses seines Vaters Wilfred. Wilfred Jensenius war in den 1940er Jahren als „Nacht-und-Nebel-Gefangener“ im Strafgefängnis Wolfenbüttel inhaftiert • Anett Dremel

Arne Westby, März 2017, Noresund • Olaf Markmann

Bea Trampenau, November 2017, Heideruh • Olaf Markmann

Sabine Pinkepank, Oktober 2017, Braunschweig • Olaf Markmann

Mechthild Ludwig-Meyer, November 2017, Braunschweig • Olaf Markmann



120 Bildungsinstitut des  
Niedersächsischen Justizvollzugs  
Robert Heldt

Auch die Auszubildenden zur Justizvollzugsfachwirtin bzw. zum Justizvollzugsfachwirt besuchen zwei Mal in ihrer Ausbildungszeit die Gedenkstätte. Während sich der Grundlehrgang mit der Justiz im Nationalsozialismus und exemplarischen Biografien von Betroffenen auseinandersetzt, arbeitet der Fachlehrgang die Rolle der Staatsanwälte und Richter auf und untersucht Kontinuitäten in der Justiz im Deutschland der Nachkriegszeit. Den Teilnehmenden blieb vor allem die „große Zahl von Menschen, die wegen ‚Kleinigkeiten‘ zum Tode verurteilt wurden, oft auch zur Untermauerung der Leitlinien des NS-Regimes“ in Erinnerung.

Zusammenarbeit mit den Wolfenbütteler  
Gesamtschulen und weiteren Schulen  
der Region  
Robert Heldt

Nicht nur alle Schüler\_innen des 9. Jahrgangs der benachbarten IGS Wallstraße sowie alle Schüler\_innen des 10. Jahrgangs der Henriette-Breymann-Gesamtschule nahmen 2017 an den Workshops der Gedenkstätte teil, sondern auch die Fachteams Gesellschaftslehre bildeten sich hier fort und sprachen sich für regelmäßige Exkursionen aus. Das Angebot der Gedenkstätte wurde auch von den Tutor\_innen des 7. Jahrgangs der IGS Wallstraße und dem Verein Kulturpixel e.V. erprobt. Letztere führten in dem Jahrgang eine Projektwoche zum Thema „Extremismusprävention“ durch und zeigten sich begeistert von den angebotenen Möglichkeiten.

Von den weiteren besuchenden Schulen ist die IGS Weststadt (Wilhelm-Bracke-Gesamtschule) aus Braunschweig hervorzuheben, die wie in den vergangenen Jahren im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit verschiedenen Klassen an den angebotenen Workshops teilnahm. Außerdem führte eine Projektwoche

Schüler\_innen des Ratsgymnasiums  
Goslar zu uns.

Fotoprojekt  
Robert Heldt

Fotos spielen in unserer alltäglichen Arbeit mit den Besucher\_innengruppen eine wichtige Rolle. So werden den Besuchenden bei Führungen und Workshops zum Einstieg historische wie auch aktuelle Fotografien zur Verfügung gestellt, die ihnen Raum für Fragen, Assoziationen und Emotionen geben. In dem Großexponat des ehemaligen Hinrichtungsgebäudes sollen die Besuchenden nun selbst Fotos machen. Ausgestattet mit Fotoapparaten der Gedenkstätte halten sie ihre Eindrücke des historischen Ortes im Bild fest. Die Auswertung dieser Fotos am Ende eines Workshops bietet – ähnlich den Vorzügen eines Einstiegs über Bilder – die Chance, eine sehr persönliche Sicht der Besucher\_innen des Ortes erfahrbar und damit thematisierbar zu machen. So äußerte sich der Schüler-Fotograf des hier abgebildeten Fotos wie folgt:

Das Fotomotiv verbindet.  
...Hinrichtungsbuch und Gedenktafeln.  
...Vergangenheit und Gegenwart.



... Realität des Todes und heutiges  
Erinnern.  
... vergangene Opfer und Gestalter der  
Zukunft.  
... Finsternis und einen hoffentlich  
hellen Morgen.

Zurzeit befinden sich zwei größere pädagogische Projekte in Planung:

Aus Anlass der Erinnerung und Auseinandersetzung mit den Novemberpogromen nach 80 Jahren im kommenden Jahr wird das Projekt „ZeitWechsel“ neu konzipiert.

Ferner soll in einem zweiten Projekt der Menschen gedacht werden, die in der Zeit des Nationalsozialismus im Strafgefängnis Wolfenbüttel gestorben sind – zumeist wurden sie hingerichtet – und deren Leichen an das Anatomische Institut Göttingen „abgegeben“ worden sind. Auf Wunsch von Familienangehörigen soll auf dem Städtischen Friedhof Lindener Straße in Wolfenbüttel auch dieser Opfergruppe gedacht werden. In Zusammenarbeit von Gedenkstätte und Stadt Wolfenbüttel wurde ein Schülerwettbewerb für einen Erinnerungsort auf dem Friedhof initiiert. Schüler\_innen und Schüler Wolfenbütteler und Braun-

schweiger Schulen sollen motiviert werden, einen Plan für den Gedenkort zu entwerfen. Der Sieger-Entwurf soll in Zusammenarbeit mit der Stadt Wolfenbüttel und MAN 2018 realisiert werden.

Statistik

Ulrike Pätzold-Prote

Im Jahr 2017 sind die Besucherzahlen der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel nach der Eröffnung des ersten Abschnitts der Neugestaltung 2016 gestiegen. Insgesamt waren über 3900 Besucher\_innen angemeldet. Zur Grundsteinlegung des Neubaus kamen etwa 150 geladene Gäste und 700 zum Adventsbasar der JVA und der Gedenkstätte am 2. Dezember. Insgesamt fanden 114 Führungen statt. Die Gruppenverteilung setzt sich zusammen aus Schulen (Anteil bei 33 Prozent), gefolgt von der Gruppe „Erwachsenenbildung“ mit 30 Prozent. Darunter sind hauptsächlich städtische und andere Bildungsträger, Volkshochschulen, Ausbildungswerkstätten, Gäste aus dem Ausland, Lehrerfortbildungen sowie Vereine und Arbeitskreise. Viele Einzelbesucher\_innen nutzten auch das Angebot öffentlicher Führungen.

Vor dem Hintergrund, dass sich jede/r 121  
Besucher\_in der Gedenkstätte mindestens 14 Tage vor dem Besuch zunächst schriftlich anmelden muss, damit die JVA den Zutritt genehmigen kann, zeugt von einem großen Interesse, die Gedenkstätte in der JVA zu besichtigen.

Das Pädagogen-team der Gedenkstätte. Hinten: Reimar Fröhnel, Robert Heldt. Vorne: Simona Häring, Dr. Gustav Partington. Conny Schmidthals fehlt. • Luktas Busche

Vor dem Workshop. Die Teilnehmer\_innen der zweitägigen Kooperationsveranstaltungen vor der JVA Wolfenbüttel • Luktas Busche

Am zweiten Tag des Workshops besuchen die Auszubildenden der MAN Truck & Bus AG Salzgitter die ehemalige Hinrichtungsstätte. • Luktas Busche

Zum Abschluss des Workshops tragen sich die Auszubildenden in das Besucherbuch ein. • Luktas Busche

Onur Cet, Jugend- und Auszubildendenvertreter der MAN Truck & Bus AG Salzgitter, betonte in seiner Ansprache bei der Grundsteinlegung den hohen Stellenwert der Arbeit im Bereich Erinnerungskultur. • Helge Krückeberg

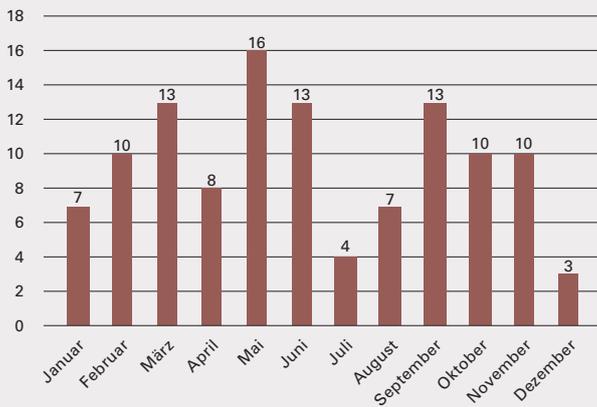
Der assoziative Einstieg über Bilder dient als Übung, um ein erstes Mal mit den Teilnehmer\_innen ins Gespräch zu kommen. • Luktas Busche

Zukünftige Justizvollzugsfachwirte des Bildungsinstituts des niedersächsischen Justizvollzugs während eines ganztägigen Workshops in der Gedenkstätte • Luktas Busche

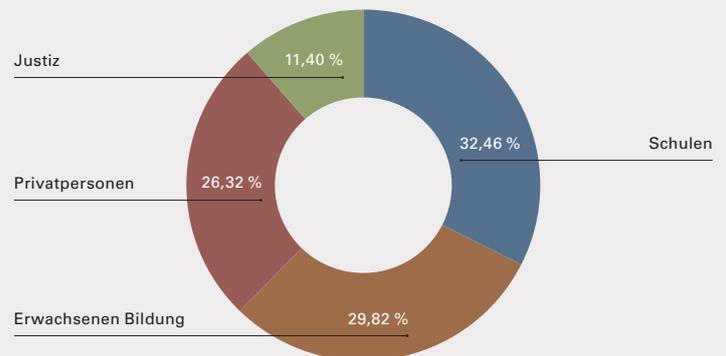
Auswahl an Fotos für den assoziativen Bildereinstieg • Conny Schmidthals



Monatliche Führungen 2017



Prozentuale Verteilung 2017



122 Neugestaltung Teilprojekt III  
Anett Dremel, Thomas Kubetzky, Janna Lölke, Martina Staats, Ina Stenger

Auch im Jahr 2017 wurde ein wesentlicher Teil der Arbeit von der nunmehr laufende dritte Phase des Projektes zur Neugestaltung der Gedenkstätte bestimmt.

Kunst am Bau

Am 3. Mai 2017 wurde in einer Gremiumssitzung das Einladungsverfahren für die Auswahl eines Entwurfs für „Kunst am Bau“ abgeschlossen. Der Entwurf des Künstlerkollektivs stoebo überzeugte das Gremium. Das Künstlerkollektiv stoebo – Bogman und Störmer beschreiben ihre Idee des Denkzeichens im Erläuterungsbericht des eingereichten Entwurfs: „Das Kunstwerk *Kritische Masse* versteht sich als ein Denkzeichen und befindet sich im Eingangsbereich, im Zentrum des Patios der neuen Gedenkstätte. Es handelt sich um ein zweiteiliges Werk, dessen beide Bestandteile aufeinander bezogen sind und zum Patio und zur neuen Architektur in direkter Korrespondenz stehen. Das Denkzeichen

*Kritische Masse* besteht einerseits aus einem steinernen Hochbeet in der Mitte des Patios. [...] Andererseits besteht das Denkzeichen aus einem filigranen, metallenen Schriftzug [...]“

Interinstitutionelle Planungsgruppe

Regelmäßig trifft sich die Interinstitutionelle Planungsgruppe aus JVA Wolfenbüttel, Staatlichem Baumanagement Braunschweig, Niedersächsischem Ministerium für Justiz und Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, um die Baufortschritte, weitere Planungen und Vernetzungen und Hilfestellungen bei der Umsetzung zu besprechen und abzustimmen.

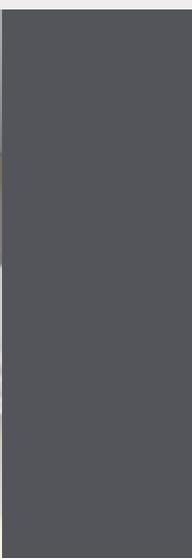
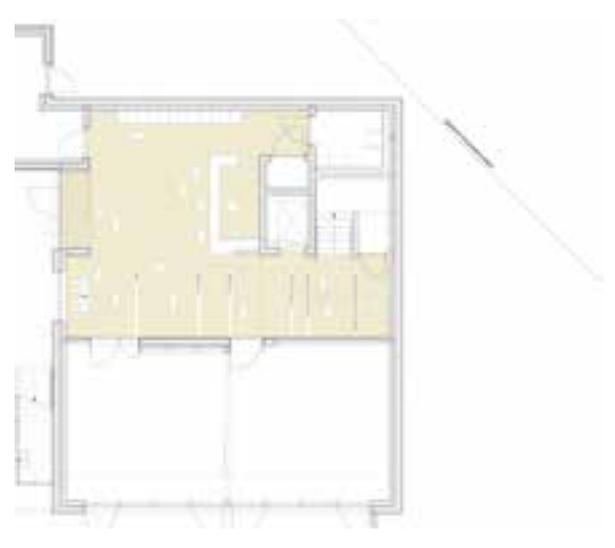
Die neue Dauerausstellung

Zeitgleich zu den Planungsarbeiten für den Neubau und der Grundsteinlegung erarbeitete das Projektteam unter der Leitung von Martina Staats im Zusammenwirken mit dem Berliner Gestaltungsbüro überlin und unter Beratung der Internationalen Expertenkommission die wesentlichen Gestaltungselemente und Inhalte der neuen Dauerausstellung. Hierfür fanden neben mehreren Klausuren, u.a.

am 2. Juni und 15. November, Workshops mit dem Neugestaltungsteam und Gestalter büroberlin statt und am 3. Juli 2017 eine Sitzung der Internationalen Expertenkommission für die Neugestaltung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel. Erste Entwürfe seitens der Gestalterinnen liegen vor.

Im Prolog im Eingangsbereich der Ausstellung werden die Besucherinnen und Besucher zunächst anhand einer kurzen Einführung zum Thema „Strafvollzug heute“ informiert. Danach anschließend gelangt man über eine „multimediale Zeitschleuse“ in den eigentlichen Ausstellungsteil. In dieser „Schleuse“ werden die Besucher\_innen interaktiv auf die Fragilität ihrer Grundrechte verwiesen: Ein Ein- und Ausblenden von Grundrechten symbolisiert deren Vergänglichkeit und ständige Neuaushandlung.

Im ersten Stock des Neubaus beginnt die eigentliche Ausstellung. Hier gibt zunächst das große Panoramafenster als wesentliches architektonisches Element den Blick frei auf die innerhalb der JVA liegende historische ehemalige Hinrichtungsstätte und die historischen Haft Häuser. Davor befindet sich als Orientie-



... rungshilfe ein historisches Modell des Strafgefängnisses. Über eine multimediale Installation kann ein virtueller Blick in die innerhalb der Strafanstalt liegenden Bereiche des ehemaligen Hinrichtungsgebäudes, der Zelle 27 im Hafthaus 1 und der Gemeinschaftszellen geworfen werden.

Der Hauptteil der Ausstellung ist in fünf Teilthemen untergliedert, in denen verschiedene Aspekte der Geschichte des Strafgefängnisses Wolfenbüttel in der Zeit des Nationalsozialismus, ergänzt durch einen gesonderten Teil zum Thema Hinrichtungen, der Phase der britischen Besatzung und des Strafvollzugs in der frühen Bundesrepublik aufbereitet werden. Den Abschluss bilden die Themen Geschichte der Gedenkstätte und Erinnerungskultur.

Die Schwerpunkte der Ausstellung bilden zwei Kernbereiche zur Geschichte des Ortes und des Strafvollzuges zwischen 1933 und 1945 und zu den zwischen 1937 und 1945 im Strafgefängnis Wolfenbüttel durchgeführten Hinrichtungen.

Der erste Abschnitt zum Strafgefängnis Wolfenbüttel in der NS-Zeit beleuchtet exemplarisch Verwaltung und

Haftalltag in einem nationalsozialistischen Gefängnis. Neben Vollzugsnormen und beteiligtem Gefängnispersonal werden auch die konkreten Haftbedingungen der Gefangenen angesprochen. Es werden unterschiedliche Häftlingsgruppen vorgestellt und deren Unterbringung und Behandlung erläutert. Abschnitte zur Ernährungssituation, zur medizinischen Versorgung oder der Arbeit von Gefangenen innerhalb und außerhalb der Gefängnismauern ergänzen diesen Teil.

Als wesentliche Quellen wurden dafür die Verwaltungs- und Personalakten des Strafgefängnisses gesichtet und ausgewertet, die überwiegend im Niedersächsischen Landesarchiv – Standort Wolfenbüttel verwahrt sind. Ergänzt wird das durch Erinnerungsberichte ehemaliger Gefangener aus französischen und belgischen Archiven, die der Gedenkstätte erstmals übersetzt vorliegen. Ein wichtiger Schritt für die Erarbeitung dieses Ausstellungsabschnitts liegt in der Aufzeichnung von Interviews mit den ehemaligen Gefangenen Jean-Luc-Bellanger und Arne Westby, die 2016 und 2017 durchgeführt werden konnten und in der Ausstellung Verwendung finden.

Der zweite Kernbereich befasst sich mit dem Thema der Hinrichtungen im Strafgefängnis Wolfenbüttel in der NS-Zeit. Neben biographischen Informationen zu den beteiligten Akteuren (Juristen, Gefängnisbedienstete, Seelsorger, Ärzte usw.) wird der Schwerpunkt auf Informationen zu einzelnen Opfergruppen

Aufnahme aus dem unten genannten Fotoprojekt: „... Hinrichtungsbuch und Gedenktafeln.“ • Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Blick auf das Gräberfeld 13a des städtischen Friedhofs Lindener Straße in Wolfenbüttel; der zukünftige Standort der Namensstele ist farbig markiert. • Gustav Partington

Statistische Aufstellung über die monatlich durchgeführten Führungen im Jahr 2017 • Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Statistik über die prozentuale Verteilung verschiedener Besucher\_innengruppen für das Jahr 2017 • Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Visualisierung des Entwurfs für Kunst am Bau des Künstlerduos stoebo, für den Patio des neuen Dokumentationszentrums zu sehen sein wird • stoebo – Bogmann & Störmer

Grundriss des Erdgeschosses des neuen Dokumentationszentrums • büroberlin

Visualisierung eines Ausstellungsbereichs zum Kapitel „Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus“, November 2017 • büroberlin

Skizze des norwegischen NN-Gefangenen Wilfred Jensenius, April/ Mai 1945: Blick in die Anstaltskirche des Strafgefängnisses Wolfenbüttel, die als Werkstatt der Firma Voigtländer & Sohn genutzt wurde • Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel



124 gelegt. Dabei werden in einer multimedialen Präsentation exemplarisch Biographien von hingerichteten Personen präsentiert, um auf die vielfältigen Schicksale hinzuweisen und den Besucherinnen und Besuchern einen Überblick über die umfassende Verfolgungstätigkeit der NS-Justiz zu vermitteln.

An diese beiden Schwerpunkte schließen sich insgesamt drei weitere Themenfelder an.

Ein Teilbereich der Ausstellung thematisiert die Endphase des NS-Regimes im April 1945, die Befreiung durch die Amerikaner und die anschließende britische Besatzungszeit sowie die Nachkriegsprozesse gegen Beamte des Strafgefängnisses Wolfenbüttel. In diesem Bereich werden auch die unter britischer Ägide vollstreckten Todesurteile exemplarisch erläutert, die von Militärgerichten für Verstöße gegen das Besatzungsrecht, Mord und Kriegsverbrechen verhängt worden waren. Für die Recherchen zu diesem Themenbereich konnte eine mehrtägige Archivreise nach England durchgeführt werden. Zunächst wurde im Churchill Archives Centre in Cambridge der Nachlass von Baron Patrick Chrestien Gordon Walker eingesehen.

Gordon Walker fuhr im April 1945 als Berichterstatter der BBC mit einem Aufnahmewagen u.a. durch Braunschweig und Wolfenbüttel, bevor er schließlich das befreite KZ Bergen-Belsen erreichte. Seine Eindrücke und Begegnungen hielt er in Tagebüchern und Briefen an seine Frau fest; sie sind Teil des Nachlasses. Im Anschluss wurden in den National Archives in Kew einzelne Prozessakten von zum Tode Verurteilten zu sichten, die bislang noch nicht in der Dokumentationsstelle der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten vorliegen. Darüber hinaus wurden dort u.a. Akten gesichtet über die Auslieferung von Beamten des Wolfenbütteler Gefängnispersonals an Belgien für ein dortiges Strafverfahren sowie die War Diaries verschiedener britischer Einheiten, die in Wolfenbüttel und Braunschweig stationiert waren.

In einem weiteren Abschnitt widmet sich die Ausstellung den Brüchen und Kontinuitäten in Justiz und Strafvollzug zwischen der NS-Zeit und den 1950er und 1960er Jahren der jungen Bundesrepublik. In diesem Ausstellungsteil werden u.a. die personellen Kontinuitäten bei der über 1945 hinausgehenden Beschäftigung von Juristen und Strafvoll-

zugsbeamten aufgezeigt. Aber auch Gegenbeispiele, wie etwa der Einsatz des Braunschweiger Generalstaatsanwalts Fritz Bauer für die Rehabilitierung der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944, werden thematisiert.

Kontinuitäten sind ebenfalls im Strafgesetzbuch zu erkennen, wie etwa der Paragraf 20 a, der von 1934 bis 1970 in Kraft und gegen sogenannte „Gewohnheitsverbrecher“ gerichtet war, oder die De-facto-Wiedereinführung der politischen Justiz mit dem Ersten Strafrechtsänderungsgesetz von 1951. Homosexuelle konnten noch bis 1994 nach Paragraf 175 verurteilt und im Strafgefängnis Wolfenbüttel inhaftiert werden.

Die strafrechtliche Verfolgung und die Haftbedingungen dieser drei Gefangengruppen bilden Forschungsdesiderate, denen sich das Neugestaltungsprojekt 2017 intensiv widmete. Archivmaterial aus dem Niedersächsischen Landesarchiv – Standort Wolfenbüttel wurde gesichtet, Kriminalstatistiken des Landes Niedersachsen ausgewertet und Kontakte zu Zeitzeugen und deren Angehörigen geknüpft. So überließ der Sohn eines ehemaligen Gefangenen der Gedenkstätte Fotos und berichtete eindrucksvoll



von den Folgen der Inhaftierung des Vaters für die Familie.

Auch die Einsichtnahme in den umfangreichen Nachlass eines politischen Gefangenen aus den 1960er Jahren war möglich. Der ehemalige KPD-Landrat des Kreises Peine und Stadtverordnete Richard Brenning wurde zu einer über einjährigen Haftstrafe in Wolfenbüttel verurteilt, weil er einer vermeintlichen Ersatzorganisation der 1956 verbotenen KPD angehörte. Sein Nachlassverwalter Herwart Prudlo übergab dem Neugestaltungsprojekt leihweise die Hafttagebücher Richard Brennigs. Diese bilden nicht nur eine wichtige Ergänzung zu den Forschungen über den Haftalltag der politischen Gefangenen, sondern geben auch einen Einblick in die Gedanken und Gefühle eines Gefangenen der 1960er Jahre.

Erste Forschungsergebnisse zur strafrechtlichen Verfolgung nach Paragraph 175 und den Haftbedingungen homosexueller Männer im Gefängnis Wolfenbüttel konnte die wissenschaftliche Volontärin des Neugestaltungsprojektes Ina Stenger bereits auf einer Tagung der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen im Dezember vorstellen. Historiker und

Juristen gleichermaßen tauschten sich intensiv über ihre Forschung zum Thema „Justiz und Homosexualität“ aus sowie über die aktuelle Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 verurteilten Männer und Frauen. Das Ergebnis wird eine Publikation der einzelnen Vorträge in der Schriftenreihe „Juristische Zeitgeschichte“ sein.

Im Zentrum des Schlusskapitels der Ausstellung steht die Geschichte des Gedenkens und der Gedenkstätte. Zeitzeugenberichte, vor allem von Angehörigen Gefangener, zeigen, wie stark die Verfolgung durch das NS-Regime einzelne Familiengeschichten prägte und wie langwierig und schwer der Weg zu einem vorurteilslosen Gedenken an die Opfer der Verfolgung war und oft noch immer ist.

Über den Weg des Prologes, der hier quasi zum Epilog wird, verlassen die Besucherinnen und Besucher die Ausstellung.

## Öffentlichkeitsarbeit

125

Die Öffentlichkeit wurde in verschiedenen Vorträgen, u.a. in einem Werkstattbericht im 6. Wolfenbütteler Gedenkstättenforums am 8. Juni 2017, in dem Blog „neu gestalten“, mit einem zweiten Heft des newsletters, in einem Aufsatz im GedenkstättenRundbrief sowie bei öffentlichen Führungen über den Verlauf und die Fortschritte der Neugestaltung informiert. Dies wird auch in Zukunft regelmäßig fortgesetzt.

Jean-Luc Bellanger, Dezember 2016, Vitry-sur-Seine  
• Olaf Markmann

Britisches Militär bei einer Personenkontrolle auf dem Holzmarkt in Wolfenbüttel, April/ Mai 1945 • Imperial War Museum, London, Photograph Archive, BU 13364

Auszug aus dem Tagebuch des aus politischen Gründen Inhaftierten Richard Brenning mit einer detailgetreuen Zeichnung der Rotunde vom „Grauen Haus“. Brenning war 1962 als Kommunist im Strafgefängnis Wolfenbüttel inhaftiert • Privat

Briefbogen des belgischen Überlebendenverbandes Amicale des Prisonniers Politiques Rescapés. Geschenk von André Charon für die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel • Sammlung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel

Ausgabe 2 des Newsletters „neu gestalten“ des Neugestaltungsprojektes der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel • ermisch | Büro für Gestaltung

# Arbeitskreis Justizgedenkstätten

Anett Dremel, Martina Staats



126 Am 7. und 8. September 2017 fand das jährliche Treffen des „Arbeitskreises Justizgedenkstätten“ in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund statt. Zum vierten Mal kamen Kolleg\_innen aus verschiedenen Justiz- und Haftgedenkstätten zu einem fachlichen Austausch zusammen, darunter u.a. Kolleg\_innen aus der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, der Gedenkstätte ROTER OCHSE in Halle/Saale, der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden, der Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden, der Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg und der Stiftung Lindenstraße Potsdam.

Der „Arbeitskreis Justizgedenkstätten“ hatte sich im Mai 2013 aus dem von der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel veranstalteten Symposium „Gedenkstätten an Hinrichtungsorten und Gefängnissen im Nationalsozialismus“ konstituiert. Bei einmal jährlich stattfindenden zweitägigen Treffen tauschen die Teilnehmer\_innen aus der ganzen Bundesrepublik Erfahrungen aus, besprechen mögliche Kooperationen, informieren über neue Projekte und entwickeln neue, gemeinsame Projektideen. So wurde die Notwendigkeit einer umfassenden Da-

tenbank der in der NS-Zeit Hingerichteten diskutiert. Das weitergehende Ziel ist es, durch die landesweite Vernetzung eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und eine bessere Wahrnehmung der Justizgedenkstätten zu erreichen.

Das Treffen 2017 begann mit einem Rundgang und Kennenlernen des historischen Ortes der Steinwache Dortmund. Die Kolleg\_innen Carmen Hause und Markus Günnewig stellten die Gedenkstätte vor und gaben Einblick in die laufenden Planungen zur Neukonzeption der dortigen Dauerausstellung. Dies stand auch im Mittelpunkt der folgenden Präsentationen von Martina Staats zum Stand der Neugestaltung in der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel, von Lisa Quäschning zur Realisierung der Dauerausstellung in der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden und von Ute Gerlant zur Gründung der Stiftung Lindenstraße in Potsdam. Durch die anschließenden Gespräche konnten Ratschläge und Anregungen ausgetauscht und über Erfolge und Schwierigkeiten berichtet werden.

Zudem referierte der freie Historiker Christoph Bitterberg zum nationalsozialistischen Strafvollzug am Beispiel der

Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel und stellte die dortige Gedenkstätte vor, und der Anstaltsseelsorger Alfons Zimmer referierte zu Opfern der NS-Justiz in der „Krümmede“ Bochum.

Zum Abschluss präsentierten Martina Staats und Lars Skowronski (Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle/Saale) Vorschläge und Impulse für eine inhaltliche Positionierung des Arbeitskreises in der bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft. Im Ergebnis einigten sich die Teilnehmenden darauf, den Arbeitskreis Justizgedenkstätten auf der bundesweiten Gedenkstättenkonferenz vorzustellen und als eigene Interessenvertretung des Justiz- und Haftgedenkstätten auf bundesweiter Ebene zu verankern.

Im Dezember nahmen Lars Skowronski und Martina Staats für den Arbeitskreis Justizgedenkstätten an der 6. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Halle (Saale) teil. Im Rahmen eines eigenen Vortrags stellten sie den Arbeitskreis und die teilnehmenden Gedenkorte und -initiativen vor und gaben einen Einblick in seine Tätigkeiten und Ziele. In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde angeregt, den Arbeitskreis insbesondere um Haftstätten auch der Polizei



auszuweiten und ggf. in „Arbeitskreis der Gedenkstätten Justiz und Polizeifängnisse“ o.ä. umzubenennen. Auf Anregung von Thomas Lutz wird voraussichtlich 2018 ein eigener Aufsatz zu den Ansätze, Zielen und Tätigkeiten des Arbeitskreises im Gedenkstättenrundbrief veröffentlicht.

Martina Staats und Lars Skowronski bei der Vorstellung des Arbeitskreises Justizgedenkstätten auf der 6. Bundesweiten Gedenkstättenkonferenz in Halle • Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle/Saale

Außenansicht der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund • Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

# Der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches in der Bundesrepublik: Verurteilungen und Strafvollzug am Beispiel des Gefängnisses Wolfenbüttel

Maria Bormuth

128 „Für die Homosexuellen endete die Nazizeit erst 1969“, so oder ähnlich kann es in vielen Publikationen zum Thema Paragraph 175 nachgelesen werden.<sup>1</sup> Trotz vielfacher Klagen gegen den 1935 von den Nationalsozialisten verschärften Paragraphen – u.a. weil dieser sich einzig gegen „mannmännliche Liebe“ wendete – sowie zahlreicher, teilweise prominent und öffentlich geführter Diskussionen behielt die junge Bundesrepublik Deutschland die Version der Nationalsozialisten bis zur Strafrechtsreform 1969 bei. Doch nicht nur das Strafrecht blieb bestehen. Während der NS-Zeit gefällte Urteile wurden fortgeführt und Entschädigungen für erlittene (KZ-)Haft nicht gewährt. So verbüßten im Gefängnis von Wolfenbüttel einige wegen Paragraph 175 verurteilte Männer auch nach der Befreiung durch die britischen Truppen weiterhin ihre Haftstrafen. Aus den Jahren 1949 bis 1969 liegen im Niedersächsischen Landesarchiv – Standort Wolfenbüttel zudem mehrere Personalakten von Männern vor, die wegen homosexueller Handlungen nach Paragraph 175 verurteilt wurden. Diese Männer sahen sich dabei

häufig Anklägern, Richtern und anderem Justizpersonal gegenüber, welches bereits zur NS-Zeit im Amt war.

Die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel startete 2017 unter Leitung von Martina Staats ein einjähriges Forschungsprojekt zur Aufarbeitung dieser Akten. Ziel es ist, die Verurteilungen und den Strafvollzug von Männern, die nach Paragraph 175 verurteilt wurden, am Beispiel der JVA zu erforschen und darüber hinaus einen Einblick in die Lebenswelt von Männern, die Sex mit Männern hatten, unter dem Druck der Strafverfolgung zu gewinnen. Schließlich ist zu vermuten, dass die Existenz des Paragraphen und die Strafbarkeit homosexueller Handlungen die Beziehungsfähigkeit und das Sexualverhalten der betreffenden Männer stark beeinträchtigt haben. Jan Feddersen spricht in diesem Zusammenhang von den „gebrochenen Prinzen“<sup>2</sup> und meint damit Männer, die voller Angst und Vorsicht versuchten, mit ihrer sexuellen Identität nicht aufzufallen oder sie gar zu unterdrücken. Andererseits darf nicht unterschlagen werden, dass auch in den 1950er

und 1960er Jahren versucht wurde, eine neue männlich-homosexuelle Bewegung zu initiieren, welche unter dem zurückhaltenderen Namen der „Homophilen“ einige meist kurzlebige Zeitschriften, Kneipen und Gruppierungen hervorbrachte.

Die Ergebnisse der Forschungen zur Verfolgung, zu Verurteilungen und zum Strafvollzug nach Paragraph 175 sollen 2019 in einem Bildungskonzept und einer Publikation vorgelegt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Deutschlandweit ist der Forschungsansatz, die Kontinuität zwischen NS-Zeit und junger Bundesrepublik im Bereich Justiz sowohl im Gesetzbuch als auch beim Personal am Beispiel des Strafvollzugs für Männer, die nach Paragraph 175 verurteilt wurden, zu belegen, bisher einzigartig. Zur erfolgreichen Umsetzung bedarf es nach heutigem Stand aber auch noch etwas wissenschaftlichen Glücks, denn bisher liegen ausschließlich Akten, insbesondere Personalakten, der nach Paragraph 175 verurteilten Männer vor. Derzeit wird intensiv nach Menschen gesucht, die aus persönlicher Erfahrung oder von Erfahrungen ihrer An- und Zugehörigen berichten oder die

<sup>1</sup> U.a.: Stümke, Hans-Georg: *Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte*. München 1989.

<sup>2</sup> Feddersen, Jan: *Gebrochene Prinzen. Ambivalente Blicke auf die Männer aus den 1950er Jahren* in: Pretzel/Weiß (Hg.): *Ohnmacht und Aufbegehren. Homosexuelle Männer in der frühen Bundesrepublik*, Hamburg 2010.



private Dokumente aus dieser Zeit vorliegen haben, welche der Gedenkstätte zur Verfügung gestellt werden können. Selbstverständlich wird die Anonymität der beteiligten Personen gewahrt, falls dies gewünscht wird.

Maria Bormuth ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin dieses Projekts, das in Kooperation mit „Queeres Netzwerk Niedersachsen“ umgesetzt wird, neu im Team der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel.

Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

130 Neben alltäglichen Aufgaben, wie dem Pflegen der gedenkstätten-eigenen Sammlung, der Bearbeitung von externen Forschungsanfragen und der Teilnahme an den wöchentlichen Dienstbesprechungen, bot das Jahr 2017 einige Höhepunkte innerhalb meines wissenschaftlichen Volontariats, auf die ich hier zurückblicken möchte.

Das Jahr begann so, wie das vorangegangene geendet hatte, mit der redaktionellen Arbeit für die neue Homepage der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Als Teil der stiftungsübergreifenden AG „Neue Website“ war ich für die Erstellung und redaktionelle Überarbeitung der Texte für den Bereich der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel verantwortlich. Hier waren Recherchen in alten Materialien aus der Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Rücksprachen mit Kolleg\_innen notwendig. Daneben mussten Fotos passend zu den Texten ausgewählt und die Fortschritte der Programmierung regelmäßig überprüft werden. Im April wurde der Relaunch der Homepage erfolgreich abgeschlossen.

Das alljährliche Familientreffen zum Jahrestag der Befreiung des Strafge-

fängnisses Wolfenbüttel vom 11. April 1945 begleitete ich 2017 mit der Kamera. Zu der Veranstaltung waren Angehörige von in Wolfenbüttel Hingerichteten und Inhaftierten eingeladen. Ein gemeinsames Frühstück ermöglichte ein Kennenlernen, Begegnen und Wiedersehen der Familien und der Mitarbeiter\_innen von Gedenkstätte und Neugestaltungsprojekt. Auch während und nach der anschließenden Besichtigung der neugestalteten Räumlichkeiten der Gedenkstätte blieb Zeit für den Austausch untereinander. Am Ende des Familientreffens fand in der ehemaligen Hinrichtungsstätte eine gemeinsame Gedenkzeremonie statt. Im Nachgang der Veranstaltung versandte die Gedenkstätte eine kleine Fotodokumentation des Tages, die ich in Zusammenarbeit mit dem Schülerpraktikanten Jonas Lehmann erstellt habe.

Für diesen Tag erarbeitete ich die Biografietafel von Wilhelm Schulze, die seitdem im ehemaligen Hinrichtungsgebäude ausgestellt ist. Wilhelm Schulze wurde am 24. August 1943 auf Grundlage der sogenannten „Volksschädlingsverordnung“ wegen mehrfachen Diebstahls bei der Reichsbahn zum Tode verurteilt und am 29. September 1943 im Strafge-

fängnis Wolfenbüttel hingerichtet. Seine beiden Söhne kommen seit 2015 regelmäßig zu Veranstaltungen der Gedenkstätte.

Im weiteren Verlauf des Jahres hatte ich die Möglichkeit, an einigen Fortbildungen teilzunehmen. Dazu zählten Veranstaltungen zu den Themen „Der gute Plan. Führungen zielgruppengerecht konzipieren“, „Museumsmanagement für Volontäre“ und „Sammeln und Bewahren“. Die beiden letzten Titel gehören zu einem speziellen Angebot des Museumsverbands Niedersachsen und Bremen e.V. (MVNB). Wissenschaftliche Volontär\_innen bekommen so die Chance, Einblicke in alle Tätigkeitsbereiche außerschulischer Lernorte zu gewinnen. Außerdem sind die Veranstaltungen des MVNB eine sehr gute Möglichkeit, sich mit anderen Volontär\_innen auszutauschen und zu vernetzen.

Besonders gewinnbringend war für mich die Teilnahme an dem berufs begleitenden Zertifikatslehrgang „The Engaging Museum: Theorie und Praxis der Inklusion mit den Schwerpunkten Bildung und Vermittlung / Museumspädagogik“. Im englischsprachigen Bereich bedeutet dieses Konzept die Zusammen-



führung verschiedener Ansätze aus Besucherorientierung, Museumspädagogik, Partizipation und Zugänglichkeit. Die Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse wurde in der Fortbildungsreihe anhand von Konzepten und Beispielen überprüft und in einzelnen Schritten in die Praxistauglichkeit geführt. Im Dezember konnte ich den Lehrgang im abschließenden Kolloquium erfolgreich absolvieren.

Aus den positiven Impulsen des Lehrgangs entwickelte sich im Herbst eine eigene Idee, die in ein kleines Projekt mündete. Durch die Überarbeitung vorhandener Bildungsmaterialien soll ein inklusionsgerechtes Lernmodul für die Bildungsarbeit der Gedenkstätte entstehen. Der Grundgedanke des Projekts steht im Einklang mit der im Dezember durchgeführten Baumaßnahme vor dem ehemaligen Hinrichtungsgebäude. Hier wurde ein physisch barrierefreier Zugang für Rollstuhlfahrer\_innen und Menschen mit Gehbeeinträchtigung geschaffen. Mit meinem Konzept möchte ich nun eine Barrierefreiheit auf inhaltlicher Ebene schaffen.

Die Zielgruppe der neuen Bildungsmaterialien sind Menschen mit niedrigen Lesefähigkeiten. In enger Zusammenar-

beit mit den pädagogischen Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätte und der „Schule am Teichgarten“ in Wolfenbüttel, einer Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache, habe ich in den letzten Monaten immer wieder mein Konzept überarbeitet und an die Bedürfnisse der Zielgruppe angepasst. Im Kern sollen die vertiefenden Informationen aus den Multi-Touch-Tischen in *Einfache Sprache* übersetzt werden. Im Vergleich zur Standard- oder Fachsprache bemüht sich *Einfache Sprache* um einen klaren und deutlichen Stil. Lange Sätze, unübersichtliche Strukturen, Fremdwörter und bildhafte Wendungen werden vermieden. Bei einer Realisierung meines Vorhabens würden die bisher schwer verständlichen Texte an die Lesekompetenz breiter Bevölkerungsgruppen angepasst. Der Informationsgehalt der zurzeit vorhandenen Texte bliebe dabei erhalten. Darüber hinaus könnte die Auswahl der angebotenen Biografien nach Bedarf auf eine kleinere Zahl begrenzt werden. Menschen mit hohen Lesefähigkeiten könnten sich weiterhin mit den Originaltexten der historischen Quellen auseinandersetzen. Das Endergebnis des Projekts wäre kein Niveauverlust, sondern

ein höheres Maß an Diversität in der Anwendung der Multi-Touch-Tische. Die Umsetzung des Projekts wäre aus meiner Sicht anzudenken, dafür ist jedoch auch die Erstellung eines Kosten- und Finanzierungsplans für den Bereich der Übersetzung notwendig.

131

Sohn und Enkel von Wilhelm Schulze vor der Biografie-tafel im ehemaligen Hinrichtungsgebäude am 9. April  
• Ina Stenger



# Gedenkstättenförderung Niedersachsen



134 Die Abteilung Gedenkstättenförderung Niedersachsen umfasst mehrere Arbeitsbereiche mit unterschiedlichen Serviceangeboten zur Unterstützung und Vernetzung der Forschung zu den verschiedensten historischen Aspekten, der Gedenkstättenarbeit und der Erinnerungskultur: finanzielle Zuwendungen, Forschung und Dokumentation, Bildung und Vermittlung, Beratung und Fortbildung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung waren an der Vorbereitung und Durchführung verschiedenster Bauvorhaben, Ausstellungsprojekte, Veröffentlichungen etc. an vielen Orten in unterschiedlicher Weise beteiligt und gefragt. An dieser Stelle kann lediglich eine kleine Auswahl vorgestellt werden.

An erster Stelle sind die Neugestaltungsprojekte der Gedenk- und Dokumentationsstätten in Niedersachsen zu nennen. Die Gedenkstätten Gestapokeller Osnabrück und Augustaschacht Ohrbeck konnten mit der Erarbeitung einer von Bund, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und mehreren Kommunen in der Region geförderte gemeinsame Dauerausstellung beginnen; die Stiftung berät den Trägerverein bei der Durchführung und ist im Wissenschaftlichen

Beirat des Projekts vertreten. Die Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau wurde bei den Planungen zur Einrichtung eines Lernorts in Räumlichkeiten der Schule in Liebenau beraten, insbesondere bei der Vorbereitung entsprechender Förderanträge. Ebenso wurden die konzeptionellen Überlegungen zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätten in Salzgitter-Drütte und Moringen beratend begleitet.

Im Zusammenhang mit dem von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten finanziell geförderten Projekt zur Konzeption eines historisch-topographischen Informationssystems für den Bückeberg, dem Schauplatz der „Reichserntedankfeste“, wurde ein Gestaltungswettbewerb durchgeführt. Die Jury unter Vorsitz des Landrates des Kreises Hameln-Pyrmont, Tjark Bartels, und mit Beteiligung der Geschäftsführers der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Dr. Jens-Christian Wagner, hat im Juni den Entwurf der hannoverschen Arbeitsgemeinschaft Jung/Ermisch/Kerck ausgewählt. Dieser soll jedoch noch modifiziert werden; die Diskussion war zum Jahreswechsel noch nicht abgeschlossen. Am 24. November wurden die Planungen für den Bückeberg in Emmerthal der interessier-

ten Öffentlichkeit vorgestellt; in der Folge äußerten etliche Bürger Kritik an dem Vorhaben, vor allem mit Hinweis auf die Kosten.

Am 21. März wurde im sehr gut besuchten Gröschler-Haus in Jever die Publikation von Holger Frerichs über „Zwangsarbeit – Hunger – Tod. Arbeitskommandos, Lager und Grabstätten sowjetischer Kriegsgefangener in Wilhelmshaven und Friesland“ vorgestellt. Diese Studie ist Ergebnis langjähriger Recherchen des Autors, die im Zusammenhang mit dem 2010 bis 2012 durchgeführten Forschungsprojekt „Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen in Niedersachsen“ der Dokumentationsstelle Widerstand und Verfolgung auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen begonnen hatten. Bei der Präsentation der von der Stadt Wilhelmshaven herausgegebenen Veröffentlichung hielt Dr. Rolf Keller einen einführenden Vortrag.

Von der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung wurden etliche weitere Buchpublikationen durch inhaltliche Beratung, Lektorat sowie Bereitstellung von Fotos und Dokumenten intensiver unterstützt, z. B.:



Vorstellung der Publikation „Zwangsarbeit – Hunger – Tod“ über sowjetische Kriegsgefangene in Friesland und Wilhelmshaven im Gröschler-Haus in Jever am 21. März; v.l.: Dr. Jens Graul, (Kulturbeauftragter der Stadt Wilhelmshaven), Ulrich Raecker-Wellnitz, (Leiter des Stadtarchivs Wilhelmshaven), Autor Holger Frerichs und Dr. Rolf Keller, (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten) • Hartmut Peters

11. Juni: Busexkursion am zu den Kriegsgefangenenfriedhöfen Bergen-Belsen, Oerbke/Fallingbostel und Wietzendorf; Silke Petry (2.v.r.) gibt anhand einer Luftaufnahme vom 9. April 1945 Informationen zur Lokalisierung der verschiedenen Friedhöfe im Umfeld der Lager Oerbke und Fallingbostel. • Martina König

15. Juni: Mitarbeiterfortbildung in Lüneburg. Erläuterungen von Manfred Messer auf dem Friedhof Tiergarten • Stephanie Billib

21. Oktober: Zum Abschluss der Gedenkfeier in Engerhufe bei Aurich besuchen die Teilnehmenden das neu gestaltete Gräberfeld der KZ-Opfer auf dem Kirchhof. • Rolf Keller

- Arbeitskreis Stadtgeschichte Burgdorf: Im Schatten des Vergessens. Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und heimatlose Ausländer in Burgdorf 1939–1950
- Moisej Beniminowitsch Temkin: Am Rande des Lebens. Erinnerungen eines Häftlings der nationalsozialistischen Konzentrationslager
- Vera Hilbich: Der „Friedhof der Namenlosen in Oerbke“. Lokale Erinnerung und Auseinandersetzungen nach Kriegsende
- Begleitpublikation zur Ausstellung „Die Exekutionen müssen unauffällig im nächstgelegenen Konzentrationslager durchgeführt werden“ der Gedenkstätte Sachsenhausen  
Hinzu kamen Beratung und Mitarbeit bei der Texterstellung und Gestaltung von Flyern sowie Informations- oder Erinnerungstafeln im öffentlichen Raum.  
Zu den Aktivitäten der Abteilung im Bereich Fortbildung und Tagungen für die haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gedenkstätten und Museen, Mitglieder von Geschichtswerkstätten, Vereinen, Initiativen etc. gehören auch Informationsveranstaltungen für die Angestellten und Honorar-

kräfte der Stiftung selbst. Einmal jährlich wird eine Exkursion zu einer Dokumentations- oder Gedenkstätte in Niedersachsen angeboten. Am 15. Juni lernten die Teilnehmenden die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg und ihre Arbeit kennen; außerdem waren die Geschehnisse am Güterbahnhof Lüneburg im April 1945 sowie der KZ-Friedhof Tiergarten Thema einer Führung zu den historischen Orten.

In Wolfsburg kam es im Sommer zu öffentlichen Diskussionen anlässlich der Entdeckung von Barackenfundamenten des ehemaligen KZ-Außenkommandos Laagberg im Zuge eines Bauvorhabens. Die VVN/BdA und andere Interessenverbände forderten einen sofortigen Baustopp, die Stadtverwaltung favorisierte hingegen eine teilweise Dislozierung der Fundamente auf eine Fläche innerhalb des früheren Lagerareals, die unbebaut bleibt. Außerdem empfahl die Verwaltung dem Stadtrat die Einrichtung einer NS-Dokumentationsstätte an diesem Ort. Die VVN Wolfsburg und die Stadt Wolfsburg baten die Abteilung Gedenkstättenförderung Niedersachsen um Beratung zur Frage der Verlegung eines Barackenfundaments des KZ Außenlagers Laag-

berg sowie um eine Stellungnahme für den Kulturausschuss der Stadt. Die Stiftung positionierte sich für eine Verlegung und die Gestaltung eines Informations- und Lernorts.

Im Rahmen des deutsch-russischen Forschungs- und Erschließungsprojekts „Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam“ gab es mehrere Besprechungen mit Vertretern des Deutschen Historischen Instituts Moskau und der Deutschen Dienststelle (WASSt). Dr. Rolf Keller referierte bei einer projektbegleitenden internationalen Tagung im deutsch-russischen Museum in Berlin-Karlshorst über den Stand der Forschung zu diesem Thema.

Nicht zuletzt wegen der historischen Bezüge zu den Kriegsgefangenenlagern Wietzendorf, Sandbostel und Rohrsen/Heemsen ist die Abteilung Gedenkstättenförderung im wissenschaftlichen Beirat des 2017 angelaufenen Projekts zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte des „Erweiterten Krankenreviers“ Gudendorf (Schleswig-Holstein) vertreten. Im diesem Jahr stand die Auswahl und Beratung der mit den Recherchen beauftragten Historikerin im Vordergrund.

# Tagung „Opfer des Nationalsozialismus – Friedhöfe und Grabstätten“

Juliane Hummel



136 Wie in den Jahren zuvor organisierte die Abteilung Gedenkstättenförderung auch 2017 eine eintägige niedersachsenweite Tagung zum Thema „Opfer des Nationalsozialismus – Friedhöfe und Grabstätten“. Die Veranstaltung versteht sich als Forum für Gedenkstättenmitarbeitende, ehrenamtliche Initiativen und beruflich mit der Thematik Befasste und bietet Raum, themenspezifische Projekte, Konzepte und Herausforderungen vorzustellen und zu diskutieren sowie sich zu vernetzen. Die Tagung fand erneut in Hannover statt (am 16. März) und war mit etwa 50 Teilnehmenden wieder gut besucht.

Der Tag begann mit einem Referat von Elke Zacharias (Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V./ Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte), in dem sie die heutigen Schwierigkeiten der Verortung und Identifikation von Gräbern sowjetischer Kriegsgefangener auf dem Friedhof Jammertal in Salzgitter-Lebenstedt erläuterte. Dabei gelang es durch Auffindung neuer Quellen, unter anderem den Bestattungsort von Wladimir Katschkin zu klären, dessen Grab bisher auf dem Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten vermutet wurde. Die Recherchen erfolgten

aus aktuellem Anlass aufgrund von Nachfragen der Familie Katschkin.

Anschließend stellte Friedrich-Wilhelm Koop (Samtgemeinde Heemsen) die Pläne zur Umgestaltung des „Russenfriedhofs“ in Heemsen vor, auf dem 746 sowjetische Kriegsgefangene bestattet sind, die im Zweiglager Rohrsen des Stalag XC ums Leben kamen, das als Lazarett für TBC-Kranke diente. Anstoß für das Vorhaben gab die Namensermittlung der Toten durch den Hobbyhistoriker Hans-Jürgen Sonnenberg. Ein Arbeitskreis, dem Vertreter der Kommune und engagierten Bürger\_innen angehören, erarbeitete daraufhin ein Konzept für die Neugestaltung des Friedhofs inklusive eines kleinen Dokumentationszentrums, in dem über die Geschichte des Lagers und der Gräberanlage informiert wird sowie die Namen der Toten genannt werden. Der Ort soll künftig eine Stätte der Begegnung, Versöhnung und Erinnerung sein.

Peter Gunkel, Mira Rommel und Peter Raykowski (Lüneburg) berichteten über den „Friedhof Tiergarten“ in Lüneburg, wo die Opfer eines von der SS an KZ-Häftlingen kurz vor Kriegsende verübten Massenmordes liegen. Zunächst gab

Peter Raykowski einen Überblick über den historischen Hintergrund und die Geschichte der Anlage. Anschließend legte Mira Rommel die möglichen verschiedenen Funktionen dieses und vergleichbarer anderer Orte dar. Die Bedeutung solcher Stätten als Lernorte würde immer wichtiger. Sie plädierte dafür, Multiplikator\_innen entsprechende Bildungsmaterialien zur Verfügung zu stellen. Abschließend schilderte Peter Gunkel den aktuellen Stand der Umgestaltung des Friedhofs. Der Prozess der Neugestaltung werde seit mehreren Jahren von der Stadt Lüneburg in der Schwebe gehalten, was die ehrenamtlich Engagierten als deutliches Zeichen für die Interesslosigkeit der Verantwortlichen werteten.

Über eine Initiative zur Regelung des dauerhaften Erhalts der Gräber ehemals NS-verfolgter Sinti und Roma informierte Jara Kehl vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (Heidelberg). Der Zentralrat setzt sich seit Jahren zusammen mit seinen Landesverbänden dafür ein, dass die Gräber der nach 1952 verstorbenen und im Nationalsozialismus verfolgten Sinti und Roma als Familiengedächtnisstätten auf Dauer erhalten



Roland Behrmann (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, LV Niedersachsen) stellte die neue „Landesarbeitsgemeinschaft Friedhöfe“ vor, in der Vertreter des Volksbundes, der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, des Landesamtes für Denkmalpflege und des niedersächsischen Heimatbundes mit dem Ziel zusammenarbeiten, das Thema „Friedhöfe und Grabstätten von Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft“ bekannter zu machen. So soll zum Beispiel jährlich eine „rote Mappe“ erstellt werden, in der Missstände gegenüber der Landesregierung benannt werden.

#### Literatur zu den Referaten:

Jara Kehl: Dauerhafter Erhalt der Grabstätten NS-verfolgter Sinti und Roma. Schriftenreihe des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Band 10, Heidelberg 2016.

VVN-BdA Lüneburg: Vom KZ-Friedhof zum Rhododendron-Park. Wie Lüneburg über seine Nazi-Verbrechen Gras wachsen ließ. Ein Beitrag zur Neugestaltung des KZ-Friedhofs in Lüneburg, Lüneburg 2016.

Rudolf Gutte: Vom Soldatenehrenmal zum Denkmal für alle Opfer des Nationalsozialismus. Ein Lehrstück deutscher Erinnerungskultur, Berlin 2016.

Katja Seybold: Zwischenbericht zum Projekt „Die Toten von Bergen-Belsen. Zahl und Grablagen der Opfer des Konzentrationslagers Bergen-Belsen“, Lohheide 2016, Online-Publikation <https://bergen-belsen.stiftung-ng.de/de/forschung-dokumentation/aktuelle-forschungsvorhaben/>

werden. Im Dezember 2016 bekannten sich die Bundes- und Landesregierungen zur gemeinsamen Verantwortung und vereinbarten eine jeweils hälftige Beteiligung an den entstehenden Kosten. Eine Regelung zur administrativen Umsetzung werde derzeit erarbeitet.

Katja Seybold (Gedenkstätte Bergen-Belsen) gab einen Zwischenbericht des Projekts „Ermittlung der Zahl und der Grablagen der Todesopfer des KZ Bergen-Belsen“. Auch 75 Jahre nach Kriegsende sind Zahl und Verbleib der Toten noch nicht lückenlos geklärt. Mit dem Ziel, dieses Desiderat historiografisch zu klären, werden alle verfügbaren Quellen zur Zahl und zu den Grabstätten der Toten systematisch ausgewertet. Die Recherchen beziehen sich dabei ebenso auf die Häftlinge, die während der Transporte von und nach Bergen-Belsen verstorben sind.

Abschließend berichtete Rudolf Gutte (Großburgwedel) über den Ausgang des „Mahnmalstreits“ in Großburgwedel. Seit 2012 besitzt die Gemeinde eine Erinnerungsstätte auf dem örtlichen Friedhof, die dem Anspruch eines differenzierten Gedenkens an Krieg, NS-Verbrechen und die Opfer gerecht wird. Vorausgegangen war ein sechs Jahre langer, hoch

emotional geführter Streit im Ortsrat und in der Bevölkerung. Ein Kernpunkt der Debatte war die Frage, wie mit SS-Angehörigen unter den Gefallenen umgegangen werden soll. Außerdem wurde lange diskutiert, welcher Opfer(gruppen) außerdem öffentlich gedacht werden sollte. Schließlich wurde um Formulierungen auf den Gedenktafeln gerungen.

Zum Schluss der Tagung wurden kurz zwei neue Projekte vorgestellt:

Rolf Keller (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten) informierte über die Fortsetzung des deutsch-russischen Projekts zur Digitalisierung und Auswertung von Archivunterlagen über „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte“. Hierzu gab es am 22. Juni 2016 eine gemeinsame Erklärung des russischen und des deutschen Außenminister. Das Projekt wird auf deutscher Seite vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge koordiniert. Die Recherche und Erschließung von Beständen in Archiven der ehemaligen Sowjetunion erfolgt durch das Deutsche Historische Institut Moskau, Personenauskünfte auf Basis der ermittelten Daten erteilt die Deutsche Dienststelle (WAS) in Berlin.

Fragen aus dem Plenum: Joachim Puppel vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport  
• Juliane Hummel

Reges Interesse am Büchertisch • Jens Binner

Bürgermeister Friedrich-Wilhelm Koop stellt die Pläne zur Umgestaltung des „Russenfriedhofs“ in Heemsen vor. • Jens Binner

Katja Seybold referiert über das Projekt „Zahl und Grablagen der Opfer des KZ Bergen-Belsen“. • Jens Binner

Pausengespräch: Dr. Andrea Kaltfofen, Geschäftsführerin der Stiftung Esterwegen, und Ulrich Kohlhoff vom Verein KZ Gedenkstätte Engerhufe. • Juliane Hummel

Einen Einblick in den Stand der Umgestaltung des KZ-Friedhofs Tiergarten in Lüneburg gab Peter Gunkel. • Juliane Hummel

Elke Zacharias beim Vortrag über den Friedhof Jammertal • Jens Binner

# Dokumentation und Forschung

Silke Petry



138 Eine wesentliche Aufgabe der Abteilung Gedenkstättenförderung ist die Unterstützung, Beratung und Vernetzung von Gedenkstätten, Vereinen und Initiativen, Wissenschaftlern und interessierten Einzelpersonen, Kommunen und Bildungsträgern bei der Aufarbeitung, Dokumentation und Vermittlung der Geschichte der NS-Zeit in Nordwestdeutschland. Hierzu werden seitens des Arbeitsbereichs Dokumentation und Forschung wissenschaftliche Expertise, Findmittel, Dokumentarmaterial, Literatur, Erfahrung und Know-how eingebracht. Das Angebot wird von einer Vielzahl von Nutzern angenommen, auch über Niedersachsen hinaus. Die größte Nachfrage kommt allerdings von Einzelnen und Gruppen, die in der Lokal- und Regionalforschung in Nordwestdeutschland engagiert sind.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit im Bereich Forschung und Dokumentation bildet seit einigen Jahren das Thema Kriegsgefangene. Vor allem die sowjetischen Kriegsgefangenen als größte Opfergruppe in Niedersachsen stehen im Fokus der Forschung und des bürgerschaftlichen Engagements. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Projekte intensiv unterstützt, u.a. eine Arbeits-

gruppe aus dem Landkreis Nienburg, die sich mit den historischen Hintergründen der Kriegsgräberstätte in Heemsen beschäftigt und beispielsweise Informationsmodule für diesen Ort erarbeitet. Die Wehrmacht hatte im März 1944 in Heemsen ein Lazarettlager für TBC-krankes sowjetische Kriegsgefangene eingerichtet. In 12 Monaten starben dort 740 Gefangene, die in Massengräbern auf dem nahe gelegenen Lagerfriedhof bestattet wurden. Am 19. November 2017 wurde am Friedhof in Heemsen eine Gedenkstätte mit historischen Informationen sowie den Namen und Lebensdaten der Opfer eröffnet.

Ähnliche Unterstützung erhielt die Stadt Dannenberg bei der Vorbereitung einer Gedenkstele für die Opfer von Zwangsarbeit. Seit 2011 erinnern auf einem kleinen Platz am Verwaltungsgebäude der Stadt mehrere Stelen an die verschiedenen Opfer des Nationalsozialismus im Landkreis Dannenberg. Am 14. Februar 2017 wurde die letzte Stele offiziell eingeweiht. Ein Vortrag von Silke Petry zum Thema „Der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener am Beispiel des Landkreises Lüchow-Dannenberg (1941-1945)“ schloss sich der Veranstaltung an.

Am 8. August führte Silke Petry für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Besucherdienstes der Gedenkstätte Bergen-Belsen eine Fortbildung zur Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen durch, in deren Verlauf sie auch über die Anlage und diverse Umgestaltungen des Friedhofs Hörsten seit 1941 sowie die Erinnerungskultur an diesem Ort informierte.

Wie in den letzten Jahren erhielten die Lehrer und Schüler der Oberschule in Bad Fallingb. während der jährlichen Projektwoche zum Thema „Kriegsgefangenenlager in Fallingb. / Oerbke“ im Oktober praktische Unterstützung vor Ort bei der Vermittlung von Inhalten zum Thema Sowjetische Kriegsgefangene in Verbindung mit den Kriegsgefangenenlagern in der Lüneburger Heide.

Ein weiteres Schwerpunktthema ist das Schicksal der Sinti und Roma. Im Zuge der Vorbereitungen der Veranstaltungen anlässlich des 75. Jahrestages des sogenannten Auschwitz-Erlasses durch Himmler am 16. Dezember 1942, mit dem die Deportation der Mehrzahl der Sinti und Roma im Reichsgebiet und den besetzten Gebieten angeordnet wurde, war die Abteilung an der Überarbeitung



der Ausstellung „Von Niedersachsen nach Auschwitz“ beteiligt (Christian Wolpers).

Die archivalische Sammlung der Dokumentationsstelle umfasst Reproduktionen (Kopien, Mikrofilme, Scans) von schriftlichen Quellen und Fotografien aus Archiven im In- und Ausland sowie in geringem Umfang auch originale Unterlagen wie Nachlässe, Fotografien und Alben. Erweitert wurde die Sammlung 2017 durch Reproduktionen von Archivalien aus den National Archives in Kew (London) zum Thema Kriegsgräber in der britischen Zone, außerdem durch Materialien aus dem Archiv des Heidekreises in Bad Fallingbostal zu Kriegsgräberstätten im ehemaligen Landkreis Soltau in den ersten Nachkriegsjahren (Friedhöfe, Umbettungen und Umgestaltungen). Die Dokumentation „Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen“ konnte durch eine Vielzahl von neu erschlossenen Dokumenten und Berichten beträchtlich ergänzt werden, insbesondere durch Informationen und Hinweise von Lokal- und Regionalforschern.

Die Präsenzbibliothek bietet Publikationen vor allem zum Schwerpunkt NS-Zeit und Folgen in Nordwestdeutschland.

2017 wurden 133 Titel neu aufgenommen. Der Bestand umfasst 6148 Druckwerke, außerdem Zeitschriften und audiovisuelle Medien.

Im Berichtsjahr wurden 110 schriftliche und eine Vielzahl von telefonischen Anfragen zu verschiedensten thematischen Aspekten beantwortet (etwa zu Kriegsgefangenenlagern und Wehrmacht, Konzentrationslagern und SS, Civil Internment Camps, Displaced Persons, einzelnen Verfolgtengruppen, Gestapo, Widerstand, NS-Kultstätten, Kriegsverbrecherprozessen, Friedhöfen und Gräberfeldern, Archivwesen und Quellenbeständen, Recherchemöglichkeiten, Auswertung und Dokumentation). Acht Besucher bzw. Besuchergruppen recherchierten vor Ort in den Beständen der „Dokumentationsstelle zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung 1933 – 1945 auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen“. Außerdem wurden Fotos aus den Beständen der Dokumentationsstelle für mehrere Ausstellungen und Publikationen zur Verfügung gestellt. Im Bereich der Schicksalsklärung wurden 28 Anfragen aus dem Ausland bearbeitet, die vor allem sowjetische, außerdem slowakische und französische Kriegs-

gefangene sowie italienische Militärinternierte betrafen.

Darüber hinaus war der Arbeitsbereich Dokumentation und Forschung durch Beratung sowie Mitarbeit bei Bildauswahl und Textredaktion maßgeblich beteiligt an der Herausgabe der Arbeit von Vera Hilbich „Der ‚Friedhof der Namenlosen‘ in Oerbke. Lokale Erinnerung und Auseinandersetzungen nach Kriegsende“.

Einweihung der letzten von fünf Gedenkstelen an die Opfer des Nationalsozialismus am 14. Februar in Dannenberg (v. l.: Stadtarchivarin Susanne Götting-Nilius, Silke Petry und Elke Meyer-Hoos • Christiane Beyer, Elbe-Jeetzell-Zeitung)

Gemeinsam mit dem Samtgemeindegemeindevorstand Friedrich-Wilhelm Koop und anderen am Projekt Beteiligten besuchte die 80jährige Anna Kondratjuk am 6. November mit Ihren Brüdern und ihrer Enkelin die Gedenkstätte und den Friedhof in Heemsen. Der Vater von Anna Kondratjuk, Leonid Karpenko, starb am 28. November 1944 im Lazarettlager. Bestattet wurde er in einem Massengrab. • Bernd Andermann, Fotoservice Andermann



140 Die wesentlichen Serviceleistungen der Abteilung Gedenkstättenförderung Niedersachsen für die Dokumentations- und Gedenkstätten im Land umfassen im pädagogischen Bereich neben der Vernetzung vor allem den Erfahrungsaustausch, die Diskussion und Weiterentwicklung der in der Bildungsarbeit verwendeten Formate, Methoden und Materialien sowie die Aus- und Weiterbildung des in der Bildungsarbeit tätigen Personals.

Anfang des Jahres stand zunächst die Veröffentlichung zweier Publikationen im Mittelpunkt der Arbeit. „Vier Kieselsteine“ – die Lebensgeschichte der Familie Blumenthal aus Hoya – wurden als Materialpaket für die Arbeit mit Kindern ab neun Jahren konzipiert und am 16. Januar unter Anwesenheit von Frau Marion Blumenthal Lazan sowie der Kultusministerin und Vorsitzenden des Stiftungsrates, Frauke Heiligenstadt, auf einer Pressekonferenz im Kultusministerium der Öffentlichkeit vorgestellt. An den folgenden Tagen fanden Vorträge und Zeitzeugengespräche mit Marion Blumenthal Lazan in der inzwischen nach Marion Blumenthal benannten Oberschule Hoya und der Oberschule Flotwedel in Eick-

lingen statt; bei diesem Anlass wurden auch die Lernmaterialien vorgestellt.

Kurz darauf wurden neue Bildungsmaterialien zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma veröffentlicht. Elf thematische Module ermöglichen es Lehrerinnen und Lehrern, im Schulunterricht die Ausgrenzung und Verfolgung von Sinti und Roma zu thematisieren. Die Module sind regionalgeschichtlich ausgerichtet, beziehen Selbstaussagen der Verfolgten ein und bieten Möglichkeiten zum biografischen Lernen sowie eine große Quellenvielfalt, die auch ohne die vorhandenen Narrationen genutzt werden kann. Die Module sind als Online-Publikation im Bildungsportal der Stiftung „geschichte-bewusst-sein.de“ eingestellt und von dort als pdf-Dateien zum Ausdruck abrufbar.

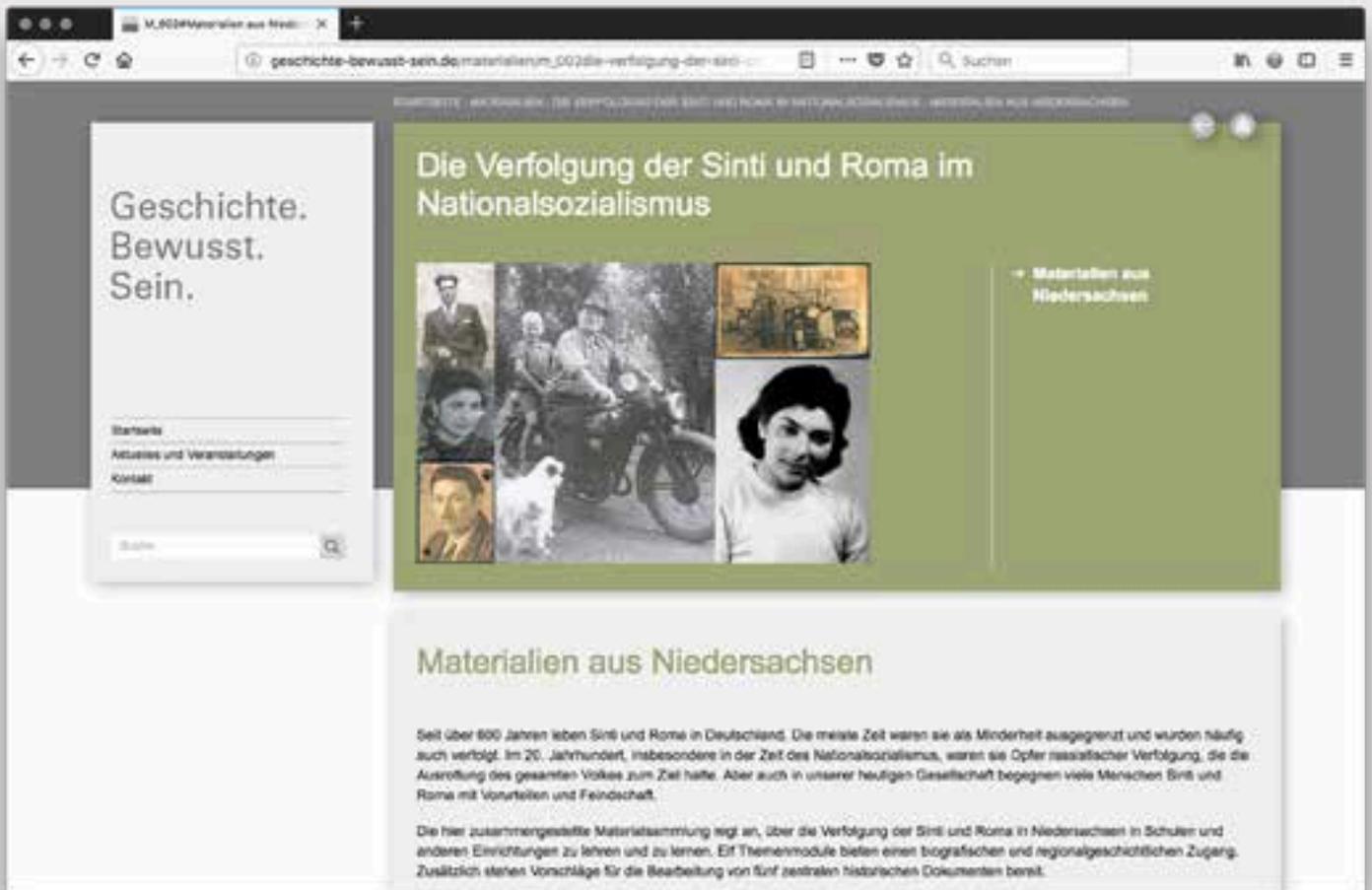
Auf dem Gebiet der Fort- und Weiterbildung wurde im Jahr 2017 in Kooperation mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen eine Fortbildung zu Methoden in der Bildungsarbeit angeboten. Die Veranstaltung besuchten neben Teilnehmenden aus Bergen-Belsen Mitarbeitende der Gedenkstätte Wolfenbüttel, des Denkmals Bunker Valentin und der KZ-Gedenkstätte Moringen. Im Mittelpunkt der

inhaltlichen Arbeit standen Selbstreflexionen und Methoden zum Umgang mit Besuchergruppen.

Neben dieser Fortbildungsveranstaltung fanden im Laufe des Jahres überwiegend Fachgespräche und -beratungen auf bilateraler Ebene mit einzelnen Gedenkstätten, Projekten und Mitarbeiter\_innen statt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit im Bildungssektor mit Ausstrahlung in den Bereich der Zusammenarbeit mit Schulen in Niedersachsen war die 2016 begonnene Kooperation mit dem Niedersächsischen Institut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) im Arbeitsfeld „Erinnerungskultur (Holocaust im Film)“.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem NLQ (und dem niedersächsischen Kultusministerium) wurde im Rahmen der Umsetzung der am 26. Mai 2016 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung des Landes Niedersachsen mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem zum zweiten Mal eine Fortbildung für Lehrer\_innen durchgeführt. Inklusive eines Vorbereitungsseminars in der Gedenkstätte Bergen-Belsen und einer Nachbereitung in Osnabrück (in Kooperation



mit der Gedenkstätte Augustaschacht) wurde diese Fortbildung maßgeblich von Seiten der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten geplant und organisiert.

141

Die Bildungsmaterialien „Vier Kieselsteine“ wurden am 16. Januar bei einer Pressekonferenz im niedersächsischen Kultusministerium präsentiert. Hier die Zeitzeugin Marion Blumenthal-Lazan im Gespräch mit der niedersächsischen Kultusministerin und Vorsitzenden des Stiftungsrats, Frauke Heiligenstadt • Jens Binner

Autogramme gefragt! Im Anschluss an die Veranstaltung in „ihrer“ Schule in Hoya signierte Marion Blumenthal-Lazan (nicht nur) Exemplare der Lernmaterialien und unterhielt sich mit den Kindern. • Jens Binner

Screenshot der Startseite mit neuen Bildungsmaterialien zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma • Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

# Förderung der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur durch finanzielle Zuwendungen

Arnold Jürgens



142 Im Rahmen der Förderung der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur durch Zuwendungen gewährt die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten finanzielle Zuschüsse für Projekte von Gedenkstätten, Vereinen, Geschichtswerkstätten und Initiativen. Die Fördermittel können unter Angabe der wesentlichen Informationen zu Intention, Inhalt, Format, Ablauf und Finanzierung des Projektes formlos bei der Stiftung beantragt werden. Die Zuschüsse werden in der Regel in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung gewährt. Erwartet wird, dass Förderer aus der Region mindestens die Hälfte der benötigten Mittel bereitstellen.

Im Vorfeld bietet die Stiftung den Antragstellern umfassende Beratung und Information in inhaltlichen, organisatorischen und formalen Fragen an. Die Anträge werden in der „Wissenschaftlichen Fachkommission zur Förderung und Fortentwicklung der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen“ (WFK) beraten, deren Empfehlungen die Grundlage für die Förderentscheidungen der Stiftung bilden. Der WFK gehören Professor\_innen von Hochschulen in Niedersachsen und Bremen an (aus den Fachbereichen Geschichte, Pädagogik und Kulturwissen-

schaften) sowie Expert\_innen aus den Bereichen Gedenkstättenarbeit, jüdische Geschichte und Archivwesen.

Entsprechend dem Förderkonzept der Stiftung erhalten die Gedenkstätten in Salzgitter-Drütte und Moringen eine institutionelle Förderung. Dieses Instrument ermöglicht eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitssituation. Die gewährten Mittel dienen in erster Linie der Finanzierung von Personalstellen im Bereich Leitung und Verwaltung. Neben der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten tragen vor allem kommunale Förderer der jeweiligen Gedenkstätten die Kosten für den Unterhalt der Einrichtungen. Die Bereitschaft zur dauerhaften Unterstützung der Gedenkstätten wird in entsprechenden Kooperationsvereinbarungen zwischen der Stiftung, den Kommunen und den Trägervereinen festgehalten.

Die Gedenkstätten Esterwegen (DIZ Emslandlager) und Sandbostel erhalten eine Schwerpunktförderung, insbesondere durch die (anteilige) Finanzierung der jeweiligen Leitungsstellen. Außerdem werden die Projektleitungsstellen der im Aufbau begriffenen Dokumentations- und Gedenkstätten in Osnabrück/Ohrbeck (Augustaschacht), Liebenau

und Lüneburg gefördert. Voraussetzungen für die Aufnahme in die Schwerpunktförderung sind historische Bedeutung und Exemplarität des Ortes, wissenschaftliche wie pädagogische Qualität der Arbeit der Dokumentations- und Gedenkstätte, eine breite Basis bürgerschaftlichen Engagements und die Beteiligung weiterer Geldgeber aus der Region an der Gesamtfinanzierung der Einrichtung. Entwicklungen und Konzepte der schwerpunktgeförderten und im Aufbau befindlichen Gedenkstätten werden regelmäßig in der WFK vorgestellt und diskutiert und die Einrichtungen entsprechend beraten.

## Projektförderung

2017 standen 450.000 € zur Verfügung. Insgesamt wurden Zuwendungen für 34 Vorhaben an 18 Träger vergeben. Der Großteil der Mittel wurde für die Finanzierung der Leitungsstellen in den Gedenkstätten in Esterwegen (DIZ Emslandlager), Sandbostel, Augustaschacht, Liebenau und Lüneburg sowie für die institutionelle Förderung der Gedenkstätten Salzgitter-Drütte und Moringen aufgewendet.



Zuwendungen wurden unter anderem für folgende Projekte gewährt:

Der 2008 gegründete Förderverein ehemalige Synagoge Stadthagen e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, die Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte und mit den NS-Verbrechen im heutigen Landkreis Schaumburg sowie die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu fördern. Zu diesem Zweck wurde die ehemalige Synagoge in der Altstadt von Stadthagen in den letzten Jahren zu einem Gedenk- und Lernort um- und ausgebaut. Der Raum im Erdgeschoss dient als Veranstaltungs- und Präsentationsraum und bietet außerdem Informationen zur Geschichte der Juden in Schaumburg sowie zur NS-Verfolgung im Landkreis Schaumburg mit exemplarischen Biographien von NS-Opfern. In einem von der Stiftung geförderten Projekt wurden ergänzende Informationen zu den NS-Verfolgten und zu den Gedenk- und Erinnerungsorten im Landkreis in einer computergestützten Arbeitsstation für Dokumentations- und Vermittlungszwecke aufbereitet. Der Trägerverein erfährt eine breite Unterstützung durch Politik, Kommunen und Kultureinrichtungen in der Region. Bereits vor Abschluss

des Projektes wurden Kooperationsabsprachen mit regionalen Bildungseinrichtungen getroffen. Insofern bestehen gute Perspektiven für eine erfolgreiche und nachhaltige Gedenkstätten- und Bildungsarbeit. Die Eröffnung der Gedenk- und Lernortes ehemalige Synagoge Stadthagen fand am 29. Oktober in Anwesenheit von Ministerpräsident Stefan Weil statt.

Die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte sammelt Dokumente, Artefakte, Fotos und weitere Materialien zur Geschichte des Konzentrationslagers. In mehreren von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten geförderten Recherche- und Archivprojekten konnte die Sammlung wesentlich komplettiert werden. In dem aktuellen Vorhaben werden die Namen und biographischen Daten der SS-Angehörigen des KZ Drütte und der für die Aufsicht und Betreuung der KZ-Häftlinge verantwortlichen zivilen Mitarbeiter der Reichswerke „Hermann-Göring“ in einer Datenbank erfasst. Weitere Recherchen in einschlägigen Archiven tragen zur Vervollständigung der Kenntnisse bei. Die im Rahmen dieser Maßnahme erzielten Forschungsergebnisse sind eine wichtige Voraussetzung

für die Planung und Konzeptionierung einer neuen Dauerausstellung im Zuge der Neugestaltung der Gedenkstätte.

Der Verein Maro-Dromm-Sui-Generis aus Bad Iburg präsentierte die Wanderausstellung „Aus Niedersachsen nach Auschwitz – die Verfolgung der Sinti und Roma in der NS-Zeit“ in Oldenburg und

143

Die Junior Guides im Gespräch mit Mitarbeitern der Filmfirma CreaClic • Adrienne Körner, Dokumentations- und Lernort Baracke Wilhelmine

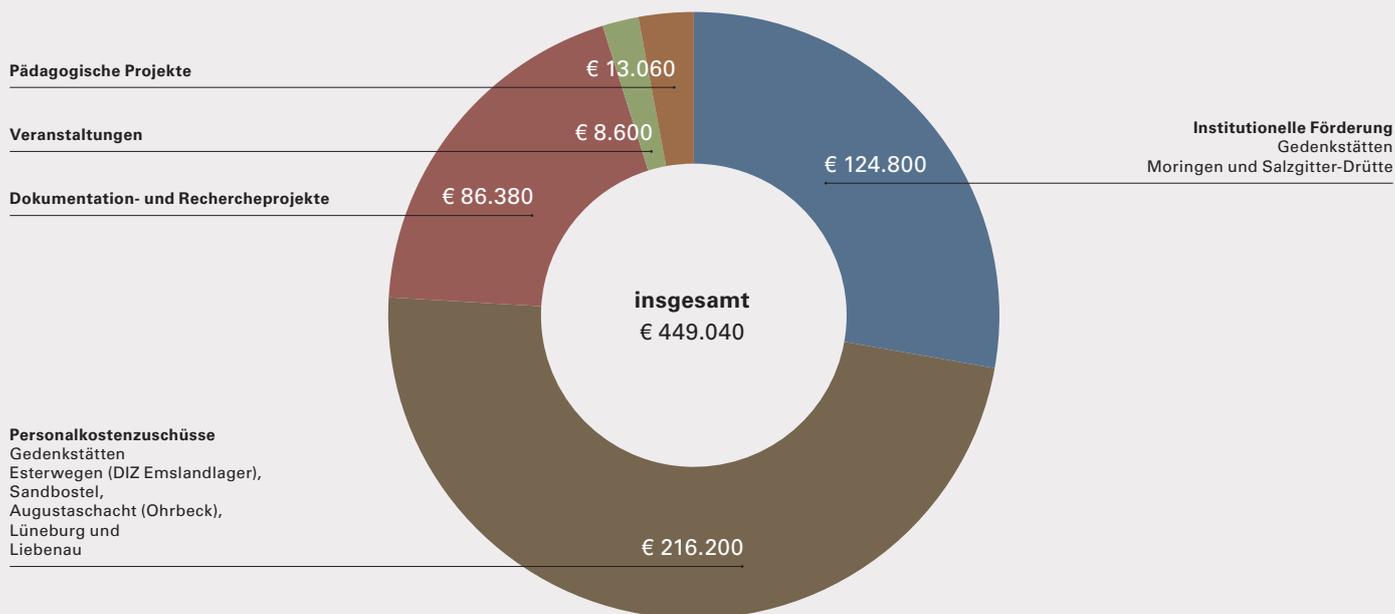
Madeleine erklärt Finja und Talon den U-Boot-Bunker anhand eines Modells in der Baracke Wilhelmine. • Adrienne Körner, Dokumentations- und Lernort Baracke Wilhelmine

Der Vereinsvorsitzende Bernd Hellmann und Andreas Kraus erläutern Ministerpräsident Stephan Weil am Tage der Eröffnung den Umbau der alten Synagoge. • Werner Peter, Förderverein ehemalige Synagoge Stadthagen e.V.

Jürgen Lingner (Mitte) erklärt dem Präsidenten der Erwin Rautenberg Foundation, Tom Corby, die Arbeitsstation. • Werner Peter, Förderverein ehemalige Synagoge Stadthagen e.V.

Teilnehmende des Methodenseminars „Die Würde des Menschen ist (an-)tastbar. Menschenrechte und Demokratielernen an NS-Gedenkstätten“, das vom 6. bis 10. Dezember in der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg und der Gedenkstätte Bergen-Belsen stattfand. Themen waren u.a. die eugenische Verfolgung, die verschiedenen Formen der „Euthanasie“ und die Verbindungslinien zum Holocaust. • Carola S. Rudnick, ArEGL

Bei einem Rundgang über das Gelände der Psychiatrischen Klinik besuchten die Teilnehmenden auch die Häuser, in denen die ehemalige „Kinderfachabteilung“ und die ehemalige „Ausländersammelstelle“ untergebracht waren. • Kristina Kobrow, ArEGL



Zuwendungen zur Förderung der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen 2017 (in Euro)

144 organisierte ein Rahmenprogramm, das insbesondere das Interesse von Schülerinnen und Schülern wecken soll. Die Erarbeitung und Erstellung der Wanderausstellung, die 2003 im Niedersächsischen Landtag eröffnet wurde, wurde u.a. aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert. Seitdem wurde sie jedes Jahr in mehreren niedersächsischen Städten präsentiert.

Der Arbeitskreis Andere Geschichte Braunschweig e.V. hat für die Gedenkstätte Schillstraße ein webbasiertes Informationsangebot konzipiert, das die Zeitschichten der unterschiedlichen Erinnerungskulturen auf dem Gelände der Gedenkstätte mit Hilfe von Fotos, Dokumenten, topographischen Karten und Auszügen aus Interviews von Zeitzeugen verstehbar machen soll. Thematische Schwerpunkte sind die Geschichte des KZ Schillstraße und das Gelände des ehemaligen Lagers, das heute als Parkplatz für ein Shopping-Center dient. Die Erarbeitung der Konzeption war 2016 durch die finanzielle Förderung seitens der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten ermöglicht worden. 2017 erfolgte die Realisierung des Vorhabens.

Die Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. hat in Kooperation mit Partnern aus Polen, Italien und den Niederlanden zwischen 2008 und 2010 eine Wanderausstellung zur NS-Zwangslagerarbeit in Südniedersachsen erarbeitet. Im Vordergrund steht die Dokumentation des Schicksals der zwangsweise nach Deutschland verschleppten Frauen, Männer und Kinder, eingebettet in die historischen und sozioökonomischen Kontexte. Das Projekt wurde von der EU sowie mehreren lokalen und regionalen Einrichtungen in Niedersachsen gefördert und unterstützt. Seit April 2015 hat die Ausstellung einen festen Ort in der Berufsbildenden Schule II in Göttingen. Die Herrichtung der Räumlichkeiten zur Unterbringung der Ausstellung wurde vom Landkreis Göttingen finanziert. Damit steht ein Lernort zur allgemeinen NS-Geschichte und zur Geschichte der Zwangsarbeit in Südniedersachsen zur Verfügung. In dem geförderten Vorhaben wurde zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eine Informationsbroschüre erarbeitet, die das Bildungs- und Vermittlungskonzept und die Angebote in seiner Aussage fokussiert und die Bedeutung der Aus-

stellung für die Region als Lern- und Bildungsort herausstellt. Darüber hinaus sollen mit der Broschüre potentielle Förderer erreicht werden.

#### Förderung von Neugestaltungsmaßnahmen niedersächsischer Gedenkstätten

Die Realisierung einer integrierten Ausstellung für die Gedenkstätten Gestapokeller Osnabrück und Augustaschacht Ohrbeck hat wie geplant Mitte 2017 begonnen. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird mit Landesmitteln in Höhe von insgesamt 451.500 Euro gefördert. Der Bund beteiligt sich mit 564.000 Euro, die Kommunen in der Region Osnabrück mit 112.500 Euro. Im Zuge des Neugestaltungsprojektes wird ein zwischen beiden Gedenkstätten abgestimmtes Konzept umgesetzt. Inhaltlich stehen das Handeln der Gestapo im Regierungsbezirk Osnabrück zwischen 1933 und 1945 sowie die zunehmende Radikalisierung in der Behandlung und Verfolgung von ausländischen Zwangsarbeitern während des Krieges im Mittelpunkt.

Der Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Moringen strebt im Einvernehmen mit dem Maßregelvollzugszentrum (MRVZ) die Nutzung von zusätzlichen historischen Räumlichkeiten des ehemaligen KZ Moringen für Ausstellungs- und Vermittlungszwecke an. Im heute vom MRVZ genutzten ehemaligen Kommandanturgebäude des KZ Moringen soll ein neuer Lernort entstehen. Die Planungen zielen darauf ab, im Dachgeschoss des Gebäudes Räumlichkeiten für eine neue Dauerausstellung, für die Bildungsarbeit mit Gruppen und für Wechsellausstellungen zu schaffen. Den Anregungen der WFK folgend hat der Trägerverein zunächst ein bauhistorisches Gutachten in Auftrag gegeben. Die aus dieser Untersuchung gewonnenen Erkenntnisse bilden eine wesentliche Grundlage für die Erarbeitung des Gedenkstättenkonzeptes sowie für den (denkmalpflegerischen) Umgang mit dem historischen Gebäude.

Die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg ist in einem historischen Gebäude auf dem Gelände der Psychiatrischen Klinik Lüneburg untergebracht, das als Wasch- und Baderaum für die Patienten der ehemaligen Landesheil- und Pflegeanstalt Lüneburg genutzt wurde 2004 wurde eine erste Dauerausstellung zur Geschichte des Ortes, zur „NS-Euthanasie“ und zur Strafverfolgung der Täter eröffnet. Seither konnten durch umfangreiche Recherchen die Kenntnisse zur Einrichtung einer sog. Kinderfachabteilung, zum Schicksal der Kinder und zu den verantwortlichen Ärzten sowie zum medizinischen Personal wesentlich erweitert werden. Auf Grundlage des aktuellen Forschungsstandes wurde eine Rahmenkonzeption zur Erweiterung und Neugestaltung der Gedenkstätte entwickelt. Die Gedenkstätte ist in Politik und Kultur von Stadt und Region gut verankert. Die Stadt Lüneburg hat die Übernahme der Kosten für eine Verwaltungsstelle in der Gedenkstätte in Aussicht gestellt. Die WFK hat die Realisierung des Konzeptes befürwortet und die hälftige Förderung des Projektes in Höhe von 116.850 Euro empfohlen. Die Gegenfinanzierung des Projektes erfolgt durch die Psychiatrische Klinik Lüneburg. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und endet im August 2020.

**Förderung von Gedenkstättenfahrten und pädagogischen Projekten**

Das Land Niedersachsen hat den Etat zur Förderung von Gedenkstättenfahrten im Haushaltsjahr 2017 auf 150.000 Euro erhöht. Mit Zustimmung des Stiftungsrates wurden die Mittel anteilig für die Förderung von Gedenkstättenfahrten,

für die Verbesserung der Betreuungsangebote in den Gedenkstätten durch zusätzliche Honorarkräfte und für die Weiterentwicklung pädagogischer Formate verwendet.

**Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Dokumentationsstätten in Niedersachsen**

Der Förderung der historisch-politischen Bildungsarbeit in Niedersachsen dienen auch die Zuschüsse zu Gedenkstättenfahrten, die auf Antrag durch die Stiftung gewährt werden. Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen einer schulischen oder außerschulischen Bildungsmaßnahme Gedenk- und Dokumentationsstätten in Niedersachsen besuchen möchten, können einen Zuschuss in Höhe von bis zu 50 Prozent der Fahrtkosten erhalten. Im Berichtsjahr konnten 270 Fahrten mit etwa 15.700 Schüler\_innen bezuschusst werden.

**Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten und Entwicklung von Bildungskonzepten**

Durch die Erhöhung der jährlich vom Land zur Verfügung gestellten Mittel für die Förderung von Gedenkstättenfahrten war zu erwarten, dass die Zahl der Anträge aus den Schulen und damit die Nachfrage nach Betreuungsangeboten der Gedenkstätten zunehmen würde. Ohne entsprechende Unterstützungsmaßnahmen hätte sich die prekäre Situation im personellen Bereich der Gedenkstätten weiter verschärft. Aus diesem Grund wurde ein Teil der Mittel für die Finanzierung von zusätzlichen Honorarkräften in den niedersächsischen Gedenkstätten verwendet. Diese Form der Unterstützung zur Verbesserung der Besucherbetreuung wurde von den Gedenkstätten sehr begrüßt. Die Träger der Einrichtungen (Vereine und Stiftungen) konnten zusätzliche Honorarkräfte anwerben, in Fortbildungen schulen und auf die pädagogische Arbeit mit unterschiedlichen Besuchergruppen vorbereiten.

Zeitgleich können mit Hilfe der zusätzlichen Mittel neue Bildungskonzepte entwickelt und die Erarbeitung adressatenorientierter Bildungsangebote gezielt unterstützt werden. So haben die Geschichtswerkstätten Göttingen und Duderstadt für die in der BBS II in Göttingen etablierte Ausstellung zur NS-Zwangsarbeit in Südniedersachsen ein Bildungs- und Vermittlungskonzept erarbeitet. Auf Basis des Konzeptes wurden für die pädagogische Arbeit mit Schülerinnen und

Schülern Museumskoffer als neues didaktisches Bildungsmaterial entwickelt und produziert.

Die „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg e.V. hat in Kooperation mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk ein Projekt zur Fortbildung von Multiplikator\_innen (u.a. Lehrer aus Deutschland und Polen) zu den Themen NS-„Euthanasie“, Sozialpsychiatrie und Menschenrechte durchgeführt. Das mehrtägige Methoden-seminar verweist auf die Möglichkeiten zur Wahrnehmung von Angeboten zur historisch-politischen Bildung und zur Gedenkstättenpädagogik. Zudem dient das Seminar der Entwicklung von Bildungsformaten zur pädagogischen Betreuung international zusammengesetzter Besuchergruppen in der Gedenkstätte.

Die Heimatfreunde Neuenkirchen betreuen in ihrer Sparte Gedenkstättenarbeit den Dokumentations- und Lernort „Baracke Wilhelmine“. In diesem Projekt wurden Jugendliche im Alter von zwölf bis 17 Jahren mit dem historischen Ort und seiner Dokumentation vertraut gemacht. Die Jugendlichen entwickelten unter Anleitung einer professionellen Begleitung ein Vermittlungskonzept für Gleichaltrige.



# Geförderte Gedenkstätten

# Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht

Die Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht werden im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht  
Zur Hügelschlucht 4  
D – 49205 Hasbergen  
Tel.: +49 (0) 5405 – 895 92 70  
Fax: +49 (0) 5405 – 895 92 71  
info@augustaschacht.de  
www.gedenkstaetten-augustaschacht-osnabrueck.de



148 Der Beginn der Arbeiten an der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht, ein ungewöhnliches Bildungsangebot und der internationale Austausch standen im Mittelpunkt des Jahres 2017. Seit August ergänzt ein Geocache zur regionalen Zwangsarbeit die Lernmöglichkeiten der Gedenkstätten. Neben neuen internationalen Kontakten mussten die Gedenkstätten von einem langjährigen Zeitzeugen von der Krim Abschied nehmen. Im März begann mit der Ausschreibung der Projektstellen die Arbeit an der erstmaligen Dauerausstellung für die beiden Gedenkstätten, bestehend aus zwei Teilausstellungen, die bis April 2020 erarbeitet werden. Übergreifendes Thema ist die wachsende Bedeutung der Gestapo für das nationalsozialistische System der Zwangsarbeit einschließlich der Gründung der Arbeitserziehungslager (AEL). Der Gestapokeller bietet den Ausgangspunkt zur Darstellung der Gestapo-Tätigkeit im Regierungsbezirk Osnabrück in den Jahren 1933 bis 1945. Besondere Berücksichtigung erfährt die starke Ausweitung der Tätigkeit auf die Zwangsarbeiter\_innen während des Zweiten Weltkriegs. Der Augustaschacht als ehemali-

ges AEL wiederum bietet den Ausgangspunkt zur Darstellung der zentralen Bedeutung der Arbeitserziehungslager als Gewalt- und Terrormittel der Gestapo für das Zwangsarbeitssystem und damit für die Kriegswirtschaft. Die Einstellungen der vier Projektmitarbeiter\_innen erfolgte ab Juni. Nach der Einarbeitung standen die Weiterentwicklung des Ausstellungskonzeptes und die Auseinandersetzung mit wegweisenden aktuellen Ausstellungen im Vordergrund. Ab September lag der Fokus auf der Vorbereitung des im November begonnenen Vergabeverfahrens für die Gestaltung der Ausstellung. Zeitgleich wurde ertragreich in Archiven in Deutschland und den Niederlanden recherchiert. Die Förderung der Projektkosten übernehmen die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, der Landkreis Osnabrück, die Stiftung der Sparkassen Osnabrück und die Stiftung Stahlwerk Georgsmarienhütte.

Die von der Gedenkstätte Augustaschacht mit dem Verein „Judentum begreifen“ entwickelte Ausstellung „Einblicke – Die unbekanntesten Zeitzeugen von Krieg und Judenvernichtung“ wurde

vom 19. Januar bis zum 26. Februar in Lingen gezeigt. Die Ausstellung „Stimmen der Vergangenheit“, realisiert von Schüler\_innen der Realschule Georgsmarienhütte, stand neben einem von der Schule entwickelten Theater- und Musikprogramm im Mittelpunkt der zentralen Gedenkveranstaltung von Stadt und Landkreis Osnabrück für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar in der Gedenkstätte Augustaschacht und war dort bis zum 30. April zu sehen. Auf der Gedenkfeier für die Opfer des Arbeitserziehungslagers Ohrbeck am 2. April referierte Tatsiana Vaitulevich über die Aufarbeitung der Zwangsarbeit in Belarus und in den Niederlanden in der Nachkriegszeit. Am 8. Mai beteiligten sich die Gedenkstätten mit einem Infostand im Schloss an der Gedenkveranstaltung des AstA der Universität Osnabrück. Die Sonderöffnung der Gedenkstätte Gestapokeller als Beitrag zur ersten Osnabrücker Campus Nacht am 10. Juni fand eine sehr hohe Besucherresonanz. An den Workcamps in Zusammenarbeit mit „Service Civil International“ und „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ nahmen im Juli und August 24 junge Freiwillige aus Belarus, Deutschland, Niederlande,



Die Erarbeitung der neuen Dauerausstellung in den Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht bleibt für 2018 die Hauptaufgabe der Gedenkstättenarbeit. Geplant sind weitere archäologische Freilegungen auf dem Gedenkstättenengelände mit Hilfe dreier internationaler und regionaler Jugendworkshops. Zudem sollen eine Kunstausstellung und eine deutsch-niederländische Wanderausstellung gezeigt werden.

Dr. Michael Gander  
Geschäftsführer der Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht  
Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht



27. März: Förderer und Vertreter des Vereines Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht trafen sich, um die Umsetzung des Projektes neue Dauerausstellung in den beiden Gedenkstätten vorzustellen: (v.l.) Dr. Michael Gander (Gedenkstätten), Dr. Beate-Maria Zimmermann (Stiftung Stahlwerk Georgsmarienhütte), Dr. Jens-Christian Wagner (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten), Peter Kreipe (Gedenkstättenvorstand), MdL Gabriela König, Georg Hörschemeyer (Gedenkstättenvorsitzender), MdL Kathrin Wahlmann, Burkhard Fromme (Kulturbüro des Landkreises Osnabrück) und Hannah Bennhold-Rohwer (Gedenkstättenvorstand).  
• Yuliia Kliuchko

23. Januar: Erna de Vries berichtete in Begleitung von Dr. Michael Gander in Melle vor 360 Schüler\_innen der Ratschule und des Gymnasiums Melle von ihrem Leben während des Nationalsozialismus, insbesondere von ihrem Überleben in den Konzentrationslagern Auschwitz-Birkenau und Ravensbrück. Das Foto im Hintergrund zeigt sie als Krankenschwesternschülerin im jüdischen Krankenhaus Köln. Die Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht organisierten und betreuten in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Osnabrück insgesamt 14 Begegnungen mit Frau de Vries.  
• Jule Borrmann

Zwölf junge Freiwillige aus Russland, der Ukraine, Spanien, Portugal und Deutschland gruben zwei Wochen lang auf Einladung von „Service Civil International“ und der Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht nach Spuren der Geschichte auf dem Gelände des ehemaligen Arbeitserziehungslagers Ohrbeck. Am 11. August stellten sie ihre Ergebnisse den Förderern und Medien vor. • Yuliia Kliuchko

2. April: Bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des AEL Ohrbeck referierte Tatsiana Vaitulevich, Projektkoordinatorin zum Aufbau einer internationalen Jugendbegegnungsstätte im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin, über die „Aufarbeitung der Zwangsarbeit in Belarus und in den Niederlanden: Individuelle Erinnerungen in der Nachkriegszeit.“ • Yuliia Kliuchko

In verschiedenen Projektgruppen hatten die Schüler\_innen des 10. Jahrgangs der Realschule Georgsmarienhütte die Gedenkstätte Augustaschacht besucht. Ihre leitenden Fragen waren: „Wie gehe ich mit diesen Eindrücken und Bildern um? Höre ich zu? Oder ist es einfacher wegzuhören, die Bilder nicht zu sehen?“ Ihre Eindrücke haben sie in verschiedenen Formen umgesetzt. Es entstanden ein Theaterstück, eindrucksvolle Skulpturen, Bilder und Zeichnungen. Besondere Momente wurden in Fotografien eingefangen und die eigenen Gedanken dazu wurden formuliert. Jacken wurden individuell gestaltet, die das große Leid der Gefangenen des AEL Ohrbeck erzählen. Die Ergebnisse der intensiven Auseinandersetzung wurden am 27. Januar auf der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Augustaschacht gezeigt. Die dabei entstandene Ausstellung „Stimmen der Vergangenheit“ war bis zum 30. April zu sehen. • Yuliia Kliuchko

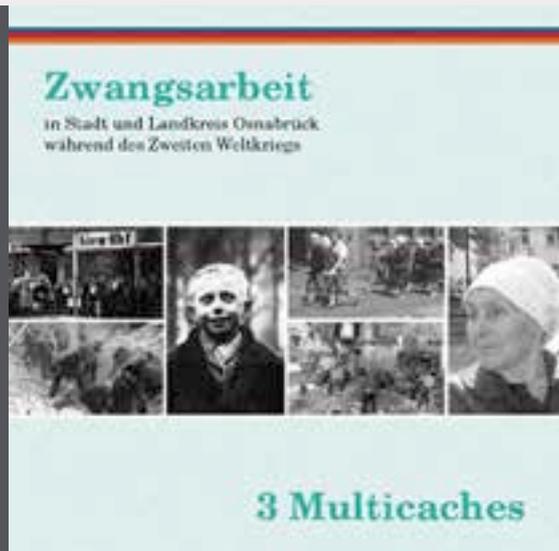
Polen, Portugal, Russland, Spanien und der Ukraine teil. Angeleitet von einem Mitarbeiter der archäologischen Denkmalpflege in Stadt und Landkreis Osnabrück legten sie weitere bebaute Flächen des früheren Dampfmaschinen- und Wohnhauses neben der Gedenkstätte Augustaschacht frei. Vom 29. September bis zum 7. Oktober setzte ein Workshop der CAJ Osnabrück die Grabungen fort und half bei Archivarbeiten. Für die freiwilligen Mitarbeiter\_innen der Gedenkstätten fand am 15. Oktober zur Fortbildung eine Exkursion zur niederländischen Gedenkstätte Kamp Amersfoort statt. Die Veranstaltungsreihe der Gedenkstätten in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Osnabrück und dem Kulturgeschichtlichen Museum /Felix-Nussbaum-Haus mit fünf Vorträgen und 16 Zeitzeug\_innengesprächen fand am 19. November ihren Abschluss mit der Vorführung des Filmes „Flucht 1937 – Wer half Justus Nussbaum“ in der Gedenkstätte Augustaschacht.

Die Gedenkstätten erreichten mit ihrer Arbeit mehr als 8600 Menschen. Die Begegnungen mit Zeitzeug\_innen fanden besonders großes Interesse. Erstmals förderte die Stiftung niedersächsische

Gedenkstätten die bei den Bildungsangeboten eingesetzten Honorarkräfte der Gedenkstätten. Zudem förderte die Stiftung dringend notwendige Investitionen zur Verbesserung der Gedenkstättenarbeit. Am 25. Februar hielten Mitarbeiter der Gedenkstätten in Lübeck einen Vortrag über die Entwicklung der Gedenkstätte Gestapokeller im Rahmen eines Workshops zum Gedenkort Gestapozellen Lübeck. Neben zwei mehrmonatigen Praktika von Studenten der Universität Osnabrück wurden zwei japanische Gaststudenten, die in der Gedenkstättenarbeit in Hiroshima tätig sind, beraten. Eine Mitarbeiterin der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. hospitierte zwei Wochen in den Gedenkstätten, um sich auf ihren dreijährigen Entwicklungsdienst mit Schwerpunkt Erinnerungskultur in Guatemala vorzubereiten. Mit dem europäischen Freiwilligendienst und „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ arbeiteten in der Gedenkstätte nacheinander eine Ukrainerin und ein Mann aus Russland. Die beiden Gedenkstätten sind in der Osnabrücker Trägergemeinschaft „9. November“, im „Initiativkreis Stolpersteine“ und im Beirat des niederländischen Museums „Markt 12“ in Aalten aktiv.

# Geocaching – Regionalgeschichte der Zwangsarbeit entdecken

Michael Gander



150 Das für die historisch-politische Bildungsarbeit der Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht neue und innovative Angebot ermöglicht es, die Regionalgeschichte der Zwangsarbeit mittels Geocaching zu entdecken.

In der Stadt Osnabrück und im südlichen Landkreis werden 18 Orte, an denen Verfolgung, Ausgrenzung und Zwangsarbeit während der NS-Zeit stattgefunden haben, im Rahmen von drei Geocache-Touren „aufgespürt“. Neben der Darstellung verschiedener Orte mit Bezug zur Zwangsarbeit bilden vor allem die Biografien von Zwangsarbeiter\_innen den thematischen Schwerpunkt der einzelnen Stationen. Die Auswahl der Orte gibt einen Überblick über wichtige Stationen und Lebensbereiche der damaligen Zwangsarbeiter\_innen – von ihrer Ankunft am Bahnhof über das Lager- und Arbeitsleben bis zu Verfolgungsorten und einzelnen Erfahrungen von Hilfe und Unterstützung.

Die teilnehmenden Gruppen erhalten am Startort der gewählten Tourvariante ein GPS-Gerät und ein Begleitheft, das die jeweiligen Stations-Koordinaten, Kartenmaterialien, Aufgaben und weitergehenden Informationen zu den Geschehnis-

sen an den Orten enthält. An der letzten Station der gewählten Tour finden die Gruppen den „Schatz“.

Zielgruppen des langfristig angelegten Angebots zur Entdeckung von Regionalgeschichte sind Schüler\_innen ab Klasse 9 sowie Jugendgruppen und Familien.

Hinter dem Angebot steht die Überzeugung, dass insbesondere das Kapitel NS-Zeit Jugendlichen heute auch mit Bezug zu deren gegenwärtigen Mediennutzung vermittelt werden sollte. Eine testweise Veranstaltung der Touren im April durch zwei Klassen der Jahrgangsstufe 10 der Integrierten Gesamtschule Osnabrück und der Realschule Georgsmarienhütte mit zusammen 50 Schüler\_innen und vier Lehrkräften ermöglichte es, Wünsche und Anregungen der Tester\_innen einzubeziehen. Die Ergebnisse der Testläufe zeigen zudem, dass mit den konzipierten Geocachetouren ein guter Lernerfolg erzielt werden kann. Der Eventcharakter ist demgegenüber moderat und insofern für das beabsichtigte historisch-politische Lernen unterstützend. Die Jugendlichen haben mit diesen Touren die Möglichkeit, sich in einem spielerischen Rahmen historische Kenntnisse aktiv anzueignen. Geocaching ist somit

eine jugendgerechte Methode, um regionalgeschichtliche Kenntnisse erlebnisorientiert zu vermitteln.

Die Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht haben die Geocaching-Touren in Zusammenarbeit mit dem professionellen Geocacher Lars Schraer von dem Unternehmen Cache4You und Dr. Michael Pittwald vom Servicebüro Geschichte entwickelt und realisiert.

Zur Finanzierung der Gesamtkosten von rund 27.000 Euro haben die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, die Stiftung der Sparkassen im Landkreis Osnabrück, der Landschaftsverband Osnabrück und die Sparkasse Osnabrück beigetragen.

Die Vorstellung des neuen Bildungsangebotes fand am 8. August am Ort des ehemaligen „Ausländerkrankenhauses“ in Osnabrück in einem heutigen Waldgebiet statt. Zwei Schüler\_innen der Integrierten Gesamtschule in Osnabrück, Charlotte Goldmeyer und Jakob Lohmöller (4. u. 5. v. l.), zeigten dabei mit ihrem Lehrer Marc Krischker (2. v. r.) den Förder\_innen und Medienvertreter\_innen, wie sie mit dem GPS-Gerät die Station 11 der neuen Geocachingtour finden können. Die weiteren Teilnehmer\_innen sind v.l.n.r.: Martin Bock, Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, Dr. Michael Gander, Lars Schraer, Cache4You, Andrea Baumann, Sparkasse Osnabrück, Dr. Michael Pittwald, Servicebüro Geschichte, Barbara Stahl und Ulrike Leidecker von der Realschule Georgsmarienhütte und Stefan Muhle, Erster Kreisrat des Landkreises Osnabrück. • Stefan Buchholz

Für die Suche nach dem Cache braucht jede Gruppe eine Broschüre, die die historischen Informationen und die zugehörigen Aufgaben enthält, deren Lösungen das Auffinden des „Schatzes“ erst ermöglichen.  
• Geocachingbroschüre, Titelblatt

# Die Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht verlieren einen Botschafter und Freund

Michael Gander



Am Sonntag, dem 5. November 2017 verstarb Igor Rudchin im Alter von 90 Jahren in Sewastopol auf der Krim.

Igor Rudchin war der Arbeit der Gedenkstätte Gestapokeller im Schloss Osnabrück und vor allem der Gedenkstätte Augustaschacht eng verbunden. Er wurde nach der deutschen Invasion in die Sowjetunion im Alter von 15 Jahren aus seiner Heimat nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt und kam nach Osnabrück, wo er im Klöckner-Werk Georgsmarienhütte zur Arbeit eingesetzt wurde. Neben den Erfahrungen von Gewalt, Hunger und Unfreiheit erlebte er aber auch Momente, in denen ihm von der deutschen Familie Gausmann in Hagen-Gellenbeck eine wichtige Unterstützung zuteil wurde. Im Laufe des Jahres 1945 konnte er nach Russland zurückkehren, war lange in der internationalen Seeschiffahrt tätig und lebte in Sewastopol auf der Krim.

Er konnte sich an viele Ereignisse und Personen aus seiner Zeit in Deutschland erinnern und damit auch zum Kenntnisstand über die Zwangsarbeit im Raum Osnabrück und besonders am Hüggel beitragen.

Die Gedenkstätten führen seit etlichen Jahren in Zusammenarbeit mit der Ursulaschule Osnabrück Begegnungsreisen in Länder durch, aus denen Menschen während des Zweiten Weltkrieges insbesondere aus Osteuropa zur Zwangsarbeit verschleppt wurden. Somit kam es zu etlichen persönlichen Kontakten und Einladungen nach Osnabrück.

Igor Rudchin nahm an diesen Treffen und Fahrten seit 2007 regelmäßig teil und wurde zu einem guten Freund. Seine Auftritte in Schulen und bei öffentlichen Veranstaltungen in Osnabrück und Umgebung machten ihn der Öffentlichkeit bekannt. Eindrücklich konnte er aus seiner Lebensgeschichte von seiner Inhaftierung bei der Gestapo in Osnabrück, seiner Zwangsarbeit für die Klöckner-Werke und in den Lagern von Zwangsarbeiter\_innen berichten. Diese Begegnungen waren für alle, die ihn dabei kennenlernen durften, beeindruckend und ein wichtiges Zeichen. Ein besonderes Anliegen waren ihm die Gespräche mit jungen Menschen, an deren heutiger Lebenswelt er sehr interessiert war.

Damit wurde er zu einem Botschafter der Verständigung, Versöhnung und Freundschaft. Nach den Erfahrungen der Gewalt des Krieges und der Zwangsarbeit war diese Bereitschaft nicht selbstverständlich, sondern ein Geschenk.

Die Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht werden die Erinnerung an Igor Rudchin in ihren Ausstellungen und Bildungsangeboten wach halten.

Igor Rudchin im Jahr 2008 im Garten des Osnabrücker Priesterseminars bei seinem zweiten Besuch in Osnabrück nach dem Krieg. Das langjährige internationale Begegnungsprojekt der Gedenkstätten und der Ursulaschule mit Schüler\_innen und Zeitzeug\_innen aus Osnabrück, Simferopol, Minsk und weiteren osteuropäischen Orten bedeutete ihm sehr viel. • Michael Gander

Igor Rudchin bei seinem letzten Besuch am 25. Oktober 2016 in der Gedenkstätte Gestapokeller im Gespräch mit Jugendlichen, die er immer wieder eindringlich zum Einsatz für Frieden und Versöhnung zwischen den Völkern aufforderte. • Michael Gander

Eine ungewöhnliche Traueranzeige schalteten Angehörige der Familie Gausmann am 18. November in der Neuen Osnabrücker Zeitung. Die älteren Familienmitglieder, die sich als „Brüder und Schwestern“ bezeichnen, kannten Igor Rudchin noch aus ihrer Kindheit im Zweiten Weltkrieg. Ihr Vater organisierte verbotene Besuche des damaligen minderjährigen Zwangsarbeiters im Haus der Familie. • Neue Osnabrücker Zeitung

# Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte

Die Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Gedenk und Dokumentationsstätte  
KZ Drütte  
Wehrstraße 29  
D – 38226 Salzgitter  
Tel.: +49 (0) 5341 – 4 45 81  
Fax: +49 (0) 5341 – 17 92 13  
info@gedenkstaette-salzgitter.de  
www.gedenkstaette-salzgitter.de



152 Für das Jahr 2017 hatte der Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. als Träger der Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte neben der alltäglichen Gedenkstättenarbeit drei Schwerpunkte vorgesehen: die inhaltliche Weiterentwicklung der Bildungsarbeit, intensive Recherchen zum Thema „Täter und Verantwortliche“ und die Abwicklung organisatorischer Vorarbeiten für die Erweiterung und Neugestaltung der Gedenkstätte.

Schon in den vergangenen Jahren stellten wir fest, dass sich die Nutzung des Angebotes der Gedenkstätte verändert. Auch 2017 wurden zunehmend Projekte und Studientage nachgefragt. Die besondere Lage der Gedenkstätte in einem arbeitenden Industriebetrieb und das Thema „Zwangsarbeit unter KZ-Bedingungen“ sind auch speziell für Gruppen aus dem Bereich der beruflichen Bildung interessant. Insgesamt wurden 2017 drei einwöchige Seminare und etwa 30 Studientage mit Auszubildenden unterschiedlicher Berufe durchgeführt. Für diese Gruppen erarbeiteten überwiegend für die pädagogische Arbeit freigestellten Lehrkräfte inhaltlich eigens abgestimmte Bildungsangebote. Zusätzlich überarbeiteten die hauptamt-

lichen Mitarbeiter\_Innen zusammen mit den pädagogischen Mitarbeiter\_Innen die Grundlagen für Führungen, da sich im Zuge der Vorarbeiten zur Neugestaltung und Erweiterung der Gedenkstätte bei inhaltlichen Recherchen, bei einem bauhistorischen Gutachten und bei restauratorischen Untersuchungen interessante neue Erkenntnisse ergeben haben. Der Ausbau der Bildungsangebote wurde vor allem durch die zusätzlichen Honorarkräfte ermöglicht, die über die entsprechende Zuwendung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten finanziert werden konnten.

Durch die konzeptionellen Überlegungen zur Neugestaltung der Gedenkstätte wurden 2017 die Recherchen zu zwei Bereichen sehr intensiv in den Focus gestellt: das Gebäude bzw. der Lagerbereich des KZ Drütte und die Bauten der ehemaligen Arbeitsstätten. Im Rahmen eines von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten mitfinanzierten und von der Salzgitter Flachstahl GmbH unterstützten Projektes konnten in unterschiedlichen Abteilungen des Werkes Unterlagen gesichtet werden, die zum Teil wichtige Informationen zum Aufbau der Anlagen enthielten. Die umfangrei-

chen Recherchen zu „Tätern und Verantwortlichen“ verdeutlichten einen besonderen Aspekt. Für das KZ Drütte ist es wichtig, „Täter und Verantwortliche“ über die SS Angehörigen hinaus zu ermitteln. Die enge Einbindung des KZ in die Reichswerke „Hermann Göring“ spiegelt sich unter anderem in der engen Zusammenarbeit mit Ingenieuren, Ärzten, Werkschutz und anderen Abteilungen des Werkes wider.

2017 wurden mehrere Gespräche mit dem Betriebsrat und der Geschäftsführung der Salzgitter Flachstahl GmbH geführt. Das 2016 erstellte bauhistorische Gutachten der heute betrieblich genutzten Räume des ehemaligen Krankenreviers diente hierbei als wichtige Grundlage für die Frage, wie in Zukunft mit diesen Räumlichkeiten umgegangen werden soll. In Zusammenarbeit mit Architekten der Glückauf Immobilien GmbH, eines Tochterunternehmens der Salzgitter AG, wurden erste Kostenschätzungen sowohl für bauliche Notwendigkeiten wie auch für den Umzug der dort befindlichen betrieblichen Einrichtungen erarbeitet. Im Sommer 2017 wurde beschlossen, dass die Gedenkstätte in den nächsten drei Jahren die



Räumlichkeiten des ehemaligen Krankenhauses und die zum ehemaligen Unter-  
kunftsbereich IV gehörenden Räume über-  
nimmt. Damit vergrößert sich die Aus-  
stellungsfläche inklusive eines Bereiches  
für einen angemessenen großen Seminar-  
raum um etwa 1300 Quadratmeter.

Möglichst viele Erkenntnisse über den  
noch sichtbaren bzw. sichtbar zu machen-  
den zeitgenössischen Zustand der ehe-  
maligen KZ-Bauten sollen verhindern,  
dass bei Rückbauten oder Umnutzungen  
wertvolle Spuren verloren gehen. Daher  
wurde neben dem bauhistorischen auch  
ein restauratorisches Gutachten in Auf-  
trag gegeben. Besonders die farbige Wand-  
gestaltung, die auch im derzeitigen Ge-  
denkstättenraum sichtbar ist, wurde da-  
bei untersucht. Hierbei stellte sich heraus,  
dass anscheinend jeder der vier Unterkunfts-  
räume, aber auch jeder einzelne Raum im  
ehemaligen Krankenhaus eine unter-  
schiedliche Gestaltung aufweist. Dies kam  
es zwar in den Stammlagern vor, z.B. im  
KZ Neuengamme oder KZ Auschwitz, für  
KZ-Außenlager scheint es jedoch eher un-  
gewöhnlich zu sein. Die bislang freige-  
legten Farbgebungen werden in Zukunft  
mit in die Ausstellung eingebunden; die  
Untersuchungen weiterer Wände stehen

noch aus.

Die Anzahl von Besuchen und Anfra-  
gen ehemaliger KZ-Häftlinge und ihrer  
Angehörigen sowie von in DP-Camps  
Geborenen war auch 2017 hoch. Gerade  
die Beantwortung der Anfragen der Folge-  
generation sind arbeitsintensiv, da nicht  
nur Dokumente erbeten werden, sondern  
auch inhaltliche Erläuterungen.

Die konstante Öffentlichkeitsarbeit der  
Gedenkstätte zeigt seit Jahren eine stetig  
steigende positive Entwicklung in der  
Region und darüber hinaus. So beziehen  
zum Beispiel die Tourist Information und  
der Besucherdienst der Salzgitter AG die  
Gedenkstätte in ihre Angebote ein, etwa  
in öffentliche und nichtöffentliche Werks-  
führungen. 2017 ergaben sich so etwa  
40 Zusatztermine, über die „normale“  
Planung hinaus.

Die Arbeit der Gedenkstätte KZ Drütte  
profitiert von guten Kooperationen und  
enger Vernetzung mit anderen Gedenk-  
stätten, Bildungsträgern und Einrichtun-  
gen. Forschungsarbeit, interne Weiter-  
bildungen und der Austausch von Wissen  
befördern die Arbeit vor Ort, verlangen  
aber auch finanziellen, zeitlichen und  
personellen Einsatz. Die Leiterin der Ge-  
denkstätte war mehrfach als Referentin

tätig, arbeitet in unterschiedlichen Fach- 153  
gruppen im Land mit und ist Mitglied im  
Sprecherrat der Gedenkstätten und Initi-  
ativen. In dieser Funktion ist sie auch  
seit 2004 auch stellvertretende Vorsit-  
zende des Stiftungsrates der Stiftung  
niedersächsische Gedenkstätten und  
nimmt als Vertreterin des Vorsitzenden  
Sam Bloch im Stiftungsrat einen stimm-  
berechtigten Sitz ein.

**Elke Zacharias**  
Leiterin der Gedenk- und  
Dokumentationsstätte KZ Drütte

Restauratorische Untersuchung durch Beate Skasa-  
Lindermeir. Freilegung der farbigen Wandgestaltung  
im ehemaligen Unter-  
kunftsbereich II. • Elke Zacharias

Dachbodenfunde! Unterschiedliche Lage- und Baupläne  
fanden sich auf einem Zwischenboden unter der Hoch-  
straße. • Elke Zacharias

Freilegung der farbigen Wandgestaltung im ehemaligen  
Unter-  
kunftsbereich III • Elke Zacharias

Abteilungen der Salzgitter Flachstahl greifen auch heute  
noch auf Bauakten der Gründungszeit zurück. Eine  
Sichtung erfolgte durch Maïke Weth. • Maïke Weth

Friedhof Jammertal: Teilnehmer\_Innen eines einwöchi-  
gen Bildungsurlaubs zum Thema „Wege und Spuren“  
präsentieren ihre Arbeitsergebnisse. • Elke Zacharias

Gedenkstättenenerweiterung um 1300 Quadratmeter:  
Rechts neben dem Durchgang bis zum Ende des  
Platzes schließen sich die zusätzlichen Räume an.  
• Elke Zacharias

# Ausstellungsprojekt „Der erste Transport“

Maika Weth

(Assistenz der Gedenkstättenleitung)



154 „Fast ehrfürchtig gehen wir von Stellwand zu Stellwand. Wir erfahren aus den Berichten über die unmenschlichen Zustände des von Häftlingen am 18. Oktober 1942 errichteten Außenlagers KZ Drütte auf dem Werksgelände der ehemaligen Hermann-Göring-Werke. Immer stiller wird es im Raum. Zu unwirklich erscheinen die Fotos und alle Dokumente. Welches Schicksal verbirgt sich hinter jedem einzelnen dieser Namen? Einzelne Schicksale – einzelne Leben.“ So schildern Schülerinnen des 10. Jahrgangs des Gymnasiums Salzgitter-Bad ihren Besuch in der Sonderausstellung „Der erste Transport“, die am 18. Oktober 2017 eröffnet wurde. Mit der Ankunft von 50 Häftlingen aus dem KZ Buchenwald im neu eingerichteten Außenlager Drütte begann am 18. Oktober 1942 die Geschichte des KZ unter der Hochstraße.

75 Jahre später recherchierten die Historikerinnen der Gedenkstätte KZ Drütte zu den Rahmenbedingungen des Transportes sowie zu den Schicksalen dieser ersten 50 Häftlinge. Entstanden ist daraus die Sonderausstellung „Der erste Transport“.

Die ersten vier Ausstellungstafeln führen kurz in die Geschichte Salzgitters

ein, mit der Gründung der Reichswerke „Hermann Göring“ und dem Aufbau eines flächendeckenden Lagersystems. Außerdem wird hier der Blick auf die Planungen und Abläufe rund um den ersten Transport gelenkt: Wie wurde die Ankunft der Männer vorbereitet? Welche Häftlinge wurden ausgewählt? Wie sahen die organisatorischen Rahmenbedingungen aus?

Der zweite Teil der Ausstellung stellt acht dieser 50 Männer genauer vor. Dokumente, Fotos und Grafiken sowie kurze Texte berichten von ihren Lebenswegen und rücken dabei besondere Schwerpunkte in den Fokus.

Im Rahmen eines Kooperationsprojektes von Gedenkstätte, Schule und Kirche setzten sich Schüler\_innen des Gymnasiums Salzgitter-Bad intensiv mit dem ersten Transport in das KZ Drütte auseinander. An mehreren Projekttagen erarbeiteten sie sich die Ausstellungsinhalte und weiteres Hintergrundwissen. Ziel der Gruppenarbeit war es, später Mitschüler\_innen und Interessierte eigenständig durch die Ausstellung begleiten zu können.

Erstmals präsentierte die Gruppe ihre Ergebnisse im Rahmen einer Gedenkstunde zum 9. November 1938 in der

Martin-Luther-Kirche. Neben inhaltlichen Beiträgen stellten die Schüler\_innen auch spontan verfasste Texte vor, in denen sie die vielen Eindrücke in eigenen Worten verarbeitet haben.

Die anschauliche Ausstellung und die erfolgreiche Projektarbeit wirkten bei einigen Teilnehmer\_innen sowie Besucher\_innen noch länger nach. So nahm eine Schülerin das Projekt zum Anlass, um sich auch zukünftig in der Gedenkstättenarbeit zu engagieren. Der Lions Club Salzgitter Schloß Salder förderte mit einer Spende die Herstellung einer Begleitbroschüre zur Sonderausstellung, die wiederum den Schulen zur Verfügung gestellt werden soll.

Ab sofort kann die Ausstellung „Der erste Transport“ in der Gedenkstätte KZ Drütte entliehen werden. Weitere Informationen finden sich auf der Website der Gedenkstätte: [www.gedenkstaette-salzgitter.de](http://www.gedenkstaette-salzgitter.de)

Schüler\_Innen des Gymnasiums Salzgitter Bad beim Projekttag zur inhaltlichen Vorbereitung der Ausstellung  
• Beate Köbrich

Die Sonderausstellung „Der erste Transport“ in der Martin-Luther-Kirche Salzgitter-Bad • Elke Zacharias

# Recherche zu Tätern und Verantwortlichen im KZ Drütte

Teri Arias Ortiz  
(Projektmitarbeiterin)



Im Rahmen der Vorbereitung für die neue Gestaltung der Gedenkstätte läuft seit März 2017, teilweise von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten gefördert, die Recherche zum bisher kaum bearbeiteten Thema „Tätern und Verantwortlichen im KZ Drütte“. Informationen über etwa 25 Täter lieferten die vom britischen Militärgericht geführte Vorermittlung und der darauf folgende Drütte-Prozess (18. März bis 2. April 1947, als Teil der Curiohaus-Prozesse in Hamburg) sowie die im Archiv der Gedenkstätte aufbewahrten Lebensgeschichten und Unterlagen von mehreren ehemaligen Häftlingen.

Bei der Recherche im Internet tauchten wesentliche Quellen auf. Die britischen National Archives stellen in der Web-Bildgalerie eine Liste der britischen Kommission für Kriegsverbrecher mit Namen, Fotos, Strafen, Internierungslagern und Freilassungs- oder Hinrichtungsdaten von 149 SS-Wachmännern im KZ Drütte zur Verfügung. Viele Prozesse, Protokolle, Aussagen, Anklageblätter und verschiedene Akten der Alliierten Militärgerichte sind auf der Webseite des Internationalen Strafgerichtshofes zu finden. Das Internetportal der polni-

schen Behörde des Nationalen Gedenkens veröffentlichte die Namen von etwa 10.000 SS-Männern aus dem KZ Auschwitz-Birkenau, von denen einige auch im KZ Drütte im Einsatz waren.

Im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde und im Archiv der Gedenkstätte Neuengamme erfolgte die zweite Phase der Recherche. Im ersten Archiv stand die Sammlung Berlin Document Center und dessen Bestände NSDAP-Mitgliederkartei, mit über zwölf Millionen digitalisierten Zentral- und Gaukarteien; Personenakten des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS und die Parteikorrespondenz im Fokus der Recherche. Das Archiv der Gedenkstätte Neuengamme lieferte eine große Menge von Akten über das SS-Personal; alle Neuengamme-Prozesse und diverse Unterlagen aus nationalen und internationalen Archiven, wie z.B. die Detention und Minor Criminals Reports aus den britischen National Archives.

Die erste Sichtung der Quellen ergab, dass die Lagerorganisation nicht nur eine Aufgabe der SS-Mannschaft war, sondern in Zusammenarbeit mit den in verschiedenen Abteilungen der Hermann Göring Werke (HGW) angestellten Zivilisten erfolgte. Diese Verknüpfung

zeigt eine weitere Komplexität für die Recherche. Es ist noch nicht klar, inwieweit auch Zivilisten der HGW für die katastrophalen Lebensbedingungen der Häftlinge verantwortlich waren, oder welche Taten sie an den Häftlingen begingen. Es gibt kaum Aussagen darüber und viele der Archivunterlagen sind wegen der Schutzfristen noch gesperrt.

Mit den ersten Ergebnissen lassen sich allmählich die Funktionen der SS-Mannschaften rekonstruieren (Lagerführer, Rapportführer, Wachführer, Küchenchef, Sanitäter, Posten, Wachleute und Funktionshäftlinge). Außerdem wird erkennbar, welche Rollen die Geschäftsführung, die Verwaltung, die Abteilungsleiter (Ingenieure, Ärzte, etc.) und der Werkschutz der HGW in der Lagerstruktur einnahmen.

Die Recherche ist, wie bereits gesehen, vielschichtig. Die Arbeit geht weiter mit der Quellensuche und der Rekonstruktion der Lagerstruktur; daran lässt sich dann die weitere Erforschung anknüpfen.

Recherchen in den Sammlungen anderer Gedenkstätten. Dr. Teri Arias Ortiz in der Gedenkstätte KZ Neuengamme • Elke Zacharias

Mehr als 60 Besucher\_Innen hörten dem Werkstattbericht zum Thema Täter und Verantwortliche von Dr. Teri Arias Ortiz zu. • Elke Zacharias

# Gedenkstätte Esterwegen

Die Gedenkstätte Esterwegen wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Gedenkstätte Esterwegen  
Hinterm Busch 1  
D – 26897 Esterwegen  
Tel.: +49 (0) 5955 – 98 89 50  
info@gedenkstaette-esterwegen.de  
www.gedenkstaette-esterwegen.de



156 „Es war eine sehr interessante Führung, die auch sehr Spaß gemacht hat und vielleicht komme ich bald wieder. Wir haben viel gelernt heute (...).“ Auch wenn eine die Gruppe begleitende ehrenamtliche Kirchenmitarbeiterin die Stirn runzelte, als sie das Wort „Spaß“ in diesem von ihrer 13-jährigen Konfirmandin formulierten Eintrag im Gästebuch las, ist das Wort im Zusammenhang der beiden Sätze durchaus positiv zu verstehen. Die Jugendliche hat die mit ihrer kirchlichen Gruppe durchgeführte knapp dreistündige pädagogische Veranstaltung offensichtlich nicht als langweilig oder trocken empfunden, sondern die Gedenkstätte Esterwegen als interessanten und lehrreichen außerschulischen Lernort erlebt. Ihre Gruppe war eine von insgesamt 359 Schulklassen und 46 außerschulischen Jugendgruppen (2016 waren es 342 und 27), die sich im Rahmen von drei bis sechs Stunden mit der Geschichte der Emslandlager beschäftigt haben, u.a. mit Gefangenengebographien und mit Objekten, die Häftlinge in den Lagern angefertigt hatten.

In Folge der 2017 erstmalig erfolgten finanziellen Förderung von Honorarkräften durch die Stiftung niedersächsische

Gedenkstätten unterstützten zwei Historikerinnen und drei pensionierte Lehrer das hauptamtliche Team, indem sie bei mehr als 100 Führungen eingesetzt wurden. So konnten Qualität und Quantität der pädagogischen Programme mit Jugendlichen nochmals gesteigert werden.

Ihren Anteil an dieser positiven Entwicklung hatten auch Anna Rumpke und seit dem 1. September ihr Nachfolger Claas Büchner, die sich nach ihrem Abitur mit einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) Politik in der Erinnerungsarbeit engagierten und sich im Rahmen ihrer Projekte jeweils mit Häftlingsinterviews und der Erarbeitung neuer Hörstationen beschäftigten.

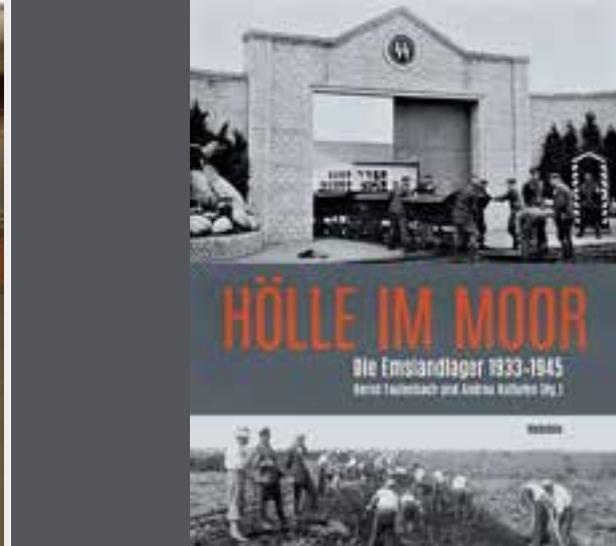
Als erste wissenschaftliche Volontärin ist Anna-Lena Többen seit dem 1. April bei der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen beschäftigt, nachdem sie zuvor zwei Masterstudien an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster abgeschlossen hatte.

Bereits 2009 war sie die erste FSJ'lerin im seinerzeitigen Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager in Papenburg gewesen und hatte damals noch zahlreiche Zeitzeug\_innen kennengelernt. Jetzt, acht Jahre später, bilden

Zusammenkünfte mit Überlebenden seltene Ausnahmen. Das große Interesse an derartigen Begegnungen zeigte sich gleich zu Beginn des Jahres: Die heute im emsländischen Lathen lebende 93-jährige Auschwitzüberlebende Erna de Vries berichtete in der Gedenkstätte zum wiederholten Mal am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus über ihre Erinnerungen, denen am 29. Januar mehr als 800 (!) Interessierte lauschten.

Dem mehr stillen Gedenken und der Reise in die eigene Vergangenheit dienen die seit mehr als 30 Jahren jährlich stattfindenden Besuche der Dänen Henning Jensen (96 Jahre) und Karl Salling Møller (92 Jahre). Als ehemalige Häftlinge des Außenlagers Versen des KZ Neuengamme 1944/45 besuchen sie regelmäßig die Orte ihrer Gefangenschaft und Zwangsarbeit im Emsland.

Ihrem Besuch im April folgte einen Monat später der Besuch der 1929 in Warschau geborenen Aleksandra Sękowska. Sie war im Januar 1945 nach ihrer Teilnahme am Warschauer Aufstand als Kriegsgefangene in das Lager Oberlangen transportiert worden, wo sie am 12. April ihre Befreiung durch Soldaten



der 1. Polnischen Panzerdivision erlebte. In der polnischen Nachkriegsenklave Maczków (Haren/Ems) machte sie 1947 Abitur und lernte dort ihren späteren Mann Stefan Sękowski kennen, einen polnischen Soldaten.

2017 zeigte die Gedenkstätte zwei vielbeachtete Sonderausstellungen. Mit den polnischen Displaced Persons in Deutschland 1945-1955, zu denen Alexandra Sękowska bis zu ihrer Rückkehr nach Warschau gehörte, beschäftigte sich unter dem Titel „Zwischen Ungewissheit und Zuversicht“ eine Ausstellung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe-Industriemuseum – Westfälisches Landesmuseum für Industriekultur Bochum.

Bilder aus dem dienstlichen Fotoalbum des KZ-Kommandanten Karl Otto Koch standen im Mittelpunkt der Ausstellung „Von der Sachsenburg nach Sachsenhausen“ (erstellt von der Gedenkstätte Sachsenhausen). Koch war 1936 Kommandant des KZ Esterwegen gewesen, bevor die SS ihm dieselbe Funktion in den KZ Sachsenhausen, Buchenwald und Majdanek übertrug.

Einzelne Bilder aus diesem Album sind auch in dem im Oktober erschienenen 375-seitigen reich bebilderten Begleit-

band zu den Ausstellungen der Gedenkstätte abgedruckt, an dem 20 Autor\_innen mitgewirkt haben und der im Wallstein-Verlag unter dem Titel „Hölle im Moor. Die Emslandlager 1933-1945“ erschienen war. Die 1000 Exemplare der ersten Auflage waren nach wenigen Wochen vergriffen, eine zweite Auflage erschien noch im Dezember.

Vom 27. Oktober bis zum 9. Dezember wurde in Osnabrück die Wanderausstellung der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Berlin) gezeigt: „Was damals Recht war ...“ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“. Anlässlich dieser Ausstellung hatten sich in Kooperation mit der Gedenkstätte Esterwegen angehende Historiker\_innen der Universität Osnabrück intensiv mit regionalen wie lokalen Aspekten der Wehrmachtjustiz befasst. Sie rekonstruierten durch eigene Archivarbeit individuelle Biographien und Haftschicksale angeblicher Delinquenten mit Bezug zur Region Osnabrück/Bentheim und erzählten ihre Geschichten.

Die Forschungserträge der Studierenden wurden präsentiert in der Begleit-

Wehrmachtsoldaten in den Emslandlagern 1939-1945“.

Dr. Andrea Kaltofen  
Geschäftsführerin der Stiftung  
Gedenkstätte Esterwegen

Kurt Buck  
Geschäftsführer Aktionskomitee DIZ  
Emslandlager e.V.

29. Januar: Erna de Vries signiert nach ihrem Vortrag Exemplare ihres Buches „Der Auftrag meiner Mutter. Eine Überlebende der Shoah erzählt“. • Jochen Vogler

11. April: Der 96-jährige Henning Jensen vor seinem Foto als Zwanzigjähriger (untere Reihe 2.v.re.) an der Porträtwand in der Dauerausstellung der Gedenkstätte Esterwegen • Kurt Buck

27. Oktober bis 9. Dezember: Einige Tafeln der Begleit-

ausstellung „Keine Gnade. Verurteilte Wehrmachtsoldaten in den Emslandlagern 1939-1945“, die in der Bibliothek der Universität Osnabrück gezeigt wurde. • Sebastian Weitkamp

Cover des Ausstellungsbegleitbandes „Hölle im Moor“ • Wallstein-Verlag

11. April: Karl Salling Møller vor der Vitrine, in der seine Geschichte als dänischer Widerstandskämpfer erzählt wird. Stiefel und Mütze hatte er Anfang 1945 im Lager Versen in einem Paket des dänischen Roten Kreuzes erhalten. • Kurt Buck

# Projekt

## „Lernen mit Objekten“ mit Schüler\_innen der Heinrich-Middendorf-Oberschule Aschendorf

Anna-Lena Többen



158 Die Gedenkstättenarbeit lebt zu einem großen Teil von den Aussagen jener, die die Gefangenschaft überlebt haben. Sie sind die Quellen, aus denen authentisch die subjektive Erfahrung der Opfer spricht. Doch nicht nur schriftliche und mündliche Überlieferungen konfrontieren die Besucher immer wieder aufs Neue mit den Geschehnissen in den Lagern. Neben dem historischen Ort sind es vor allem Objekte, die einen hohen Grad an historischer Authentizität besitzen und so zur „Veranschaulichung“ der eigentlich unanschaulichen Geschichte<sup>1</sup> beitragen. Beim Betrachten der Gegenstände ergeben sich Fragen: Was sagen die Gravuren auf einer Brotdose, was die Figuren eines Schachspiels über die Situation, die Persönlichkeit und die Gedanken der Häftlinge aus? Es sind besonders diese Einzelschicksale, die Schüler\_innen in Gedenkstätten interessieren. Emotionalität ist als eine wichti-

ge Grundlage des Erinnerens nicht zu unterschätzen. Gleichzeitig aber ist das Verharren auf der Gefühlsebene nicht ausreichend und muss immer mit historischen und politischen Überlegungen zusammengebracht werden.

In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Middendorf-Oberschule in Aschendorf wurde im August 2017 das Projekt „Lernen mit Objekten“ begonnen. Innerhalb eines über zwei Schulhalbjahre laufenden Wochenprojektkurses lernen Schüler\_innen der 9. und 10. Klasse die Geschichte der Emslandlager und der hier inhaftierten Menschen kennen und sollen selbst zu Vermittler\_innen „ihres“ Objektes werden. Dazu wurden verschiedene in den Emslandlagern gefertigte Gegenstände, wie beispielsweise das Bastkörbchen eines unbekanntes sowjetischen Kriegsgefangenen, die kleine aus Mooreiche geschnitzte Holzfigur des wegen Hochverrats verurteilten Wilhelm Henze oder der Rosenkranz des belgischen „Nacht-und-Nebel“-Häftlings Jean Daxhelet ausgewählt. Jeder Gegenstand gibt auf eine andere Weise einen Einblick in die Lebenswirklichkeit der Inhaftierten. Aufgabe der Schüler\_innen ist es, sich intensiv mit ihrem

Gegenstand zu beschäftigen und von ihm ausgehend Informationen zu dem jeweiligen Gefangenen, der Gefangengruppe, dem entsprechenden Lager zur Zeit der Fertigung des Objekts und zur Nachgeschichte des Gegenstandes zu erarbeiten. Die Ergebnisse des Projekts werden in Form einer Ausstellung aufbereitet, die zum Ende der Projektphase im Juni 2018 in der Schule gezeigt werden soll.

Schüler\_innen beim Besuch der Gedenkstätte Esterwegen und der anschließenden Aufbereitung ihrer gesammelten Informationen in der Schule • Anna-Lena Többen

Seite 159:

Martina Bötig berichtet über ihren Großvater. • Anna-Lena Többen

Katharina Spirawski im Gespräch mit einem Seminarteilnehmer • Kurt Buck

1 Reeken, Dietmar von, Gegenständliche Quellen und museale Darstellungen, online unter: [http://www.geschichte.uni-oldenburg.de/als\\_beruf/download/Sc-vRee-Sachquellen.pdf](http://www.geschichte.uni-oldenburg.de/als_beruf/download/Sc-vRee-Sachquellen.pdf) (zuletzt eingesehen am 19.12.2017), S. 3. Reeken verweist hier auf Hans Jürgen Pandel und Gerhard Schneider, Veranschaulichen und Vergegenwärtigen. Zu zwei zentralen Kategorien der geschichtsdidaktischen Mediendiskussion, in: Dies. (Hg.), Handbuch Medien im Geschichtsunterricht, Düsseldorf 1986, S. 3–10, hier S. 6.

# Die Erben der Erinnerung. Seminar in Zusammenarbeit mit der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Papenburg

Anna-Lena Többen



„Obwohl ich ihn nie kennen lernen durfte, befinde ich mich doch im ständigen ‚Dialog‘ mit meinem Großvater und vermisse ihn schmerzlich als Gesprächspartner. Wie gern würde ich mich mit ihm austauschen über das, was zurzeit wieder geschieht und mich sehr beunruhigt. Wie gern würde ich seinen Rat hören. Aber ich bilde mir ein, seine Meinung in den meisten Fällen zu kennen, so nah haben ihn mir die vielen Familienerzählungen gebracht.“<sup>1</sup> So beschreibt Martina Bötig das Verhältnis zu ihrem Großvater, der u.a. im Konzentrationslager Börgermoor inhaftiert war. Ihr Beitrag stößt auf große Anerkennung, besteht ihr Publikum an diesem Samstag doch zu einem großen Teil aus Menschen, deren Angehörige auf verschiedene Weise mit den Emslandlagern verbunden waren.

Nicht nur Martina Bötig vermisst das Gespräch mit primären Zeugen. Tatsächlich prägt das Sterben der Zeitzeugen und die Frage, wie nach ihrem Tod mit ihren Erinnerungen umgegangen werden soll, seit einigen Jahren nicht nur die Arbeit an Gedenkstätten, deren Ver-

mittlungsarbeit lange zu einem großen Teil durch Erlebnisberichte und Begegnungen mit Überlebenden angereichert wurde. Auch in den Familien sowohl der Verfolgten als auch der Täter bilden sich Narrative, in denen die Vergangenheit weiterlebt und mit denen in Zukunft umgegangen werden muss. In dem Seminar „Die Erben der Erinnerung“, das vom 24. bis zum 26. November stattfand, stellte sich den Teilnehmer\_innen deswegen die Frage, wie mit diesen übertragenen Erinnerungen umgegangen wird und wie sie für die Zukunft nutzbar gemacht werden können. Veranstaltet wurde das Seminar von der Gedenkstätte Esterwegen in Zusammenarbeit mit der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Papenburg.

Oliver von Wrochem, Leiter des Studienzentrums Neuengamme, berichtete von seiner langjährigen Arbeit mit Angehörigen von Verfolgten- und Täterfamilien, die in einen offenen Dialog miteinander treten.<sup>2</sup> Sein Vortrag bildete den Auftakt, und Beiträge dreier Nachkommen von im Emsland Inhaftierten folgten. Neben Martina Bötig berichteten Ernst-Martin

Walsken und Michael Kroes eindrucksvoll von den Erfahrungen mit ihren Vätern. In der dritten Sektion der Tagung stand der Umgang mit der Vergangenheit im familiären Umfeld der Täter im Mittelpunkt. Hier gab Katrin Himmler einen persönlichen Einblick in ihre Erfahrungen mit der Aufarbeitung der eigenen Familiengeschichte. Diese hatte sie 2005 in ihrem Buch „Die Brüder Himmler“<sup>3</sup> veröffentlicht. Zum Abschluss der Veranstaltung folgte der Vortrag von Katharina Spirawski. Ihr Verein „Heimatsucher e.V.“, Düsseldorf, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Erinnerungsberichte von Überlebenden einer Generation zu vermitteln, die oftmals über keine direkten derartigen Familienerinnerungen verfügt.

Zahlreiche Beiträge aus dem Publikum zeigten die positive Resonanz der Veranstaltung. Insbesondere auch der informelle Austausch zwischen Angehörigen der zweiten und dritten Generation wurde so positiv gewertet, dass sich Überlegungen für die Zukunft ergaben, ein solches Treffen unabhängig vom Seminar erneut durchzuführen.

1 Bötig, Martina, Mein Großvater: Albert Müller (1894–1951), in: Kinder des Widerstandes aus dem Bergischen Land. Antifaschismus als Aufgabe, o.O. 2017, S. 47–55, hier S. 54f.

2 Siehe dazu von Wrochem, Oliver (Hg.), Nationalsozialistische Täterschaften. Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie, Berlin 2016.

3 Himmler, Katrin, Die Brüder Himmler. Eine deutsche Familiengeschichte, Frankfurt am Main 2005.

Die Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.  
Königsberger Straße 15  
D – 31618 Liebenau  
Tel.: +49 (0) 5023 – 1575  
pulverfabrik@martinguse.de  
www.martinguse.de/pulverfabrik  
Jugend-AG im Internet: www.japl.de



160 Auch 2017 lag der Arbeitsschwerpunkt des Projektkoordinators (30 Wochenstunden) und der ehrenamtlich wirkenden Vereinsgremien auf der Projektierung des geplanten Umbaus eines Traktes der Schule Liebenau zur Gedenk- und Bildungsstätte. Die Bildungsanstalt war ab Mitte der 1960er Jahre direkt auf dem ehemaligen Standort des „Arbeitserziehungslagers Liebenau“ entstanden. Abzustimmen waren Bedarfe, Nutzungs-, Antrags- und Finanzierungsfragen, Raumkonzeptionen und die bestmögliche Berücksichtigung von Synergieeffekten mit mehreren Beteiligten (Kommunen, Grundschule, Jugendarbeit, Sportvereine). Im Ergebnis entsprach der Rat der Samtgemeinde Liebenau Anfang Juni dem Wunsch der Grundschule auf Verbleib in ihren bisherigen Räumen. In gleicher Sitzung wies er der Dokumentationsstelle den 1992 errichteten Gebäudetrakt der Hauptschule und zusätzliche Räumlichkeiten des Altraktes zur kostenfreien Nutzung als Gedenk- und Bildungsstätte zu. Das Nutzungsrecht wurde durch einen Gestattungsvertrag mit zunächst 30-jähriger Laufzeit abgesichert. Die kommunale finanzielle Unterstützung einer nachhaltigen Gedenkstättenarbeit war

bereits durch entsprechende Beschlüsse aus dem Vorjahr gesichert. Die Umbaumaßnahmen müssen aufgrund der Restnutzung durch die Hauptschule sukzessive bis 2020 vorgenommen werden. Auf dieser Basis entstand in der zweiten Jahreshälfte das angepasste räumlich-inhaltliche Grundkonzept für die künftige Gedenkstättenarbeit in Liebenau, das auch die Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten für jugendliche wie erwachsene Besucher\_innen vorsieht.

Im Rahmen der Bildungs- und Vermittlungsarbeit zur Geschichte der NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik Liebenau nahmen erneut weit über 2000 Personen an den Werksführungen, Vorträgen und Ausstellungsprojekten der Dokumentationsstelle teil. Vom 8. bis 13. April besuchte eine sechsköpfige Delegation der Stadtverwaltung Perwomajskij (Ukraine) die Dokumentationsstelle, um sich vor Ort eingehend zu informieren und die künftige Zusammenarbeit in Jugend- und Erwachsenenbildung sowie im Schüleraustausch zu diskutieren.

Im Rahmen der kommunalen Jubiläumsangebote „850 Jahre Liebenau“ beteiligte sich die Dokumentationsstelle an der Realisierung der gleichnamigen Ausstel-

lung, die vom 3. Juni bis zum 11. Dezember 2017 im Rathaus Liebenau präsentiert wurde, wobei ihr die Erarbeitung der Teilaspekte „Nationalsozialismus in Liebenau“; „NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik“; „Arbeitserziehungslager Liebenau“; sowie „Jüdisches Leben in Liebenau“ übertragen worden war.

Im Bereich der „Schicksalsklärung“ bearbeitete die Dokumentationsstelle Anfragen aus den Niederlanden, Polen, Frankreich und Russland, was im Fall der Familie Kokhan aus Belgorod (Russland) im August in eine achttägige Spurensuche in Liebenau und Steyerberg mündete. Im „Arbeitskreis Gedenken“ des Fleckens Steyerberg wurde unter Mitarbeit der Dokumentationsstelle der nächste Teilschritt zur Umgestaltung der Kriegsgräberstätte – der letzten Ruhestätte für die Todesopfer der NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik – vollzogen. Drei den Produktionsgebäuden im Werk nachempfundene Betonbauten wurden im Rohbau errichtet. In den kommenden Jahren sollen sie im Rahmen von Jugendaustauschprojekten die durch die Dokumentationsstelle ermittelten Namen auf personalisierten Stahltafeln aufnehmen.



Die vereinsinterne Jugend-AG war an Planung und Durchführung verschiedenster Bildungs- und Begegnungsangebote maßgeblich beteiligt, so beispielsweise mit ihren Vorträgen, Medienpräsentationen und einer Ausstellung zum „Tag des Offenen Denkmals“ am 10. September. Aufgrund ihres kontinuierlichen bürgerschaftlichen Engagements nahm die Gruppe am 9. November, zum dritten Mal nach 2003 und 2008, den durch Stadt und Landkreis Nienburg/Weser ausgeschrieben „Elisabeth-Weinberg-Preis“ entgegen. Er erinnert an eine junge jüdische Nienburgerin. Elisabeth Flora Weinberg starb im Alter von 19 Jahren in einem NS-Konzentrationslager.

Im Projekt „Humanitäre Hilfen“ konnte die Dokumentationsstelle ehemalige Zwangsarbeiter\_innen und Häftlinge des „Arbeitserziehungslagers“ mit finanziellen Zuwendungen oder medizinischen Hilfsmitteln unterstützen. Im Jahr 2018 soll das mehrjährig ausgerichtete Jugend-Kunstprojekt mit Partnergruppen aus Schostka, Perwomajskij (beide Ukraine), Minsk (Belarus) und Warschau (Polen) begonnen werden.

Martin Guse  
Leiter der Dokumentationsstelle  
Pulverfabrik Liebenau e.V.

9. April: Werksführung zur Geschichte der NS-Zwangsarbeit für die sechs Gäste der Stadtverwaltung Perwomajskij um Bürgermeister Bakscheiev. Als weitere Besucher\_innen hatten sich in der Region Hannover lebende Ukrainer\_innen angeschlossen • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

19. April: Der Vorstandsvorsitzende Darius Pawlos (rechts) und Jakub Deka von der „Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ (Warschau) besuchten die Kriegsgräberstätte Deblinghausen-Hesterberg, auf der über 2 000 Todesopfer der NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik ihre letzte Ruhe fanden • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

6. August: Nachbereitungsgespräch auf dem Gelände der ehemaligen Pulverfabrik. 48 junge Gäste aus Russland, Belarus, Serbien, der Türkei, Grönland und Frankreich hatten sich im Rahmen eines Ökologieprojektes des Janun e.V. Hannover über die Bedingungen der NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik informiert • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

28. Oktober: Besuch der Alten Synagoge Petershagen mit jungen Migrant\_innen bzw. Flüchtlingen • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

9. November: Verleihung des „Elisabeth-Weinberg-Preises“ an die Jugend-AG der Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau durch Landrat Detlev Kohlmeier • Martin Guse



162 Das ehrenamtliche Wirken Russisch oder Ukrainisch sprechender Vereinsmitglieder sicherte auch 2017 die kontinuierliche Kommunikation mit ehemaligen Zwangsarbeiter\_innen der Pulverfabrik, ihren Angehörigen sowie den unterschiedlichsten Partnerorganisationen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

Am 28.11.1924 in Schostka (UdSSR, Ukraine) geboren, wurde Elisaweta Zitalo als Siebzehnjährige von den deutschen Besatzungsbehörden zur Zwangsarbeit in die Pulverfabrik Liebenau verschleppt. Nach knapp zweijährigem Einsatz in der Pulverproduktion der Eibia GmbH versetzte sie das Arbeitsamt Nienburg/Weser 1944 zur Arbeit in einen Privathaushalt der Gutsverwaltung Eickhof in Liebenau.

Vom 31. Juli bis 8. August 2017 war Enkelsohn Boris Kokhan aus dem russischen Belgorod mit seiner Familie Gast der Dokumentationsstelle, um den Erlebnisberichten seiner Großmutter nachzuspüren. Er traf dabei auch auf den Sohn der Familie, in deren Haushalt Frau Zitalo bis Kriegsende als Haushaltshilfe eingesetzt war. Mit der Jugend-AG der Dokumentationsstelle und weiteren

Jugendlichen informierte er sich zum jüdischen Leben in der hiesigen Region, zumal er sich in der landesweiten Arbeitsgruppe für den christlich-jüdischen Dialog in Russland einsetzt. Er beteiligt sich an der Erforschung und Vermittlung jüdischen Lebens sowie des Holocaust auf dem Gebiet des heutigen Russland.

Im Zusammenhang mit dem Rechercheprojekt „Familienmord in Lemke“ des Vereinsmitgliedes Karsten Strassburg konnten unsere Partner\_innen der Nichtregierungsorganisation „Verständigung“ (Minsk) die Familienangehörigen des 1926 geborenen Belarussen Grigory Kolesnik ermitteln und ihnen erstmals vom tatsächlichen Schicksal des bis dato als „vermisst“ gemeldeten jungen Mannes berichten. Anfang April 1945 waren er und eine vierköpfige ukrainische Familie im benachbarten Dorf Marklohe-Lemke (Landkreis Nienburg/Weser) durch ein SS-Kommando ermordet worden. Die Chancen und Bedingungen für ein mögliches belarussisch-deutsches Kooperationsprojekt sollen in den kommenden Monaten zusammen mit „Verständigung“ und der Samtgemeinde Marklohe ausgelotet werden.

In der letzten Oktoberwoche besuchte Dmytro Vasylytsov aus der Partnerstadt Schostka (Ukraine) die Dokumentationsstelle. Der querschnittgelähmte Vorsitzende der zivilgesellschaftlichen Organisation „Parität“ strebt für 2018 an, die Strecke Schostka-Liebenau mit dem Handbike zurückzulegen. Er will damit sowohl auf die internationale Kooperation der beiden Gedenkstätten zur NS-Zwangsarbeit verweisen, als auch für die Belange von Menschen mit Behinderung sensibilisieren.

Die ehemalige Zwangsarbeiterin der Pulverfabrik Liebenau, Elisaweta Zitalo aus Schostka. Jugendfoto aus den Jahren 1940/41 • Boris Kokhan, Belgorod (Russland)

2. Juni: Familie Kokhan, Enkel und Großkel der ehemaligen Zwangsarbeiterin Elisaweta Zitalo, vor der Gedenktafel, die am Schulgebäude an die Todesopfer des „Arbeits-erziehungslagers Liebenau“ erinnert. • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

29. Oktober: Dmytro Vasylytsov und Begleiter Andrij Volodin informierten sich auf dem Gelände der ehemaligen Pulverfabrik über die dortigen Bedingungen der NS-Zwangsarbeit • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

## Ein Schulgebäude als künftige Gedenk- und Bildungsstätte



Die Liebenauer Schule besteht seit Mitte der 1960er Jahre direkt auf dem ehemaligen Standort des „Arbeitserziehungslagers Liebenau“ (AEL), in dem zwischen 1940 und 1943 mindestens 250 männliche Häftlinge an Mangelversorgung, Gewalt und durch Hinrichtungen starben. Damit hat das Gebäude einen unmittelbaren Bezug zur historischen Arbeit in Liebenau. Mit der Entscheidung des Rates der Samtgemeinde vom Juni 2017, den 1992 errichteten Trakt der Hauptschule kostenfrei zur Verfügung zu stellen, stehen für die geplante Gedenk- und Bildungsstätte nunmehr 480 qm Ausstellungsfläche sowie Arbeits- und Aufenthaltsräume in Größe von weiteren 400 qm zur Verfügung. Hinzu kommt die vorgelagerte Außenfläche (der jetzige Schulhof der Hauptschule).

Die Planungen sehen im Erdgeschoss den Eingangs- und Informationsbereich mit dem neu zu installierenden Aufzug (Sicherung der Barrierefreiheit) und fünf Ausstellungsräume vor. Im Altbauteil der Schule, ein halbes bzw. anderthalb Geschosse höher, entstehen weitere Ausstellungs- und Vortragsräume. Im Obergeschoss werden Aufenthalts- und Schlafräume, das Büro, die Bibliothek

und das Archiv untergebracht. Die Schulaula kann für größere Abendveranstaltungen der Dokumentationsstelle genutzt werden. Im Kellergeschoss befinden sich die Schul-Lehrküche und die Werkräume, die künftig für die Projektarbeit der Gedenk- und Bildungsstätte zur Verfügung stehen. Die nahe gelegenen beiden Sporthallen, das Hallenbad sowie das Sportstadion bieten sich für die Freizeitgestaltung der Teilnehmer\_innen von mehrtägigen Workshops oder Jugendbegegnungen an.

Die barrierefrei auszurichtenden Angebote der Dokumentations- und Bildungsstätte Liebenau basieren auf sechs Kernpunkten: (1) Informations- und Vermittlungsangebote durch gezielten Einbezug neuer Medien (Internetangebot, Touchscreen-Module, App-Vernetzung), (2) Grundinformationen durch Ausstellung, Modelle und Präsentationen für Tagesgäste, Workshops, Tagungen, Projekte und Seminare, (3) Erkundungen auf dem Werksgelände – aus Sicherheitsgründen und aufgrund des weitläufigen, unübersichtlichen Geländes ausschließlich in Begleitung, (4) Spurensuche an den Standorten der acht Stein- und Barackenlager, die im Zusammenhang mit der NS-

Zwangsarbeit in der Pulverfabrik Liebenau standen, (5) Gedenken, Erinnern und Spurensuche auf der Kriegsgräberstätte Hesterberg, beim „Friedensplatz“ (der an die Opfer des „Arbeitserziehungslagers“ erinnert) sowie auf den Friedhöfen der Gemeinden Liebenau und Steyerberg mit Grabstätten westeuropäischer Opfer der NS-Zwangsarbeit, (6) International ausgerichtete Bildungsangebote zu europäischer Erinnerungspolitik.

6. Mai: Im Rahmen eines Jugendbildungsprojektes entstand im Jahr 2007 der „Friedensplatz Liebenau“ auf dem Schulhof der Hauptschule. Er wird Bestandteil der Gedenkstätte. • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.

7. Mai: Luftaufnahme der Schule Liebenau mit jetziger Grund- und Hauptschule. Im Vordergrund die geplante Gedenk- und Bildungsstätte Liebenau • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V./Sieling

Gestaltungsentwurf der Außenhülle der künftigen Gedenk- und Bildungsstätte Liebenau • Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V./Bruno Hentschel

# KZ-Gedenkstätte Moringen

Die KZ-Gedenkstätte Moringen wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

KZ-Gedenkstätte Moringen  
Lange Straße 58  
D – 37186 Moringen  
Postanschrift: Postfach 1131,  
D – 37182 Moringen  
Tel.: +49 (0) 5554 – 2520 / 8807 / 2504  
info@gedenkstaette-moringen.de  
www.gedenkstaette-moringen.de  
www.erinnernsuedniedersachsen.de  
www.facebook.com/moringenmemorial  
www.warumerinnern.wordpress.com



164 Das zentrale Ereignis des Jahres 2017 war am 10. März die Eröffnung einer medialen Präsentation zum Thema „Ankunft im Lager“ im neugestalteten Eingang der ehemaligen Kommandantur. Die Veranstaltung fand statt im Beisein der niedersächsischen Kultusministerin und Vorsitzenden des Stiftungsrates, Frauke Heiligenstadt, und weiteren Mitgliedern des Stiftungsrates der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Neben Vertreter\_innen aus Politik und Kultur waren auch Angehörige ehemaliger Häftlinge anwesend. Die innovative Konzeption und Gestaltung der Präsentation fand bei den Gästen großen Zuspruch.

Auch 2017 stand die Bildungsarbeit im Mittelpunkt der Arbeit. 81 Gruppen besuchten die Gedenkstätte und nutzten die unterschiedlichen thematischen Angebote von mehrstündigen Führungen. Darüber hinaus wurden 12 Projektstage für verschiedene Schulen in der Region durchgeführt. Sieben Aufführungen des Klassenzimmerstücks „Die Besserung“ erreichten über 530 Besucher\_innen. Daneben fanden sieben öffentliche Führungen statt. Zu den Angeboten für Schulen zählte in Kooperation mit der KGS Moringen eine Studienfahrt in die Gedenkstätte Auschwitz.

Auch Universitäten nutzen vermehrt die Angebote der Gedenkstätte. 2017 besuchten Gruppen Studierender mehrerer Universitäten die Gedenkstätte, darunter internationale Studierende des Studiengangs Euro-Culture in Göttingen. Am Programm des internationalen SIEF-Kongresses (Société Internationale d’Ethnologie et de Folklore) „Ways of Dwelling“ im März beteiligte sich die Gedenkstätte in Kooperation mit dem Museum Friedland mit einem eigenen Angebot.

Neben den Angeboten von Führungen und Projekttagen wächst die Bedeutung der dezentralen Vortrags- und Theaterangebote. Zwanzig Veranstaltungen fanden 2017 in der Gedenkstätte und an anderen Orten in der Region statt. Einen Höhepunkt bildeten zwei Theateraufführungen des Doku Musik Theaters „Swing heil!“ in Einbeck und Moringen mit insgesamt über 400 Besucher\_innen. Für das Stück hatte Regisseur Peter Tiefbrunner ausgiebig im Archiv der KZ-Gedenkstätte Moringen recherchiert. Den historischen Hintergrund bildet die Verfolgung der Swing-Jugend in der NS-Zeit, also Jugendlicher, die für ihre musikalische Leidenschaft Repression und Verfolgung erfuhren, unter anderem im

Jugend-KZ Moringen. In Kooperation mit dem Verein „Freie Altenarbeit“ in Göttingen und dem Verein „NS-Familien-Geschichte“ veranstaltete die Gedenkstätte eine Workshop-Reihe zur Aufarbeitung von NS-Familiengeschichten an. Am internationalen Museumstag am 13. Mai präsentierte die Gedenkstätte einen neu konzipierten historischen Stadtrundgang zum Thema Erinnerungskultur in Moringen. Damit wurden die historischen Themenführungen um ein attraktives Angebot erweitert. Im November war die Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V. Gastgeber eines dreitägigen Netzwerktreffens der Lagergemeinschaften Auschwitz-Freundeskreis, Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik, Dachau, Buchenwald-Dora, Deutsches Mauthausenkomitee Ost, Ag Neuengamme, Ravensbrück/Freundeskreis, Sachsenburg und Sachsenhausen.

In Südniedersachsen gab es 2017 mehr als 60 erinnerungskulturelle Veranstaltungen, die über den Newsletter des von der Gedenkstätte initiierten und betreuten Netzwerkes sowie über das Portal [www.erinnernsuedniedersachsen.de](http://www.erinnernsuedniedersachsen.de) beworben wurden. 55 Ausgaben des



Newsletters wurden über den Email-Verteiler des Netzwerkes versandt.

2017 vergab die KZ-Gedenkstätte Moringen vier, ein Schülerpraktikum und drei Praktika für Studierende der Universitäten Göttingen und Hildesheim. Darüber hinaus betreute sie zwei Bachelorarbeiten von Studierenden der Universitäten Göttingen und Hildesheim in den Fächern Erziehungswissenschaften und Kulturanthropologie.

Darüber hinaus war die KZ-Gedenkstätte Moringen eingebunden in das von der Bundeskulturstiftung geförderte Projekt „Inter-Kultur-Labor“ in Osterode. Gemeinsam mit dem Jungen Theater Göttingen gestaltete sie den Projektabschnitt Geschichte und Geschichten zum Thema Migration und Verfolgung.

Der Leiter der Gedenkstätte ist Mitglied im Sprecherrat der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen. In dieser Funktion nimmt er auch einen Sitz im Beirat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten wahr. Darüber hinaus sind Leitung und Assistenz der Gedenkstätte Mitglied des Lokalen Aktionsplans (LAP) des Bundesprogramms „Demokratie leben!

– Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ im Landkreis Northeim.

Neben der Bildungsarbeit war das Jahr 2017 geprägt von Vorarbeiten für die Erweiterung der Gedenkstätte am historischen Ort. Im Rahmen einer bauhistorischen Untersuchung wurde eine Bestandsaufnahme der Ausstattung und der historischen Oberflächen des Dachgeschosses im ehemaligen Kommandantur-Gebäude vorgenommen. Gemeinsam mit dem medizinischen Leiter des MRVZN, Vertretern des staatlichen Bau-managements sowie der Denkmalpflege und dem Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten wurden im August Guidelines für das Projekt aufgestellt.

Ausbau und Modernisierung der Gedenkstätte werden auch 2018 fortgeführt. Im Rahmen eines Kickoff-Meetings werden wir im Januar mit Experten über das Konzept für einen neuen Lernort Moringen diskutieren.

Dr. Dietmar Sedlaczek  
Leiter der KZ-Gedenkstätte Moringen

Historischer Stadtrundgang mit Arne Droidner zu Stationen der NS-Vergangenheitsbewältigung in Moringen, eine Veranstaltung zum Internationalen Museumstag am 21. Mai 2017 unter dem Motto „Spurensuche, Mut zur Verantwortung“ • Nina Eimer

Im vollbesetzten Muthausaal der Burg Hardeg im Landkreis Northeim fand anlässlich des Gedenkstages an die Opfer des Nationalsozialismus ein Konzert der Gruppe „Die Grenzgänger“ mit Liedern über Verfolgung und Widerstand statt. • Dietmar Sedlaczek

Am 29. Mai verstarb im Alter von 89 Jahren Dr. Jerzy Zięborak in Warschau. Als 16-jähriger kämpfte er für die polnische Untergrundarmee Armia Krajowa im Warschauer Aufstand. Im Herbst 1944 kam er in Kriegsgefangenschaft, und während der letzten Kriegsmomente war er Häftling im Jugend-KZ Moringen. Nach dem Krieg studierte er in Polen Ingenieurwissenschaften. Im Bereich Flugzeugbau verfasste er mehrere Fachbücher. Jerzy Zięborak lehrte bis zu seiner Pensionierung an der Universität Wrocław (Breslau). Regelmäßig beteiligte er sich an den Treffen der Moringer Lagergemeinschaft, zuletzt 2013 anlässlich des 20. Jahrestages der Errichtung der KZ-Gedenkstätte Moringen (Foto). • Dietmar Sedlaczek

Vom 10. bis 12. November traf sich das Netzwerk der Lagergemeinschaften in der KZ-Gedenkstätte Moringen. Als Angehörige von ehemaligen Häftlingen haben die Vertreter\_innen der Lagergemeinschaften eine eigene Perspektive auf Gedenkstätten und Erinnerungskultur. Viele sehen sich selbst als Opfer, weil sie die Verfolgung der Eltern miterleben mussten oder sogar im KZ geboren wurden. Wie sehen sie die Zukunft der Erinnerung? Jeanine Bochat (Foto) sprach über ihre eigenen Erfahrungen und präsentierte das von der Lagergemeinschaft Ravensbrück herausgegebene Buch „Kinder von KZ-Häftlingen – eine vergessene Generation“. • Arne Droidner

Eröffnung der neuen Präsentation zur Ankunft der Häftlinge und der Ausstellung zur Geschichte des historischen Ortes am 10. März. V.l.: Dr. Dietmar Sedlaczek, Josef Pröll (Vertreter der Zweiten Generation), Frauke Heiligenstadt (Niedersächsische Kultusministerin) und Heike Müller-Otte (Bürgermeisterin der Stadt Moringen • Roland Schrader

# „Warum erinnerst Du?“ – Ein Blog zum Mitmachen der FSJ-Freiwilligen in der Gedenkstätte

Dietmar Sedlaczek



166 „Warum erinnern wir eigentlich an die NS-Verbrechen und Gedenken der Opfer?“ Dies fragte sich Nina Eimer, Freiwillige im FSJ-Politik an der KZ-Gedenkstätte Moringen. Sie schuf daraufhin einen Blog, der Menschen Gelegenheit gibt, ihre persönlichen Gründe hierzu mitzuteilen. Diese schreiben sie auf ein großes Blatt, das sie vor sich halten. Ein Foto davon erscheint dann im Blog. Namen werden nicht genannt, die Person bleibt anonym, das einzige, was über sie zu erfahren ist, ist ihre Botschaft.

Der Blog offenbart Erstaunliches: Junge und alte Menschen schreiben über die Notwendigkeit, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Aus Respekt vor den Opfern, aber auch um Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, auch heute gilt es Rassismus und einer menschenverachtenden Ideologie entgegenzutreten und sich für Menschenrechte einzusetzen. Auch die Sorge vor Wiederholung wird geäußert. Einige Statements sind sehr persönlich, es wird auf den Vater verwiesen, der Häftling im Jugend-KZ Moringen war, oder auf den Onkel, der im Nationalsozialismus ein Opfer der „Euthanasie“ an Behinderten wurde. Ein Blogger fühlt sich schuldig,

weil seine Mutter in einem Rüstungsbetrieb Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter fotografierte, nach dem Krieg aber niemandem von ihnen in die Augen gesehen hat. Immer wieder ist direkt oder indirekt von Verantwortung zu lesen: „Ich erinnere, weil es schon bald keine Zeitzeugen mehr gibt. Jetzt liegt es an uns.“ Eine Bloggerin bringt es so auf den Punkt: „Damit wir erkennen, dass die NS-Zeit alle etwas angeht.“

Nina Eimer sagt über ihren Blog: „Erinnern war für mich oft zu unpersönlich und zu weit weg vom Alltag vieler Menschen. Mit dem Blog möchte ich zeigen, dass viele Menschen erinnern, und auch, warum. Sie stehen dafür ein, NS-Verbrechen nicht vergessen zu lassen und geben dem Erinnern ein Gesicht. Gerade in der heutigen Zeit empfinde ich das als sehr wichtig.“

Über 2700 Aufrufe sind bereits verzeichnet. Der Blog ist fortlaufend und noch lange nicht abgeschlossen. Wer sich angesprochen fühlt und neugierig ist oder Lust hat, mitzumachen, ist herzlich willkommen. Genauere Informationen gibt inzwischen Jakob Frost, Ninas Nachfolger als Freiwilliger in der KZ-Gedenkstätte Moringen.

Auch im Blog selbst <https://warumerinnern.wordpress.com> finden sich alle Informationen zum Mitmachen.

Screenshots aus dem Blog „Warum erinnerst Du?“  
• KZ-Gedenkstätte Moringen

# 20 Jahre Theaterarbeit an der KZ-Gedenkstätte Moringen

Dietmar Sedlaczek



Einen Schwerpunkt der Geschichtsvermittlung der Gedenkstätte stellt die Theaterarbeit dar. Den Anfang machte 1997 eine in Kooperation mit dem Deutschen Theater Göttingen erarbeitete szenische Lesung von Briefen von Hannah Voigt aus der Haft an ihre Eltern. Die junge Kommunistin gehörte zu den ersten weiblichen Häftlingen im KZ Moringen.

Aus der Überzeugung einer gewinnbringenden Verbindung von Theater und Geschichtsvermittlung folgten ab den 2000er Jahren etliche Schul- und Jugendprojekte. Die in Zusammenarbeit mit der Jugendabteilung des Deutschen Theaters Göttingen entstandenen Stücke zu Befreiung und Zwangsarbeit, die Christoph Huber mit Jugendlichen inszenierte, basierten auf Interviews mit ehemaligen Moringener Häftlingen.

Mit teatro regio e.V. erarbeitete Sylvia Hathasy 2005 mit Jugendlichen ein Stück über die Verfolgung der Swing-Jugend. In Wochenendworkshops hatten sich die Teilnehmer\_innen mit der Geschichte Jugendlicher im Nationalsozialismus auseinandergesetzt.

Mit dem 2009 von Stefan Dehler geschriebenen Klassenzimmerstück „Die Besserung“ bespricht die KZ-Gedenk-

stätte Moringen neue Wege in der Geschichtsvermittlung. Im Mittelpunkt steht das Leben von Franz, der 1942 bei den NS-Jugendbehörden als „Herumtreiber“ aktenkundig und in das Jugend-KZ Moringen überstellt wird. In der Rahmenhandlung tauschen sich zwei Söhne über die aus Scham lange verschwiegene KZ-Haft ihrer Väter aus. Mühsam tragen sie das Wissen über das Jugend-KZ zusammen, über das sie zunächst genauso wenig informiert sind wie das jugendliche Publikum. Der kommunikative Prozess, in dem das Wissen über das historische Ereignis erschließt, steht im Vordergrund. So wird auch auf den Konstruktionscharakter von Geschichtserzählungen verwiesen. „Die Besserung“ wurde inzwischen über 150 Mal aufgeführt.

2016 hatte das Doku Musik Theater „Swing heil!“ in Saarbrücken Premiere. Peter Tiefenbrunner und Barbara Scheck, die im Archiv der Gedenkstätte recherchiert hatten, orientierten sich für das Stück streng an der Geschichte der Verfolgung der Swing-Jugend und der Haft im Jugend-KZ Moringen. Namhafte Jazz-Musiker spielen dazu Swing-Titel, die vom NS als „entartet“ diffamiert

wurden. Unterhaltung und Geschichtsvermittlung gehen eine erfolgreiche Allianz ein, und so erreicht das Stück auch ein an der Geschichte des NS zunächst weniger interessiertes Publikum.

Auch außerhalb der Gedenkstättenarbeit im engeren Sinne erfahren die Theaterprojekte der KZ-Gedenkstätte Moringen Aufmerksamkeit und Würdigung. So wurde die Gedenkstätte eingeladen, sich am Programm einer im Februar 2018 am Leipziger Theater der Jungen Welt stattfindenden Theaterwerkstatt zu Holocaust und Theater zu beteiligen.

„Swing heil!“ Aufführung im Forum der BBS in Einbeck am 1. Dezember 2017 • Dietmar Sedlaczek

Theaterübungen für das Stück „It don't mean a thing“ mit der „compagnie nik“ (Foto von 2014) • Dietmar Sedlaczek

Szenenfoto „Die Besserung“ (Foto von 2009) • M. Klöser

## Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel



Die Gedenkstätte Lager Sandbostel wird im Rahmen der Schwerpunktförderung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in besonderer Weise gefördert.

Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel  
Grefstraße 3  
D – 27446 Sandbostel  
Tel.: +49 (0) 4764 – 22 54 810  
a.ehresmann@stiftung-lager-sandbostel.de  
www.stiftung-lager-sandbostel.de



168 Wie schon 2016 war das Gedenkstätten-  
gelände auch 2017 auf einer „sichtbaren  
Ebene“ vor allem von Aufräumarbeiten  
und Gestaltungsmaßnahmen geprägt.  
Mit großem Engagement haben wieder  
viele ehrenamtliche Helferinnen und  
Helfer aus dem Gedenkstättenumfeld,  
mehrere Schulklassen, vier Jugendliche  
der Jugendbauhütte Stade sowie Bun-  
deswehrreservisten der Reservistenka-  
meradschaft Zeven das Gelände planiert  
und gemäht und ungezählte Container  
mit Müll und eingestürzten Bauteilen  
aus mehreren verfallenden Gebäuden  
geräumt. Dank zweier Förderungen  
durch die Hermann Reemtsma Stiftung  
aus Hamburg und durch die Deutsche  
Stiftung Denkmalschutz konnten Baufer-  
men zudem beginnen, an den raumbil-  
denden historischen Steinbaracken die  
Mauerwerkskronen der verfallenen  
Grundmauern zu sichern. Ehrenamtlich  
wurden die Außenmauern mit eigens  
konstruierten Metallböcken stabilisiert.  
Begonnen werden konnte auch damit,  
die in wenigen Bereichen noch erhalte-  
nen Barackendächer zu sanieren und  
neu einzudecken. Die anderen Gebäude-  
teile sind nun wie geplant als Ruinen-  
strukturen begehbar.

Ein weiteres wichtige Bau-Projekt wa-  
ren im letzten Jahr die Nutzbarmachung  
der ehemaligen katholischen Kirche aus  
der Nachkriegszeit, ein bis dato vollge-  
müllter und seit langem nicht mehr ge-  
nutzter Lagerraum, der nun wunderbar  
als etwa 100 qm großer Veranstaltungs-  
raum nutzbar ist. Durch eine großzügige  
Förderung der Stiftung niedersächsi-  
sche Gedenkstätten konnte zum Jahres-  
ende hier auch noch eine moderne Laut-  
sprecheranlage für Vorträge und Filmver-  
anstaltungen installiert werden.

Zudem ermöglichte eine Zuwendung  
im Rahmen der Förderung der integrier-  
ten ländlichen Entwicklung (ZILE) und  
die gemeinsame Komplementärfinanzierung  
von der Gemeinde Sandbostel, der  
St. Lamberti-Kirchengemeinde Selsingen  
und der Stiftung Lager Sandbostel eine  
deutliche Verbesserung der Infrastruktur  
auf dem Gedenkstätten-gelände. Im östli-  
chen Flügel der ehemaligen Lagerküche  
wurde eine moderne WC-Anlage einge-  
baut. Dadurch besteht jetzt auch außer-  
halb des Hauptausstellungsgebäudes,  
„am anderen Ende des Gedenkstätten-  
geländes“, die Möglichkeit, ein WC zu  
nutzen.

2017 stieg die Zahl der Besucher\_in-  
nen mit 11.900 Personen leicht an. Der  
Gedenkstättenpädagoge Dr. Lars Hell-  
winkel wird zwar durch ehrenamtlich tä-  
tige pensionierte Lehrerinnen und Leh-  
rer und vor allem durch den Friedens-  
pädagogen Michael Freitag-Parey unter-  
stützt, da er aber lediglich an zwei Tagen  
an die Gedenkstätte abgeordnet ist,  
mussten wir in den vergangenen Jahren  
vor allem schulischen Gruppen Absagen  
erteilen. Es traf sich daher sehr gut, dass  
Anfang 2017 durch die Stiftung nieder-  
sächsische Gedenkstätten Fördermittel  
für Honorarkräfte bewilligt wurden, um  
eben diesen Fehlbedarf zu kompensie-  
ren. Allerdings zeigt sich nun der Stand-  
ortnachteil von weit abgelegenen Gedenk-  
stätten wie beispielsweise Sandbostel.  
Es konnten kaum Guides gewonnen wer-  
den, um die Gedenkstättenpädagogik zu  
unterstützen.

Auch 2017 schritt die Archivierung von  
historischen Dokumenten und insbeson-  
dere die Pflege der Personendatenbank  
der Gedenkstätte Lager Sandbostel wei-  
ter fort. Alle bekannten Daten der im  
Kriegsgefangenenlager Stalag X B Sand-  
bostel registrierten und in Kriegsgefangan-  
schaft im Stammlager oder in einem



72. Jahrestags der Befreiung der Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge im Stalag X B. Aus der Kreispolitik haben Landrat Hermann Luttmann und aus der Landespolitik der Vizepräsident des Landtags, Karl-Heinz Klare, und die niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, gesprochen. Sehr gefreut hat uns, dass auch 2017 wieder der ehemalige irische Zivilinternierte Harry Callan an der Gedenkveranstaltung teilnehmen konnte. Diesmal hatten wir den Schwerpunkt auf die niederländischen KZ-Häftlinge gelegt. Von daher hat es uns sehr gefreut, dass der Generalkonsul des Königreichs der Niederlande, Ton Lansink aus Düsseldorf, eine Rede gehalten und mit Kees Koremann der Sohn des am 6. Mai 1945 in Sandbostel verstorbenen niederländischen KZ-Häftlings Cornelius Lambertus Koreman gesprochen hat.

Eine weitere wichtige Gedenkveranstaltung richteten wir am 76. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 aus. Auf dem ehemaligen Lagerfriedhof würdigten Dr. Marco Mohrmann als Vertreter des Kreistages und Senior Konsul Boris Arkhipov vom Generalkonsulat der Russischen Föderation in Hamburg in ihren Ansprachen die verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen. Der Historiker Dr. Reinhard Otto (Lemgo) ordnete den Überfall auf die Sowjetunion, den Vernichtungskrieg und den Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen historisch ein.

Andreas Ehresmann, Geschäftsführer  
Stiftung Lager Sandbostel  
Leiter Gedenkstätte Lager Sandbostel

Arbeitskommando verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen konnten in die Archivdatenbank überführt werden. Es handelt sich um 15.593 Personen. Neben diesen Datensätzen wurden auch Personendaten von verstorbenen KZ-Häftlingen, italienischen Militärinternierten, polnischen und französischen Kriegsgefangenen, aber auch von Wachmannschaften des Kriegsgefangenenlagers Sandbostel und von Angehörigen der Waffen-SS, die im britischen Civil Internment Camp (CIC) No 2 Sandbostel interniert waren, in die Datenbank eingepflegt. Insgesamt sind so im Laufe des Jahres 22.415 Datensätze eingepflegt worden.

Eine weitere Professionalisierung stellt der Aufbau eines Sammlungsarchivs dar, das nun im „Haus Altenberg“ einen eigenen Raum bekommen hat. Ein erster Teil der zahlreichen Objekte und Artefakte, zumeist Grabungs- und Oberflächenfunde vom Lagergelände, die seit 2005 geborgen wurden, wurde zunächst unter konservatorischen Gesichtspunkten in Kartons verpackt. Aber auch Abgaben von Objekten und Artefakten aus Privatbesitz können nun sachgerechter gelagert werden. Beim Aufbau des Sammlungsarchivs wurde aber auch deutlich,

dass insbesondere in diesem Bereich noch viel zu tun ist, um die vielen Funde und Abgaben adäquat zu reinigen, zu lagern, zu digitalisieren und zu inventarisieren.

Sehr erfreulich ist, dass die eigentlich zum Ende 2017 ausgelaufene Stelle des wissenschaftlichen Dokumentars nunmehr komplementär gefördert, hälftig vom Landkreis Rotenburg (Wümme) und hälftig von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten übernommen wurde. Dadurch kann der sehr erfolgreiche Archivaufbau fortgesetzt werden.

Neben den zweimal im Monat stattfindenden öffentlichen Sonntagsrundgängen konnten wir im vergangenen Jahr fünf Vorträge, drei Sonderausstellungen und drei Filmveranstaltungen anbieten.

Während bis zum August die Veranstaltungen noch im Foyer oder in wechselnden Räumen der Gedenkstätte stattfinden mussten, können wir seither die ehemalige katholische Kirche als Sonderausstellungs- und Veranstaltungsraum nutzen.

Eindrucksvoll war die mit über 300 Besucherinnen und Besuchern wieder gut besuchte Gedenkfeier anlässlich des

Blick in eine ausgeräumte Unterkunftsbaracke der Aufbauphase. Die eingestürzten Dachteile sind entfernt und die Außenmauern sind mit Metallböcken stabilisiert.  
• Andreas Ehresmann

29. April: Kranzniederlegung am Gedenkstein für die in Sandbostel gestorbenen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge am Jahrestag der Befreiung des Stalag X B  
• Andreas Ehresmann

4. Mai: Gedenkveranstaltung der Nederlandse Traditie Vereniging Seedorf am niederländischen Nationale Dodenherdenking, an dem um 20 Uhr in den gesamten Niederlanden zwei Schweigeminuten eingehalten werden  
• Andreas Ehresmann

4. August: Präsentation der Sonderausstellung „Zwischen Harz und Heide. Todesmärsche und Räumungstransporte im April 1945“ in der ehemaligen katholischen Kirche  
• Andreas Ehresmann

# Ein Gedenkraum für die Opfer des Stalag X B

Andreas Ehresmann



170 In einem zweijährigen Geschichtsprojekt der Berufsbildenden Schulen Bremerförde zum Kriegsgefangenenlager Sandbostel unter der Leitung von Daniel Christian Graack haben sich die Teilnehmer\_innen auch mit dem Thema „Gedenken“ auseinander gesetzt. Bew, Nora und Sarah Vanessa aus der 12. Klasse überlegten längere Zeit, wie man am ehemaligen Ort des Geschehens noch persönlicher an die Opfer des Stalag X B erinnern und den Angehörigen neben dem Gedenkstein vor der Lagerkirche auch einen Ort des individuellen Gedenkens ermöglichen kann. Seitens der Gedenkstätte wurde den Schülerinnen ein kleiner leerstehender Raum, die Sakristei der ehemaligen katholischen Kirche aus der Nachkriegsnutzung des Lagers, als möglicher Gedenkraum vorgeschlagen.

Die vielen persönlichen Erinnerungstücke, die Familienmitglieder von Opfern des Stalag X B oftmals bei ihren Besuchen in der Gedenkstätte hinterlassen, sollten hier, so die drei Initiatorinnen, ihren ganz besonderen, dauerhaften Platz finden. Für die Auswahl des Raumes sprach auch die Nähe zu dem ehemaligen Kirchenraum, der Ende 2017 zu einem

Veranstaltungs- und Vortragssaal umfunktioniert wurde. Im Rahmen der Kompetenztage an den Berufsbildenden Schulen Bremervörde haben die drei ab dem 24. April 2017 den Raum leerräumt, den Zugang von Wildwuchs befreit und den Raum in den folgenden Tagen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zu einem angemessenen Gedenkraum umgestaltet, der so auch in die Gesamtkonzeption der Gedenkstätte übernommen wurde.

Am 72. Jahrestag der Befreiung des Stalag X B wurde der Gedenkraum eröffnet. Im Rahmen der Gedenkveranstaltung präsentierten ihn die Schülerinnen Angehörigen und Besuchern, die Interesse an dem Projekt hatten, und erläuterten die dahinter stehenden Ideen.

*„Durch die Anerkennung und Wertschätzung, die wir für unsere Arbeit bekommen haben, waren wir noch motivierter und sind zu dem Entschluss gekommen, auch nach dem Praktikum unser Projekt weiter zu verfolgen und weiterhin unsere Hilfe anzubieten.“* Bew, Nora und Sarah Vanessa, 12. Klasse

Der mit memorialen Objekten ausgestaltete Gedenkraum nach der Fertigstellung • Andreas Ehresmann

29. April: Am 72. Jahrestag der Befreiung des Stalag X B erläutern zwei der Schülerinnen Ruth Gröne (rechts), der Tochter des in Sandbostel verstorbenen KZ-Häftlings Erich Kleeberg, ihr Gedenkraumprojekt. • Andreas Ehresmann

Blick in die Ehemalige Sakristei vor Beginn des Projekts • Andreas Ehresmann

# „Arbeitskreis Grundschule“

Michael Freitag-Parey



Im September 2015 gründete sich auf Initiative der Gedenkstätte Lager Sandbostel ein Arbeitskreis mit Lehrerinnen und Lehrern der umliegenden Grundschulen mit dem Ziel, den Nationalsozialismus als Thema in den Unterricht der 4. Klasse (2. Halbjahr) in dieser Region altersgerecht, sensibel und mit unterschiedlichen methodischen Zugängen einzubinden.

2017 erstellte der Arbeitskreis unter dem Projektnamen „Wir müssen reden ...“ Unterrichtseinheiten zu den Themen Krieg, Frieden, Heimat und Flucht und führte sie in der Zeit von März bis Mai 2017 an den Grundschulen in Selsingen, Karlshöfen, Kuhstedt und Klenkendorfer Mühle durch. Die Ergebnisse der Unterrichtseinheiten wurden am 8. Mai, dem Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa und der Befreiung vom Nationalsozialismus, im Rathaus der Samtgemeinde Selsingen und nachfolgend im Rathaus der Gemeinde Gnarrenburg öffentlichkeitswirksam für jeweils eine Woche ausgestellt. An beiden Standorten war die Ausstellung gut besucht.

Auf Einladung von Wilfried Wiedemann, langjähriger Sprecher der RAG Hannover-Braunschweig und früherer

Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, hatte der Arbeitskreis am 24. November die Gelegenheit, das Projekt „Wir müssen reden ...“ auf der Mitgliederversammlung des Vereins „Gegen Vergessen Für Demokratie“ in Hannover vorzustellen. Eine weitere Präsentation des Projekts in Hannover fand am 5. Dezember statt, beim Lehrkräfteforum der Landeskirche Hannover und des niedersächsischen Kultusministeriums.

Interessierte Lehrerinnen und Lehrer anderer Grundschulen sind eingeladen, sich dieser Arbeit anzuschließen und von den gemachten Erfahrungen zu profitieren und/oder sich am gemeinsamen Austausch zu beteiligen und mitzuarbeiten. Die bereits erarbeiteten und erprobten Unterrichtseinheiten können in der Gedenkstätte Lager Sandbostel angefragt und an der jeweiligen Grundschule vor Ort durchgeführt werden.

Für das Frühjahr 2018 ist ein nächstes Grundschulprojekt geplant, in dem Schülerinnen und Schüler mit den Sachquellen und Kunstobjekten aus dem ehemaligen Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglager Stalag X B arbeiten werden.

Die Schülerinnen und Schüler bei der Projektarbeit  
• Michael Freitag-Parey

## 172 Herausgeber

Stiftung niedersächsische Gedenkstätten  
Im Gülden Winkel 8  
D – 29223 Celle  
Tel.: +49 (0) 5141 – 933 55-11  
Fax: +49 (0) 5141 – 933 55-33  
[www.stiftung-ng.de](http://www.stiftung-ng.de)  
[info@stiftung-ng.de](mailto:info@stiftung-ng.de)

Celle 2018

Fotos Cover: vgl. Seite 40, 69, 114, 152 und 88



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

Gefördert über die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten aus Mitteln des Landes Niedersachsen und aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

## Konzept und Redaktion:

Monika Gödecke, Jens-Christian Wagner

## Mitarbeit:

Teri Arias Ortiz, Sabine Bergmann, Stephanie Billib, Jens Binner, Maria Bormuth, Monika Brockhaus, Kurt Buck, Lukkas Busche, Anett Dremel, Andreas Ehresmann, Marc Ellinghaus, Leyla Ferman, Michael Freitag-Parey, Michael Gander, Bernd Grafe-Ulke, Diana Gring, Martin Guse, Iris Helbing, Robert Heldt, Bernd Horstmann, Juliane Hummel, Arnold Jürgens, Andrea Kaltoven, Rolf Keller, Alfons Kenkmann, Thomas Kubetzky, Janna Lölke, Tobias Neuburger, Ulrike Pätzold-Prote, Silke Petry, Thomas Rahe, Corinna Rathjen, Helen Roche, Carola Rudnick, Nicola Schlichting, Tim Schulz, Dietmar Sedlaczek, Marion Seibel, Martina Staats, Ina Stenger, Klaus Tätzler, Anna-Lena Többen, Daniel Tonn, Katrin Unger, Jens-Christian Wagner, Maike Weth, Ilka Witte, Christian Wolpers, Elke Zacharias

## Graphische Gestaltung:

ermisch | Büro für Gestaltung

## Druck:

gutenberg beuys feindruckerei gmbh

## Bildrechte:

Soweit nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten.

# Dokumentations- und Gedenkstätten in Niedersachsen und Bremen



- |  |   |
|--|---|
| 1 „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg<br>21339 Lüneburg   | 10 KZ-Gedenkstätte Moringen<br>37086 Moringen   |
| 2 Gedenkstätte „Alte Pathologie“ Wehnen<br>für die Opfer der NS-„Euthanasie“<br>26160 Bad Zwischenahn-Ofen | 11 Erinnerungsstätte Lenner Lager<br>37627 Lenne  |
| 3 Gedenkstätte Esterwegen<br>26897 Esterwegen  | 12 Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße<br>38102 Braunschweig                                      |
| 4 Gedenkstätte Lager Sandbostel<br>27446 Sandbostel  | 13 Gedenk- und Dokumentationsstätte<br>KZ Drütte<br>38239 Salzgitter                                  |
| 5 Denkort Bunker Valentin<br>28777 Farge-Rekum   | 14 Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel<br>38300 Wolfenbüttel   |
| 6 Dokumentations- und Lernort<br>Baracke Wilhelmine<br>28790 Schwanewede-Neuenkirchen                      | 15 Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeiter<br>auf dem Gelände des Volkswagenwerkes<br>38436 Wolfsburg |
| 7 Gedenkstätte Bergen-Belsen<br>29303 Lohheide   | 16 Gedenkstätten Gestapokeller<br>und Augustaschacht e.V.<br>49076 Osnabrück                          |
| 8 Gedenkstätte Ahlem<br>30453 Hannover   |   |
| 9 Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau<br>31618 Liebenau   |   |

